



Weltkriegsmacht um jeden Preis

Europa im Rüstungsrausch

Schufte!

Angriff auf das
Arbeitsrecht

Bombenerfolg?

Israels Kampf gegen das
iranische Atomprogramm

Waffen- schwestern

Feminismus und die
Wehrpflicht für Frauen

Abschied

Kahl macht Ernst



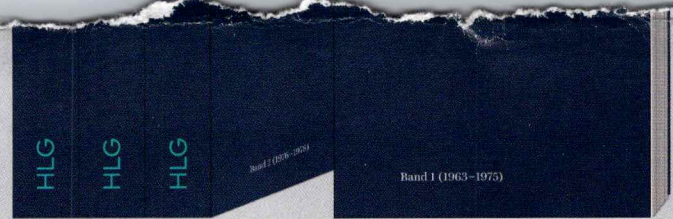
4 191202 707005



08

7,- €

A: 8,10 €
GH: 12,- CHF
C 12611 E



Im Oktober letzten Jahres sind die ersten beiden Bände der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas erschienen. Nun läuft die Auslieferung der Bände drei und vier; im Frühjahr nächsten Jahres folgen zwei weitere. Die Ausgabe ist auf 18 Bände angelegt und wird von Friederike Gremliza und Wolfgang Schneider herausgegeben. Sie enthält alle Texte, die Gremliza unter seinem Namen oder unter einem seiner Pseudonyme hat drucken lassen, sei es in **konkret** oder an anderen Orten. Aufgenommen wurden ebenfalls die anonymen **konkret**-Editorials, sofern sie ersichtlich von Gremliza stammen. Hinzu kommen Interviews und sonstige mündliche Auskünfte sowie alle noch unveröffentlichten Texte aus seinem Nachlass, darunter Briefe und ein über drei Jahre sich erstreckender Mailwechsel mit Wolfgang Pohrt. Band 1 enthält zudem in Gremlizas Werk einführende Vorworte von Dietmar Dath und Stefan Ripplinger.

Die Texte, beginnend mit Gremlizas ersten journalistischen Arbeiten für die Tübinger Studentenzeitung »Notizen« 1963, werden in chronologischer Reihenfolge geboten und folgen den Erstdrucken (Varianten späterer Wiederveröffentlichungen werden angegeben). Geplant ist die Veröffentlichung von vier Bänden pro Jahr; die Ausgabe wird voraussichtlich 2028 abgeschlossen sein. Abgesehen von Band 1 und Band 16 umfassen die Bände jeweils die Texte dreier Jahre; die Edition hat dementsprechend einen Umfang von 16 Bänden; hinzu kommen ein Register- und ein Supplement-Band, welcher die *Drei-Damen-Trilogie* (1979–1990) und die *Haupt- und Nebensätze* (2016) enthält.

Die Bände – fadengeheftet, kartoniert und jeweils mit ausführlichem Personenregister – haben einen Umfang von circa 500 Seiten und kosten 30 Euro pro Band. Die Edition kann nur insgesamt bezogen werden; der Kauf einzelner Bände ist nicht möglich.

Bestellungen per Coupon oder über **konkret-magazin.de** oder per E-Mail an **verlag@konkret-magazin.de**

Hiermit bestelle ich die 18-bändige Gesamtausgabe *Hermann L. Gremliza: Gesammelte Schriften* zum Subskriptionspreis von 540 Euro (Einzelband 30 Euro). Die Bücher sind nicht einzeln erhältlich. Ich verpflichte mich mit der Subskriptionsbestellung zur Abnahme aller Bände. Die Bücher werden mir jeweils nach Erscheinen mit Rechnung zugeschickt. Ich kann meine Bestellung innerhalb von 10 Tagen widerrufen.

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Vorkasse

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

E-Mail

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

»Alle hofieren das Regime als Stabilitätsfaktor«

Über die Aussicht auf einen Sturz des Mullah-Regimes im Iran sprach konkret mit Kazem Moussavi, dem politischen Sprecher der Breiten Solidarität für Freiheit und Gleichheit im Iran in Deutschland

Konkret: *Wie ist die Situation im Iran nach dem »Zwölf-Tage-Krieg«?*

Kazem Moussavi: Der 7. Oktober und der »Zwölf-Tage-Krieg« haben gezeigt, dass das vernichtungsantisemitische Regime im Iran der Brandstifter im gesamten Nahen Osten ist. Nach dem Pogrom der Hamas hat es den Krieg in den Iran getragen – durch Raketenangriffe, Terrornetzwerke und nukleare Aufrüstung. Der israelische Gegenschlag hat das Regime militärisch geschwächt. Doch die Machtstrukturen blieben unangestastet. Das Atomprogramm zur Eliminierung Israels läuft weiter, der »Waffenstillstand« war taktisch. Für viele im Iran waren die Angriffe deshalb kein Hoffnungssignal. Dort werden die Repressionen verschärft. Oppositionelle, ethnische Minderheiten, Frauen, Studierende, Bahai, LGBT und afghanische Flüchtlinge stehen unter Druck, verfolgt als »zionistische Agenten«. Verhaftungen, Folter und Hinrichtungen nehmen zu. Das Regime präsentiert sich als Anführer im internationalen Widerstand gegen Israel und die USA. Nebenbei spielt Teheran offensichtlich bei vielen »Free Gaza«-Protesten mit. Die Zeitung »Hamshahri« beispielsweise, Sprachrohr Ali Khameneis, feierte die »United4Gaza«-Demo in Berlin – bei der Flaggen der Islamischen Republik gezeigt wurden – als »großartige Demonstration zur Unterstützung der Islamischen Republik Iran«. Derweil weiß die iranische Bevölkerung, dass Milliarden in Terrornetzwerke fließen, während im Land Armut und Unterdrückung herrschen.

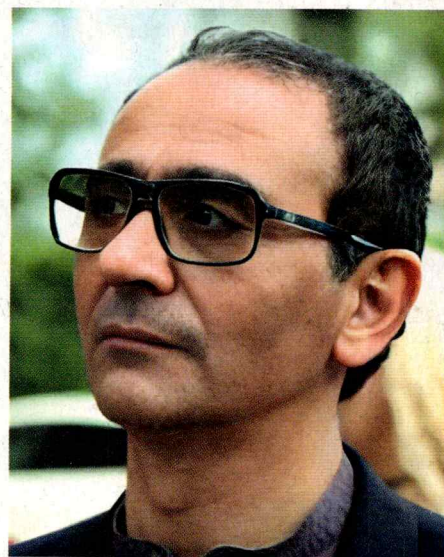
Wie werden die israelischen und US-amerikanischen Angriffe auf das iranische Atomprogramm in der Opposition aufgenommen?

Für die demokratische Opposition ist klar, dass das Atomprogramm kein ziviles Projekt, sondern ein militärisches Machtinstrument ist. Deshalb werden gezielte An-

griffe mehrheitlich nicht nur als legitim, sondern als notwendig erachtet. Ausnahmen sind nationalistische und links-antizionistische Kräfte. Entscheidend ist aber, dass das Regime selbst systematisch internationales Recht verletzt – durch den Export von Terror und Kriegen in der Region oder die Unterstützung Putins gegen die Ukraine. Der Angriff der USA wird kritischer gesehen. Weniger wegen seiner Rechtmäßigkeit als wegen der Gefahr, das Regime zu stabilisieren. Es lässt sich nicht aus der Luft stürzen, und letztlich war es auf den Angriff vorbereitet und hat seine Erwiderung von Trump absegnen lassen. Die USA vermeiden aufgrund ihrer Erfahrungen in der Region Bodentruppen. Ohne Strategie für einen Regimewandel und die Zivilgesellschaft profitiert von solchen Einzelschlägen vor allem das Regime selbst, indem sie die Regierungslüge stärken, der Iran sei ein Opfer. Deshalb plädiert die Opposition für präzise Maßnahmen gegen Machtstrukturen und für maximale Unterstützung des Widerstands im Land.

Wie steht die politische Opposition insgesamt da? Ist ein Sturz der Mullahs möglich?

Die Opposition im Iran ist lebendig, aber zersplittert. Vielen fehlt ein Bewusstsein für den Vernichtungsantisemitismus des Regimes. Dieser ist kein Randphänomen, sondern ideologischer Kern seiner Macht. Der Widerstand wächst aber, vor allem nach dem Mord an Jina Mahsa Amini. Millionen – insbesondere Frauen, Jüngere und ethnische Minderheiten – lehnen das Regime unter dem kurdischen Slogan Jin, Jiyan, Azadi (Frau, Leben, Freiheit) offen ab. Zwar verfügen die Mullahs noch über ihre Revolutionsgarden, Milizen, Geheimdienste und ihr Desinformationssystem, doch ihre gesellschaftliche Legitimität ist verloren. Allerdings hat der Krieg die Spaltungen innerhalb der Opposition vertieft, einzelne Gruppen folgen den nationalistischen Parolen der Regierung.



Und ein Regimesturz ist ohnehin undenkbar, solange der Westen am Appeasement festhält. Voraussetzung wäre die internationale Isolierung der Mullahs.

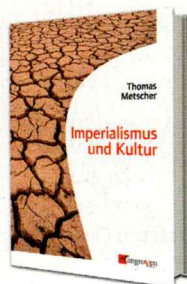
Wie wahrscheinlich ist das momentan?

Der Einfluss der Emirate, Katars und Saudi-Arabiens ist derzeit vermutlich relevanter als der Netanjahus. Die Golfstaaten haben kein Interesse an einem Regimesturz – vor allem nicht an einem von Frauen angeführten –, und einige kooperieren offenbar hinter den Kulissen mit Teheran. Die Handlungen der USA sind widersprüchlich. Prinzipiell aber will Washington immer Stabilität und nukleare Eindämmung, scheut jedoch einen echten Konflikt. China betrachtet den Iran als Partner gegen den Westen, profitiert vom Energiehandel und stützt das Regime wirtschaftlich. Russland nutzt es als militärischen Verbündeten und geopolitischen Störfaktor. Die EU ist gespalten, aber Deutschland gehört zu den entschiedensten Befürwortern der Appeasement-Politik. Auch die aktuelle Bundesregierung hat die Jin-Jiyan-Azadi-Bewegung bisher nicht wirksam unterstützt. Deutschland und der Iran pflegen historisch gute Beziehungen, vor allem kulturell. Und der Iran ist geopolitisch zu bedeutend: mit Öl- und Gasreserven, regionaler Vernetzung, einer gut ausgebildeten Bevölkerung und nicht zuletzt als potentieller Wirtschaftspartner im Machtkampf mit China und Russland. Berlin und Washington setzen auf Dialog statt Wandel, auch aus Angst vor Flüchtlingsbewegungen. EU-Konzerne tragen diese Politik mit. Alle hofieren das Regime nach wie vor als Stabilitätsfaktor und ignorieren, dass es Islamismus und Antisemitismus exportiert. Derweil bleibt die demokratische Opposition – auch wegen des Atomdeals – isoliert. Sie ist angewiesen auf Bündnisse mit emanzipatorischen Kräften weltweit. Nur so kann sie den autoritären und rechtskonservativen Kräften entgegentreten. ●

Glenn Diesen
Der Ukraine-Krieg und die eurasische Weltordnung
 ca. 300 Seiten, 27 €, ISBN 9783946946526



Thomas Metscher
Imperialismus und Kultur
 ca. 300 Seiten, 26 €, ISBN 9783946946199



Aziz Al-Azmeh
Zeitgenössische Islambilder
Über die Anatomie eines Mißverständnisses
 ca. 300 Seiten, 27 €, ISBN 9783946946472



Werner Seppmann
Der Schlaf der Vernunft
 209 Seiten, 25 €, ISBN 9783946946236



Aijaz Ahmad
Der Imperialismus unserer Tage
Die globale Offensive gegen die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts
 294 Seiten, 25 €, ISBN 9783946946380



von konkret

Wie erfolgreich der Krieg war, den Israel mit Unterstützung der USA zur Zerstörung des iranischen Atomprogramms geführt hat, ist fraglich (siehe Seite 12). Gewiss ist, dass die deutschen Antiimperialisten ihrer Liebe zum Mullah-Regime treu geblieben sind, auch weil der iranische Staatsantisemitismus ihr nie im Weg stand – im Gegenteil. In der linken Presse erscheint der Iran noch heute als Bollwerk gegen den westlichen Imperialismus, als ein Störenfried, den der Westen nicht dulden kann. Und das ist nicht einmal falsch. Einen Fehler macht aber, wer nicht darauf besteht, dass man sich als Linke/r bei der Wahl zwischen Pest und Cholera, in diesem Fall zwischen der Barbarei der Marke Freedom & Democracy und der, die mit dem Schlachtruf »Allahu Akbar« hausieren geht, zu enthalten hat. Und selbst das reicht noch nicht zur ganzen Wahrheit: Denn diese Neutralität wird falsch, wenn von einer der Fraktionen eine tödliche Gefahr für jenen Staat ausgeht, in den sich die den deutschen Mördern entkommenen Juden gerettet hatten. In einer solchen Lage gibt es, wie Hermann L. Gremliza es in **konkret 3/02** mit Blick auf den zweiten Golfkrieg formuliert hat, »kein Prinzip, das es den Mitgliedern des Kollektivs »die Deutschen« erlaubte, ... anderes zu tun, als Israels Partei zu ergreifen«. Weshalb die »Junge Welt« in ihrer Berichterstattung zum Zwölf-Tage-Krieg entweder gar nicht erwähnt, dass das Atomprogramm des Iran in unmittelbarem Zusammenhang mit seiner Absicht steht, den jüdischen Staat auszulöschen, oder diese Absicht bestreitet.

Doch die linke Liebe zum Iran ist älter als dessen antizionistische Staatsräson. Sie beginnt mit der islamischen Revolution, von der man sich auch in **konkret** einmal etwas versprochen hatte. Im Juliheft 1979 erklärte der damalige SPD-Abgeordnete Klaus Thüsing, warum diese Revolution »ihre Chance und unsere Intersolidarität« verdiene: »Die Revolution wurde eine islamische, weil das Volk sich nicht nur von Diktatur und wirtschaftlicher Ausbeutung befreien sollte, sondern auch von der Zerstörung der Kultur durch die Ideologie der Konsumgesellschaft.« Im Fall Iran ging das linke Misstrauen gegenüber der Moderne, deren Kehrseite ein Faible fürs Völkisch-Regressive – Trachten, Blödmusik und schlechtes Essen – ist, so weit, dass selbst die Verschleierung von Frauen zum revolutionären Moment erklärt wurde: »Das Tragen des Schador (Schleier), den der Schah per Gesetz und Polizeiknüppel verboten hatte, wurde zu einem Symbol des Widerstandes und der eigenen nationalen und kulturellen Würde.«

Politisch kaum zu erklären ist das Propagandastück, mit dem Kai Hermann im Juliheft 1982 gegen die »einmütige Beurteilung des »Chomeini-Regimes« von rechtsausen bis ganz links« als »mittelalterlich«, »klerikalfaschistisch« und »menschenverachtend« anscrieb. Hermann schwärmte vom »sanften Blick islamischer Revolutionäre, der immer in weite Fernen zu schweifen scheint«; er war fasziniert von Chomeinis »permanenter Revolution« als »Versuch, etwas von der spontanen Organisation der Massen während der Revolution in die nachrevolutionäre Zeit hinüberzuretten, den Zusammenschluss einer Avantgarde, die die Revolution weiterreibt und den bremsenden Einfluss der Bürokratie ausschaltet«; und er war beeindruckt vom »berüchtigten« Teheraner Evin-Gefängnis: »Es gibt Kekse.«

Am 5. Juli ist Ernst Kahl gestorben. Jahrzehntelang, zum ersten Mal Mitte 1985, hat er für **konkret** Zeichnungen, Gemälde und Collagen geschaffen, die in verschiedenen Serien – »Kongretchen«, »Kahl macht Ernst« und als Aufmacher des Kulturteils – erschienen sind. Kahls »genovevanackte unverschämte Avantgarde«, die »aber wirklich keine Gefühlsverletzung meidend, gründlich zur Menschensache« ging (Horst Tomayer), war ein wesentliches Instrument im Kampf des Blatts gegen die allgemeine Verblödung. Anstelle eines Nachrufs finden Sie auf Seite 46 den von Gerhard Henschel verfassten Bericht einer Lesung Ernst Kahls.

Soeben erschienen sind die Bände drei und vier der *Gesammelten Schriften* Hermann L. Gremlizas. Sie enthalten seine Texte der Jahre 1979 bis 1984. Informationen zum Bezug der Ausgabe entnehmen Sie bitte der Anzeige auf der vorderen Umschlaginnenseite. ●

mangroven
 ERLAG

Am Wolfskopf 30, 34130 Kassel
 info@mangroven-verlag.de

www.mangroven-verlag.de
 shop.mangroven-verlag.de

Titel

18 Jetzt oder nie

Auf dem Weg zur Weltkriegsmacht:
Jörg Kronauer über die Hochrüstungs-
programme der EU und Deutschlands

Politik

3 »Alle hofieren das Regime als Stabilitätsfaktor«

Über die Situation im Iran sprach
konkret mit Kazem Moussavi,
Sprecher der Breiten Solidarität für
Freiheit und Gleichheit im Iran

9 Da geht's zu weit

Die Berichterstattung über den
»Zwölf-Tage-Krieg« gegen den Iran
ist ein Hochamt der Heuchelei.
Von Stefan Gärtner

12 Das vorläufige Ende einer nuklearen Erpressung

Detlef zum Winkel über den
Versuch, das iranische Atom-
programm militärisch zu stoppen

15 Das Strahlungsrisiko

Wie groß war die Fallout-Gefahr beim
Angriff auf die iranische Atomfabrik?
Von Detlef zum Winkel

16 Empathie in Grenzen

Florian Sendtner über linken
Antisemitismus und die Gefahr,
bei falschen Freunden zu landen

17 Sozis in der Dissidenz

Johannes Schillo über das
»Friedensmanifest« mehrerer
prominenter SPD-Mitglieder

22 Malochen für die Volksgemeinschaft

Stefan Dietl über die Fetischisierung
der Arbeit im AfD-Programm

24 Emanzipationsfassade

Der Koalitionsvertrag und sein
Frauenbild. Von Sophia Immergrün

25 Who cares!

Dass Care-Arbeit nicht geschätzt wird,
liegt am Kapitalismus. Von Klara Hohnke

26 Der Mann für alle Fälle

Florian Sendtner über Trumps
Machtschattengewächs Jens Spahn

28 »Trump ist kein Faschist«

konkret sprach mit dem Faschismus-
forscher Roger Griffin über den Umbau
der USA zur konstitutionellen Autokratie

30 Prorussische Neutralität

Seit dem Ukraine-Krieg sind Russland
und China enger zusammengerückt.
Von Lukas Theinert

32 Verbrannte Erde

Anja Laabs über die Auswirkungen
des Kriegs auf Böden und
Landwirtschaft der Ukraine

34 Im Osten nichts Neues

Der Westen ignoriert, wie das
islamistische Regime Syriens Minder-
heiten verfolgt. Von Dastan Jasim

36 Nicht nur für den Dienstgebrauch

Wie die politische Führung der frühen
BRD eine angemessene Beschäftigung
mit dem Nationalsozialismus
unterband. Von Rolf Surmann

39 Lektüre fürs Klimacamp

Matthias Becker über die Zivilisations-
geschichte *Ökologie der Freiheit*

40 Abgeklärte Aufklärung

Karl-Markus Gauß' unerbittliche
Kritik am linken Antisemitismus.
Von Richard Schubert

Kultur

42 Ein Rätsel

Wenzel Storch auf den Spuren
eines vergessenen Königreichs

43 Waffenschwestern

Barbara Eder über feministische
Positionen zur Wehrpflicht für Frauen

46 Kahl macht Ernst

Die Heilige Familie, ikonisch
porträtiert von Ernst Kahl

47 »Is' noch nicht fertig!«

Wie Ernst Kahl einmal im
Hamburger Schauspielhaus das
Publikum in Schnappatmung
versetzte. Von Gerhard Henschel

48 Prolog vor dem Film

Eine Comic-Biografie von Guy Delisle
würdigt den Kino-Pionier Eadweard
Muybridge. Von Peter Kusenber

50 Gespenster für Goldman Sachs

Eine große Retrospektive der Künstlerin
Julie Mehretu in Düsseldorf hinter-
lässt Zweifel. Von Felix Klopotek

52 Der dickste Hund

Wie Adam Kirsch die »Settler Colonial
Studies« als tendenziell antisemitisch
enttarnt. Von Stefan Gärtner

54 »Wenn sich doch die Erde auftäte!«

Gerhard Henschel über die
systematischen Massaker der
Wehrmacht in Weißrussland

58 Kann das weg?

Leo Herrmann zum 50. Jubiläum des
Europäischen Denkmalschutzjahrs

60 Kritik der Politik – kurzer Lehrgang

Axel Berger über einen Reader zum
hundertsten Geburtstag Johannes Agnolis

62 Für immer seit je

China als Mammutmärchen im Verkleine-
rungsspiegel, erzählt von Ulrich Holbein

65 Mars macht mobil

Thomas Schaefer über Douglas Rushkoffs
Abrechnung mit den Tech-Oligarchen

RUBRIKEN

4 von konkret

6 AN konkret

10 HERRSCHAFTSZEITEN

11 TOTSCHLAGZEILEN

27 TERMINE

44 KUNST & GEWERBE

49 GSELLAS GERECHTE GEDICHTE

Im Säurebad. Von Thomas Gsella

53 BUCH DES MONATS

Sabine Lueken über *Kinder des
Radiums* von Joe Dunthorne

56 BETRIEBSGERÄUSCHE

Joachim Rohloff über die peinsame
Prosa der Lyrikerin Marlene Streeruwitz

57 PLATTE DES MONATS

Felix Klopotek über »Uncivilisation«
vom Eat the Frog Kollektiv

61 FILM DES MONATS

Benjamin Moldenhauer
über »Soldaten des Lichts«

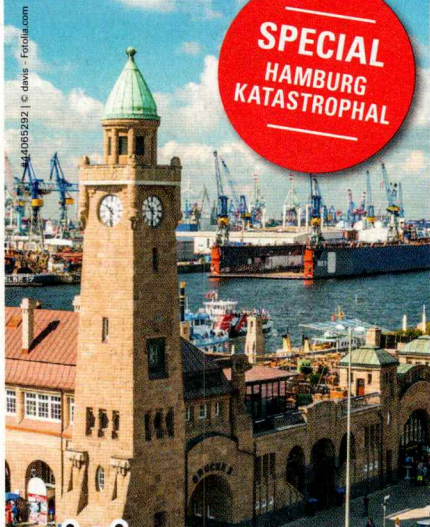
66 DER LETZTE DRECK

Der Bücherherbst im
Zeichen der Zeitenwende

KURIOSE STADTFÜHRUNGEN IN HAMBURG

Für Dich oder Deine Gruppe

SPECIAL
HAMBURG
KATASTROPHAL

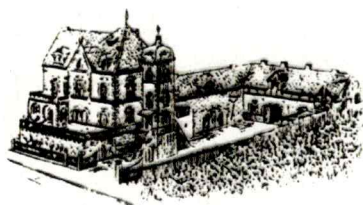


CITINAUT

WWW.CITINAUT.DE

TOP BEWERTUNGEN

Beim derzeitigen Entwicklungsstand der Produktivkräfte ist die Herstellung von gut schmeckendem Wein so aufregend wie die Produktion von Büroklammern. Richtig interessant wird es erst, wenn neben dem Geschmack die Authentizität in den Vordergrund rückt. Hier geht es nicht um Technik sondern um Terroir, um die Synthese von Gestein, Klima, Reben und dem Können des Winzers. Die Parameter unseres Weinguts sind Schiefer, Riesling und klassische Terrassenlagen im Moseltal. Ja, Mosel! Von wegen »je Sonne desto...« Nur in einem coolen Klima können bei langer Vegetationsperiode auf kleiner Flamme derart subtile Aromen aus den Schieferböden sublimieren... So reift in der Einzigartigkeit eines jeden Weinbergs die spannende Faszination der Rieslinge Heymann-Löwenstein.



HEYMANN-LÖWENSTEIN

Telefon 02606 1919 Fax 1909
weingut@heyman-loewenstein.com
www.heyman-loewenstein.com

AN konkret

So gesehen

konkret 7/25: »All Greens Are Bastards«; Elena Wolf über den Shitstorm gegen die Covorsitzende der Grünen Jugend, Jette Nietzard, aus der eigenen Partei

»ACAB« ist ungefähr so links, wie eine Kufija, damit zu posen genauso bescheuert. Manche Leute, die sich für links halten, brauchen für ihre Selbstdarstellung »die Bullen« so wie Antisemiten »die Juden«. In Zeiten, in denen jüdisches Leben und Israelsolidarität nur noch mit Polizeischutz möglich sind, ist pauschales Polizei-Bashing so antiquiert wie das Menschenbild, das hinter dem Begriff Bastard steckt. Seit Jahrhunderten macht er un- und außerehelich geborene Kinder zu Menschen zweiter Klasse und wertet ihre Mütter sexistisch ab. Er sollte geächtet werden.

Liv Teichmann

Wunderbar, wie Elena Wolf ausgeführt hat, wie lächerlich es ist, sich über jeden Mist (im Netz) aufzuregen und auszulassen. Leider erwische ich mich auch oft dabei.

Dominik Lippold

Eins noch

konkret 7/25: »To be continued«; Britta Petersen über den Konflikt zwischen Indien und Pakistan

Den erwähnten Ausspruch von Sunzi gibt es nicht. Im Spanischen gibt es die Redensart *siéntate delante de la puerta de tu tienda y verás pasar el cadáver de tu enemigo*, und es ist ungewiss, ob es sich um eine Abwandlung eines ursprünglich arabischen Ausspruchs der Art »(begehe keinen Mord, sondern) sei geduldig, und dein Feind stirbt von allein« handelt. Jan De Hartog schrieb 1961 in *Waters of the New World: Houston to Nantucket* über die südlichen Gewässer der USA: »There is a Chinese proverb ›Do not pursue your enemy; sit down on the river's bank and wait for his body to float by.‹« Hierbei handelt es sich um die derzeit erste bekannte Erwäh-

nung als chinesisches Sprichwort. In dem Roman *Shōgun* von James Clavell (1975) sagt der japanische Toda Buntaro: »They'll pay. All of them. The traitors. It's only a matter of waiting beside a river long enough for the bodies of your enemies to float by, neh?« Dar- aus entwickelte sich das Gerücht, es handle sich um eine japanische Redensart, was dort Verwirrung auslöste. In einem Artikel der »New York Times« gibt Umberto Eco 1984 den Ausspruch als indisches Sprichwort und eine Motivation an, *Der Name der Rose* zu schreiben. Mit dem Aufkommen von Zitate-Seiten im Internet schaffte es der Ausspruch schließlich in *Die Kunst des Krieges*.

Hans Volke

Ja, aber

konkret 7/25: »Ein Trumpf für Polen«; Reinhard Lauterbach über den neugewählten Präsidenten Karol Nawrocki

Dass die polnische Wählerschaft seit Jahren einigermaßen hälftig ein wenig polarisiert ist, ist nicht neu. Polemisch personalisierte Wahlkämpfe sind es auch nicht. Dennoch gibt es manchmal hinter Wahlausgängen zumindest ein paar Muster, die nicht nur an der Oberfläche kleben. Bei Polen fallen mir da aus dem Stand aus den letzten Jahren Sozialpolitik, Europapolitik und Kriegspolitik ein. Man kann diese Dinge ja sehen, wie man will, aber dass das Tusk-Lager da viel leuchtender abschneidet als das PiS-Lager, sei dahingestellt. Selbst wenn man überlieferte Nationalismen und Kirchengebundenheit abzöge. PiS hatte Tusk-Auswüchse bei den Rentenregelungen zurückgenommen, und vielleicht mag auch nicht jeder Pole in den Krieg ziehen oder die Idee Rüstung statt Sozialausgaben uneingeschränkt gutheißen.

Uwe Hostmann

Wenn nur

konkret 7/25: »Israel, dich hasst sich's besser«; Titelthema

Gleich zwei Propagandisten Israels lässt **konkret** zu Wort kommen. Und sie tun, was man von ihnen erwarten kann und was von ihnen erwartet wird. Der Krieg in Gaza gilt ihnen als »legitim« (Freilich), die Kritik daran als fast durchweg antisemitisch, und natürlich tut »die israelische Regierung alles ..., um Zivilisten zu schützen« (Peymann Engel). Kritiker/innen spielten angesichts der »Isolierung« Israels »das Spiel der Hamas«. Als wären die Waffenlieferer und eilfertigen Freunde in den USA, Deutschland und den anderen Nato-Staaten lediglich marginale globale Spieler. Von den »linken Spin- nern« (Peymann Engel), die solche Interviews führen, hätte man immerhin erwartet, dass die eine oder andere kritische Nachfrage kommt. Es ist das Eine und Nötige, die feh-

lende Emanzipationsbewegung der »Verdammten dieser Erde« und mancher ihrer Unterstützer/innen, etwa die reaktionäre, mörderische und antisemitische Formierung der palästinensischen Nationalbewegung oder ihrer Hintermänner in Teheran offenzulegen und sich mit ihr nicht gemein zu machen. Den Herrschenden aber ihre Kriegstreiberei durchgehen zu lassen, wenn es Israel nutzt, führt direkt in die Apologie der »Staatsräson«.

Axel Berger

So viele Menschen wie möglich sollten Zugang zum Interview mit Chuck Freilich haben. Zu seinen Analysen kann man nur die gängigen Schlagwörter raushauen: weitsichtig, analytisch, absolut fähig, den Gaza-Israel-Krieg von mehreren Seiten zu beleuchten.

Volker Hartung

Die Verhärtung der israelischen Gesellschaft gegenüber dem Gegner, der in seinen Handlungen seine Todfeindschaft gegenüber Israel bekundet, resultiert aus der Enttäuschung darüber, dass in der westlichen Öffentlichkeit die antisemitische Strategie der Hamas immer mehr Terrain gewinnt. Die Schuldzuweisungen gegenüber Israel und Bagatelisierung des antiisraelischen Terrors sind ein bestimmender Faktor, der die Eskalation befeuert.

Der Mensch, der Palästinenser sein soll, ist das Opfer dieser antisemitischen Projektion. Von der Weltgesellschaft und den völkischen Selbstbestimmungsapologeten ist der Palästinenser dazu verdammt, auf diesem kleinen Territorium gemeinsam mit den und gegen die Juden, sein Völkerrecht zu er-

streiten. Ein Mensch, der als Palästinenser geboren wurde, hat keinen Anspruch auf Asyl außerhalb dieses Territoriums: Wenn das faktisch keine politische Ghettoisierung ist. Und das soll es auch sein: Ein Ghetto, das man dem jüdischen Staate schenkt, damit es sich in die Tätergemeinschaft integriere, mehr noch, als der schlimmste Völkermörder überhaupt sich emanzipiere.

Es würde die weitere Eskalation mindern, gäbe es hierzulande Einsicht in die Verantwortung der Europäer und vor allem Deutschlands für die unhaltbaren Zustände in der kleinen Region Israel/Palästina.

Kai Müller

Nicht zuletzt

konkret-Webseite: »Zum Tod von Ernst Kahl«; Erinnerung an den Maler, Musiker und Autor

Telefongespräch mit Horst Tomayer. Ich erwähne das Westküstendorf, aus dem meine Frau kommt: »Das kenn' ich, da wohnt doch mein alter Kumpel Kahl! An der Badestelle kann man schön ein Bierchen trinken.« Deshalb also hing im dortigen Hotel ein signierter Kunstdruck von ihm. Ernst Kahl, fand ich bald heraus, wohnte im alten Bahnhof und führte oft sein Hündchen spazieren. Wenn wir ihn sahen, ließen wir ihm seine Ruhe und freuten uns, dass es ihn gab. Außer meiner Frau und mir wussten nur meine Schwiegereltern, wer der Herr mit dem Pudel war und was er konnte, durch seine Bilder in »Titanic« und **konkret**, die ich jeden Monat mitbrachte. Dorfidyll mit Künstler – Glück und Glas!

Martin Petersen

IMPRESSUM

konkret erscheint in der KVV »konkret« Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien GmbH & Co. KG / **Geschäftsführung:** Friederike Gremli / **Büroanschrift:** Ehrenbergstraße 59, 22767 Hamburg, Postfach 50 04 09, 22704 Hamburg, Telefon Redaktion: 040-851 25 30, Telefon Verlag: 040-851 25 31, Telefax: 040-851 25 14 / **E-Mail-Adressen:** redaktion@konkret-magazin.de, verlag@konkret-magazin.de / **Internet:** www.konkret-magazin.de, https://x.com/konkretmagazin, www.facebook.com/konkretmagazin, www.youtube.com/user/konkretmagazin

Herausgeberin: Friederike Gremli (verantwortlich) / **Redaktion:** Jan Miotti, Wolfgang Schneider, Kay Sokolowsky / **Autorinnen & Autoren dieser Ausgabe:** Matthias Becker, Axel Berger, Stefan Dietl, Barbara Eder, Stefan Gärtner, Thomas Gsella, Gerhard Henschel, Leo Herrmann, Klara Hohnke, Ulrich Holbein, Sophia Immergrün, Dastan Jasim, Ernst Kahl, Felix Klopotek, Jörg Kronauer, Peter Kusenberger, Anja Laabs, Sabine Lueken, Benjamin Moldenhauer, Joachim Rohloff, Thomas Schaefer, Johannes Schillo, Richard Schuberth, Florian Sendtner, Wenzel Storch, Rolf Surmann, Lukas Theinert, Marco Tschirpke, Detlef zum Winkel / Die Redaktion haftet nicht für unverlangt eingesandte Manuskripte. Texte können per E-Mail geschickt werden.

Gestaltung, Satz & Titel: NIK-BONG / **Titelabbildung:** Shutterstock / **Kolumnenillustration:** Leo Leowald / **Anzeigen:** Citinaut GmbH / Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 38 vom 11.11.2022 / Telefon: 040-87 20 99 20, Telefax: 040-87 20 99 21, E-Mail-Adresse: anzeigen@konkret-magazin.de / **Bankverbindung:** Postbank Hamburg, IBAN: DE 32 2001 0020 0742 584 209, BIC: PBNKDEFF / **Druck:** westermann DRUCK | pva, Braunschweig / **Vertrieb:** Moderner Zeitschriften Vertrieb, Ohmstraße 1, 85716 Unterschleißheim, www.mzv.de

Einzelpreis: € 7,- inklusive 7 Prozent MwSt. / Im Abonnement: € 68,- frei Haus, inklusive 7 Prozent MwSt., für 12 Hefte (Studentenabo: € 56,-) / EU-Ausland mit Normalpost: € 86,- / Ein Abonnement verlängert sich jeweils auf unbestimmte Zeit, wenn es nicht sechs Wochen vor Ablauf des Vertragszeitraums schriftlich gekündigt wird. Vorzeitige Erstattung ist nicht möglich. / **Abonnementverwaltung:** ZENIT Pressevertrieb GmbH / Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart, Telefon: 0711-82 651-307, Telefax: 0711-82 651-333, E-Mail-Adresse: konkret@zenit-presse.de



Wer mehr möchte als nur das Alltägliche, ist beim PRESSE-Fachhandel genau richtig. Hier finden Sie deutlich mehr Bereitschaft zu Leistung und Service. Zum Beispiel die Beschaffung von Spezial-Zeitschriften möglichst innerhalb 24 Stunden, fachkundige Beratung und stets auch konkret. Bundesweit erkennen Sie Ihren PRESSE-Fachhändler am »Blauen Globus«.

Foto: Amila Gordon/Unsplash

iz3w ► Zeitschrift zwischen Nord und Süd

iz3w ◀

Vom Willkommenssommer zur Festung Deutschland?

Außerdem:
30 Jahre Srebrenica |
Rohingya in Sri Lanka |
Proteste in der Türkei

52 Seiten, € 7,-

www.iz3w.org

Hol dir das analyse & kritik Vorteilsabo!



- nicht von Millionär*innen finanziert wie Nazis
- kein Spekulationsobjekt großer Investor*innen
- kein Produkt, das Profit abwerfen soll, sondern politisches Werkzeug für linke Bewegungen

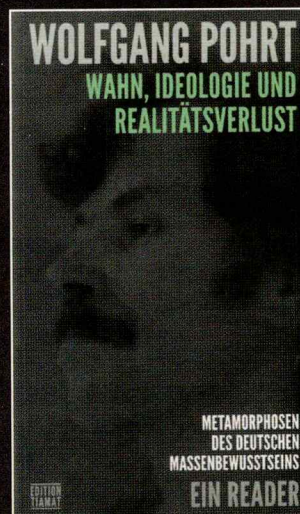
Jeden Monat radikaler linker Journalismus:
www.akweb.de/abo
Jetzt auch als Podcast!

Der kürzlich bei der Edition Tiamat aus Anlass seines achtzigsten Geburtstags erschienene Wolfgang-Pohrt-Reader gibt Ihnen die Möglichkeit, einen scharfsinnigen Soziologen kennenzulernen, der gegen die Zerfallsprodukte der 68er-Bewegung wie die Friedens-, die Müsli-, die Zurück-zur-Natur- und die Anti-Atomkraft-Bewegung polemisierte, der das Massenbewusstsein der Deutschen und die Bandenkriminalität in der Politik untersuchte. Es werden einige der wichtigsten Texte vorgestellt, mit denen der langjährige **konkret**-Autor die Zeit ab den siebziger Jahren und das, was diese ausgemacht hat, kommentiert und analysiert, und mit denen er seinen Ruf begründet hat, einer der unausstehlichsten, aber auch einer der originellsten Köpfe seiner Zeit gewesen zu sein.

Der von Thorsten Mense und Judith Goetz herausgegebene Band *Rechts, wo die Mitte ist* zeichnet das Bild einer Partei, die exemplarisch für einen Rechtsextremismus steht, der modern daherkommt und droht, ebenso erfolgreich zu werden wie seine historischen Vorläufer.

Antisemitismus ist in der AfD allgegenwärtig. Immer wieder attackiert die Partei unter Rückgriff auf antisemitische Stereotype prominente Vertreter/innen jüdischen Lebens, teilen führende AfD-Funktionärinnen und -Funktionäre antisemitische Verschwörungserzählungen oder relativieren die Verbrechen des Nationalsozialismus. Trotz der zahlreichen einschlägigen Skandale in ihrer noch jungen Parteigeschichte wird dem Antisemitismus in der Analyse der AfD kaum Beachtung geschenkt. In seinem Buch widmet sich Stefan Dietl dem Antisemitismus als grundlegendem Ideologem und Welterklärungsmodell der AfD. Dabei nimmt er die verschiedenen Erscheinungsformen des Judenhasses in der Partei ebenso unter die Lupe wie die Versuche der AfD, sich als Bollwerk gegen Antisemitismus und Fürsprecherin Israels zu inszenieren.

Wer jetzt **konkret** abonniert, bekommt eins der drei Bücher geschenkt.



Als Prämie für ein **konkret**-Jahresabo (zwölf Hefte) zum Preis von 68,- Euro (für Schüler/innen und Studierende nur 56,- Euro), zahlbar jährlich im voraus, erhalte ich nach Eingang des Rechnungsbetrages das Buch ☐ Pohrt-Reader ☐ Rechts, wo die Mitte ist ☐ Antisemitismus und die AfD

Name, Vorname

☐ Bankeinzug

☐ Rechnung

Straße

IBAN

PLZ, Wohnort

BIC

Datum, Unterschrift

Kreditinstitut

Dauer des Abonnements: bis auf Widerruf, mindestens 12 Hefte. **Widerrufsrecht:** Sie können die Bestellung binnen 14 Tagen ohne Angabe von Gründen formlos widerrufen. Die Frist beginnt an dem Tag, an dem Sie die erste bestellte Ausgabe erhalten, nicht jedoch vor Erhalt einer Widerrufsbelehrung gemäß den Anforderungen von Art. 246a § 1 Abs. 2 Nr. 1 EGBGB. Zur Wahrung der Frist genügt bereits das rechtzeitige Absenden Ihres eindeutig erklärten Entschlusses, die Bestellung zu widerrufen. Sie können hierzu das Widerrufsformular aus Anlage 2 zu Art. 246a EGBGB nutzen. Der Widerruf ist zu richten an: ZENIT Pressevertrieb GmbH, konkret-AboService, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart.

ZENIT Pressevertrieb GmbH, Postfach 81 06 40, 70523 Stuttgart / Gläubiger-Identifikationsnummer DE17ZZZ00002151220 / Die Mandatsreferenz wird mir separat mitgeteilt. / **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige die ZENIT Pressevertrieb GmbH, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von der ZENIT Pressevertrieb GmbH auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. **Hinweis:** Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Da geht's zu weit

Der Nachteil, über kein »Zeit«-Abo zu verfügen, ist, es nicht kündigen zu können, und zwar, Ironie, weil sie eine Polemik Maxim Billers von der Homepage entfernt hat: »Unsere aufwändige redaktionelle Qualitätssicherung hat leider nicht gegriffen. Wir haben den Text deshalb nachträglich depubliziert.« Einen Text, der mit »Morbus Israel« überschrieben und halt nicht das war, was eine aufwändige redaktionelle Qualitätssicherung der Kundschaft zumuten will: »Ja, wenn es um Israel geht, um Benjamin Netanjahu und die strategisch richtige, aber unmenschliche Hungerblockade von Gaza oder die rein defensive Iran-Kampagne der IDF, kennen die meisten Deutschen keinen Spaß. Das Drama, das sie dann aufführen, begleitet von der bigotten Beschwörungsformel ›Das Völkerrecht! Das Völkerrecht!‹, mit der sie niemals Leute wie Sinwar oder Ali Chamenei belegen würden, hat nichts mit einer zivilisierten politischen Auseinandersetzung zu tun. Es ähnelt eher einer Teufelsaustreibung am eigenen Leib, ohne Priester und Handbuch.« Wie auch ZDF-Talkmaster Lanz davon »besessen ist, die Israelis als mittelalterliche Kindermörder und moderne Kriegsverbrecher zu überführen«, zitiert die »Jüdische Allgemeine«, wo die »Zeit« aus Qualitätssicherungsgründen den Text ja nun versenkt hat.

Die Zeiten sind nun mal zu schlecht, als dass man den journalistischen Grundsatz, den Leuten nach dem Mund zu schreiben, vergessen dürfte. Und wenn sich etwas als nationale Überzeugung durchgesetzt hat, dann, dass Israel mal wieder »zu weit« (»Die Zeit«) gegangen ist, sich gegen den Iran offiziell ins Unrecht gesetzt und nämlich zurückgeschossen hat, obwohl das Völkerrecht »auch Schurkenstaaten« schützt: »Ohne verbindliche Regeln bleibt nur das Recht des Stärkeren.« Und auch für den »Spiegel« versteht sich: »Völkerrechtlich ist die Operation ›Rising Lion‹ nicht gerechtfertigt«, Deutschland dürfe »nicht erneut« (siehe Gaza) zu Israels Unrecht schweigen, was Philipp Peyman Engel, Chefredakteur der »Jüdischen Allgemeinen«, der diese und noch mehr Beiträge zum nationalen Unisono gesammelt hat, für »bemerkenswert« hält: »In den letzten Jahren waren nur wenige Stimmen zu vernehmen, die die ständigen Brüche des Völkerrechts durch den Iran angeprangert hätten. Aber kaum, dass Israel sich mit militärischen Mitteln wehrt, kennt Deutschland keine Parteien mehr, sondern nur noch Völkerrechtler. Hinter dem Ruf nach dem Völkerrecht verschanzen sich derweil die Mörder. Dass dies nicht gesehen wird, oder besser: bewusst ausgeblendet wird, ist unerträglich. Man kann es nicht klar genug sagen: Es ist ein journalistisches und moralisches Versagen.«

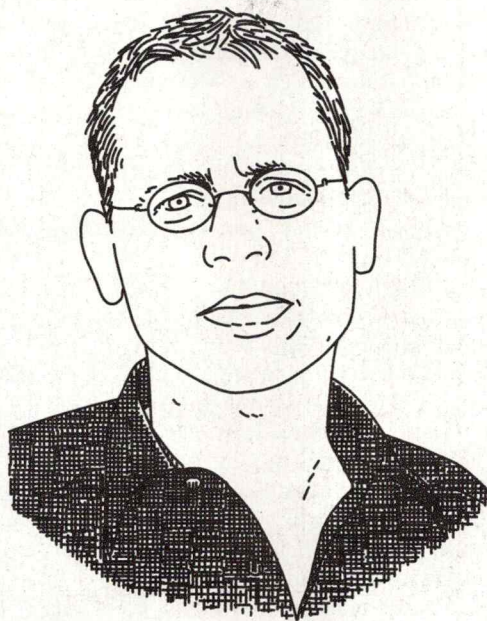
Das sehr gern nicht zur Kenntnis nimmt, dass zur iranischen Staatsräson gehört, den Staat Israel zu vernichten, was den Völkerrechtsgrundsatz der Achtung von staatlicher Integrität und Souveränität so verletzt wie die Finanzierung und Bewaffnung des Überfalls vom 7. Oktober 2023 auf israelisches Staatsgebiet, falls man

nicht Israel für illegitim, also recht eigentlich für keinen Gegenstand des Völkerrechts hält. »Hand aufs Herz«, schreibt Engel: »Vieles ist komplex in Nahost, oft gibt es keine einfachen Antworten, schon gar nicht in Israel. Doch hier ist es ganz einfach: Israel eskaliert nicht. Israel reagiert. Israel provoziert keinen Krieg. Israel ist der Krieg schon längst erklärt worden.« Die geheimdienstlichen Einschätzungen zum Fortschritt des iranischen Atomprogramms sind widersprüchlich, und natürlich hat Jerusalem die Schwächung oder sogar den möglichen Sturz des Teheraner Regimes billigend in Kauf genommen. Weil der Iran aber seit je jeden Terror gegen Israel unterstützt, ideell, personell, finanziell, muss er sich übers Echo nicht beschweren, und man soll sich auch hier davor hüten, das Opfer mit dem Täter zu verwechseln, auch wenn das, Hand aufs Herz, ein nationales Hobby ist. »Das Militärische hat seine eigene Faszination,

denn es suggeriert einfache Lösungen (bunkerbrechende Bomben), das kann für breitbeinige Staatenlenker politisch attraktiv sein«, mahnt mithin der »SZ«-Rechtsreporter Wolfgang Janisch; Pazifismus müsse jedoch »jede noch so kleine Chance auf ein Abkommen ergreifen, und seien dafür staubtrockene Verhandlungen mit sehr unangenehmen Menschen auf der anderen Seite des Tisches nötig«. Im Fall des sehr unangenehmen W. Putin ist Pazifismus bekanntlich Zeichen von Geistesschwäche und militärische Stärke der Schlüssel zu allem; geht es gegen die Judenhasser in Teheran, gilt das schon darum nicht, weil man sonst Israel keine Vorträge halten kann. Frieden schließe man mit Feinden, nicht Freunden, hat der israelische Ministerpräsident und Friedensnobelpreisträger Jitzchak Rabin mal gesagt; aber wenn mit Todfeinden keiner möglich ist, wird das Völkerrecht »getreten und missachtet keineswegs nur von Russland, sondern auch

von Israel und den USA« (Janisch), was den Charme hat, dass man gleich drei alte Gegner auf die Anklagebank setzen kann, wie das Völkerrecht immer dann einschlägig ist, wenn es dem Leitartikel in den Kram passt. Der völkerrechtswidrige Angriff auf Serbien war seinerzeit in Ordnung, weil ein neues Auschwitz verhindert (und die westlich-deutsche Dominanz auf dem Balkan durchgesetzt) werden musste; wenn Israel höchstselbst ein neues Auschwitz zu verhindern denkt, geht es zu weit. Der Jude geht ja eigentlich immer zu weit.

Die Heuchelei ist in der Sache angelegt, weil das Gewaltmonopol trotz Völkerrecht bei den Nationalstaaten bleibt, was, solange eine bewaffnete Weltregierung fehlt, nun mal das Recht des Stärkeren bedeutet, dasselbe Recht, das deutsche Publizistik, als es in der Finanzkrise um Griechenlands Schulden ging, für vollauf legitim hielt. Linken muss das Recht des Stärkeren suspekt sein, andernfalls sie keine Linken wären, und wenn die USA als Weltpolizei eingreifen, bedarf die Skepsis (oder der Abscheu) keiner ausgewachsenen antiimperialistischen Überzeugung. Doch manchmal macht Polizei auch Nazis und Mörder dingfest, und wer was dagegen hat, dass es die Richtigen trifft, glaubt, es trifft die Falschen.



HERRSCHAFTSZEITEN

»Es ist eine der besten Bundesregierungen, die wir in den letzten Jahrzehnten in Deutschland gehabt haben.«

**Bundeskanzler
Friedrich Merz (CDU)**

Redlichkeit

Es hat etwas Menschliches und erregt auch Mitleid, wenn einer sich lobt, weil es sonst keiner tut. Aber nicht bei diesem Kanzler, der in seiner Aufgeblasenheit und Arroganz alles vergeigt, sogar den ostentativen Narzissmus, den er sich bei seinem Don in Washington abgeguckt hat. Denn *einer* der Besten zu sein, bedeutet, dass es mindestens *einen* gegeben hat, der es besser kann. Überdies war in den vergangenen Jahrzehnten wenig Abwechslung im Kanzleramt: Vorm Faxen-Fritz gab es seit 1982 bloß vier deutsche Regenten. Deren Performance als »mittel bis mäßig« zu beschreiben, wäre ein kolossaler Euphemismus. Doch bereits nach ein paar Wochen auf dem Chefsessel hat Merz mit Aplomb bewiesen, dass es nicht mal dafür bei ihm reicht.

Die Senkung der Stromsteuer für Privatverbraucher zum Beispiel, eines seiner Wahlversprechen und Teil des »Sofortprogramms« der neuen Regierung, kommt erst mal nicht und wahrscheinlich nie. Statt jedoch Putin die Schuld daran zuzuschieben, was in den vergangenen Jahren eine bewährte Übung war, redet Merz sich blödestmöglich heraus: »Mir ist klar: Der Koalitionsvertrag sieht mehr vor. Aber wir können nur ausgeben, was wir haben.« Was bei besinnungslos durchgepeitschten Sonderschulden von 500 Milliarden Euro fürs Militär sowie panzerfeste Straßen ganz schön albern klingt, doch der Kanzler kann noch albernere: »Diese Bundesregierung wird mit Ehrlichkeit handeln.« Zu begrüßen wäre es. Bevor's jedoch passiert, sind die nächsten Wahlen längst vorbei, und Merz brütet unter einem schwarzen Stein, dahin die Sonne nicht scheint.

Gottvertrauen

Welche Niete Merz beerben wird, sollte vielleicht ausgelost werden. Das spart Zeit und Kosten und führt zum gleichen Ergebnis: Kaum ist der Neue ernannt, haben ihn alle

schon satt. Kandidaten, die es sich dennoch antäten, gäbe es wohl: Juan Guaidó zum Beispiel, der gescheiterte venezolanische »Interrimspräsident«, wäre sofort zur Stelle, wenn sonst keiner will, und Lodda Maddhäus schreit garantiert »hier!«, bevor man ihn sucht. Allerdings wird es bestimmt Schlauberger geben, die Schmu bei der Lotterie nachweisen können, und wieder geht's von vorne los, Staatskrise inklusive.

Da haben es die theokratischen Exil-Tibeter leichter: Wenn ihr Obermott aus der Welt scheidet, picken sie sich irgendeinen bedauernswerten Knaben heraus und erklären ihn zur Reinkarnation des Verblichenen. Der Ozeangleiche Lehrer, die Kostbarkeit, die Gegenwart, das Erleuchtungswesen des Mitgefühls, das Wunscherfüllende Juwel, der Wiedergeborene, Seine Heiligkeit Tenzin Gyatso, kürzlich 90 Jahre alt geworden, hat zum Geburtstag verkündet, »dass die Institution des Dalai Lama fortgeführt wird«, sollte er demnächst das Zeitliche segnen. Beim archaischen Hokuspokus habe die chinesische Regierung aber kein Mitwirkungsrecht, die Schnitzeljagd nach dem künftigen Gottkönig stehe allein dem Büro des jetzigen in Dharamsala, Indien, zu: »Niemand sonst«, so Gyatso, habe »irgendeine Autorität, sich in diese Angelegenheit einzumischen« – eine An-
sage, die das Politbüro in Peking eventuell schwer beeindruckt hat.

Doch nicht annähernd so tief wie die Redaktion der »FAZ«. Die überschrieb ihren Bericht über Gyatsos metempsychotischen Tick mit der ehrfürchtigen Zeile: »Der Dalai Lama wird wiedergeboren werden.« Und Friedrich Merz wird ab sofort mit Ehrlichkeit handeln.

Glaubens- stärke

Der Gewohnheitslügner im Oval Office erzählt derweil gern, er sei beim Attentat in Butler, Pennsylvania, vor gut einem Jahr »von Gott gerettet worden, um Amerika wieder großartig zu machen«. Das »Wunder«, wie Stephen Miller, der stellvertretende Stabschef und Chefideologe Trumps, den Fehlschuss nennt, sei ihm Ansporn, als »Verteidiger des Glaubens« zu

wirken und die Steuerbehörde IRS anzuweisen, das sogenannte Johnson-Gesetz von 1954 künftig zu ignorieren. Nach dieser Vorschrift verlieren Kirchen ihren Status als steuerbefreite Organisationen, wenn sie sich parteipolitisch engagieren. Die evangelikalen Fanatiker, die zu den bedeutendsten Unterstützern des Maga-Kults zählen, werden sich – Iran-Bombardierung hin, Epstein-Liste her – gewiss erkenntlich zeigen.

Und wie es unter Erwählten des Herrn so geht, hat Trump in Syriens neuem Diktator, dem Gotteskrieger Mohamed al-Jolani, einen Seelenverwandten entdeckt: »Er war der Chef von einigen knallharten Organisationen. Er ist attraktiv und ziemlich zäh. Er ist ein guter Typ.« Die Organisationen heißen Isis, Al Qaida und Hayat Tahrir al Sham (HTS), und Trumps Kompliment hätte gerade so gut Osama bin Laden gelten können (siehe S. 34). Die neue Liebe der US-Regierung zu den gleichen Terroristen, gegen die sie jahrzehntelang entsetzliche Kriege führte, trägt bereits Früchte: Am 23. Juni dekretierte Marco Rubio, der amerikanische Außenminister, HTS, auch als Al-Nusra-Front bekannt, werde nicht länger als »ausländische Terrororganisation« in der Sanktionsliste der USA geführt.

**KINDERFERIENPROGRAMM
MIT DER
BUNDESWEHR!**

FÜR KINDER VON 6 BIS 12 JAHRE

WANN: 13.08.25 9⁰⁰ UHR - 14.08.25 15⁰⁰ UHR
WO: GRUNDSCHULE KELLMÜNZ

Anmeldung bis 25.07.2025
im Rathaus Kellmünz
Unkostenbeitrag 12€

KELLMÜNZ BUNDESWEHR

Und ehe man sich's versieht, ist die Armee wieder die Schule der Nation: In Kellmünz an der Iller bespaßt die Bundeswehr Kinder, die sich nicht rechtzeitig ins Ausland absetzen konnten

Pflichtbewusstsein

»The world has gone mad today, and good's bad today, and black's white today, and day's night today«, hieß es 1934 in Cole Porters Song »Anything Goes«. Die Verse, die ironisch gemeint waren, sind neun Jahrzehnte später zu einer nüchternen Weltzustandsbeschreibung geworden. Die Frequenz, in der gut zu böse, schwarz zu weiß wird, hat sich drastisch erhöht, und wer versucht, systemkonform durch den Dschungel da draußen zu kommen, der muss schon jeden Tag die Qual-Medien konsultieren, denn sie geben den Takt vor.

So standen neulich noch »Prepper«, also Leute, die sich mit Batterie- und Konservenstapeln im Keller oder gar Atombunker gegen den Weltuntergang wappten, als Sonderlinge in Verruf, die zum Faschismus eine bedenkliche Nähe pflegen. Im »Spiegel« vom 20. Juli 2024 beispielsweise berichtete Dialika Neufeld über einen Prepper, »der sich im schleswig-holsteinischen Itzehoe auf den Katastrophenfall vorbereitet: Atomunfälle, Krieg, Blackouts, Volksaufstände – das sind nur einige der für ihn möglichen Szenarien. An seiner Tür hängt ein Fluchtrucksack.« Die Reporterin bilanzierte: »Es ist beunruhigend zu sehen, wie wenig Barz an die Stabilität des Staates glaubt.«

Kein ganzes Jahr später hat das Blatt einen Artikel von Marc Hasse veröffentlicht, der in Itzehoe auf große Zustimmung treffen dürfte. »Es gibt viele Szenarien«, schreibt Hasse, »für Katastrophen, in denen Menschen in Deutschland gezwungen sein könnten, ihr Heim schnell zu verlassen oder zu Hause auszuharren, abgeschnitten von der Versorgung mit Lebensmitteln und Energie.« Atomunfälle, Blackouts, Volksaufstände, um nur ein paar zu nennen.

Der Übel größtes aber, »eine neue potenzielle Bedrohung«, lauert im Osten: »Russland hat auf Kriegswirtschaft umgestellt ... In einem Bundeswehr-Strategiepapier wird Russland als »existenzielles Risiko« für Deutschland bezeichnet.« Wenn die Generalität es sagt, muss es ja stimmen, und das vormals staatsbedrohende Preppen ist nun nicht nur angeraten, sondern nachgerade eine vaterländische Pflicht. Hasse zitiert ehrfürchtig Ralph Tiesler, den Präsidenten des Bundesamts für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe: »Wir müssen uns auf die Gesamtverteidigung einstellen, und wir müssen als Gesellschaft resilienter sein.« Zur Resilienz, so Tiesler, gehören unter anderem Wasservorräte, haltbare Lebensmittel, Akkus und, Achtung: ein Fluchtrucksack.

Es ist beunruhigend zu sehen, wie wenig sogar deutsche Beamte an die Stabilität des Staates glauben. Doch am Ende geht, wenn's nur gegen Putin geht, alles, und aus dem Handkurbelradio erklingt die alte Weise: »Just think of those shocks you've got, and those knocks you've got, and those blues you've got from those news you've got.«

Todesverachtung

Andererseits kann die Bürgerpresse auch beruhigend auf das Publikum einwirken. Der »Tagesspiegel« etwa titelte am 26. Juni: »Strahlung nimmt schneller ab, als viele denken.« Die Redaktion dachte dabei nicht an Castor-Behälter, sondern an Wasserstoffbomben: »Entgegen landläufiger Annahmen würden abgeschlossene Innenräume bereits effektiv vor radioaktiver Strahlung schützen – spezielle Bunker sind demnach nicht nötig. Geeignet sind etwa fensterlose Räume, Keller, Tiefgaragen oder U-Bahnschächte.« Und bestimmt tut's auch eine Aktentasche überm Scheitel oder eine stabile Tischplatte. Das bombensicherste Mittel gegen die Angst vor einem Atomkrieg ist aber nur auf Journalistenschulen zu erwerben, nämlich das Brett vorm Kopf.

Verlässlichkeit

So schwer es einem Materialisten fällt, das Konzept der Wiedergeburt für etwas anderes als ein Hirngespinnst zu halten, zumal wenn ein Wirrkopf wie der Dalai Lama es verkündet, so schwankend wird der Gottlose, wenn er dieser Tage deutschen Offizieren zuhört. Die geifern nämlich, als wären sie Wiedergänger von Wehrmachtsgenerälen. Der scheidende Inspekteur des Heeres, Alfons Mais, schnarrte Ende Juni in der Show von Maybritt Illner: »Wir reden von Verlustraten. Aber für Russland spielen Verlustraten an Menschen keine Rolle ... Sie haben den Personalumfang auf 1,5 Millionen erhöht. Das ist eine Vorbereitung auf eine großmaßstäbliche konventionelle Auseinandersetzung mit dem Westen.«

Die erprobte Russenhasserin Florence Gaub saß neben Mais und flunkerte, wie es nur Nato-Schranzen können: »Wissen Sie, warum Verteidigungsausgaben bei uns so teuer (!) sind? Weil wir im Gegensatz zu Russland zum Beispiel sehr großen Wert darauf legen, dass unsere Soldaten gut geschützt sind.« Außerdem, das weiß jeder, der mal eine Schwarte von Konsalik oder den »Landser« las, ist der deutsche Soldat praktisch kugelfest. Der neue Bundesaußenminister Wadephul (CDU), ebenfalls zu Illners Quatschrunde eingeladen, nickte zu diesem Ausbund primitiver Propaganda mit dem Eifer eines Wackeldackels.

Aber was soll man auch von einem »Chefdiplomaten« erwarten, der seinem eigenen Chef nicht mal zaghaft widerspricht, wenn der unverhohlen zum Waffengang gegen die verdammten Russkies bläst. »Russland greift uns an«, schwindelte Merz Anfang Juli bei Sandra Maischberger, »dagegen müssen wir uns wehren.« Zu welchem dumpfen Geblubber Gerhard Polt die einzige korrekte Antwort vorgegeben hat: »Wer ist wir? Ich nicht.«

Kay Sokolowsky

TOTSCHLAGZEILEN

Kampf gegen »Moskauer Horden«.
Mächtige Verteidigungsanlagen sollen
Russen maximale Verluste zufügen.

NTV, 15. Juni 2025

Nato-Mitglied bereit für Gegenschlag:
»Dann bringen wir den Krieg nach Russland.«
»Berliner Zeitung«, 17. Juni 2025

»Das ist die letzte Übung vor dem Krieg«.
Wo sich die Nato auf den Ernstfall vorbereitet.

»Welt«, 20. Juni 2025

Aufrüstung an Nato-Grenze.
Bundeswehr: Russland für Deutschland
»existenzielles Risiko«.

T-Online, 20. Juni 2025

Wann sind wir kriegstüchtig, Herr Pistorius?

»Caren Miosga« (ARD), 22. Juni 2025

Mehr Waffen, mehr Soldaten: Schafft
Deutschland den Kraftakt?

»Presseclub« (ARD), 22. Juni 2025

Millionen Minen gegen Russland: Nato-Staaten bauen neuen Eisernen Vorhang.

»Bildzeitung«, 25. Juni 2025

Rüstungsaktien: Eine Rheinmetall-Aktie macht noch keinen Patrioten.

»Zeit«, 25. Juni 2025

Zu wenige Reservisten: Sport-Schützenvereine wollen Bundeswehr helfen.

»Bildzeitung«, 28. Juni 2028

Wegen »russischer Aggression«.
Spahn: Deutschland braucht Zugriff auf
Atomwaffen.

NTV, 28. Juni 2025

Wird Putins Sommer-Offensive zum
Reinfall?

Experte: »Das sind nur noch unkoordinierte Horden.«

»Bildzeitung«, 30. Juni 2025

Folgen des Nato-Ziels: Deutschland geht
in die Rüstungs Offensive.

»FAZ«, 2. Juli 2025

Putin gegen Nato: Analyst prognostiziert
möglichen Zeitraum für Invasion.

»Frankfurter Rundschau«, 3. Juli 2025

Deutschland plant Mega-Deal: Tausende
neue Panzer gegen Putin.

»Frankfurter Rundschau«, 10. Juli 2025

Das vorläufige Ende einer nuklearen Erpressung

Der »Zwölf-Tage-Krieg« Israels und der USA gegen den Iran ist ein historisches Ereignis: Zum ersten Mal war die Zerstörung von Atomanlagen das primäre Kriegsziel. Von Detlef zum Winkel

Am 13. Juni begann Israel seine Operation »Rising Lion«. Gleichzeitig mit dem Start des Luftwaffeneinsatzes wurden durch geheimdienstliche Aktionen dreißig hohe Offiziere der Revolutionsgarden und elf Kader des iranischen Atomprogramms getötet, darunter Generalstabschef Mohammad Hossein Bagheri, der Chef der Revolutionsgarden Hossein Salami und der Kernphysiker Fereydoun Abbasi, der von 2011 bis 2013 die iranische Organisation für Atomenergie leitete. In den folgenden Tagen setzte Israel seine gezielten Angriffe auf die Teheraner Machtelite fort, bei denen auch Familienmitglieder und Nachbarn ihr Leben verloren. Am 29. Juni wurde in Teheran ein Staatsbegräbnis für sechzig ranghohe Personen zelebriert.

Neun Tage lang bombardierte die israelische Luftwaffe Atomanlagen an zahlreichen Standorten, zerstörte Einrichtungen der iranischen Luftabwehr, Militärstützpunkte, Raketen, Raketenstellungen und Rüstungsfabriken. Nahezu ungehindert konnten israelische Kampfflugzeuge Teheran und andere Städte überfliegen. Das war eine wesentliche Voraussetzung für das, was nun folgte. In der Nacht vom 21. auf den 22. Juni holten die USA zum großen Schlag aus, den sie »Midnight Hammer« nannten. Vierzehn tonnenschwere bunkerbrechende Bomben trafen die unterirdischen Urananreicherungsanlagen in Fordo und Natanz, Marschflugkörper wurden auf die Nuklearindustrie von Isfahan abgefeuert. US-Präsident Donald Trump verkündete eine »totale Zerstörung« des iranischen Atomprogramms und setzte zwei Tage später einen Waffenstillstand durch.

Der Iran antwortete mit täglichen Salven von Raketen auf Tel Aviv, Jerusalem, Haifa und Be'er Scheva. Dabei wurden anfangs zwischen hundert und zweihundert ballistische Raketen gleichzeitig gestartet, begleitet von etwa tausend Drohnen. In den letzten Kriegstagen nahm die Intensität der Angriffe ab. Ziele waren technisch-wissenschaftliche und geheimdienstliche Einrichtungen, die zum Teil getroffen, meist aber weit verfehlt wurden. Die israelische Abwehr, unterstützt von den USA und Frankreich, war gegen Drohnen sehr erfolgreich, während etwa zehn Prozent der ballistischen Raketen nicht abgefangen werden konnten. Das Weizmann-Institut in Rechovot und das Soroka-Krankenhaus in Be'er Scheva sowie zahlreiche Wohnhäuser wurden schwer beschädigt. Israel beklagt etwa 30 Tote und 3.000 Verletzte, im Iran sollen nach Angaben von NGOs etwa 1.000 Menschen getötet und 4.500 verletzt worden sein. Die hohe Differenz bei den Todesopfern erklärt sich dadurch, dass es in iranischen Städten keine Schutzvorrichtungen für die Bevölkerung gibt.

Außerdem griff der Iran als eher symbolische Vergeltung den US-Stützpunkt Al-Udeid in Katar an, ohne dabei größere Schäden anzurichten. Washington war vorgewarnt worden, wofür sich Trump ausdrücklich bedankte. Umgekehrt behauptete ein Beamter der US-Administration, auch dem Iran sei der Mitternachtshammer kurz zuvor angekündigt worden, verbunden mit der Versicherung, die Aktion werde sich nur gegen Atomanlagen richten und die USA wünschten keinen Krieg mit dem Iran.

Das iranische Staatsoberhaupt Ali Khamenei meidet seit geraumer Zeit aus Sicher-

heitsgründen öffentliche Auftritte. Am 26. Juni wandte er sich in einer Fernsehaufzeichnung an die Öffentlichkeit, um der »großartigen Nation Iran« zu ihrem »Sieg über das trügerische zionistische Regime« zu gratulieren. Der Feind sei »von den Schlägen der Islamischen Republik praktisch niedergedrückt und zermalm« worden. Die USA seien ebenfalls besiegt worden. Als Begründung für diese kühnen Behauptungen führte er Trumps vergebliche Forderung nach einer Kapitulation an. Khamenei bemüht sich angestrengt, den nationalen Stolz zu beschwören: Der Iran sei unerschütterlich und werde sich niemals unterwerfen. Realistischer äußerte sich Außenminister Abbas Araghchi. Er sprach von ernsthaften und schweren Schäden an den Atomanlagen, deren genaues Ausmaß erst untersucht werden müsse.

Auch die Führer der USA und Israels sparten nicht mit Übertreibungen. Benjamin Netanjahu glaubte feststellen zu können, er habe sein Versprechen eingelöst, dass die iranischen Atomanlagen auf die eine oder andere Weise zerstört werden. Trump gab seinen Kollegen auf dem Nato-Gipfel am 25. Juni einige Erläuterungen: Das iranische Atomprogramm sei um Jahrzehnte zurückgeworfen worden, Teheran werde es nicht wieder aufnehmen. Die US-Luftwaffe habe einen Krieg beendet, der andernfalls sehr viel länger gedauert hätte. Einen Vergleich zu Hiroshima wolle er zwar nicht anstellen, aber es sei »im Grunde das Gleiche« gewesen.

Unter besonderem Rechtfertigungsdruck befindet sich Kriegsminister Pete Hegseth, da CNN und andere Medien seine Erfolgsmeldungen umgehend anzweifeln. Der Einsatz sei ein unglaublicher und überwälti-

gender Erfolg gewesen, erklärte er auf einer Pressekonferenz am 26. Juni, in deren Verlauf er sich in offene Wut über die Kritik steigerte. Der »Visionär« Trump habe umgesetzt, wovon viele frühere Präsidenten geträumt hätten: den Iran daran zu hindern, dass er über Atomwaffen verfüge. »America is back«, polterte Hegseth und riet der Welt »zuzuhören, wenn Trump spricht«. Der Präsident habe dem Iran eine gütliche Einigung angeboten und den Angriff erst angeordnet, als dieser nicht einwilligte. Dies sei eben anders als unter der Biden-Administration. »Aber ihr«, schrie er die Anwesenden direkt an, »besonders die Presse und besonders das Pressekorps im Weißen Haus« – diese böswilligen Kräfte würden das Unternehmen zerreden, nur um Trump zu schaden. Sehen so Sieger aus, oder steht der Mann mit dem Rücken an der Wand? Gegen Hegseth werde eine Hexenjagd veranstaltet, meinte Trump.

Anlass für die Wutanfälle war ein durchgestochener Geheimdienstbericht, wonach der US-Angriff mit all seiner bunkerbrechenden Gewalt das iranische Atomprogramm möglicherweise nur um einige Monate verzögert habe. Diese Einschätzung scheint sich mehr und mehr durchzusetzen. Sie wird auch vom Generaldirektor der Wiener Agentur für Atomenergie (IAEA), Rafael Grossi, geteilt. Schließlich ruderte das Pentagon zurück. »Wir haben ihr Programm um ein bis zwei

Jahre zurückgeworfen – zumindest nach der Einschätzung unserer Nachrichtendienste im Ministerium«, hieß es auf einer Pressekonferenz am 2. Juli.

Die Ernüchterung scheint vor allem der Erkenntnis geschuldet, dass die Tunnel von Fordo, in denen sich 2.000 Hochleistungszentrifugen befinden, unter dem Bombardement wohl nicht eingestürzt sind. Fordo wurde – ahnend, was einmal passieren könnte – in 60 bis 90 Metern Tiefe unter massivem Felsgestein angelegt und gilt als Kernstück der iranischen Anreicherung. Vor allem dort wurde Uran mit einem 60prozentigen Anteil des spaltbaren Isotops U235 produziert. Sicher hätte man in Fordo ohne weiteres auch Anreicherungsgrade um die 90 Prozent erreichen können, also waffentaugliches Uran. Nun sind mindestens die Eingänge und Lüftungsschächte der Anlage zerstört. Darüber hinaus ist fraglich, ob die empfindlichen Geräte der Nukleartechnik die Erschütterungen überstanden haben, die einem Erdbeben ähnlich gewesen sein müssen. Fordo müsste generalüberholt werden, wenn sich das überhaupt noch lohnt.

Etwas anders verhält es sich in Natanz. Dort gibt es eine große unterirdische Anlage, in der Uran mit niedrigen Anreicherungen produziert wurde, wie es auch für kommerzielle Zwecke verwendet wird. Dieses Ziel wurde von den USA mit zwei bunkerbrechen-

den Bomben bedacht, also weniger intensiv attackiert. Über seinen aktuellen Zustand gibt es keine näheren Informationen. Außerdem beherbergte Natanz eine überirdische Pilot-Anreicherungsanlage, in der jedoch keineswegs nur getestet wurde. Vielmehr wurde dort ebenfalls zu 60 Prozent angereichertes Uran in nicht unerheblichen Mengen produziert. Diese Einrichtung wurde von Israel gleich am ersten Tag bombardiert und mit hoher Wahrscheinlichkeit zerstört. In einiger Entfernung davon soll sich eine weitere unterirdische Stätte im Bau befinden; wie weit diese Arbeiten fortgeschritten sind, ist nicht bekannt.

In der Öffentlichkeit kaum beachtet wurden israelische Bombardements auf den Schwerwasserreaktor Khondab, vormals unter den Bezeichnungen Arak oder IR-40 bekannt. Dieser Reaktortyp ist besonders für die Erzeugung von waffenfähigem Plutonium geeignet. Er war noch nicht mit Brennelementen befüllt, so dass kein Austreten von Radioaktivität befürchtet werden musste. Die iranische Seite versuchte, die angerichteten Schäden herunterzuspielen, doch es gibt ein Satellitenbild vom 19. Juni, auf dem deutlich ein großes Loch in der Reaktorkuppel zu erkennen ist.

Offen bleibt wahrscheinlich die wichtigste Frage für die nähere Zukunft des iranischen Atomprogramms: Der Verbleib von



Vernichtungsphantasien: Anti-Israel-Propaganda, Zanjan, Iran, April 2024



Was tun?

1902, als Lenin so fragte, war die Antwort: als Avantgarde des Proletariats die Revolution vorbereiten. Ein Jahrhundert später triumphiert von Berlin bis Kairo die Reaktion. Eine Zeit, in der nichts zu tun wäre also? Jeder Tag bietet die Chance, da und dort ein Schäufelchen Sand ins Getriebe zu werfen, die Kritik der deutschen Weltmacht zu schärfen und den Gedanken an eine bessere Ordnung zu bewahren. All das tut, wer sich entschließt, einer der Verleger von **konkret** zu werden. Als Kommanditistin/Kommanditist. Wie das – und auf Kosten des Fiskus – geht, erklärt gerne die Geschäftsführerin des Verlags. Anruf (040/851 25 31) oder E-Mail (verlag@konkret-magazin.de) genügt.

Grunddaten zur Ausschreibung:

Beteiligungsform: Handelsgesetzbuch (HGB) §§ 161 ff.

Registergericht: Hamburg

HRA Nummer: HRA 87321

Tag der Eintragung: 29.10.1993

Komplementärin: Verwaltung KVV **konkret**
Vertriebsgesellschaft für Druck- und andere Medien

HRB Nummer: HRB 54079

Tag der Eintragung: 26.10.1993

Gründung: 26.8.1993

Gegenstand des Unternehmens: Vertrieb von Druckwerken, Bild- und Tonträgern jeder Art und sämtliche damit in Zusammenhang stehenden Geschäfte

Stammkapital: 30.677,51 €

Zeichnungssumme der KG: mindestens 1.600 €

Laufzeit: zehn Jahre

Gewinn- und Verlustbeteiligung:
entsprechend der Kommanditeinlage

Haftung: ergibt sich aus den gesetzlichen Bestimmungen, nach Eintragung beim Gericht, auf die Einlage beschränkt

Anlagekonto: KVV **konkret**, Deutsche Bank,
IBAN: DE 11 2007 0024 0841 2710 00,
BIC: DEDBDEUTHAM

Ich habe € auf das Anlagekonto überwiesen und bitte Sie um ein Formular, damit ich Ihnen eine Vollmacht zur Eintragung meines KG-Anteils ausfertigen lassen kann. Erst danach kann Ihre Gesellschaft über das Geld verfügen.

☐ Mein zu versteuerndes Einkommen ist für Ihre Verluste zu niedrig, um sinnvoll eine Anlage zu zeichnen. Ich möchte **konkret** mit einer Spende/ mit Abonnements/ mit Anzeigen unterstützen. Wie geht das am besten? (Zutreffendes bitte unterstreichen.)

Name, Vorname

Straße

PLZ, Wohnort

Telefon

E-Mail

Datum, Unterschrift

408 Kilogramm Uran mit 60prozentiger Anreicherung und 275 Kilogramm mit 20prozentiger Anreicherung. Für solche Uran-Gemische ist es technisch nur noch ein kleiner Schritt zur Waffentauglichkeit mit 90prozentiger Anreicherung. Wenige Tage vor Kriegsbeginn konnten sich Inspektoren der IAEA noch von der Anwesenheit des Materials in Fordo überzeugen. Dann erklärte der frühere Chef der Revolutionsgarden, Mohsen Rezai, anstelle der ausgeschalteten Kommandoebene der Organisation, der Uranvorrat sei in Sicherheit gebracht worden. Schließlich erhielt die IAEA, kurz bevor die israelische Luftwaffe zum ersten Mal startete, eine offizielle Mitteilung aus Teheran, der Iran habe »besondere Maßnahmen« zum Schutz seiner nuklearen Ausrüstungen und Materialien getroffen, das heißt, sie beiseite geschafft.

All das bestritt Trump ärgerlich. Die Iraner hätten keine Zeit mehr gehabt, ihre hochangereicherten Vorräte in Sicherheit zu bringen, und wenn sie es doch versucht hätten, wäre es vom Mossad bemerkt worden. Bekanntlich stört es den US-Präsidenten nicht, wenn sein Geplapper umgehend widerlegt wird: Ein aktuelles Satellitenfoto zeigt eine Lkw-Kolonne vor dem Eingang von Fordo. Daraufhin beschoss Israel auch die Straßen zu der Anlage. Allerdings braucht man für 400 Kilogramm keine solchen Transportkapazitäten. Dafür reichen ein paar SUVs von Mercedes Benz, der Marke, die von den Revolutionsgarden bevorzugt wird. Wegen der Kritikalitätsgefahr kommt es nur darauf an, das Transportgut nicht zu dicht zu verstauen, sonst könnte es explodieren.

Viele Analysten und Kommentatoren sind sich nun einig in der Annahme, der Iran habe im Gegensatz zu den Verlautbarungen Israels und der USA nicht unmittelbar davor gestanden, Atomwaffen herzustellen. Statt dessen habe Teheran versucht, seinen Status als atomarer Schwellenstaat als Verhandlungsmasse für die Aufhebung von Sanktionen einzusetzen. Demnach hätte der Iran seine Hochanreicherung immer mehr beschleunigt, um Zugeständnisse des Westens im Konflikt um sein Atomprogramm zu erpressen. Auch in der iranischen Exilopposition sind solche Interpretationen verbreitet.

Diese Strategie wäre mit dem Zwölf-Tage-Krieg krachend gescheitert. Aber ist die Analyse überhaupt richtig? Investiert ein Staat seit mehr als drei Jahrzehnten seine geistigen und materiellen Ressourcen in ein Programm, um am Ende die Aufhebung der Strafen zu erreichen, die er auf Grund dieses Programms hinnehmen musste? Diese Annahme unterschätzt die iranischen Strategen. Und sie unterschätzt die irrationalen Allmachtsphantasien, die mit der Nukleartechnik einhergehen. Das Regime hat sein Schicksal unauf löslich mit der Atomfrage

verknüpft. Mit nahezu religiöser Inbrunst glaubt die Teheraner Machtelite daran, nur als Atommacht eine Zukunft zu haben und seiner selbstgewählten Mission gerecht zu werden, »das künstliche Gebilde« Israel zu beseitigen.

Darum sind die früheren Drohungen Khameneis und seines Beraterstabs ernstzunehmen, der Iran werde bei einem Angriff auf seine Atomanlagen seine Nukleardoktrin ändern. Das bedeutet, den Weg Nordkoreas einzuschlagen und als nächstes einen Atomtest in Angriff zu nehmen. Dann wären die zwölf Tage im Juni nur ein Vorspiel gewesen.

Einen bedeutenden Schritt in dieser Richtung unternahm das iranische Parlament mit der Verabschiedung eines Gesetzes, das die Zusammenarbeit mit der Internationalen Atomenergie-Agentur vollständig aussetzt. Der Vorwurf an die Agentur lautet, sie habe mit ihrem letzten Bericht nicht unparteiisch gehandelt, sondern Israel Vorwände geliefert. Tatsächlich verweigert die IAEA dem Iran schon seit geraumer Zeit die Bestätigung, dass sein Atomprogramm ausschließlich zivilen Zwecken diene und stellte in einem Bericht Ende Mai Verstöße gegen den Atomwaffensperrvertrag fest. Die 400 Kilo-

spektoren mussten das Land verlassen, Grossi wurde zur unerwünschten Person erklärt. Damit beantworten sich die Spekulationen, was der Iran als nächstes vorhat und ob Khamenei das Heft noch in der Hand hält.

Währenddessen versicherte Außenminister Aragchi, der Iran sei zu Verhandlungen grundsätzlich bereit, ließ aber keinerlei Zugeständnisbereitschaft in der Anreicherungsfrage erkennen. Intensiv wird die Öffentlichkeit mit untergeordneten Fragen beschäftigt: Wer trifft sich wann und wo mit wem und was wird dabei besprochen? Besser wäre es, sich sehr konkret vorzustellen, wie im Iran derzeit ein kleiner Personenkreis zusammentritt, um darüber zu beraten, wie der frühere AMAD-Plan, laut IAEA ein umfangreiches Projekt zur Entwicklung einer Atomwaffe, den der Iran von 1989 bis 2003 verfolgt habe, wieder aufgenommen werden kann. Eine zentrale Rolle kommt dabei einem ehemaligen Multifunktionär, Politiker und Wissenschaftler zu: Ali Akbar Salehi leitete die iranische Organisation für Atomenergie von 2009 bis 2011 und erneut von 2013 bis 2021. Zwischendurch nahm er weitere wichtige Positionen ein, unter anderem als Außenminister. Im Februar letzten Jahres gab er dem iranischen Fernsehen ein aufsehenerregendes Interview, in dem er behauptete, der Iran habe alle Herausforderungen der Nuklearwissenschaft und -technik bewältigt. »Stellen Sie sich vor, was ein Auto braucht: Es braucht ein Fahrgestell, einen Motor, ein Lenkrad, ein Getriebe. Sie fragen, ob wir das Getriebe hergestellt haben, und ich sage: ja. Haben wir den Motor hergestellt? Ja, aber alles dient seinem eigenen Zweck.« Diese Aussage war nicht anders zu verstehen, als dass der Iran aus dem Stand in der Lage wäre, Atomwaffen herzustellen.

Salehi scheint nicht auf der schwarzen Liste des Mossad zu stehen, auf ihn wurde kein Attentat verübt. Offenbar war er für das AMAD-Projekt nicht von zentraler Bedeutung. Doch er ist es, der das iranische Atomprogramm mit all seinen Zweigen, Optionen und Möglichkeiten am besten kennt. Nachdem beinahe alle anderen Atommanager von ähnlichem Rang und ähnlicher Erfahrung nicht mehr am Leben sind, wird er nun zwangsläufig vor die gleichen Fragen gestellt werden, denen sich die Gründer von Los Alamos ausgesetzt sahen. Wird er sie ähnlich falsch beantworten oder schweigend zusehen, wie sie falsch beantwortet werden? Wird er Bertolt Brechts Verdikt bestätigen, wonach die Physiker ein »Geschlecht erfindischer Zwerge (sind), die für alles gemietet werden können«? Salehi und einige andere Atomwissenschaftler des Irans stehen vor der Entscheidung ihres Lebens. ●

Detlef zum Winkel schrieb in konkret 3/25 über den Zusammenhang von KI und Energie aus Kernkraft

Das Strahlungsrisiko

Menschen, denen die Existenz des Staates Israel und der Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger am Herzen liegt, haben den israelischen und US-amerikanischen Angriffen auf das iranische Atomprogramm Erfolg gewünscht. Auch Atomkraftgegner und besonders Atomwaffengeegner werden den iranischen Anreicherungsanlagen keine Träne nachweinen.

Doch die Anwendung militärischer Brachialgewalt gegen Nuklearanlagen kann Radioaktivität freisetzen und sogar einen Super-Gau verursachen. Deshalb warnt die Wiener IAEA unablässig vor solchen Problemlösungen, die noch größere Probleme schaffen können, nämlich eine radioaktive Verseuchung, die keine Grenzen kennt, wie man von Tschernobyl und Fukushima weiß. Andererseits hat die IAEA bestätigt, dass im Krieg Israels und der USA mit dem Iran keine oder kaum Radioaktivität freigesetzt wurde. Wie geht das zusammen, waren die Ängste übertrieben?

Der scheinbare Widerspruch erklärt sich dadurch, dass sich das nukleare Inventar von Fabriken zur Uranverarbeitung grundlegend von demjenigen unterscheidet, das in Atomkraftwerken vorhanden ist. Die Isotope des Urans sind extrem langlebig, weil sie sehr lange Halbwertszeiten besitzen. Das bedeutet, dass sie quantitativ nur wenig strahlen. Daher ist ihre Strahlung auch schwer nachzuweisen.

Eine komplett andere Situation ergibt sich, wenn Uran gespalten wird, sei es in AKW oder in Atombomben. Die Spaltprodukte sind allesamt extrem radioaktiv, haben viel kürzere Halbwertszeiten und geben energiereiche Beta- und Gammastrahlung ab. Die Befürchtungen der IAEA bezogen sich vor allem darauf, dass das AKW Buschehr und der Forschungsreaktor der Universität Teheran hätten bombardiert werden können. Diese gehörten jedoch nicht zu den Angriffszielen Israels und der USA.

Das heißt aber nicht, dass eine Zerstörung von Uran-Anlagen unproblematisch wäre. Das Element ist ein giftiges Schwermetall und seine Verarbeitungsform als Hexafluorid besitzt stark ätzende Wirkungen. Außerdem weiß niemand, was passiert, wenn ein Lager von waffenfähigem Uran in die Luft gejagt wird. Und es kann auch niemand wünschen, dass man es ausprobiert.

Detlef zum Winkel

Das Regime hat sein Schicksal unauflöslich mit der Atomfrage verknüpft

gramm an hochangereichertem Uran erwähnte der Generaldirektor der Organisation Rafael Grossi als besonders besorgniserregend.

Während des Krieges distanzierte Grossi sich wiederholt von militärischen Angriffen auf Atomanlagen, wie er es bereits anlässlich der Zwischenfälle am ukrainischen AKW Saporischschja getan hatte. Dringend warnte er vor dem Risiko radioaktiver Katastrophen wie auch vor der Gefahr, dass das System der Nonproliferation zusammenbricht. Nie zuvor sei es so wichtig gewesen, den politischen Mut aufzubringen, um vom Abgrund zurückzutreten. »Erstens wollen wir keinen Atomunfall erleben«, sagte Grossi in einem Statement vom 23. Juni. »Zweitens wollen wir keine weiteren Atomwaffenstaaten in der Welt.« Seine Stellungnahme endet mit einem Satz, den sich auch deutsche Befürworter der nuklearen Abschreckung hinter die Ohren schreiben können: »Wir werden nicht sicherer sein, wenn es mehr Atomwaffen in mehr Staaten der Welt gibt.«

Gleichwohl unterzeichnete der iranische Präsident Massoud Peseschkian am 2. Juli das vom Parlament beschlossene Gesetz und setzte es damit in Kraft. Die letzten IAEA-In-

Empathie in Grenzen

Florian Sendtner über linken Antisemitismus und die Gefahr, bei falschen Freunden zu landen

Vielleicht ist es ein Fall von ver-schmähter Liebe, von ziemlich schräger Liebe freilich. Vielleicht ist es so, dass die deutschen Links-liberalen einfach nur gern hätten, dass sich Israel wenigstens ein bisschen für sie interessiert, dafür, welche Meinung sie, die deutschen Linksliberalen, zu Israel haben. Aber wer je in Israel war, weiß: Dort hat man sehr vieles auf dem Schirm, das eine (etwa wann man in den Schutzraum rennen muss), weil man sonst den Tag eventuell nicht überlebt, das andere (etwa, wie die Cousine in Teheran die letzte Nacht verbringen musste), weil man ja doch auch über Familienangelegenheiten auf dem Laufenden sein will. Aber was die Deutschen so denken über Israel? Es gehört zu den schmerzhaften Erfahrungen deutscher Israel-Reisender, dass die Israelis andere Sorgen haben, als dass sie sich damit beschäftigen könnten.

Und das, obwohl die Deutschen im allgemeinen und die deutschen Linksliberalen im besonderen Israel erstens so genau im Blick und zweitens eine derart dezidierte Meinung dazu haben! Man würde ja so gern ins Gespräch kommen mit den Israelis, man würde doch so gern wissen, was man in Jerusalem und Tel Aviv sagt zu dem messerscharfen Schluss, dass die Lehre aus Auschwitz nur die sein kann, dass man als Deutscher den Israelis auf die Finger schauen muss! Weil die Israelis sonst zwanghaft an den Palästinensern wiederholen, was die Deutschen ihnen angetan haben! Nur leider lockt man mit diesem abartigen Gedanken keinen einzigen Israeli aus der Reserve. Warum sollte man in Israel zwischen zwei Luftalarmen ausgerechnet auf die Meinungen der Eichmann-Enkel scharf sein? Auch wenn die Sirenen einmal längere Zeit schweigen, hat man Besseres zu tun.

Wenn man sich vorstellt, die eigenen Großeltern seien ermordet worden, aus rassistischem Dünkel, reiner Mordlust und Raffgier – ist man dann darauf erpicht, die Enkel der Mörder kennenzulernen, um sich von ihnen katechisieren zu lassen, um mit ihnen zu diskutieren, welche moralischen Gefahren aus der Ermordung der Großeltern für

die Enkel – nicht der Mörder, sondern der Ermordeten – erwachsen?

Man kann es drehen und wenden, wie man will, auf der Suche nach Erklärungen für den zwanghaften Anti-Israel-Drall in Deutschland kommt man nicht weit. Felix Dachsel hat es jetzt wieder einmal versucht, in einer persönlichen Bilanz der Zeit seit dem 7. Oktober 2023 (»Bekenntnisse eines Israel-verstehers«, Anfang Juli im »Spiegel«), und alles, was ihm bleibt, ist, einen Berg von Fragen aufzutürmen, die ihm niemand beantworten kann.

Warum hält sich »die Empathie mit Israel in Grenzen«, wie Dachsel von einem Leser keine 24 Stunden nach dem 7. Oktober mitgeteilt bekommt? Dachsels Fassungslosigkeit angesichts dieser selbstbewusst vortragenen Totalverweigerung fundamenta-

Reichen 1.200 Ermordete an einem Tag noch nicht, um in Deutschland Mitgefühl auszulösen?

ler Menschlichkeit ist mehr als verständlich. Was muss denn noch passieren, bis sich die deutschen Linksliberalen mal zu Mitgefühl hinreißen lassen? Muss Israel erst ausgelöscht werden, wie es sich mehrere seiner Nachbarn vorgenommen haben und wie es im Iran Staatsräson ist, bevor in Deutschland Empathie aufkommt? Ist nur ein toter Jude ein guter Jude? Genauer gesagt: Reichen 1.200 Ermordete an einem Tag noch nicht, um in Deutschland menschliche Gefühle, Mitgefühl auszulösen?

Aber es ist ja noch schlimmer. Dachsel berichtet von »Bekannten und ehemaligen Kolleginnen«, die auf Instagram Bilder teilten, »auf denen die Paragliders der Hamas als Freiheitskämpfer verklärt wurden«. Die Schlächter wurden gefeiert. Dachsel sah sich »umgeben von ultrasensiblen Linken, die Massenmörder verherrlichen« – und machte

daraufhin viele Türen hinter sich zu: »Mein Freundeskreis hat sich reduziert seit dem 7. Oktober 2023, was nicht traurig klingen soll.«

Dachsel ist bekanntlich nicht der erste Linke, dem es vor dem linken Antisemitismus so graust, dass er sich entsetzt abwendet. 1986 erschien Henryk Broders Standardwerk dazu: *Der ewige Antisemit*, das auch heute nichts von seiner analytischen Schärfe verloren hat. Broders späteres Abdriften nach rechts außen und ins Indifferente und Provokative um der Provokation willen schmälert den Wert dieser knapp dreihundertseitigen, grundlegenden Abhandlung über »Sinn und Funktion eines beständigen Gefühls« in keiner Weise.

Vor vierzig Jahren flüchtete sich Broder schon in Ironie und Sarkasmus. Er hatte Grün-de dafür, und an diesen Gründen hat sich bis heute nichts geändert. Seit wie vielen Jahren streitet man sich jetzt schon um eine allseits anerkannte Definition von Antisemitismus? Broder kurz und bündig: »Antisemitismus ist, wenn man die Juden noch weniger leiden kann, als es an sich natürlich ist.« Eine grundlegende Erkenntnis, bevor man überhaupt weiterredet: Antisemitismus ist nicht bei einigen wenigen besonders böartigen Menschen zu finden, sondern man nimmt ihn seit zweitausend Jahren mehr oder weniger weltweit mit der Muttermilch in sich auf. Eine Paranoia in pandemischen Ausmaßen, die kein Ende nehmen will.

»Der Täter als Bewährungshelfer, oder: Die Deutschen werden den Juden Auschwitz nie verzeihen.« Broder stellt heilige Sätze vom Kopf auf die Füße, und siehe da, auf einmal stimmen sie. Wenn man dieses Buch gelesen hat, lässt man sich nicht mehr so leicht verwirren von den tausend antisemitischen Standards und Stereotypen, derzeit etwa von dem grund- und bodenlosen Gerede vom »Genozid in Gaza«.

Felix Dachsel verortet den antisemitischen Wahn richtigerweise im linken Lager, dem er sich eigentlich zugehörig fühlt – und von dem er sich nun verabschiedet: »In meiner Verzweiflung habe ich sogar Friedrich Merz gewählt.« Allerdings erwähnt er den allen israelfreundlichen Heucheleien zum Trotz geballten Antisemitismus der AfD mit keinem Wort. Auf die selbstgestellte Frage: »Wie hat es sich angefühlt, das erste Mal CDU zu wählen bei einer Bundestagswahl?« antwortet er: »Befreiend.« Na ja! Was soll man von Merz' Treueschwur gegenüber Israel halten, wenn der gleiche Mann unmissverständlich klarmacht, dass er, wenn's grad ist, jederzeit gemeinsame Sache mit der AfD macht?

Florian Sendtner empfiehlt Felix Dachsels Frühwerk *Abwarten und Biertrinken. Aus dem Leben eines Leistungsverweigerers* (Piper, München 2015)

Sozis in der Dissidenz

Das »Friedensmanifest« einiger SPD-Mitglieder sollte ein Protest gegen die Parteispitze sein, weicht aber von Deutschlands Kriegskurs kaum ab. Von Johannes Schillo

War da nicht was? Ein heißer Konflikt, bevor die sommerliche Hitzeperiode begann? Ach ja, Anfang Juni erblickt ein »Manifest« das Licht der Welt, das ein paar Tage lang für größte Aufregung sorgt. Unerhört, leibhaftige SPD-Mitglieder fangen an, mit der Friedensbewegung zu liebäugeln! Genauer gesagt: Verunsicherte Altfunktionäre geben zu bedenken, ob sich nicht verbreitete Friedenshoffnungen und Kriegsängste – gegen den eigenen Niedergang und in Konkurrenz zu BSW/AfD – in Wahlstimmen ummünzen lassen. Dazu verfassen parteieigene »Friedenskreise« ein Manifest, das mit der umwerfenden Losung »Friedenssicherung in Europa durch Verteidigungsfähigkeit, Rüstungskontrolle und Verständigung« antritt.

Es benennt mit den ersten beiden Punkten das, was die deutsche Politik sowieso vorhat – eine gigantische Aufrüstung im Rahmen neu gewonnener europäischer Eigenständigkeit, die aber koordiniert und kontrolliert, ohne Erzeugung der bekannten »Rüstungsspirale«, stattfinden soll. Und am Ende irgendwie zu Abrüstung führen könnten – wenn man sich nur oft genug auf dieses Ideal beruft.

Die Notwendigkeit, sich mit dem russischen Kriegsgegner zu verständigen, liegt zwar noch etwas in der Ferne, aber auf irgendeinen Vertrag muss es ja hinauslaufen; benutzbar soll »unsere« östliche Einflussphäre schließlich wieder werden. Wozu sonst der ganze militärische Aufwand? Und das Nato-Oberhaupt im Weißen Haus hat sowieso keine Hemmungen, entsprechende Gespräche zu führen und Geschäftsgelegenheiten zu sondieren.

Angesichts der allgemeinen Empörung reibt man sich die Augen. Das soll eine »Kampfansage« (»FR«, 12.6.) sein, die sich »frontal gegen die Pläne von Regierung und SPD-Spitze« (»Stern«, 10.6.) stellt? Ein paar verstaubte Ideale aus der Zeit, als der Kalte

Krieg mit Entspannungsmaßnahmen flankiert wurde, sollen die radikale Infragestellung der Verteidigung gegen Putins Reich des Bösen sein? Im Grunde weiß das auch die Presse besser und kann sich nebenbei über die Nostalgie altgedienter Sozis lustig machen: »Gegen einen solchen Kracher vermag nicht einmal das Furzkissen des Überschall-Teslas anzustinken« (»FAZ«, 13.6.).

Trotzdem wird gehetzt, dass es nur so kracht, und klagt die »FAZ« im selben Atemzug über »Realitätsverweigerung« (12.6.). Die Autoren des Manifests seien als »Sicherheitsrisiko für Deutschland und Europa« einzustufen, als »Tauben am Tor zur Hölle«, wie

Von Skepsis, geschweige denn von Widerstand ist beim Parteitag kaum etwas zu spüren

der Spruch von Kanzler Scholz, Pazifisten seien »Engel aus der Hölle«, zeitgemäß abgewandelt wird.

Das Stichwort »Realitätsverweigerung« macht sich auch die SPD-Spitze zu eigen und stellt dann auf dem folgenden Parteitag klar, dass es nur *einen* realistischen Kurs gibt, nämlich den, den die SPD gemeinsam mit CDU/CSU eingeschlagen hat. Das heißt: alles dafür tun, dass zum Ende des Jahrzehnts Kriegstüchtigkeit hergestellt ist und der Iwan einpacken kann. Von Skepsis, geschweige denn von Widerstand ist beim Parteitag kaum etwas zu spüren.

Die Presse ist etwas überrascht; die »Grabenkämpfe von einst brechen nicht auf« (»General-Anzeiger«, 30.6.), heißt es. Entdeckt wird vielmehr »eine gewisse Wurstigkeit« der Delegierten (»FR«, 30.6.), andere Kommentare sprechen von der Feigheit der

Dissidenten, denn keiner von ihnen habe den Mut gefunden, »auf offener Bühne auch nur ein kritisches Wort gegenüber ihrem Parteivorsitzenden zu äußern« (»FAZ«, 30.6.). Eine Debatte über den Wehrdienst findet nicht statt, statt dessen wird im Hinterzimmer mit den Jusos ein Kompromiss ausgehandelt, der ganz auf der offiziellen Linie (siehe **konkret 6/25**) liegt: Vorerst keine Wehrpflicht, sondern erst, wenn man sie brauchen kann. Und auch ein paar Bedenken, ob die Aufrüstung mit der Fünf-Prozent-Marke solide eingefädelt ist, dürfen laut werden.

Erstaunlich ist, wie wohlwollend die selbsternannte Gegenöffentlichkeit (»Overton«, »Nachdenkseiten«) auf den Vorstoß der SPD-Dissidenten reagiert. Als würde der Antikriegsprotest hier seinen entscheidenden Schub erhalten. Ausgerechnet die »Junge Welt«, die von den regierenden Sozialdemokraten in die Extremistenecke gestellt wird, sieht hier den »Auftakt für einen aktiven Kern der Friedensbewegung« (20.6.). Als ob nicht mit einer Initiative wie »Sagt nein!« aus der Verdi-Opposition, unterstützt von mehr als 25.000 Unterzeichnern, längst ein wirklicher Einspruch gegen den Kriegskurs der (in der Regel SPD-nahen) DGB-Führung erfolgt wäre.

Die Kritik der Initiative am halbherzigen SPD-Dissidententum gilt solchen Altlinken als »sektiererisch«. Anscheinend träumen sie vom legendären »breitesten Bündnis« der Friedensbewegung, in dem auch gemäßigte Kriegstreiber ihren Platz finden. Immerhin, Nico Popp fällt dann im »JW«-Interview mit Peter Brandt die Harmlosigkeit des Manifests auf; das Bekenntnis zum Kombinat von Rüstung mit Kontrolle und Diplomatie sei eine Position, »die bis in die Union hinein mal Konsens war« (20.6.).

Dem Manifest steht ja auch die eigentliche Sorge – Mitglieder-, Wähler- und Profilschwund – auf die Stirn geschrieben, und Mitverfasser Mützenich dementiert gleich, dass man »ein Stachel im Fleisch der SPD oder der Koalition sein« wolle (»Junge Welt«, 14./15.6.). Gerade angesichts dieser konstruktiven Haltung stellen die Reaktionen aus der SPD-Führung und dem Regierungslager eine erklärungsbedürftige Hetze dar. Sie geht nur aus dem bedingungslosen Schulterschluss hervor, der der Nation bei der Kriegsvorbereitung abverlangt wird und der gegen einen traditionellen Friedensidealismus durchgesetzt werden muss.

Das Feindbild Russland steht felsenfest, und selbst eine minimale Abweichung wird bestraft, sogar eine, die die Ziele im Groben teilt und die sich der westlichen Feindschaftserklärung – wegen Putins »Angriffs-krieg« – anschließt. ●

Johannes Schillo schrieb in konkret 6/25 über die Wehrpflicht in Deutschland

Sie schienen sich zu widersprechen, die beiden Wortmeldungen aus den Reihen der europäischen Bourgeoisie, die am 24. Juni, einem Dienstag, die Runde machten, und sind doch nur die beiden Seiten derselben Medaille. Die eine stammte von Nikolas Busse, dem bestens ver-

wirklich, wirklich wichtigen Moment für Amerika und Europa und die Welt geführt: »Europa wird einen hohen Preis zahlen, wie sie es sollten, und es wird Dein Sieg sein.« Abschließend erinnerte Rutte an den bevorstehenden Empfang zum Nato-Gipfel im Den Haager Königspalast: »Gute Reise, wir sehen uns beim Abendessen Seiner Majestät!«

ßen sich ihre Wehretats rund 1,51 Billionen US-Dollar kosten; das sind mehr als 55 Prozent der weltweiten Militärausgaben. Man müsse aufrüsten, um »einer Milliarde Bürgern« in den Nato-Staaten Sicherheit zu verschaffen, erklärte Rutte auf dem Nato-Gipfel in Den Haag. Mal davon abgesehen, dass Hochrüstung keine Sicherheit schafft, son-

Jetzt oder nie

Russland totrüstet und militärische Weltmacht werden? Über Ausmaß und Zweck des deutschen wie des europäischen Hochrüstungsprogramms. Von Jörg Kronauer

netzten Außenpolitik-Chef der »FAZ«: Was »die Europäer« da »in der Causa Iran übers Wochenende erlebt« hätten, »grenzt an eine Demütigung«, schimpfte Busse in seinem Leitkommentar. Erst am Freitag hätten sich die Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens »in Genf um eine diplomatische Lösung« mit Teheran bemüht, hielt er fest; »noch am selben Abend« aber habe US-Präsident Donald Trump erklärt, das sei sinnlos gewesen: »Die Iraner wollten sowieso nur mit Amerika sprechen.« In der Nacht von Samstag auf Sonntag habe Trump dann »die iranischen Atomanlagen bombardieren« lassen, ohne dies mit den Mächten Westeuropas, geschweige denn der Bundesrepublik abzustimmen. Deutlicher als Trump in der »Causa Iran« konnte man tatsächlich kaum zeigen, was man von seinen angeblich engsten Verbündeten hielt; für die »Europäer« war sein Vorgehen tatsächlich eine Demütigung.

Die zweite Wortmeldung kam von Mark Rutte, dem Nato-Generalsekretär; sie war eigentlich privat und nur an die Öffentlichkeit gelangt, weil ihr Empfänger, Trump, sie hämisch auf Truth Social gestellt hatte: »Mr. President, lieber Donald«, schleimte Rutte, »Glückwunsch und Dank« für den Angriff auf Iran – eine »außerordentliche Tat«. In Den Haag, auf dem Nato-Gipfel, warte auf Trump nun »ein weiterer großer Erfolg« – etwas, das »KEIN amerikanischer Präsident seit Jahrzehnten« habe erreichen können: Alle Nato-Staaten seien jetzt bereit, eine Summe im Wert von fünf Prozent ihrer Wirtschaftsleistung für militärische Zwecke auszugeben. Es sei nicht einfach gewesen, sie dazu zu bewegen, aber »Du, Donald, hast uns zu einem

Es mag Zufall gewesen sein, dass beide Wortmeldungen, die wütende und die unterwürfige, am selben Tag öffentlich wurden. Schaum und Schleim hängen aber der Sache nach eng zusammen. Sie resultieren beide daraus, dass die Staaten Europas immer noch nicht erreicht haben, was sie seit Jahrzehnten immer wieder ankündigen: zu einer Macht auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten zu werden. Das ist der Grund sowohl dafür, dass Trump sie bei weltpolitisch folgenreichen Entscheidungen ignoriert, ja offen verhöhnt, als auch dafür, dass sie bis heute, zumindest in entscheidenden militärischen Belangen, von den USA abhängig sind und alles unternehmen müssen, um sich das Wohlwollen der Herren im Weißen Haus zu sichern. Diese Lage ist mit einem US-Präsidenten vom Kaliber Trump besonders unangenehm und hat die Staaten Europas dazu veranlasst, sich einmal mehr am Aufstieg zur militärischen Großmacht zu versuchen und eine beispiellose Hochrüstung einzuleiten. Der Ukraine-Krieg hatte sie schon zuvor zusätzlich unter Druck gesetzt. Nun gilt: Jetzt oder nie.

Europas Hochrüstung findet vor allem im Nato-Rahmen statt, und es lohnt sich, einen kurzen Blick auf die Dimensionen des Gesamtgeschehens zu werfen. Die einschlägigen Zahlen findet man beim einschlägig bekannten Stockholmer Rüstungsforschungsinstitut Sipri. Es beziffert die Summe, die alle Staaten der Welt zusammen im Jahr 2024 in ihre jeweiligen nationalen Streitkräfte steckten, auf 2,72 Billionen US-Dollar; das ist erheblich mehr als die Wirtschaftsleistung etwa Italiens, die 2024 2,37 Billionen erreichte. Die Nato-Staaten zusammen lie-

dern die Spannungen und damit die Kriegsgefahr erhöht: Wieso für eine Milliarde Menschen 55 Prozent der weltweiten Rüstungsausgaben nicht genug sind, wenn die übrigen sieben Milliarden Menschen mit 45 Prozent auskommen, erläuterte Rutte bei seinen Ankündigungen, die Nato werde weiter aufrüsten, nicht.

Sehen wir uns die Sipri-Zahlen noch ein wenig genauer an: Die Mittel, über die allein die US-Streitkräfte verfügen konnten, erreichten im Jahr 2024 ein Volumen von rund 37 Prozent der weltweiten Militärausgaben; etwa diesen Anteil halten die Vereinigten Staaten schon seit Jahren. Der Anteil der europäischen Nato-Mitgliedsstaaten dagegen ist im vergangenen Jahrzehnt gestiegen – von 14,9 Prozent im Jahr 2015 auf 16,7 Prozent im Jahr 2024. 2024 zahlten die europäischen Nato-Staaten insgesamt 454 Milliarden US-Dollar in ihre Wehretats ein. Und wollen nun ihre Ausgaben dramatisch steigern. Legt man die fünf Prozent des BIP zugrunde, die der Den Haager Nato-Gipfel beschlossen hat – 3,5 Prozent für den Militärhaushalt, 1,5 Prozent für sonstige, aber militärisch belangvolle Ausgaben (von der Instandsetzung militärisch notwendiger Infrastruktur über die Cyberabwehr bis zur sogenannten Zivilverteidigung) –, dann hätten die europäischen Nato-Staaten ihre Ausgaben im vergangenen Jahr laut Sipri um 663 Milliarden US-Dollar aufstocken müssen. In diesem Fall hätten ihre Militäretats denjenigen der Vereinigten Staaten überstiegen.

Dabei ist ein bestimmter Vergleich besonders interessant: der mit Russland. Sipri schätzte die russischen Militärausgaben 2024 auf 149 Milliarden US-Dollar – 7,1 Pro-

zent des BIP. Zuweilen wird darauf hingewiesen, dass Russland seine Waffen selbst und überwiegend aus russischen Bauteilen produziert – und dass deshalb, wenn man seinen Streitkräfteetat mit westlichen Budgets vergleiche, ein Vergleich auf der Basis von Kaufkraftparität angemessen sei. Das International Institute for Strategic Studies (IISS) in London bezifferte die russischen Militärausgaben von 2024 nach Kaufkraftparität mit 462 Milliarden US-Dollar, kaum mehr als die 454 Milliarden US-Dollar der europäischen Nato-Staaten. Von einer russischen Überlegenheit, mit der diese ihre Hochrüstung in der Regel begründen, kann also selbst auf dieser Berechnungsgrundlage keine Rede sein.

Das ist den Politikern, die diese Hochrüstung forcieren, wohl auch klar. Auf einer Konferenz Mitte Mai in Tallinn prahlte Polens Außenminister Radosław Sikorski, die europäischen Nato-Staaten würden gegen Ende des Jahrzehnts in Friedenszeiten »zweieinhalb mal mehr« für ihre Streitkräfte ausgeben als Russland in Kriegszeiten. Sie müssten dann nur noch ihr Geld »besser«

Zur Hochrüstung trägt nach Kräften die EU bei – mit dem erklärten Ziel, schrittweise »europäische Autonomie« zu erreichen, also in Sachen Rüstung und Militär auf lange Sicht von den Vereinigten Staaten unabhängig zu werden. Im März hat die EU-Kommission ein neues Programm namens ReArm Europe gestartet, das bis zu 800 Milliarden Euro für die Rüstung »mobilisieren« soll – auch das eine immense Summe. Nach Einwänden aus Italien und Spanien, ReArm klinge allzu martialisch, hat die Kommission ihr Programm in Readiness 2030 umbenannt. Ein Teil davon heißt Safe (Security Action for Europe) – ein weiteres Beispiel für die verlogenen Euphemismen, die man von der EU zur Genüge kennt. Im Rahmen von Safe stellt die EU den Mitgliedsstaaten kostengünstige Kredite bereit, mit denen sie bestimmte Aufrüstungsvorhaben finanzieren können. Das Programmvolumen beläuft sich auf 150 Milliarden Euro. Voraussetzung für die Mittelvergabe ist, dass jeweils mindestens zwei EU-Staaten kooperieren; das soll die Konzentration der national zersplitterten europäischen Rüstungsindustrie fördern.

weitere Rüstungsausgaben bis 650 Milliarden Euro »mobilisieren«, wie es im EU-Jargon heißt. Für die Bundesrepublik ist es vorteilhaft, dass sie künftig jährlich Schulden in Höhe von 4,5 statt der bisherigen drei Prozent des BIP machen darf: Mit ihrer Gesamtschuldenquote von zur Zeit 62,5 Prozent ihres BIP hat sie noch einigen Spielraum für neue Kredite. Staaten wie Frankreich oder Italien, die Gesamtschuldenquoten von 114 respektive 135 Prozent ihres BIP aufweisen und keine riesigen zusätzlichen Schulden aufnehmen können, wenn sie nicht in eine Schuldenkrise stürzen wollen, profitieren von der Aufweichung der EU-Schuldenregeln hingegen kaum. Man darf auch bezweifeln, dass sie sich größere Kredite aus dem Safe-Programm leisten können. Von der Leyens Ankündigung, die EU werde mit neuen Verschuldungsoptionen für EU-Mitglieder bis zu 800 Milliarden Euro für die Rüstung mobilisieren, könnte sich als EU-typische Protzluftnummer erweisen.

Darüber sollte man sich natürlich nicht beklagen. Unangenehm ist allerdings eine Konsequenz daraus: Wenn die Bundesrepublik ungebremst aufrüsten kann, Frankreich aber nicht, dann hat der von Kanzler Friedrich Merz mehrfach verkündete Plan, die Bundeswehr zur konventionell stärksten Streitmacht Europas zu machen, Aussicht auf Erfolg. Berlin ist bereit, Unsummen für Waffen auszugeben. Um das zu ermöglichen, hat der Bundestag für Militärausgaben ab einer bestimmten Höhe die Schuldenbremse aufgehoben, und zwar – weil dazu eine Grundgesetzänderung mit Zweidrittelmehrheit nötig war – in einer ungewöhnlichen Operation. Bei der Bundestagswahl am 23. Februar hatten die beiden als unzuverlässig geltenden Parteien AfD und Linke etwas mehr als ein Drittel aller Sitze gewonnen. Damit schien die erforderliche Zweidrittelmehrheit nicht mehr gesichert. Deshalb trat der alte Bundestag, in dem die Zweidrittelmehrheit nicht in Gefahr war, am 18. März, über drei Wochen nach seiner Abwahl, noch einmal zusammen, um der Bundesregierung Carte blanche fürs Rüsten ohne Grenzen zu geben. Auch so geht gelebte bürgerliche Demokratie.



Kriegswirtschaftskrieger: Nato-Generalsekretär Mark Rutte, Bundeskanzler Friedrich Merz und US-Präsident Donald Trump auf dem Nato-Gipfel in Den Haag, Juni 2025

einsetzen und den Willen zeigen, »eine kampfbereite Truppe zu formen«. Und dann? Russland totrüstet? Hat bei der Sowjetunion ja ganz gut geklappt. Oder geht's am Ende um noch mehr? Was auch immer Sikorski andeuten wollte: Mit dem penetrant beschworenen Zwang, sich gegen einen vermeintlich demnächst bevorstehenden russischen Angriff verteidigen zu müssen, hatte das nicht mehr viel zu tun.

Experten bezweifeln den Erfolg des Programms. Das hat mit einem Problem zu tun, das auch das Hauptelement von ReArm Europe/Readiness 2030 betrifft – die Ankündigung der EU-Kommission, Rüstungsausgaben in Höhe von jährlich bis 1,5 Prozent des BIP nicht den EU-Schuldenregeln zu unterwerfen. Das soll es den Mitgliedsstaaten ermöglichen, sich zu Aufrüstungszwecken stärker als bisher zu verschulden, und damit

Mittlerweile gewinnen die Rüstungsvorhaben der Bundesregierung, was die Finanzen anbelangt, Konturen. Lag der offizielle Militärhaushalt – ohne das »Sondervermögen«, das in Wirklichkeit ein Schuldenprogramm ist und deshalb selbst dem Bundesrechnungshof zufolge »Sonderschulden« heißen müsste – im Jahr 2024 bei knapp 52 Milliarden Euro, so soll er 2025 um ein Fünftel auf 62,4 Milliarden Euro steigen. Erste Pläne, den Nato-Anteil von 3,5 Prozent des BIP im Jahr 2032 zu erreichen, wurden gekippt; jetzt soll das bereits 2029 der Fall sein. Laut aktuellen Berechnungen der Bun-

desregierung beläuft sich der 3,5-Prozent-Anteil dann auf 152,8 Milliarden Euro. Das ist nicht nur das Dreifache des Militärhaushalts von 2024. Es ist auch fast ein Drittel des gesamten Bundeshaushalts von 2024, der bei 477 Milliarden Euro lag. Rechnet man die 1,5 Prozent für militärisch nötige Infrastruktur, Cyberabwehr und ähnliches hinzu – 2029 wohl annähernd 70 Milliarden Euro –, dann kommt man auf mehr als 220 Milliarden Euro bzw. knapp die Hälfte des Bundesetats von 2024. Nebenbei: Der Etatposten für Arbeit und Soziales umfasste 2024 175 Milliarden Euro, derjenige für Digitales und Verkehr 44 Milliarden Euro, derjenige für Bildung und Forschung gut 21 Milliarden Euro. So sehen die Prioritäten eines auf Kriegswirtschaft setzenden Staates aus.

Wozu die Hunderte Milliarden Euro genutzt werden sollen, ergibt sich vorrangig aus den sogenannten Verteidigungsplänen, die die Nato auf ihrem Gipfel im Juli 2023 in Vilnius beschlossen hat. Dabei handelt es sich um Pläne für etwaige Operationen in Nordost-, Ost- und Südosteuropa – »operative (...) Kriegspläne, die beschreiben, wie wir kämpfen wollen«, wie es damals ein namentlich nicht genannter Nato-Funktionär gegenüber der »FAZ« formulierte. Aus ihnen ergeben sich zunächst Anforderungen für die künftig gewünschte Truppenstärke. Aktuell zählt die Bundeswehr 181.000 Soldaten – und obwohl sie schon lange plant, bis 2031 auf 203.000 anzuwachsen und dazu ausgedehnte Werbekampagnen gestartet hat, steckt sie seit Jahren bei dieser Größenordnung fest. Grund dafür ist unter anderem, dass zuletzt mehr als ein Viertel der Neuzugänge die Truppe noch während der Probezeit wieder verließ. Verteidigungsminister Boris Pistorius strebt inzwischen – mit Blick auf die Nato-Verteidigungspläne, die, zusätzlich zu den acht bestehenden und den zwei im Aufbau befindlichen, fünf bis sechs neue deutsche Kampfbrigaden verlangen – rund 260.000 Soldaten an, plus 200.000 Reservisten. Ohne Wehrpflicht wird das kaum zu erreichen sein. Nebenbei: Der Zwei-plus-Vier-Vertrag, die völkerrechtlich verbindliche Grundlage der deutschen Wiedervereinigung, beschränkt die Bundeswehr auf maximal 370.000 Soldaten.

Die geplante hohe Truppenzahl hat Gründe. Für den Fall eines Krieges mit Russland geht die Bundeswehr von täglich bis zu 1.000 Verletzten aus – und zwar nur bei den deutschen Truppen, wie die »FAZ« Ende Juni unter Berufung auf den Generaloberstabsarzt der Bundeswehr, Ralf Hoffmann, berichtete. Über die Zahl der Todesopfer, die pro Tag erwartet werden, spricht bislang niemand. Klar ist allerdings, dass die Verletzten, sofern sie nicht in unmittelbarer Nähe der neuen Ostfront versorgt werden können, zur Behandlung in die Bundesrepublik gebracht werden, die die Funktion einer logi-

stischen und medizinischen Drehscheibe übernimmt. Weil die Militärärzte voraussichtlich an der Front benötigt werden, wird das eigentlich zivile Gesundheitswesen die Versorgung der Verletzten garantieren müssen. »Und da muss man sich darauf einstellen, dass der schwer verwundete Soldat zuerst behandelt wird, der Blinddarm-Patient später«, erklärte Kapitän zur See Michael Giss, Kommandeur des Bundeswehr-Landeskommandos Baden-Württemberg, im Januar der »Schwäbischen Zeitung«. Allerdings sei das deutsche Gesundheitssystem noch »nicht auf eine Massenzahl an Verwundeten« ausgelegt »und schon gar nicht auf die Versorgung unter anhaltenden Drohnenangriffen oder gar Artilleriebeschuss«, beklagte im März der Grünen-Bundestagsabgeordnete Janosch Dahmen.

Aus den Nato-Verteidigungsplänen, an deren Erstellung nach einem Bericht von »El País« vom Juli 2023 bereits seit 2018 gearbeitet wird – Jahre vor dem Beginn des Ukraine-Kriegs –, gehen auch die Planungen für die Stationierung von Nato-Soldaten in Ost- und Südosteuropa sowie der konkrete Bedarf an Waffen hervor. Was erstere betrifft:

Irgendwie befindet sich Deutschland schon heute im Krieg

Kernelement für die Bundeswehr ist die Panzerbrigade 45 »Litauen«, die am 1. April 2025 formal in Dienst gestellt wurde; am 22. Mai 2025 fand in Anwesenheit von Pistorius und Merz der offizielle Aufstellungsappell statt. In Rüdinkai südlich von Vilnius und in Rukla, wo schon heute deutsche Soldaten stationiert sind, sollen künftig 4.800 deutsche Soldaten und 200 zivile Bundeswehrmitarbeiter fest stationiert sein, das heißt, mit ihren Familien dauerhaft dorthin umziehen – ein Novum in der Geschichte der Bundeswehr. Daneben beteiligt sich die deutsche Luftwaffe an der Luftraumüberwachung im Baltikum und zeitweise auch in Rumänien. Man kann davon ausgehen, dass im Kriegsfall das Baltikum zum Operationsschwerpunkt der Bundeswehr wird.

Und die nötigen Waffen? Dazu schweigen Bundesregierung und Bundeswehr – die Verteidigungspläne sind geheim. Klar ist: Es werden unter anderem Panzer und gepanzerte Fahrzeuge aller Art, Artilleriegeschütze, Kampffjets, Hubschrauber und zahlreiche neue Kriegsschiffe gebraucht. Die Marine wünscht, das geht aus ihrem im Mai publizierten Papier »Kurs Marine« hervor, eine Aufstockung ihrer Fregatten von elf auf 19 im Jahr 2035 und eine Verdopplung ihrer

U-Boote von sechs auf zwölf. Letztere werden benötigt, um die Fahrt der auf der Halbinsel Kola stationierten russischen U-Boote aus dem Nordmeer in den Atlantik zu verhindern, wo sie den transatlantischen Nachschub torpedieren könnten. Generell benötigt wird eine große Zahl an Drohnen aller Art; bei der Marine ist von einer »Drohnenflotte in allen Dimensionen« die Rede – von fliegenden über schwimmende bis zu Unterwasserdrohnen –, um für den »weitgehend automatisierten Seeluftkrieg der Zukunft« gerüstet zu sein. Apropos Drohnen: Aktuell werden Pläne diskutiert, die Ostflanke der Nato mit einem »Drohnenwall« von 100.000 oder mehr Fluggeräten zu sichern. Der Militaristenphantasie sind zur Zeit keine Grenzen gesetzt.

Grenzen setzt allenfalls die schnöde Materie. Waffen kann man nicht herbeiphantasieren; man muss sie bauen. Aktuell klagt die Rüstungsindustrie über Mangel an Panzerstahl. Ob China genug Seltene Erden für die Produktion von Nato-Schiffsraketen herausschickt, die künftig auch gegen chinesische Ziele eingesetzt werden könnten? Doch das sind Peanuts. Im Industrieland Deutschland mangelt es vor allem an Rüstungsfabriken. Zwar ist Rheinmetall inzwischen in der Lage, relativ schnell Munitionswerke aus dem Boden zu stampfen. Doch das reicht bei weitem nicht aus. So muss zum Beispiel die Panzerherstellung von Einzel- auf Massenfertigung umgestellt werden. Die Arbeiter, die man dafür braucht, sind im Land des Fachkräftemangels nicht leicht aufzutreiben, zumal die gängige Hilfoption – die Anwerbung im Ausland – mit den in der Rüstungsbranche üblichen Sicherheitsbestimmungen kollidiert: Man will sich ja keine Spione ins Werk holen. Aktuell setzen einige Waffenschmieden darauf, dass Kfz-Konzerne und ihre Zulieferer, tief in der Krise steckend, Fabriken stilllegen, die man dann einfach inklusive der Arbeiter übernehmen kann: Vom Auto- zum Panzerbauer – das scheint machbar zu sein.

Gehen die Planungen auf, steht die Konversion der deutschen Industrie unmittelbar bevor – nur andersherum als eigentlich gedacht. Die Rüstungsaktien jedenfalls boomen; Hensoldt etwa konnte seinen Kurs von rund 12,50 Euro kurz vor Beginn des Ukraine-Kriegs auf fast 100 Euro Anfang Juli steigern, Spitzenreiter Rheinmetall im selben Zeitraum sogar von knapp 90 auf 1.750 Euro. Und es kommen inzwischen auch in Deutschland Branchen hinzu, die in anderen Ländern längst fester, teils sogar führender Teil der Rüstungsindustrie sind: Start-ups, die Drohnen produzieren oder Künstliche Intelligenz (KI) in Waffen integrieren. Helixing etwa, die Firma, die den »Drohnenwall« an der Nato-Ostflanke plant, konnte unlängst durch eine neue Finanzierungsrunde ihren

Wert von rund fünf auf zwölf Milliarden Euro steigern und gilt nun als wertvollstes deutsches Start-up. Mitgründer Gundbert Scherf, nebenbei, war 2014 von seinem damaligen Arbeitgeber McKinsey für zwei Jahre ins Bundesverteidigungsministerium entsandt worden, wo er unter Ministerin Ursula von der Leyen als »Beauftragter Strategische Steuerung Rüstung« tätig war. Helsing stellt nicht nur Drohnen her, sondern ist auch mit der Entwicklung von KI für Panzer, Kampfschiffe und U-Boote befasst.

Die Bundesregierung hofft, aus dem Rüstungsboom eine stabile Rüstungskonjunktur zu entwickeln und der darbenenden deutschen Industrie zu einer panzer- und drohnengetriebenen neuen Blüte zu verhelfen. Unter den Auguren der deutschen Bourgeoisie gibt's diesbezüglich allerdings einige Skepsis. So kam das Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) im Februar zwar zu dem Schluss, eine Erhöhung der Rüstungsausgaben auf zwei Prozent des BIP könne 200.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Die Wirtschaftsjournalistin Ursula Weidenfeld hingegen warnte im April im »Spiegel«, die dazu nötige Investitionsdynamik sei noch nicht zu erkennen. Und überhaupt: Der Boom einer einzelnen Branche könne die vielen Schwierigkeiten, unter denen die deutsche Industrie leide, nicht beheben. Völlig unabhängig davon, ob er der Gesamtwirtschaft zum Aufschwung verhilft, wird der neue deutsche Rüstungsboom Folgen haben. Er steigert die wirtschaftliche und damit zugleich die politische Bedeutung der Rüstungsindustrie; die gesellschaftliche Akzeptanz wird mit ihrem Wachstum und der steigenden Zahl derer, die bei Waffenschmieden ihr Geld verdienen, weiter zunehmen.

Nicht nur das. Auch die Bestrebungen, die Zivilbevölkerung in die Kriegsvorbereitungen einzubinden, werden verstärkt. Das hat sachliche Gründe. In den Planungen der Nato für einen Krieg gegen Russland fungiert Deutschland, wie erwähnt, als logistische Drehscheibe, über die der Transport von Truppen und Material an die Nato-Ostflanke bzw., im Kriegsfall, an die Ostfront abgewickelt wird. Zivile Unternehmen sind längst involviert. Die Deutsche Bahn etwa, die 24,9 Prozent an der BwFuhrparkService GmbH hält und schon heute schweres Kriegsgeschütz für die Bundeswehr transportiert, hat sich im Jahr 2023 vertraglich verpflichtet, im Fall der Fälle kurzfristig mehr als 340 Flachwagen für den Transport von Panzern bereitzustellen. Berichten zufolge verhandelt sie zudem über den Umbau von ICE-Waggons in Bettenwagen zum Verwundetentransport. Auch andere Unternehmen sind einbezogen. Zudem müssen durchreisende Truppen gepflegt und untergebracht, Militärfahrzeuge betankt und gewartet werden. Auch dazu können Zivilisten herangezogen werden: Es

sen kochen, die Zapfsäule bedienen – das kann jede/r.

Klar ist auch: Erfolgreich Krieg führen kann man nur, wenn die gesamte Gesellschaft die damit verbundenen Belastungen, das Leid, den Schmerz erträgt. »Widerstandsfähigkeit«, neuerdings: Resilienz, sei eine »gesamtgesellschaftliche Aufgabe«, verkündete zu Jahresbeginn General Christian Badia, stellvertretender Kommandeur des Allied Command Transformation (ACT) der Nato in Norfolk (US-Bundesstaat Virginia): Die Bevölkerung müsse »in der Lage sein, strategische Schocks« – etwa »einen langfristigen Stromausfall aufgrund eines Cyberangriffs« – »bestehen und überwinden zu können«. Das »Mindset der Bevölkerung« spiele eine »entscheidende« Rolle; »Wille zur Selbstbehauptung« sei gefragt. Die EU-Kommission fordert in ihrer am 26. März vorgestellten Preparedness Union Strategy, Privathaushalte sollten veranlasst werden, Vorräte anzulegen, um mindestens 72 Stunden abgeschnitten von der Außenwelt überstehen zu können. Um die Bevölkerung darauf einzustimmen, soll EU-weit ein »Tag der Bereitschaft« eingeführt werden. Das Bundesinnenministerium sprach sich zudem im April für die Einführung von Zivilschutzübungen an Schulen aus.

Und die Bundesregierung macht Druck. Bislang galt die Sprachregelung, die Bundeswehr-Generalinspekteur Carsten Breuer im vergangenen Jahr ausgegeben hatte: dass Russland 2029 in der Lage sein werde, ein Nato-Land anzugreifen, dass man bis dahin also die Nato kriegsbereit hochgerüstet haben müsse. Nun machen sich Sorgen breit, die Fixierung auf dieses Datum könne unerwünschte Folgen haben: »Die Jahreszahl suggeriert, dass wir uns noch vier Jahre im Frieden ausruhen können«, zitierte der »Spiegel« Anfang Juli einen Nato-General. Befürchtet man, dass die Energie beim Waffenbeschaffen und Kriegstüchtigkeitsgetrommel nachlässt? Kanzler Merz hat die Lösung gefunden. Der Übergang vom Frieden in den Krieg sei »fließend«, resümierte er die Ergebnisse des Nato-Gipfels. Zwar stehen nachweislich noch keine russischen Panzerarmeen etwa auf litauischem Boden. Doch müsse man konstatieren, dass in der Ostsee Unterseekabel zerstört, dass Bundeswehrkasernen mit Drohnen ausspioniert würden, dass KI-generierte Fake News die Runde machten. »In diesem Sinne« werde die Nato bereits »von Russland angegriffen«, tonte der Kanzler. Soll heißen: Irgendwie befindet sich Deutschland schon heute im Krieg. Die Behauptung soll dafür sorgen, dass da kein Schlendrian einreißt. Denn es gilt, wie erwähnt, mit Blick auf Trump und den Ukraine-Krieg die Parole »jetzt oder nie«.

Jörg Kronauer schrieb in konkret 7/25 über die Nahost- und Mittelost-Politik der USA

konkret texte 82



Jörg Kronauer

»Eine Welt ohne Hegemon«

China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft

konkret texte 82

Jörg Kronauer

»Eine Welt ohne Hegemon«

China, der Globale Süden und das Ende der westlichen Vorherrschaft

Die Staatenwelt ist in Bewegung geraten. Schien es nach dem Ende des Sozialismus in Ost- und Südosteuropa unumstößlich, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten die Ordnung der Welt bestimmten, so formiert sich seit einigen Jahren eine globale Gegenbewegung. Dass China und Russland sich der westlichen Dominanz nicht mehr beugen wollen, ist schon länger unübersehbar. Nun aber wehren sich auch die meisten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas gegen ihre einstigen Kolonialherren. Diese wiederum bemühen sich nach Kräften und mit allen Mitteln, ihre Machtpositionen zu erhalten. Fixiert auf ihren Konkurrenzkampf mit China und Russland, haben die westlichen Staaten erst spät realisiert, dass sie peu à peu auch die Hegemonie über den Globalen Süden verlieren. Der profitiert von den Chancen, die ihm der Aufstieg nicht nur Chinas, sondern auch weiterer Schwellenländer von Indien bis zur Türkei bietet. Neue internationale Bündnisse gewinnen an Einfluss, zum Beispiel die Brics (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika), die das Ziel eint, der Dominanz des Westens – und mit ihr den letzten Resten der westlichen Kolonialherrschaft – das lange ersehnte Ende zu setzen. Entsteht da eine neue Welt ohne Hegemon?

188 Seiten, 19,50 €

Bestellungen über konkret-magazin.de

Malochen für die Volksgemeinschaft

Die Arbeiterpartei AfD ist die Partei der Fetischisierung der Arbeit. Von Stefan Dietl

Sozial ohne rot zu werden« oder »Zeit, dass sich Arbeit wieder lohnt« prangt es derzeit von den Wahlplakaten der AfD. Gerade in Krisenzeiten wie diesen präsentiert sich die Rechtspartei nicht nur gerne als Vertreterin des sprichwörtlichen »kleinen Mannes«, sondern auch als letzte echte Arbeiterpartei. In Parlamenten, Talkshows und den Sozialen Medien erklärt sie sich zur Stimme der Arbeitenden, deren Interessen von den »Klientelparteien« verraten würden. Während diese sich »woken Minderheiten« zugewandt hätten und zuließen, dass Europa islamisiert und Kinder frühsexualisiert würden, stehe die AfD fest an der Seite der hart arbeitenden Deutschen. Ein Narrativ, das auch von der politischen Konkurrenz gepflegt wird. So konstatiert der ehemalige SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel: »Die Arbeiterpartei ist derzeit die AfD« und wirft den Sozialdemokraten vor, sich ausschließlich um Gleichstellung und die Rechte von Homosexuellen statt um soziale Fragen zu kümmern.

Die AfD greift diese Vorlagen gerne auf. So, wenn sie als zweitgrößte Fraktion im Bundestag selbstbewusst den Otto-Wels-Saal für sich beansprucht und behauptet, die Symbolfigur des sozialdemokratischen Widerstands wäre heute »eher einer von uns«. Oder wenn Alexander Gauland die AfD zur Vertretung der einfachen Menschen erklärt, »deren Jobs oft miserabel bezahlt werden oder nicht mehr existieren, die ein Leben lang den Buckel krumm gemacht haben und heute von einer schäbigen Rente leben müssen«.

Für Björn Höcke hat die AfD gar einen »sozialistischen Auftrag« zu erfüllen. In einem Beitrag für die Zeitschrift »Alternative Gewerkschaft« des rechten, gewerkschaftsfeindlichen Vereins Zentrum postuliert Höcke unter der Überschrift »Widerstand gegen den Raubtierkapitalismus«, die AfD müsse als »Anwalt der Arbeiter und der Armen die Gegenwehr gegen das globale Finanzkapital organisieren«.

Wie bei ihren historischen Vorläufern bildet die Gegenüberstellung einer hart arbeitenden deutschen Bevölkerung auf der einen und einer wurzellosen Finanzoligarchie auf der anderen Seite die ideologische Basis der AfD.

War es unter den Nationalsozialisten das als jüdisch beschriebene »raffende« Kapital, das die als »deutsch« konnotierte »schaffende«, einheimische Realwirtschaft in den Ruin trieb, sind es heute die »Globalisten«, eine »globalistische Elite« oder eine »Geldmachtelite«.

»Es gibt die Marktwirtschaft der kleinen und mittleren Unternehmen, der Unternehmer und Familien, die lokal verwurzelt sind und deren Erfolg daher auch der lokalen Gemeinschaft dient. Und es gibt den globalen Kapitalismus einer kleinen Oligarchie, die zur eigenen Gewinnorientierung und Machtmaximierung die traditionelle Ordnung zerstören will, weil sie ihrem Streben Grenzen setzt«, behauptet etwa Maximilian Krah.

Die Antwort der AfD auf diese Bedrohung und auf die als »künstlich« empfundene Klassengegensätze ist die faschistische Idee der Volksgemeinschaft, die sie unter dem Schlagwort »Solidarischer Patriotismus« propagiert. So bildet laut Höcke die geeinte Front aus deutschen Arbeitern und Unternehmern »die tragende Säule einer Gesellschaft, in der sozialer Frieden möglich ist«.

In der Tradition Ernst Jüngers – der 1932 in seiner Schrift *Der Arbeiter* einen in der Moderne verankerten Typus des Werktätigen beschreibt, der tatkräftig und zugreifend die Welt formt, sich der Natur mit modernster Technik bemächtigt und sich gleichzeitig dem größeren Ganzen unterordnet und der entfremdeten Arbeit dadurch Sinn gibt – versprechen die völkischen Nationalisten der AfD zwar die Überwindung der Vereinzelung und Spaltung der kapitalistischen Moderne durch die Volksgemeinschaft, aber nicht das Ende von Mühsal und Plackerei. Im Gegenteil sollen sich die antagonistischen

Klassen gerade durch die Arbeit wieder versöhnen – durch die Arbeit zum Wohle der Nation.

»Ein solidar-patriotisches Modell der Gesellschaft fördert Arbeit und ein positives Verständnis von ihr, gewichtet Leistung über Müßiggang und stellt »preußische« Vorstellungen von Dienst, Pflicht und Arbeitsbereitschaft für das große Ganze wieder in den Vordergrund«, erläutert der »Sektion«-Redakteur Benedikt Kaiser in seinem Buch *Solidarischer Patriotismus. Die soziale Frage von Rechts*. Auch Höcke rekurriert auf die preußischen Tugenden, wenn er das Ideal des deutschen Arbeiters beschreibt: »Ein deutscher Facharbeiter lebt die viel geschmähten preußischen Tugenden. Ohne Pünktlichkeit, Disziplin, Ordnungssinn und vor allem Gemeinschaftssinn – sind keine Produkte herzustellen, die die Auszeichnung »Made in Germany« verdienen.«

Die AfD verkörpert die Arbeit und adelt sie zur nationalen Kraftanstrengung. Eine Verbesserung ihrer materiellen Lage hat die AfD den Lohnabhängigen hingegen nicht zu bieten. »Moral, Sittlichkeit und Bescheidenheit statt eines guten Lebens für alle. Höcke legt ein völkisch-nationalistisches Wertetableau vor, in dem die Lohnabhängigen unter Hintanstellung der eigenen materiellen Interessen als Dienstkräfte von Volk und Vaterland fungieren sollen, eine nahezu klassische faschistische Perspektive«, fasst deshalb Wolfgang Veiglhuber in seinem gemeinsam mit Klaus Weber herausgegebenen Buch *Höcke – deutsche Arbeit & preußischer Staat* das Denken der völkischen Nationalisten in der AfD treffend zusammen.

Wie tief verwurzelt sie damit in der Tradition ihrer faschistischen Ahnherren sind, zeigt ein Blick in Leo Löwenthals wegweisende Studie *Falsche Propheten*, in der er die Rhetorik und das Wirken faschistischer Agitatoren untersucht: »Obwohl der Agitator die Ansprüche seines Publikums auf einen größeren Anteil am Volksvermögen so gebieterisch zu stellen scheint, unterdrückt er diese Wünsche in Wirklichkeit. Sogar während er sie vorträgt, verleugnet er schon die Freude an den guten Dingen des Lebens ... Der Agitator appelliert an puritanische Gewohnheiten und findet, es sei nun genug der Langmut – keineswegs aber, um dazu aufzurufen, endlich Schluss mit der Armut zu machen, sondern um Neidgefühle seiner Anhänger anzustacheln.«

Ausgeschlossen aus der Volksgemeinschaft sind all jene, die sich dem von der AfD propagierten Arbeitsfetisch und damit dem Dienst am Gemeinwohl verweigern. »Großzügige Solidarität mit Menschen, die unverschuldet in Not geraten, ist ein Muss. Das gilt nicht für Faulenzer und Müßiggänger, die könnten, aber nicht wollen«, stellt Björn Höcke klar. Ihren praktischen Ausdruck findet dieser Hass auf die Nicht-Ar-

nennt die AfD die Seniorenhilfe, den Zivil- und Katastrophenschutz oder etwa die »Heimspflege und Ortsverschönerung«. Wer sich diesem Arbeitszwang verweigert, dem sollen sämtliche staatlichen Geldleistungen gestrichen werden. Statt dessen würden nur noch die notwendigsten Sachmittel zum Überleben zur Verfügung gestellt. Erhältlich wären diese mit einer speziellen »Sachleistungs-Debitkarte«, mit der man jedoch nur

Ziel gesetzt, den Zugriff des Kapitals auf die Ware Arbeitskraft zu erleichtern. Dazu dient die Aushöhlung des Acht-Stunden-Tages ebenso wie die im Koalitionsvertrag vereinbarte steuerliche Begünstigung von Überstunden, die als »Aktiv-Rente« bezeichneten höheren Zuverdienstmöglichkeiten im Ruhestand und die verstärkte Gängelung Erwerbsloser, die den Druck auf die Lohnabhängigen weiter erhöht, jede Arbeit anzunehmen.



Sozialistische Avantgarde: Frauenbundesliga, München, 4. November 2024

beit in der Hetze der AfD gegen Bezieher von Bürgergeld.

Bereits bei dessen Einführung wetterte die AfD, ein Bürgergeld von kärglichen 500 Euro sei »eine Einladung zum Müßiggang« und nehme »die Motivation zu arbeiten«. Bernd Baumann, Parlamentarischer Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, behauptete, das Bürgergeld werde dazu führen, dass sich Arbeitslose »in die Hängematte« legen, und Norbert Kleinwächter, stellvertretender AfD-Fraktionsvorsitzender im Bundestag klagte: »Das Bürgergeld verhöhnt die Berufstätigen, ignoriert die Bedürfnisse der Bedürftigen und bedient ausschließlich die Interessen derer, die vom Sozialstaat nicht aufgefangen werden sollten.«

Unter dem Schlagwort »aktivierende Bürgerarbeit« fordert die AfD ein im Nachkriegsdeutschland bisher einmaliges Programm des rigorosen Arbeitszwangs, das selbst die bisherige Gängelung Erwerbsloser durch das Hartz-IV-Sanktionsregime in den Schatten stellt. Wer länger als sechs Monate Grundsicherung bezieht, soll nach Willen der AfD künftig zu 15 Wochenstunden »Bürgerarbeit« zwangsverpflichtet werden. Als Einsatzgebiete für Langzeitarbeitslose be-

stimmte Produkte beziehen kann. Die Arbeitspflicht sei notwendig, »damit die Leute nicht verlernen, in der Früh aufzustehen. Damit sie nicht lernen, auf der Couch zu liegen«, so Norbert Kleinwächter.

Teil dieses Systems von Arbeitszwang und Erniedrigung ist auch eine Aufenthaltspflicht für Langzeitarbeitslose. Die Erreichbarkeit soll »unmissverständlich so geregelt werden, dass die Leistungsbezieher sich grundsätzlich im zeit- und ortsnahen Bereich im Inland aufzuhalten haben«, fordert die AfD.

Mit ihrer Förderung, »Faulenzern« und »Arbeitsscheuen« auf die Pelle zu rücken, wie auch ihrem Appell an die Lohnabhängigen, ihre eigenen Interessen hintanzustellen und sich Volk und Vaterland unterzuordnen, steht die AfD jedoch nicht allein. So sind sich Politik, Wirtschaftslobbyisten und Ökonomen einig beim Rezept gegen die Krise: Die Proleten müssen endlich wieder mehr malochen!

Mit dem Wegfall von Feiertagen, der Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes und der Anhebung des Renteneintrittsalters soll die Rezession überwunden und der Wohlstand gesichert werden. Die neue schwarz-rote Bundesregierung hat sich vor allem zum

Das Bürgergeld soll laut Koalitionsvertrag abgeschafft und durch eine »Grundsicherung für Arbeitssuchende« ersetzt werden. Mit dem Ende der Bezeichnung von Leistungsempfängern als »Bürger« wird den Betroffenen auch gleich ihre Rolle als Bittsteller deutlich vor Augen geführt. Komplett entfallen soll die Grundsicherung nach Willen der CDU für alle, die »grundsätzlich nicht bereit« sind, Arbeit anzunehmen. Wenn jemand ohne sachlichen Grund eine zumutbare Arbeit ablehne, sei davon auszugehen, dass dieser nicht bedürftig und – so die Logik der Konservativen – daher auch nicht auf staatliche Leistungen angewiesen sei. Wer beispielsweise mehr als einmal zu Terminen des Jobcenters nicht erscheint, soll deshalb nichts mehr erhalten.

In der Praxis unterscheiden sich die Pläne der Bundesregierung damit kaum vom propagierten Arbeitszwang der AfD – nur das Höcke und Co. ihre Appelle zur Steigerung der deutschen Leistungsbilanz mit mehr nationalem Pathos versehen.

Stefan Dietl schrieb in konkret 5/25 über den Angriff auf Arbeitnehmerrechte und die Sozialsysteme

Emanzipationsfassade

Der Koalitionsvertrag und das Frauenbild von Schwarz-Rot. Von Sophia Immergrün

Die Kulturwissenschaftlerin Gabrielle Dietze analysierte in ihrem Essay »Rechtspopulismus und Geschlecht«, dass das »dynamische Paradox« moderner Rechtspopulisten darin bestehe, einerseits das Hausfrauenmodell zu propagieren und andererseits an weiblicher Lohnarbeit nicht vorbeizukommen. Schließlich braucht Arbeitskräfte, wer Migration begrenzen will. Dabei sieht man die eigene emanzipierte Gesellschaft, mit der man in Konsequenz fremdelt, als zivilisatorischen Fortschritt zu den vermeintlich paternalistischen islamischen Kulturen. Vor denen müssten die eigenen Frauen von starken Männern geschützt werden. »Die Emanzipationsfassade ermöglicht, traditionelle Geschlechterordnungen als Fortschritt zu deklarieren«, so Dietze. Das Wort »Emanzipationsfassade« umreißt dabei auch treffend den Koalitionsvertrag von CDU und SPD.

Dieser reduziert Frauen wahlweise auf ihre Funktion als Arbeitskräfte oder als Gebärende. Wer nicht arbeiten will, wird arbeiten gemacht, denn »die Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Frauen ist ein entscheidender Faktor zur Fachkräftesicherung«. Die fortschrittliche Frau soll Start-ups gründen und in Führungspositionen stärker repräsentiert sein, in Mint-Bereichen und der Spitzenforschung den Anschluss an die Weltspitze wieder finden und dabei dank flexibler Arbeitszeitmodelle die auf Grund von Kinderbetreuung verpassten Arbeitsstunden im hohen Alter nachholen. Neben traditionellen Instrumenten wie der Aussicht auf Fördertöpfe für Gründerinnen und dem schlichten Beklagen der Ungleichgewichte, ist Schwarz-Rot an manchen Stellen doch kreativ geworden. Setzt man jedenfalls wie angekündigt die Ergebnisse der Studie »Frauen im ländlichen Raum« um, werden dort nicht etwa Betreuungsangebote oder Infrastruktur ausgebaut, sondern Frauen dazu angehalten, ihre Start-ups möglichst in der Nähe der wenigen Kitas anzusiedeln.

Mussten sich Frauen in der Vergangenheit die Fürsorge der Politik mit Kindern, Jugendlichen und Senioren teilen, gesellt sich im neuen Koalitionsvertrag gleich die ganze

Demokratie in den bunten Reigen. Diese Bündelung führt dazu, dass häusliche Gewalt primär unter dem Aspekt der Kindeswohlgefährdung wahrgenommen wird. Überhaupt kommt in der Gewaltfrage die Doppelrolle der Frau anschaulich zum Tragen. Die Koalition nennt Frauen in einem Atemzug mit »besonders verletzlichen Personen wie Kindern, gebrechlichen Menschen und Menschen mit Behinderung«. Sexualisierte Gewalt und Femizide werden gar nicht als ein besonderes Spezifikum dieser Gesellschaft begriffen, deren Ursachen behoben werden müssten, sondern Frauen sollen auf Grund ihrer Schwäche ähnlich behandelt werden wie andere zu

bart sich dann doch recht gut mit moderner Weiblichkeit.

In Zivil wird es Gleichstellung unter Merz nur da geben, wo Frauen durch Bereitschaft zur Mutterschaft bereits in Vorleistung getreten sind. So sollen Kinderbetreuung und Pflege fairer verteilt werden. Damit die jungen Gründerinnen das Kinderkriegen nicht vergessen, erwägt man die Einführung eines umlagefinanzierten Mutterschutzes für Selbständige. Zur Pflege der Angehörigen sollen Freistellungsregelungen flexibilisiert werden. Frauengesundheit findet da explizit Erwähnung, wo die bezahlte und unbezahlte Arbeit zu erschöpfen droht, so im Zusammenhang mit Post-Covid und chronischem Erschöpfungssyndrom. Darüber hinaus wird sich für Lohnarbeiterinnen wenig ändern. Bei der angekündigten Umsetzung der ohnehin beschlossenen EU-Transparenz-Richtlinie konnte sich die Regierung den Fingerzeig nicht verkneifen, dass diese »bürokratiearm« erfolge. Ohne Schreiarbeit werden Maßnahmen gegen ein Lohngefälle von fünf Prozent nicht nachzuweisen sein.

Mit dem Topos der beschützenswerten Frau kokettiert man zuletzt auch in der Außenpolitik, ohne sich allzu sehr dem in Verruf geratenen, moralgeleiteten Ansatz Annalena Baerbocks anzunähern. Andere Länder sollen sexuelle Selbstbestimmung und ökonomi-



Ja nicht aus der Reihe tanzen: Frau muss ihr Mutterglück feiern wollen

bevormundende Menschengruppen. So ist auch der Ideenreichtum der Regierung mit der »Schließung von Strafbarkeitslücken« und erhöhten Strafraumen weitgehend erschöpft. »Sexuelle und reproduktive Rechte« interessieren die Regierung vor allem dann, wenn Angriffe auf diese einen Anlass bieten, die Täter abzuschieben. Die einzigen realen Verbesserungen beim Schutz von Frauen, sind die Regulierung von Tracking-Apps und die Erleichterung für geflüchtete Frauen bei Gewalt schneller umzuziehen. Gleichzeitig will man den Anteil der Frauen in der Bundeswehr erhöhen. Gewalt im Namen und Auftrag des Souveräns verein-

sche Gerechtigkeit sichern, um Fluchtursachen zu bekämpfen. Wirklichen Druck wird es dennoch nicht geben, zumindest wenn das Interesse an wirtschaftlicher Zusammenarbeit oder die »Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen« dann doch stärker ins Gewicht fallen. Und so präsentiert die neue Regierung ihr eigenes »dynamisches Paradox«: eines ohne Romantik und Gejammer, aber mit der Möglichkeit für Frauen, alles, aber auch wirklich alles, für ihr Land geben zu dürfen. ●

Sophia Immergrün ist Erziehungswissenschaftlerin und schreibt marxistische außenpolitische Analysen

Who cares!

Care-Arbeit ist im Kapitalismus vor allem ein Verlustgeschäft und wird deshalb prinzipiell geringgeschätzt, wie die dänische Autorin Emma Holten in ihrem Buch *Unter Wert* eindrücklich nachweist. Von Klara Hohnke

Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) will, dass mehr gearbeitet wird. Dabei haben fast zwei Millionen Menschen in Deutschland einen Zweitjob, mehr als die Hälfte aller Überstunden ist unbezahlt. Vor allem Frauen sollen aus der Teil- in die Vollzeit wechseln und »die Wirtschaft stärken«. Am Kampftag der Arbeitenden warnte der Verdi-Vorsitzende Frank Werneke vor dem Ende des Achtstundentags. Der Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht vor, dass die tägliche Höchstarbeitszeit in eine wöchentliche geändert werden kann. Laut Werneke »werden 13 Stunden Arbeit am Stück möglich und rechtlich zulässig«. Die Warnung kommt zu Recht, die große Empörung bleibt erschreckenderweise aus. Trotzdem werden gerade pflegende Personen nur müde die Köpfe schütteln. Welcher Achtstundentag?

Care-Arbeit kennt keine Arbeitszeitbegrenzung. Hausarbeit, *Mental load*, Pflege und Betreuung von Personen oder Beziehungen finden permanent statt. Und sie sind sehr ungleich verteilt. Wer online nach Bildern zu »Altenpflege«, »Pflege von Kindern« oder einfach nur »Pflege« sucht, findet meistens Fotos weiblicher Pflegekräfte. Immer lächelnd. Diese Ergebnisse sind ein Abbild der Gesellschaft, ihrer Erwartungen und Stereotype. Aufgaben, die von Fürsorgeberufen übernommen werden, waren traditionell bei Frauen in der als privat und unpolitisch dargestellten Familie angesiedelt. Die Care-Arbeit der Mutter, Schwester oder Oma wurde als natürlich, nicht aber als Tätigkeit, geschweige denn produktive gesehen.

Der berechnete »Gender Care Gap«, das heißt das Gefälle der Zeitdauer, die von Frauen und Männern für unbezahlte Fürsorgearbeit aufgewendet wird, liegt in Deutschland derzeit bei 44,3 Prozent. In einer Woche verbringen Frauen neun Stunden mehr mit unbezahlter Arbeit als Männer. Der geschlechts-

bezogene Unterschied existiert auch bei bezahlter Pflegearbeit. Kaum überraschend ist daher ein aktueller Befund des Paritätischen Wohlfahrtsverbands: Junge Frauen haben ein besonders hohes Armutsrisiko. Sie sind häufiger in sozialen Berufen angestellt, in denen die Bezahlung schlecht ist. Ebenso wenig überraschend rechnet das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung im Bereich von Erziehung, Sozialem und Gesundheitswesen mit Schwierigkeiten, Fachkräfte zu bekommen.

Zur systematischen Unsichtbarmachung und Entwertung von Care-Arbeit ist jetzt ein Buch erschienen. Mit *Unter Wert* gelingt der Dänin Emma Holten eine spannende Aufarbeitung von Fürsorgearbeit in den westlichen Wirtschaftssystemen. Doch das kapitalistische Ideologem von Arbeit, Preis und Wert ist im gesellschaftlichen Denken fest verankert. Der Verlag zitiert stolz das Magazin »Woman«: »Emma Holten klärt in *Unter Wert* auf, warum wir auch für Care-Arbeit ein Preisschild brauchen.« Weder DTV noch »Woman« scheinen *Unter Wert* verstanden zu haben. Holten betont mehrfach, dass Care-Arbeit sehr wohl ein Preisschild hat. Nur ist der Preis eine Null. Im Kapitalismus sind Preis und Wert nie dasselbe. Es ist die willkürliche Zuschreibung, die durchgerechnete, effizienzgetrimmte Einordnung von Care-Arbeit, die Holten zu Recht kritisiert. Fürsorge soll nicht einfach monetarisiert, sondern ihr gesellschaftlicher Wert anerkannt werden: »Der Kampf um Selbstbestimmung, Freiheit und ein eigenes Einkommen darf nicht zu einer Idealisierung des Arbeitsmarktes verkommen«, denn Gefühle und Fürsorge lassen sich nicht in Zahlen übersetzen. Aber was nicht passt, wird passend gemacht. Care-Arbeit bringt keine materiellen Produkte hervor. Darum wird sie als Verlustgeschäft dargestellt.

Fürsorgearbeit wird außerdem nicht anerkannt oder wertgeschätzt, weil niemand bedürftig oder auf Pflege angewiesen sein

möchte. Abhängigkeit gilt als Schwäche. Und Schwäche darf sich niemand leisten. »Wenn Freiheit als die Freiheit von Fürsorge definiert wird, heißt das auch immer, dass eine unsichtbare, abgewertete Person ... diese Fürsorge übernehmen muss.« Pflege wird so zu einer Konfrontation mit Körpern, die nicht, nicht mehr oder noch nicht so funktionieren, wie es die Produktionsweise für ihr Fortbestehen braucht. In einer kapitalistischen Gesellschaft, in der Produktivität, Leistung und ein selbständiger Beitrag zur Akkumulation Status bringen, gilt es jeden Anschein von Bedürftigkeit zu vermeiden. Der notorische Tellerwäscher wird zum Millionär nur durch harte Selbstausbeutung, nicht weil er zwischendurch eine Umarmung bekommt oder jemand im Verborgenen seine Wäsche reinigt.

Spannend ist die Unterscheidung zwischen Care-Arbeit, die eine Person leisten muss, und der, die sie leisten darf. Ähnlich wie durch die neokoloniale Praktik des *Brain drain* sind es in den reicheren westlichen Staaten vor allem marginalisierte Frauen, die die Fürsorgearbeit übernehmen. In den letzten Jahren ist laut der Agentur für Arbeit die Zahl der Angestellten in Pflegeberufen um 22 Prozent gewachsen. Das liegt an den Fachkräften, die aus dem Ausland angeworben worden sind, um die Leerstellen im Pflegesystem zu füllen. Dadurch verlagert sich nicht nur die Pflegelücke. Care-Arbeit wird gleichermaßen zu einer ausbeuterischen Arbeit wie zu einem Privileg. Personen, die in der Lohnarbeit beschäftigt sind, werden Zeit und Möglichkeit genommen, sich in fürsorglichen und liebevollen Beziehungen zu entfalten. Und wer zu Hause mit Hausarbeit, Pflege und Versorgung von Angehörigen beschäftigt ist, kann sich nicht gleichzeitig auf dem Arbeitsmarkt verausgaben. Care-Arbeit führt zum ökonomischen Fortbestehen des Systems, aber zu individueller Armut. Das ist der Widerspruch der Fürsorge: »Unwert schafft Wert.«

Angesichts der Debatte um mehr Arbeit ist *Unter Wert* hochaktuell, doch die nötige radikale Neuaushandlung des Wirtschaftssystems wird es kaum geben. »Deutschland wird wieder ein Land werden, in dem Fleiß, Leistung und Erfolg anerkannt und belohnt werden«, verspricht Kanzler Merz. Man darf bezweifeln, dass er dabei an die Care-Arbeitenden dachte. Vielleicht klatschten wir statt dessen alle noch einmal dankbar vom Balkon.

Emma Holten: *Unter Wert. Warum Care-Arbeit seit Jahrhunderten nicht zählt*. Aus dem Dänischen von Marieke Heimbürger. DTV, München 2025, 288 Seiten, 22 Euro

Klara Hohnke schrieb in konkret 7/24 über das kapitalistische Interesse am Gender Pay Gap

Der Mann für alle Fälle

Im ersten Wahlgang erfolgreich: Trumps Machtschattengewächs Jens Spahn. Von Florian Sendtner

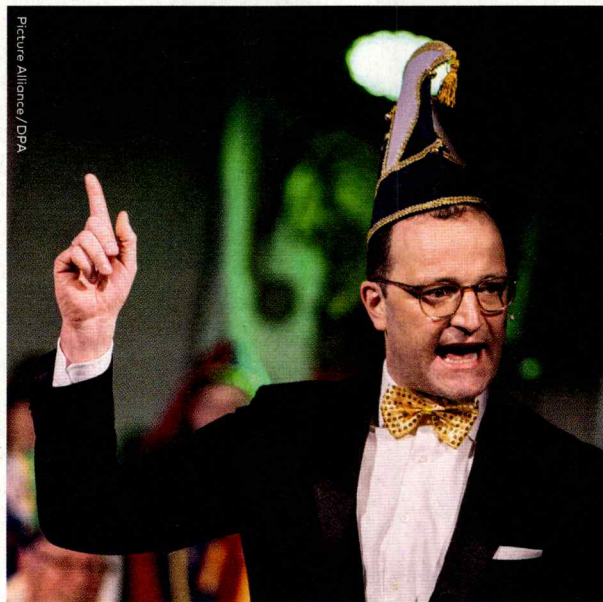
Ganz Europa, vielleicht sogar die ganze Welt, schaut auf diesen zweiten Wahlgang. «Als Friedrich Merz am 6. Mai im ersten Wahlgang als Bundeskanzler überraschend gescheitert war, sprach Unionsfraktionschef Jens Spahn dem NDR diesen schicksalsschweren Satz ins Mikrofon. Er hätte auch sagen können: Völker der Welt, schaut auf diesen Spahn! Der soll dann den nicht weniger verräterischen Schwur hinterherschicken: »Die Union, CDU und CSU, unsere Fraktion, steht geschlossen hinter Friedrich Merz.« Jeder DDR-Bürger hätte so eine hochheilige Versicherung eines SED-Apparatschiks verstanden, viele Wessis stehen bei so was auf der Leitung.

Die Zurückweisung des Verdachts, die Abtrünnigen könnten in den eigenen Reihen der Union zu suchen sein, war bitter nötig. Wo sonst, etwa beim Koalitionspartner? Dass Sozialdemokraten, denen die Parteileitung einmal den vorgegebenen Kurs eingebleut hat, jede Kröte schlucken, daran gibt es keinen Zweifel.

Ganz allgemein gilt bekanntlich die Regel, dass der Verräter aus dem engsten Umkreis kommt. Und dass er versucht, den Verdacht durch beflissene Loyalitätsbekundungen gar nicht erst aufkommen zu lassen. Noch bevor Bundestagspräsidentin Julia Klöckner Merz nach dem erfolgreichen zweiten Wahlgang fragen konnte, ob er die Wahl annehme, auch bevor Amtsvorgänger Scholz gratulieren konnte, war ein anderer Gratulant zur Stelle: Spahn.

Auch als Sandra Maischberger Spahn zwei Wochen später noch mal die Gretchenfrage stellt: »Wie sehr kann sich Friedrich Merz auf Sie verlassen, dass Sie ihm die

Mehrheiten organisieren?« Da kommt's wie aus der Pistole geschossen: »voll und jederzeit!« Er verstehe auch manchmal die Diskussion nicht: »Friedrich Merz vertraut mir, ich vertraue Friedrich Merz. Sonst würden wir das in dieser Konstellation so nicht machen.« Und nur ein kaum merkliches Zucken um den Mund herum ist nicht unter Kontrolle, bevor er apodiktisch abwinkt: »Punkt.«



Schlimmer Finger: Spahn beim Stockacher Narrengericht in Berlin, 9. Februar 2023

Spahn verwahrt sich hier nicht nur gegen Maischbergers klare Frage, sondern auch gegen das von T-Online formulierte Raunen: »Waren es die Spahn-Boys?« Die Frage ist genauso bescheuert, wie wenn man einem heterosexuellen Mann unterstellte, bei seinen Intrigen auf Frauen fixiert zu sein. Als ob die sexuelle Präferenz bei der Wahl von Mitverschwörern eine Rolle spielte. Und natürlich soll die Frage auch das sein, was man früher »delikat« nannte, nämlich

kaum verhüllt schwulenfeindlich, schließlich suggeriert sie, Spahn habe als Homosexueller ein Faible dafür, andere schwule Männer für sich und seine unlauteren Absichten einzuspannen.

Vielleicht auch aus Scheu, in diese Falle zu tappen oder unfreiwillig mit T-Online in einen Topf geworfen zu werden, ist der Verdacht gegen Spahn kaum ernsthaft diskutiert worden. Dabei gibt es durchaus Gründe, die für ihn als Merzmörder im ersten Wahlgang sprechen. Man muss sich statt der »Spahn-Boys« nur eine verschworene Truppe innerhalb der Union vorstellen. Mit dabei? Sagen wir mal, völlig ins Blaue eingetippt: die ebenso rechtslastige wie verschwörungsaffine Mondministerin Dorothee Bär von der CSU – dann kommt schon eher zusammen, was zusammengehört.

Denn es ergibt durchaus einen Sinn, dass der Schuss vor den Bug des alten Schlachtschiffs Merz als *friendly fire* einzuordnen ist. Da sind erstens Spahns unbestrittene Ambitionen, den ollen Jetzt-doch-noch-Kanzler baldmöglichst abzulösen. Und wo ein aufstrebender Kandidat ist, da findet sich auch immer eine Gefolgschaft; denn im Fall des Falles ist man dann nicht nur auf der richtigen Seite, man gehört zu den Auserwählten, zur Kerntruppe, zu den alten Kämpfern.

Das Entscheidende aber ist Spahns immer wieder offen demonstrierte Affinität zu Rechtsaußen im allgemeinen und zu Donald Trump im besonderen. Bereits während Trumps erster Amtszeit als US-Präsident hatte dessen Gefolgsmann Richard Grenell keinen eifrigeren Unterstützer in Berlin als Jens Spahn. Auf Anfrage der Linkspartei musste die Bundesregierung allein zehn offizielle Begegnungen zwischen Spahn und Grenell in dessen erstem Amtsjahr 2018/19 als US-Botschafter einräumen. Olle Kamellen? Von wegen, erst am 5. Juni dieses Jahres fragte die »NZZ«: »Sind Sie »Team Trump«, Herr Spahn?«

Unvergessen auch das 2018 auf Twitter gepostete Foto, das Spahn und Grenell eingerahmt von ihren beiden Ehemännern mit einem Hund zeigt. Man hat unwillkürlich Spahn vor Augen, wie er sich von der AfD zum Bundeskanzler wählen

lässt und etwaige Bedenken mit der Bemerkung vom Tisch wischt, als Schwuler wäre er ja wirklich dumm, wenn er die Hatz auf Minderheiten zuließe: Sehen Sie, mit mir als Bundeskanzler ist das doch von vornherein ausgeschlossen. Anders gesagt: Aus AfD-Sicht heißt nach Bundeskanzlerin Alice Weidel die zweitbeste Option Bundeskanzler Jens Spahn. Nicht zu überhören auch die Signale, die von ihm ausgehen; etwa am 12. April die Parole, »mit der AfD so umzu-

gehen wie mit jeder anderen Oppositionspartei auch«.

Ebenfalls regierungsamtlich bestätigt ist ein Treffen mit Steve Bannon am 21. April 2017, also zu dessen Amtszeit als Chefberater im Weißen Haus zu Beginn von Trumps erster Präsidentschaft. Der Rechtsextremist, vor dem es Spahn graust, muss erst noch erfunden werden. Für Rechtsextremistinnen gilt das nicht minder. Zwei Wochen vor der Europawahl 2024 umgarnte er die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni: »Die Brandmauer ... verläuft im Europaparlament rechts von Melonis Partei.« Rechts von den Fratelli d'Italia, da ist niemand mehr. Ist Spahn schlichter der von der Union vorgeschickte Emissär, um im (mittlerweile näher rückenden) Fall einer umfassenden Trumpisierung der Welt einen direkten Draht in die Zentrale zu haben? Der Mann für alle Fälle, der sich seit Jahren in Position bringt, um am Tag X auf der buchstäblich rechten Seite zu stehen?

Nicht zu übersehen ist sein Eifer, als Trumps Kalfaktor Deutschland auf Vordermann zu bringen. Bei der von Trump verlangten Erhöhung der Militärausgaben um das Zweieinhalbfache (fünf Prozent des BIP statt zwei) war Spahn zwar nicht gefragt, denn fast die gesamte Nato wedelte, kaum dass Trump seine Weisung erlassen hatte, bereits eifertig mit dem Schwanz.

Doch Spahn will mehr. Der Ungediente gefällt sich darin, für die Wiedereinführung der Wehrpflicht zu trommeln. Und Deutschland generell geistig in die fünfziger Jahre zurückzukatapultierten. Mit smartem Lächeln und verständnisvollen Erklärungen. Rechts-extremes Machogepolter war gestern, das hat mittlerweile sogar die AfD eingesehen.

Spahn versteht es, sich verdreckt auszudrücken und gleichzeitig Klartext zu reden. Soll sich Deutschland atomar bewaffnen? Die Frage der »Welt am Sonntag« beantwortet er so, als sei er der Furchtlose, der es endlich wage, die unangenehme Wahrheit auszusprechen. Wofür er schon vorab die Prügel auf sich nimmt: »Ich weiß, welche Abwehrreflexe sich jetzt sofort regen, aber ja: Wir sollten eine Debatte über einen eigenständigen europäischen nuklearen Schutzschirm führen.« Es folgt die Pointe: »Und das funktioniert nur mit deutscher Führung.« Eine Debatte führen: Das wird man ja wohl noch fordern dürfen, in bester Achtundsechzigermanier! Niemand hat die Absicht, einen Atomwall zu errichten!

Franz Josef Strauß würde vor Neid erblassen. Während der Máximo Líder aus München zeitlebens auf die Achtundsechziger eindrosch und trotzdem nicht Bundeskanzler wurde, legt Jens Spahn, Jahrgang 1980, verständig den Kopf ein wenig schief, mimt selbst den Achtundsechziger und hat zumindest die deutschen Atomraketen praktisch schon in der Scheune. Das mit dem

Bundeskanzleramt wird sich dann auch noch ergeben.

Jens Spahn als Wiedergänger von Strauß, das ist natürlich eine steile These. Doch wenn man mal zurückblättert in **konkret**, dann stößt man zum Beispiel in Heft 10/1966 auf einen Artikel von Ulrike Meinhof mit der Überschrift »Franz Strauß«, in dem dieser mit dem Satz zitiert wird: »Eine von den Franzosen mitgetragene deutsche Politik kann nicht so leicht als aggressiv ausgegeben werden.« Jens Spahn im Juni 2025: »Wir müssen über eine deutsche oder europäische Teilhabe am Atomwaffen-Arsenal Frankreichs und Großbritanniens reden ...«

Zur Wahrheit gehört freilich auch, dass Spahn nicht der Urheber dieser Idee ist, sondern die vormalige SPD-Justizministerin Katarina Barley, die im Februar 2024 als Spitzenkandidatin für die Europawahl ganz unverblümt EU-eigene Atombomben ins Spiel brachte. Wogegen der jetzige CDU-Außenminister Johann Wadephul damals noch völkerrechtliche Bedenken simulierte.

Ist demnach Jens Spahn in den Fußstapfen von Franz Josef selig unterwegs, wenn auch viel konzilianter? Wäre es da nicht an der Zeit für eine »Stoppt Spahn!«-Kampagne? Während die Grünen im März der jetzigen Merz-Regierung mit ihrem Unionsfraktionschef Spahn vorab einen Billionen-Blankoscheck ausstellten, gibt es einen Grünen-Politiker in Rente, der diese Forderung erhebt. Der einstige Fraktionschef im Landtag von NRW Roland Appel: »Stoppt Spahn« muss deshalb ein politisches Gebot der Opposition im Parlament und außerhalb sein. Noch ist es möglich, zu verhindern, dass er politisch wie ökonomisch in die Fußstapfen von »FJS« tritt. In der deutschen Öffentlichkeit werden Putin und Trump als das ganz Andere gehandelt. Das ist schon insofern falsch, als die AfD von beiden Herren bekanntlich sehr angetan ist. Im Bundestag sind Putin und Trump somit bereits mit 151 Abgeordneten vertreten. Und zumindest Trump sitzt mit Spahn im Koalitionsausschuss am Tisch.

Und wenn das so weitergeht bis 2029? Mit Spahn als Bundeskanzler und der AfD als »ganz normalem Koalitionspartner wie andere auch« wären Putin und Trump dann am Kabinettsstisch angekommen. Im Bundestag hätten die Trump-Trolle und die Putin-Bots die Mehrheit. Und die tausend Panzer und Raketen, die derzeit angeschafft werden, um gegen Moskau in Stellung gebracht zu werden, könnten neu justiert werden. Kommen aus Polen nicht nachgerade unbotmäßige Töne? Deutschland und Russland hätten unverhofft wieder zu alter Eintracht gefunden. ●

Florian Sendtner schrieb in konkret 5/25 über geschichtsvergessene Kompromissbereitschaft im Bundestag

01.08. Senftenberg/Zly Komorow, 18 Uhr, Seenland-Buchhandlung, Markt 11: »Nenn es nicht Lüge, sag Geheimnis«; Diskussion von Pete Heuers Roman über den kommunistischen Schriftsteller Albert Hotopp mit Lesung aus dessen Werk **02.-07.08. Jena**, täglich 10-17 Uhr, Holzmärkte: »Unentdecktes Land«; DDR-Ausstellung

04.08. Bielefeld, 19 Uhr, Rosa-Luxemburg-Club, Rolandstraße 16: »Explosive Moderne – Kritische Theorie der Emotionen«; Lesekreis zum Buch von Eva Illouz **07.08. Berlin**, 19.30 Uhr, Helle Panke, Schönhauser Allee 26A: »Trontis Operismus: Zum 2. Todestag von Mario Tronti«; Vortrag und Diskussion mit Frank Engster

07.08. Erfurt, 19.30 Uhr, Bildungskollektiv BiKo, Allerheiligenstraße 9: »Von Seiltänzerinnen und Schmetterlingen: Plakate als Mittel politischer Kommunikation«; Diskussion und Vortrag mit Anna Ebert

13.08. Treben, 18 Uhr, Mälzerei im Rittergut Treben, Breite Straße 2: »Kasachstans nukleares Erbe: Stimmen gegen das Vergessen«; Diskussion und Vortrag mit Yannick Kiesel

16.08. Göttingen, 14.30 Uhr, Museum zur Geschichte der nationalsozialistischen Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939-1945, Godehardstraße 11: »Spurensuche: Mit einem roten Faden durch die Ausstellung«; Museumsführung mit Annegrit Berghoff und Arndt Kohlmann **20.08. Köln**, 19 Uhr, Friedensbildungswerk, Obenmarspforten 7-11: »Demokratie: feministisch und für alle. Verteidigen, was es noch nicht gibt«; Feministischer Lesekreis mit Klara Schneider **21.08. Suhl**, 19 Uhr, Kulturbaustelle, Friedrich-König-Straße 35: »Vielfalt stärken, Demokratie leben: Warum gelingt das nicht immer?«; Diskussion und Vortrag mit Sandra Petzold

21.08. Rostock, 19.30 Uhr, Peter-Weiss-Haus, Doberaner Straße 21: »Erfurt im August 1975 – Das vergessene Pogrom?«; Diskussion und Vortrag mit Jane Gerhardt, Johann Henningsen und Jan Schubert

22.08. St. Georgen, AMS Camp, Zeltlagerplatz Stöcklewald: »Normal – Eine Besichtigung des Wahns«; Ein Abend mit Thomas Ebermann, Thorsten Menze und Flo Thamer

23.08. Hamburg, 11 Uhr, Haupteingang Rathaus Hamburg, Rathausmarkt 1: »Mit Marx um die Alster oder Der Kreislauf des Hamburger Kapitals«; Spaziergang mit Gerd Pohl

In dieser Rubrik werden kostenlos Veranstaltungshinweise veröffentlicht. Bitte die Termine bis zum Ersten des Vormonats mailen an redaktion@konkret-magazin.de

»Trump ist kein Faschist«

Interview mit dem Faschismusforscher Roger Griffin



Konkret: Wie ist der politische Apparat der USA aufgebaut, dass jemand wie Trump so regieren kann, wie er es tut?

Roger Griffin: Die ursprüngliche amerikanische Verfassung basierte auf einem äußerst unvollkommenen Demokratiemodell. Es war eine Demokratie, die kapitalistisch, männlich-chauvinistisch und illiberal war. Sie unterdrückte die Rechte der Sklaven, der Frauen, der Kinder, der außereuropäischen Ethnien. Die US-Demokratie des 18. Jahrhunderts orientierte sich weitgehend an Großbritannien und der Französischen Revolution. Sie basierte auf dem grundlegenden Prinzip der Gewaltenteilung, das von Locke, von John Stuart Mill, von Montesquieu und verschiedenen Vertretern der französischen Aufklärung theoretisiert wurde. Sie wussten, dass man die drei Gewalten voneinander trennen muss. Diese Gewalten funktionieren wie ein Sicherheitsventil oder ein Stromkreisunterbrecher in einem elektrischen System. Sie sollen sich gegenseitig kontrollieren und ausgleichen.

Jetzt befinden wir uns in einer Situation, wo das nicht mehr funktioniert. Die Gründer der amerikanischen Demokratie haben nicht mit einem Präsidenten wie Trump gerechnet. Sie rechneten mit einem bürgerlichen, frauenfeindlichen, rassistischen

Sklavenhalter, aber nicht mit einem großwahnsinnigen Psychopathen, der an die niedersten menschlichen Instinkte appelliert. Unter Trump scheint selbst die Begrenzung der Präsidentschaft auf zwei Amtszeiten zur Disposition zu stehen: Er hat zwar nicht die verfassungsmäßige Macht, aber er hat den Obersten Gerichtshof in der Tasche, der die Verfassung tatsächlich dahingehend ändern kann. Es könnte also sein, dass die Ära Trump von 2016 bis, sagen wir mal, 2030 andauert.

In gewisser Weise kann man also den Gründern der amerikanischen Demokratie nicht die Schuld geben. Es ist ein außergewöhnliches Zusammentreffen von Faktoren und Ereignissen, das es so einem Typen ermöglicht hat, an die Macht zu kommen. Im Vergleich mit ihm erscheinen einige der schlimmsten amerikanischen Präsidenten wie Bush und sogar Reagan relativ intelligent und moderat in ihrer Vorstellung davon, was sie mit der Präsidentschaft tun können.

Trump hat das Regelwerk der amerikanischen Demokratie im Geiste des Wilden Kapitalismus demontiert. Im Wilden Kapitalismus des 19. Jahrhunderts gab es keine Regeln. Recht und Ordnung wurden allmählich auf eine Weise eingeführt, die den Völkermord an den amerikanischen Ureinwohnern mit sich brachte und die Sklaverei beibehielt. Amerika ist heute ein Schurkenstaat, der das Feigenblatt einer verfassungsmäßigen Macht benutzt. Es zählt zu den konstitutionellen Autokratien, die es heute neben echten Autokratien – Syrien unter al-Assad – gibt. Diese neue Art von Bedrohung für das menschliche Leben, den Liberalismus und den Planeten ist in der politischen Theorie nicht vorgesehen. In gewisser Weise geht es also nicht nur darum, was die amerikanische Demokratie zulässt. Es geht darum, was die konstitutionelle repräsentative Demokratie zulässt.

In einem Vortrag über »Aspekte des Rechtsradikalismus« aus dem Jahr 1967 stellt Adorno die These auf, dass die nächsten Feinde der Demokratie behaupten werden, dass sie die wahren Demokraten seien.

Moderne Herrscher müssen sich rational legitimieren, das heißt, sie müssen sich auf einen Mythos des Demos, des Volkes berufen. Im Grunde genommen liegt hier die Achillesferse der Demokratie: das Kernkonzept des Demos, des Volkes. Denn welchem Volk gibt man die Macht? Man kann auf Schwächen in der amerikanischen Verfassung hinweisen, aber man muss diese Schwächen in die Geschichte der Demokratie einordnen, die seit den Griechen die grundlegende strukturelle Schwäche hat, dass nicht klar ist, was wir mit Volk meinen. Daher sind eigentlich alle Demokratien in Bezug auf ihre Rechte schizoid.

Inwiefern ist Trump das Ergebnis einer multiplen globalen Krise?

Ich bin dabei, eine neue Theorie zu entwickeln, um diese Art von Frage zu beantworten: Sie heißt »Kurvationstheorie«, und sie ist noch nicht veröffentlicht. Aber, vereinfachend, glaube ich, dass es zum einen an neuen, einzigartigen Krisenfaktoren liegt, an der Ökologie, an der Demografie, an der Migration auf Grund von ökologischen und politischen Kriegen und Konflikten. Es gibt also objektive Belastungen. Und zum anderen an subjektiven Faktoren, die durch den Aufstieg der sozialen Medien und des Internets und die außerordentliche Verbreitung von Informationen begünstigt werden. Es gibt also nicht nur eine gleichzeitige Zunahme objektiver Krisenfaktoren in allen Bereichen der Gesellschaft auf der ganzen Welt; unser Bewusstsein, unser Wissen darüber, was vor sich geht, und die Zahl der Menschen in einer Gesellschaft, die über dieses Wissen verfügen, wächst zugleich stark an. Diese Konjunktion von objektiven und subjektiven Krisenfaktoren hat einen weltweiten Zustand der Angst geschaffen. Menschen, die eine permanente Krise ertragen können, sind selten. Intellektuelle können das, weil sie von der Krise leben. Wir sind Krisenparasiten. Aber wenn ich ein Geschäftsmann wäre oder ein Büroangestellter, und ich hätte eine Familie, dann wäre mein Sinn für die Krise nicht der Luxus eines bürgerlichen Akademikers, der die Krise analysiert. Sie wäre eine gelebte Erfahrung, ein existentielles Drama. Es ist unmöglich, die Krisen mit einem einzigen Faktor zu erklären. Die meisten Menschen brauchen eine einfache Lösung. Trump ist das Produkt einer weltweiten Krise und das Produkt der Unfähigkeit der meisten Menschen, die Komplexität dieser Krise zu akzeptieren. Trump ist eine militante Form des Superkapitalismus und des Amerikanismus, denn das ist es, was die Welt jetzt braucht: Vereinfachungen.

Jason Stanley nennt Trump einen Faschisten. Wie sehen Sie das?

Jason Stanley ist auch ein Intellektueller, der vom Faschismus professionell lebt. Er hat eine Menge Geld und eine große Karriere mit seinen Artikeln und Büchern, die



Picture Alliance / NurPhoto / Allison Bailey

Damaged goods: Anti-Trump-Statue auf der National Mall vor dem US-Kapitol in Washington, D.C., USA, Juni 2025

behaupten, es gebe einen amerikanischen Faschismus, der die Gesellschaft jetzt invadiert und verwandelt. Die Antwort auf die Frage, ob er Recht hat, hängt von Ihrer Definition von Faschismus ab. Jason Stanley ist interessant, weil er nicht die marxistische Definition von Faschismus anwendet, aber seine eigene alternative, rigorös belegte Definition dem Leser nie enthüllt. Marxisten haben kaum Probleme, ihren Faschismusbegriff auf das heutige Amerika anzuwenden. Dort herrscht ein Superkapitalismus. Trumps Politik ist antisozialistisch, antifeministisch, rassistisch ... Wenn man aber kein Marxist ist, so wie ich, dann hat man ein Problem. Was zum Teufel ist Faschismus?

Es gibt viele Definitionen von Faschismus. Das Wort wird sehr locker und vage verwendet und ist meistens wenig hilfreich. Faschismus war – historisch gesehen – der revolutionäre Versuch, eine neue Ordnung zu schaffen. Wenn man sich den historischen Faschismus anschaut, steht Mussolini im Januar 1925 im Parlament und beendet die italienische republikanische Demokratie. Wenn man sich die Nationalsozialisten oder die kroatische Ustascha ansieht, dann zerstören diese die konstitutionelle Demokratie. Trump mit dem Faschismus zu vergleichen, führt in die Irre.

Laut der Definition, die jetzt Schule macht, und die teilweise auf meiner eigenen Forschung beruht, ist Trump keineswegs ein moderner Faschist, sondern eine moderne

Version der illiberalen Demokratie, die schon immer Teil der Demokratie war. Er ist rassistisch, kolonialistisch, imperialistisch. Es geht um die amerikanische Hegemonie, die amerikanische Kontrolle über alles. Das ist gefährlich, aber es ist nicht gefährlich, weil es faschistisch ist. Die Analyse von Trump mit dem Konzept des Faschismus ist irreführend und lenkt vom eigentlichen Problem ab, nämlich der Unmenschlichkeit der korrupten Demokratie.

Würden Sie also sagen, dass die Demokratie immer korrupt ist?

Das ist eine gute Frage. Die Geschichte der modernen Demokratie ist die Geschichte von Versuchen, die Demokratie zu liberalisieren, die Sklaverei abzuschaffen, einen Völkerbund zu gründen, die Vereinten Nationen zu gründen, größere Gremien zu schaffen und anzustreben ... Die Geschichte der liberalen Demokratie ist also außerordentlich kompliziert, und es gibt keine Teleologie, es gibt keinen einheitlichen Prozess. Sie wird weder besser noch schlechter. In den letzten Jahren gibt es eine schreckliche Tendenz zum Rechtspopulismus, der sie tatsächlich noch schlimmer macht. Die liberale Demokratie wird immer schlimmer. Aber ich glaube nicht, dass das unumkehrbar ist.

Aber die von Ihnen ausgemachten Ursachen für diese Entwicklung bleiben doch oder verschärfen sich sogar.

Es gibt keinen Ausweg. Wir erleben den katastrophalen Zusammenbruch der westli-

chen Zivilisation. In Autokratien ebenso wie in Demokratien gibt es einen Rückzug vom universellen Humanismus. Das ist katastrophal. Jedes Land kämpft seinen eigenen Kampf zwischen Liberalismus und Demokratie. Jedes Land ist gespalten zwischen liberal und illiberal eingestellten Menschen. Und die Spaltung ist oft merkwürdigerweise etwa 50:50. Es geht hier nicht um Faschismus oder Demokratie. Es geht um etwas viel Tieferes. Es geht um diejenigen, die sich in sich selbst zurückziehen, und um Menschen, die sich der Welt öffnen.

Es gibt ein Gedicht, es heißt »The Second Coming«, das zweite Kommen, und es wurde 1919 gleich nach der Katastrophe des Ersten Weltkriegs von einem irischen Dichter namens William Butler Yeats geschrieben:

*Alles zerfällt, die Mitte hält nicht mehr;
Und losgelassen nackte Anarchie,
Und losgelassen blutgetriebene Flut, und überall
ertränkt das strenge Spiel der Unschuld;
Die Besten haben keine Meinung mehr,
die Schlimmsten*

Sind von Kraft der Leidenschaft erfüllt.
So sah der Zustand der Welt vor hundert Jahren aus, und seine Worte treffen immer noch zu, vielleicht mehr denn je, aber heute ist die menschliche/männliche Macht der Selbsterstörung viel größer und bedroht nicht nur die gesamte Menschheit, sondern den ganzen Erdball.

Als Xi Jinping vom 7. bis zum 10. Mai Wladimir Putin in Moskau besuchte, war die Botschaft in Richtung Washington klar: Das Vorhaben der Trump-Administration, auf Russland zuzugehen, um Moskau von der Partnerschaft mit Peking wegzulocken – damit die USA sich künftig ganz auf die Eindämmung Chinas konzentrieren können –, ist zum Scheitern verurteilt. Vielmehr ist eingetreten, wovor westliche Denkfabriken im Vorfeld des russischen Angriffs auf die Ukraine eindringlich warnten: Russland ist enger an China herangerückt und befindet sich nun in einer kaum revidierbaren Abhängigkeit von Peking.

Jene Trump-Strategie, die als *Reverse Kissinger* bezeichnet wird – in Anlehnung an die von Henry Kissinger initiierte US-Strategie Anfang der siebziger Jahre, die amerikanisch-chinesische Annäherung zu forcieren, um die Sowjetunion zu isolieren –, ist unter den derzeitigen Bedingungen nicht durchsetzbar. Russland mag zwar Bedenken wegen der wachsenden Macht Chinas haben, doch beide eint das übergeordnete Ziel, die US-amerikanische Dominanz zurückzudrängen. Um in der Konfrontation mit dem Westen bestehen zu können, ist Russland auf die

Wissen von den Angriffsplänen Putins auf die Ukraine, weshalb Xi keine Evakuierung chinesischer Staatsbürger/innen aus der Ukraine vor dem russischen Angriff auf Kiew veranlasste. Außerdem hat Xi kein Interesse an einer Eskalation des Krieges oder an einem langwierigen Abnutzungskrieg, der Russland schwächt und die Spannungen mit dem Westen verschärft – das unterstreichen Chinas Vermittlungsversuche sowie die eingeschränkte Unterstützung für Moskau, die die russische Kriegsmaschinerie zwar am Laufen hält, aber ihr zugleich Grenzen setzt.

Pekings Unterstützung für Moskau ist sorgfältig austariert, um nicht eine unkontrollierte Entkopplung von den westlichen Märkten zu riskieren – wohl wissend, dass die EU und die USA unter einer Trennung vom chinesischen Absatzmarkt und Produktionsstandort mindestens genauso leiden würden. Xi betrachtet Russlands Sicherheitsbedenken mit Blick auf die Nato-Erweiterung als legitim, hat den Angriffskrieg nicht verurteilt und sich den westlichen Sanktionen nicht angeschlossen; zugleich behauptet er, die Sanktionen nicht zu unterwandern, erkennt weder die russische Annexion der Krim noch der vier Oblaste im Donbass an und hält bei jeder Gelegenheit das völkerrechtliche Prinzip der territorialen Integri-

auf Moskau und Peking deutlich mehr Ressourcen bindet, als eine alleinige Konzentration auf China.

Daher erteilte Xi der Trump-Strategie, China und Russland zu entzweien, kurz vor seinem viertägigen Staatsbesuch in Moskau eine Absage: »Gemeinsam müssen wir alle Pläne vereiteln, die darauf abzielen, unsere Bande der Freundschaft und des Vertrauens zu stören oder zu untergraben.« Der amerikanischen Politik des »Unilateralismus, Hegemonismus, der Tyrannei und der Zwangspraktiken« müsse entgegengetreten werden. In seiner Rede in Moskau lobte Xi die Vertiefung der chinesisch-russischen Beziehungen, die »zuversichtlicher, stabiler und widerstandsfähiger« geworden seien. Diese Beziehungen seien »unvermeidlich«, um die »eigene Entwicklung und Wiederbelebung zu fördern«. Mit Putin zusammen will Xi die »Reform der Weltordnungspolitik in die richtige Richtung lenken« und eine »geordnete multipolare Welt« errichten. Putin erwiderte in seiner Rede, dass die Nähe zwischen Russland und China den »höchsten Stand in der Geschichte erreicht« habe. Er unterstütze »den Prozess hin zu einer multipolaren Welt« und wolle sich gemeinsam mit China »dem Unilateralismus widersetzen« – ein Codewort für die empfundene Ignoranz der USA. Er werde sein »Bestes tun«, um die Zusammenarbeit mit China »sowohl im Rahmen der bilateralen als auch auf der internationalen Agenda zu vertiefen«. Abschließend unterzeichneten beide Staatsebene eine Erklärung über die Weiterentwicklung ihrer Partnerschaft und der »Koordinierung für eine neue Ära«. Zudem legten sie über zwanzig bilaterale Kooperationsdokumente vor, in denen eine engere Zusammenarbeit in Bereichen wie Sicherheit, Handel, Landwirtschaft, Investitionen, Energie, Technologie, Wissenschaft, Kultur und Tourismus vereinbart wurde.

Kurzum: Gemeinsam verfolgen sie die »internationale Agenda«, eine »multipolare Ordnung« zu bauen, womit sie ein System ohne westliche Hegemonie meinen, das sie als diskriminierend und demütigend empfinden. Dieses strategische Langzeitziel legten sie bereits 1997 in einer gemeinsamen Erklärung fest, in der sie die »Multipolarisierung der Welt und die Errichtung einer neuen internationalen Ordnung« als partnerschaftliches Ziel formulierten – ohne jedoch zu konkretisieren, wie eine neue Ordnung aussehen sollte. Während Russland sich eine Weltordnung vorstellt, in der Großmächte über exklusive Einflusszonen verfügen und sich in weltpolitischen Fragen abstimmen, hat China Größeres im Sinn: Laut Xi besteht das strategische Ziel Chinas darin, die »dominante Position« zu erlangen. In dem Bericht des 20. Parteitag der KPCh im Jahr 2022 steht, dass China bis 2049 zu dem Land werden soll, das »die Welt hinsichtlich

Prorussische Neutralität

Seit dem Ukraine-Krieg sind Russland und China enger zusammengerückt, um die westliche Dominanz zu überwinden. Von Lukas Theinert

Kooperation mit China in den Bereichen Militärtechnologie, Wirtschaft und Energie angewiesen. Dabei steht Putin vor dem Dilemma, entweder weiter in die Abhängigkeit Chinas zu geraten und sich den chinesischen Interessen unterzuordnen oder den Ukraine-Krieg in der außenpolitischen Prioritätensetzung herabzustufen. China macht sich Russlands missliche Lage zunutze. Doch laut der Sinologin Gudrun Wacker hatte der chinesische Präsident ein allenfalls begrenztes

tät und Nichteinmischung hoch. Mit dieser widersprüchlichen Politik der »prorussischen Neutralität« versucht China, Russland den Rücken zu stärken und sich als Verfechter einer harmonischen Weltordnung zu präsentieren. Dahinter steht die Absicht, den eigenen Einfluss auf Russland und auf die Länder auszuweiten, in denen Russland traditionell eine Vorherrschaft beansprucht. Zudem kommt es Xi gelegen, dass die US-Politik der »doppelten Eindämmung« in Bezug

der nationalen Gesamtstärke und des internationalen Einflusses anführt – es geht also um die Ablösung der westlichen Hegemonie, was wiederum die USA mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu verhindern suchen.

Russland und China wollen die US-amerikanisch dominierte Weltordnung überwinden. Aber anders als oft dargestellt, etwa in dem neuen Buch des NZZ-Kolumnisten Ulrich Speck *Der Wille zur Weltmacht*, handelt es sich dabei nicht um eine Allianz zweier Autokraten, die sich gegen die »freiheitliche Ordnung« des Westens eingeschlossen haben. Zwar haben sie in ihrem gemeinsamen Manifest kurz vor dem russischen Großangriff auf Kiew vereinbart, eine »gerechtere Welt aufzubauen«, und bescheinigten sich in dem Vorhaben eine »grenzenlose Freundschaft«. Doch diese in den westlichen Medien viel zitierte diplomatische Floskel täuscht darüber hinweg, dass diese »Freundschaft« aus Umständen entstanden ist, »die einem einfach keine andere Wahl ließen«, wie die russische Oppositionszeitung »Nowaja gaseta« schreibt.

China ist das einzige Industrieland, das mit wirtschaftlicher und technologischer Unterstützung dafür sorgen konnte, Putins Kriegsmaschinerie über drei Jahre aufrechtzuerhalten. Insbesondere erhöhte Peking die Lieferung an sogenannten Dual-Use-Gütern, womit vor allem Halbleiter, Mikroelektronik und Nitrozellulose gemeint sind, die zwar auch für zivile Zwecke verwendet werden können, aber ebenso für die Produktion von Munition, Raketen, Drohnen, Panzern, Flugzeugen und Raketentreibstoff entscheidend sind. Von einer direkten militärischen Unterstützung in Form von Waffenlieferungen und der Entsendung von Soldaten sieht Peking ab. Russland und China verbindet keine formale Militärallianz, aber in den vergangenen Jahren haben sie ihre gemeinsamen Militärübungen intensiviert und den Austausch von militärischem Wissen und Informationen ausgeweitet, wodurch sie die Interoperabilität ihrer Armeen steigerten. Außerdem vertieften sie ihre wirtschaftliche Zusammenarbeit: 2022 wuchs der bilaterale Handel um dreißig Prozent auf 190 Milliarden US-Dollar, 2023 um weitere 26 Prozent auf 240 Milliarden, während er 2024 auf einem Niveau von 244,8 Milliarden stagnierte. Der Anstieg des Handelsvolumens liegt einerseits an den erhöhten Ausfuhren Russlands von fossilen Brennstoffen wie Öl, Gas und Kohle nach China. Andererseits lieferte China vor allem mehr Autos, Industriearüstung und Elektronik nach Russland. Diese wirtschaftliche Zusammenarbeit sei für Russland »überlebenswichtig« gewesen, meint der Politikwissenschaftler Janus Kluge, der zur russischen Wirtschaft forscht.

Doch die chinesisch-russische »Freundschaft« hat Grenzen: China zahlt nur die

Hälfte des Preises, den die EU-Staaten für einen Kubikmeter Gas zahlten – das liegt weit unterhalb der Weltmarktpreise –, ein Grund, weshalb Gazprom 2023 zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Verlust meldete. Um mehr Gas nach China liefern zu können, plante Gazprom, eine zweite Pipeline (Power of Siberia 2) zu bauen. China wollte sich jedoch nicht an den Kosten beteiligen, weshalb das Projekt fallen gelassen wurde. Das zeigt: Während Moskau den Exportpreis für Gas und Öl normalerweise als Anreiz- und Sanktionsmittel gegenüber mehr oder weniger russlandfreundlichen Nachbarstaaten anpasste, muss Putin nun bei Xi antichambrieren. Allein die wirtschaftliche Asymmetrie ist bemerkenswert: Während 1980 das sowjetische Bruttosozialprodukt fünfmal so groß war wie das chinesische, ist heute das chinesische zehnmal so groß wie das russische. Im Gegensatz zu Russland hat sich China zu einer Hightech-Nation entwickelt, die mit den USA in Zukunftstechnologien wie Künstlicher Intelligenz, Batterien, Solar-energie oder Elektrofahrzeugen konkurriert oder den Wettbewerb anführt. Das ungleiche Kräfteverhältnis und die Notwendigkeit für Russland, mit China zu kooperieren, um das westliche Sanktionsregime zu umgehen, verleihen China einen erheblichen Einfluss auf Russland. Auf Grund der harten Finanzsank-

tionen gegen Russland drängte Putin auf dem Brics-Gipfel 2024 darauf, eine neue Währung zu etablieren, während Xi die Internationalisierung des Renminbi als wichtiges politisches Ziel bezeichnete und seinen Außenhandel zunehmend mit der chinesischen Währung abwickelt. Auch in Zentralasien, das der Kreml als seinen »Hinterhof« betrachtet, unterminiert Peking die Dominanz Moskaus. Im Mai 2023 fand zum ersten Mal der China-Zentralasien-Gipfel statt – mit Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turk-



Zu Besuch beim Juniorpartner: Xi Jinping und Wladimir Putin bei den Feierlichkeiten zum 80. Jahrestag des Sieges der Sowjetunion über Deutschland, Moskau, 9. Mai 2025

menistan und Usbekistan, aber ohne Russland. Auf dem Gipfel sagte Xi finanzielle Unterstützung für Infrastrukturprojekte zu und warb für den schnelleren Bau der geplanten Pipeline »Linie D«, die Gas auf dem kürzesten Weg nach China transportieren soll – als Alternative zum abgesagten russischen Bauprojekt Power of Siberia 2. Zudem versprach Xi den Staaten der Region Unterstützung bei der Sicherung ihrer Souveränität, Sicherheit und territoriale Integrität – eine Rolle, die traditionell Russland übernahm. »Russland ist dabei, sich China gegenüber in eine Vasallenrolle zu begeben«, urteilt Alexander Gabujew, Direktor des Berliner Thinktanks Carnegie Russia Eurasia Center. »Wenn es so weitergeht, wird China in ein paar Jahren die Bedingungen der wirtschaftlichen, technologischen und regionalen Zusammenarbeit mit Moskau diktieren. Der Kreml ist nicht blind für diese Aussicht, aber er hat keine andere Wahl, solange Putin chinesische Unterstützung für seinen Krieg in der Ukraine braucht, der zu einer Obsession geworden ist.« Die USA sind auch nicht blind für diese Entwicklung. Angesichts der amerikanischen Obsession, China am Aufstieg zu hindern, und auf Grund des Scheiterns der US-Strategie, Russland von China zu lösen, setzt Trump den von Obama initiierten »Schwenk nach Asien« nun mit der Brech-

stange durch. Die USA drängen die Europäer, die militärische Eindämmung Russlands zu übernehmen, während das US-Verteidigungsministerium Ende April verkündete, die US-Armee nicht mehr vorrangig für Einsätze in Europa und im Nahen Osten auszubilden und auszurüsten, sondern sich auf die »Abschreckung chinesischer Aggressionen« zu konzentrieren.

Lukas Theinert promoviert über russische und türkische Außenpolitik

Verbrannte Erde

Russlands Krieg gegen die Ukraine hat verheerende Auswirkungen auf die Böden und die Landwirtschaft des Landes. Von Anja Laabs

Kann ein besetztes Land nicht gehalten werden, wird es eben zerstört«, so die ukrainische Wissenschaftlerin Anastasiia Splodytel mit Blick auf die Ambitionen Russlands in ihrem Land.

Die Branchen Landwirtschaft, Bergbau und Energie sind historisch wie heute Mänerdomänen. Die Ukraine ist das flächenmäßig größte Land Europas. Die zentralen und südlichen Regionen sind die »Herzstücke« seiner Landwirtschaft. Wichtig für den Bergbau und strategische Rohstoffe sind vor allem der Donbass mit Donezk und Luhansk, sowie Dnipropetrowsk, Kirowohrad, Saporischschja, Mykolajiw und Odessa. Das Land hat außerdem ein dichtes Netz aus Straßen, Eisenbahnen, Öl- und Gaspipelines sowie viele Schwarzmeerhäfen. Viele Industrien gingen in den neunziger Jahren zurück. Im 21. Jahrhundert sind es immer noch die großen Energie-, Mineral- und Agrarressourcen, die als Schlüsselfaktoren geopolitischer Macht zu Begehrlichkeiten und Kriegen führen.

Russland hält seit dem Angriff auf die Ukraine 2022 südliche und östliche Regionen gezielt besetzt, weil diese Gebiete sowohl über besonders fruchtbare Agrarflächen als auch über bedeutende Vorkommen strategisch wichtiger Rohstoffe verfügen. Eine Analyse des kanadischen Thinktanks SecDev gelangte schon im ersten Kriegsjahr zu dem Ergebnis, dass es Russland in diesem Krieg auch um den Zugriff auf geostrategisch relevante Ressourcen ging. Dazu zählen Rohstoffe wie Lithium, Titan, Magnesium, Uran, Mangan und Zirkonium, die für die globale Energiewende und eine dekarbonisierte Wirtschaft essentiell sind. Der geschätzte Wert der in den besetzten Gebieten lagernden Rohstoffe liegt bei etwa zwölf Billionen US-Dollar.

Doch nicht nur im Untergrund ist die Ukraine reich. Ihre Böden zählen zu den wertvollsten der Welt. Die ukrainische Schwarzerde, der sogenannte Tschernosem, ist humus- und sehr nährstoffreich. Sie bedeckt mehr als die Hälfte des Landes. Rund ein Viertel der weltweiten Tschernosem-Vorkommen befinden sich in der Ukraine. Ihre Entstehung, die bis in die letzte Eiszeit vor etwa 10.000 Jahren zurückreicht,

verdankt sie einer besonderen Kombination aus kalkhaltigem Lössgestein, günstigen klimatischen Bedingungen und einer ausgeglichenen Wasserbilanz. Mancherorts war die fruchtbare Schicht bis zu drei Meter dick. Tschernoseme sind nicht nur ertragreich, sondern auch widerstandsfähig gegen Erosion und klimatische Extreme. Während in vielen Teilen Europas die Böden durch Übernutzung, Monokulturen und Dürre stark geschädigt sind, gilt die ukrainische Schwarzerde als vergleichsweise robust, was in Zeiten des Klimawandels von unschätzbarem Wert ist.

Auf Grund dieser Voraussetzungen war die Landwirtschaft einer der bedeutendsten Wirtschaftszweige. Die Ukraine gehörte noch vor einigen Jahren zu den wichtigsten Getreideexporteuren weltweit und überholte beim Export von Weizen und Ölsaaten sogar Russland. Rund 45 Prozent der Exporte entfielen auf landwirtschaftliche Produkte. Die wichtigsten Handelspartner waren die Europäische Union, gefolgt vom Nahen Osten und afrikanischen Ländern.

Diese Exportstärke folgte auf eine tiefgreifende Bodenreform. Dabei wurden staatlich geführte Agrarbetriebe in Privat- oder Kollektiveigentum umgewandelt. In der Folge lagen zunächst viele Flächen brach, und zahlreiche Betriebe scheiterten an den neuen Marktbedingungen. Diese Übergangsphase öffnete Investoren aus der Agrar- und Lebensmittelindustrie Tür und Tor. Sie pachteten große Flächen zu günstigen Konditionen. Ein gesetzliches Moratorium aus den 2000er Jahren bewirkte, dass sich ein breit angelegtes Pachtsystem etablierte, das es großen Agrarunternehmen erlaubte, riesige Anbauflächen zentral zu bewirtschaften.

Viele der Agrarholdings in der Ukraine gehören internationalen Unternehmen, darunter auch vielen deutschen Investoren. Diese sind oft in komplexen Konzernstrukturen organisiert, mit Muttergesellschaften und zahlreichen Tochterfirmen. Heute zählen etwa 40 Prozent der landwirtschaftlichen Betriebe in der Ukraine zu solchen Holdings. Die zehn größten Unternehmen kontrollieren allein rund acht Prozent der gesamten Staatsfläche. Diese Entwicklung wurde nicht nur vom ukrainischen Staat unterstützt,

sondern auch von europäischen Partnern gefördert.

Programme wie das Deutsch-Ukrainische Agrar-entwicklungsprojekt (DUAP) und der Agrarpolitische Dialog (APD), beide finanziert vom deutschen Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, zielten auf den Aufbau marktwirtschaftlicher Strukturen. Mit dem Assoziierungs- und Freihandelsabkommen zwischen der EU und der Ukraine im Jahr 2014 wurde diese wirtschaftliche Ausrichtung weiter vertieft. Offiziell sollte das Abkommen Reformen unterstützen und die Ukraine wirtschaftlich stabilisieren. In der Realität diente es vor allem der strategischen Öffnung ukrainischer Märkte und Ressourcen für westliche Kapitalinteressen.

Diese geopolitische Neupositionierung – sichtbar in der Annäherung an die EU und die Nato – war kein neutraler Vorgang. Er verstärkte bestehende Abhängigkeiten und verschärfte die Spannungen mit Russland, das insbesondere den in den rohstoffreichen Regionen im Osten des Landes wachsenden westlichen Einfluss als direkte Bedrohung seiner Interessen wahrnahm.

Die Kulturwissenschaftlerin Christiana Plank beschreibt die Ukraine aus westlicher Sicht als »schwierigen Partner«. Die politische Elite war eng mit wirtschaftlicher Macht verflochten, der Staat in vielen Bereichen wenig autonom, das Rechtssystem instabil. Trotz wachsender ökonomischer Verflechtung mit der EU blieb die Ukraine nie mehr als eine potentielle Beitrittspartnerin. Das Assoziierungsabkommen erleichterte der EU den ökonomischen Zugriff auf landwirtschaftliche Flächen, Betriebe und Rohstoffe. Mit Blick auf die Reaktion Russlands auf den wachsenden westlichen Einfluss in den rohstoffreichen Regionen der Ostukraine, habe die EU, so Plank, »die Konsequenzen ihres Handelns unterschätzt«.

Parallel zur Öffnung der Agrarmärkte wurde auch die Rohstoffpolitik der Ukraine schrittweise liberalisiert. Nun intensivierte die Europäische Union ihre Bemühungen, ihre Ressourcenabhängigkeit – insbesondere von China – zu reduzieren. Im Rahmen einer strategischen Partnerschaft mit der Ukraine wollte die EU den Zugang zu kriti-

schen Rohstoffen sichern. Die Ukraine geriet so zunehmend ins Spannungsfeld globaler Interessen. Seit den 2000er Jahren verstärkte der Staat Lagerstätten zum Teil weit unter Marktwert, später auch über elektronische Plattformen. Noch bevor viele dieser Verträge rechtskräftig abgeschlossen werden konnten, begann Russland 2022 den Angriffskrieg.

Das hatte zwei unmittelbare Folgen: Einerseits konnte sich Russland durch die Besetzung strategisch wichtiger Gebiete den Zugriff auf zahlreiche Rohstoffquellen si-

weltweiten Titanreserven zählt die Ukraine zu den wichtigsten Rohstofflieferanten in diesem Bereich.

So wie dieser Krieg der Logik kolonialer Bestrebungen ressourcenbasierter Machtsicherung folgt, wird es vermutlich ein zukünftiger Frieden tun. Das gescheiterte Abkommen zwischen Trump und Selenskyj sollte ein geostrategischer Deal werden, wie ihn Muggah und Rohozinski beschrieben haben. Ziel war es, über die Bodenschätze in einem politisch geschwächten und durch Krieg verwüsteten Land zu verfügen. Trump wollte

Viertel des Landes waren vor dem Krieg landwirtschaftlich genutzt. Hauptsächlich wurden Getreide, Mais und Sonnenblumenöl exportiert. Noch 2021 produzierte und exportierte die Ukraine etwa zwölf Prozent des weltweiten Weizens. Studien zeigen, dass fast 60 Prozent der Ackerflächen entlang der Frontlinie aufgegeben wurden. Viele große Anbaugelände befinden sich heute entweder unter russischer Kontrolle oder in schwer umkämpften Regionen wie dem Donbass, Saporischschja, Cherson und Odessa. Neben Agrarflächen wurden auch 181.000 landwirtschaftliche Maschinen, etwa ein Fünftel der Lagerkapazitäten des Landes, die Aquakulturen und der Bienenbestand weitestgehend zerstört. Kriegsbedingt starben landwirtschaftliche Nutztiere oder wurden notgeschlachtet, darunter 238.000 Rinder, 544.000 Schweine, 131.000 Schafe und Ziegen sowie 13 Millionen Hühner, Puten, Gänse und Enten. Bis Oktober 2023 waren 1,5 Millionen Hektar Ackerland, das entspricht fast der sechsfachen Fläche des Saarlands, zerstört. Aufgrund dieser massiven Schäden, haben laut einer UN-Umfrage je nach Region 25 bis 40 Prozent der befragten Haushalte ihre landwirtschaftliche Produktion reduziert oder eingestellt. In den von Russland besetzten Gebieten wird kaum noch Landwirtschaft betrieben.

Neben der physischen Zerstörung der Böden bedrohen chemische Kontaminationen und Minen die Nutzung noch intakter Flächen. Heute gehört die Ukraine zu den am stärksten verminten Ländern der Erde. Anastasia Spodytel geht davon aus, dass 30 Prozent des Landes mit Minen und explosiven Rückständen verseucht sind. Die Minenräumung wird Jahrzehnte dauern.

Ein besonders dramatisches Beispiel für die Destruktion der ukrainischen Agrarwirtschaft ist die Sprengung des Kachowka-Staudamms. Er fasste etwa ein Drittel der Menge des Bodensees. Die durch die Sprengung ausgelöste Flut zerstörte nicht nur Siedlungen und landwirtschaftliche Flächen, sondern setzte riesige Mengen giftiger Sedimente frei, darunter Schwermetalle wie Blei, Cadmium und Nickel, die sich seit Jahrzehnten im Stausee angesammelt hatten. Diese Schadstoffe gelangen ins Grundwasser, in Flüsse und schließlich ins Schwarze Meer, was langfristige Folgen für die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung haben wird.

Diese Form der Kriegführung, die die Umwelt zerstört und kontaminiert, ist zugleich ein Angriff auf die Lebensgrundlagen und die Zukunft ganzer Gemeinschaften. Durch sie werden nicht nur Infrastruktur und Ökosysteme vernichtet, sondern auch gesellschaftliche Strukturen tiefgreifend verändert.

Anja Laabs schrieb in konkret 5/25 über eine neue Variante des Vogelgrippevirus in



No-go-Area: Entminungsmaschine beim Einsatz in Mykolaiv, Ukraine, April 2025

chern. Andererseits verhinderte die Kriegslage eventuelle Investorenklagen, weil Förderrechte in der Praxis nicht mehr durchsetzbar waren.

In ihrer Analyse zur geopolitischen Dimension des Kriegs betonten Robert Muggah und Rafal Rohozinski vom Center for International Relations and Sustainable Development, dass es im russischen Angriffskrieg nicht nur um Territorien, sondern um den systematischen Zugriff auf geostrategisch bedeutende Ressourcen gehe. Küsten- und Grenzregionen stünden dabei besonders im Fokus. Denn sie sind reich an Kohlenwasserstoffen und kritischen Mineralien wie Lithium, Uran, Graphit und Titan. Diese Rohstoffe sind nicht nur für die Souveränität der Ukraine entscheidend, sondern auch für die Energieunabhängigkeit Europas und den technologischen Wettbewerb zwischen den USA und China. Der geschätzte Gesamtwert der wichtigsten Mineralien liegt bei etwa 7,5 Billionen US-Dollar.

Beispielsweise gilt Lithium für die Energiewende als unverzichtbar, weil es für Batterien in Elektroautos und für Energiespeichersysteme gebraucht wird. Titan wird unter anderem in der Luftfahrtindustrie, Medizintechnik und Verteidigungstechnologie eingesetzt. Mit etwa 20 Prozent der

sich Zugang zu wichtigen Mineralien und seltenen Erden sichern, die für technologische und militärische Anwendungen von großer Bedeutung sind. Bereits im Februar 2023 lud Putin die USA und europäische Staaten ein, gemeinsam die Vorkommen seltener Erden in den von Russland beanspruchten »neuen historischen Gebieten« zu erschließen. Mit der Besetzung der Krim im Jahr 2014 hatte Russland nicht nur die Kontrolle über einen Großteil der ukrainischen Schwarzmeerküste erlangt, sondern auch über etwa 80 Prozent der Offshore-Kohlenwasserstoffvorkommen, darunter große Erdgasfelder. Hinzu kommen Kohlereserven, die zu den größten weltweit zählen und bisher kaum erschlossen sind.

Seit mehr als drei Jahren tobt in der Ukraine ein Krieg, Panzer durchpflügen fruchtbare Böden, Wälder brennen nieder, Städte werden dem Erdboden gleichgemacht, Landstriche vermint und Staudämme gesprengt. Das Schlachtfeld im Grenzgebiet zwischen Russland und der EU ist gleichzeitig ein Versuchslabor moderner Kriegführung, dessen Preis Menschen und Umwelt zahlen. Etwa 25 bis 30 Prozent der Böden leiden unter den Kriegseinwirkungen. Die Landwirtschaft, einst das Rückgrat der Wirtschaft, muss sich neu aufstellen. Fast drei

Am 22. Juni 2025 verübte ein Selbstmordattentäter während eines orthodoxen Gottesdienstes in der Mar-Elias-Kirche im Damaszener Stadtteil Dweilaa einen Anschlag mit Schusswaffen und einem Sprengstoffgürtel, bei dem mindestens 25 Menschen getötet und 63 weitere verletzt wurden. Der Attentäter eröffnete das Feuer auf die rund 350 Gläubigen und zündete einen Sprengsatz am Eingang, als manche versuchten, ihn hinauszudrängen.

Die Verantwortung wurde zunächst der Terrorgruppe Islamischer Staat (IS) zugeschrieben, später bekannte sich eine Splittergruppe namens Saraya Ansar al-Sunnah zu der Tat. Der Angriff war der erste große Anschlag in Damaskus seit dem Sturz des Assad-Regimes und richtete sich gezielt gegen

ren, um möglichst kostengünstig eine Art negativen Frieden aufrecht zu erhalten. Vor allem die EU verspricht sich davon zugleich weniger Flüchtlinge sowie realistische Abschiebechancen. Zu Recht: Wer nach Afghanistan und in den Iran abschiebt, muss sich um Abschiebungen in ein scheinbar befriedetes Syrien kaum sorgen.

Die nach wie vor oft wiederholte Floskel, Al Scharaa müsse sich erst mal beweisen, ist Augenwischerei. Er hat sich längst bewiesen. Seit der Machtübernahme der Islamisten rund um die ehemalige Hayat Tahrir al Sham (HTS) und ihrer mal offen, mal verdeckt kooperierenden Verbündeten aus der von der Türkei kontrollierten Syrischen Nationalen Armee (SNA) Ende 2024 häufen sich Berichte über Vertreibungen, Enteignungen und gezielte Tötungen. Allerdings

lamisten keine Gründe brauchen, um Alawiten und anderen Minderheiten den Tod zu wünschen und diesem Wunsch Taten folgen zu lassen, ist kein Thema gewesen. Die Massaker, die offensichtlich Teil einer ethnisch-religiösen Vernichtungskampagne waren, geschahen vor aller Augen, dennoch wurde ihrer Deklaration als Aufstandsbekämpfung kaum widersprochen.

Auch als in christlichen Städten wie Maaloula Angriffe geschahen, und dass sich Christen seit Monaten verbarrikadieren oder versuchen, Wege zur Flucht zu finden, hat keine größeren Reaktionen ausgelöst. Ähnlich war es im Mai, als Al Scharaas Milizen in den Süden vordrangen, wo die religiöse Minderheit der Drusen lebt. Mit IS-Patches fuhren sie in die Stadt ein und gingen brutal gegen die Bevölkerung in Suwayda vor, die sich nicht von der Regierung Al Scharaas vertreten sieht.

Dagegen wiederholen Diplomaten und außenpolitische Gestalten wie die Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Kaja Kallas, dass Al Scharaas Regierung sich an der Behandlung von Minderheiten messen lassen müsse. Man müsse die neue Regierung nach ihren Taten beurteilen, es bleibe abzuwarten, wie sie zusammengestellt wird. Zur Befriedigung dieser Erwartung berief Al Scharaa bekanntlich einige Repräsentanten der Minderheiten in sein Kabinett. Doch lassen sich Kurden, Alawiten, Drusen, Christen und viele weitere dadurch nicht beirren. Sie wissen, dass Islamisten fundamental an eine Ideologie glauben, die Menschen in wertvolle und wertlose teilt.

Die Frage, was die EU und der Westen für eine Glaubwürdigkeit haben sollen in der Verteidigung von Minderheiten im Ausland, stellt sich aber längst nicht mehr. Nicht nur schweigen sie sich dazu aus – sie sind Komplizen der Gewalt.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Im Januar 2018 empfing Sigmar Gabriel, damals Bundesminister des Auswärtigen, in Niedersachsen den türkischen Amtskollegen Mevlüt Çavuşoğlu. Beobachter gehen davon aus, dass die Afrin-Operation bei diesem Treffen grünes Licht erhielt. Kurz darauf wurden Rüstungsexporte in großem Stil genehmigt, darunter Leopard-Panzer, die in Afrin zum Einsatz kamen. 2024 galt in Sachen deutscher Waffenexporte in die Türkei als Rekordjahr.

In diesem Licht ist es kaum überraschend, dass die gewaltsame Machtübernahme durch islamistische Milizen und die darauf folgende Repressionswelle international nur ein müdes Schulterzucken auslösten. Statt dessen versuchten westliche Akteure, den Sturz Assads und die Machtergreifung durch Al Scharaa nahe Gruppen als weitgehend friedlichen Übergang zu verkaufen – eine Erzählung, die weder den Tatsachen noch den Opfern gerecht wird. In kürzester Zeit wurden Al Scharaa und viele weitere

Im Osten nichts Neues

Der Westen ignoriert, wie das neue islamistische Regime Syriens Minderheiten und Oppositionelle mit Gewalt überzieht. Von Dastan Jasim

Christen. Internationale und lokale Medien verurteilten die Tat scharf. Derweil führte die syrische Regierung Razzien und Verhaftungen durch.

Die Ereignisse fügen sich nahtlos ein in die international gewollte Normalisierung von Ahmad Al Scharaas ehemals »Salvation Government« getaufter Islamistenregierung. Er könne nun beweisen, dass er es ernst meine mit dem Kampf gegen jihadistischen Terror in Syrien und es ihm wirklich um Good Governance gehe. Der Blick etablierter Policy-Analysten auf Al Scharaa und seine Regierung sagt alles darüber aus, welche Gedankenspiele der Westen bereit ist zu vollziehen, um seinen Totalrückzug aus der Verantwortung im Mittleren Osten als rationale Außenpolitik und Gewährleistung von Souveränität lokaler Akteure zu verkaufen.

Es erhärtet sich die für Minderheiten düstere Erkenntnis, dass der Westen bereit ist, die neue islamistische Ordnung in Syrien zu akzeptieren und sogar zu subventionie-

ren, um möglichst kostengünstig eine Art negativen Frieden aufrecht zu erhalten.

Im Dezember 2024 wurden über hunderttausend kurdische Binnenvertriebene aus dem Shehba-Kanton südlich von Afrin erneut zur Flucht gezwungen. Dutzende wurden ermordet. Viele von ihnen gehörten der ohnehin nahezu ausgelöschten ezi-dischen Gemeinschaft an – eine religiöse Minderheit, die einst in Afrin ansässig gewesen war, bevor die Türkei 2018 ihre Besatzung begann und die Region ethnisch säuberte. Ähnliche Vorgänge fanden 2019 in Girespi und Serekaniye statt. Bis heute gehören dort Entführungen, sexualisierte Gewalt, Femizide und politische Morde zum Alltag.

Als im Frühjahr 2025 knapp 1.500 alawitische Personen massakriert wurden, gab die Regierung das als Konsequenz einer iranischen Provokation aus: Der Iran habe versucht, Assad-treue Alawiten zum Aufstand zu motivieren. Dass, unabhängig davon, Is-

HTS-Mitglieder von EU- und US-Terrorlisten gestrichen, Sanktionen wurden aufgehoben, und auch die Auflösung der HTS wird behandelt, als ob sie das Ende einer jahrzehntelangen jihadistisch-terroristischen Geschichte bedeute.

Dieses Niveau an Entkriminalisierung können die Kurden sich nur erträumen. Bis heute sind nicht nur die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) und ihre Schwesterorganisationen auf allerlei internationalen Terrorlisten, schwer geahndet werden auch die Symbole der und die Zugehörigkeit zu den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (YPG), mit deren Hilfe 2017 der Westen den IS überhaupt besiegen konnte. Vorerst.

Im Zusammenhang mit dem absurden Vertrauensvorschuss, den der ehemalige Al-Qaida-Mann Al Scharaa erhalten hat, wurde in den letzten Monaten auch kaum ein Wikipedia-Artikel so aufgemotzt und bereinigt wie der seinige. Zahlreiche Bezüge zu seinen Taten wurden gelöscht, vor allem zu denen während des jihadistischen Bürgerkriegs im Irak in den nuller Jahren, der ungleich mehr Leben kostete als die amerikanische Invasion.

Das sind keine neuen Entwicklungen. Seit 2021 sind von den USA und der EU im großen Stil Policy-Papiere und Analysen forciert worden, die die HTS und ihre damalige Enklave in der Region Idlib schönreden, sie zu zwar islamistischen, aber rationalen Bürokraten erklären. Ferner sollten sie vor allem belegen, dass der einzige humanitäre Korridor nach Syrien vom türkischen Grenzübergang Bab el Hawa nach Idlib führt – und nicht etwa nach Nordostsyrien zu den Kurden, wo – bei aller Kritik – ein vergleichsweise progressives System herrscht, in dem jedenfalls das Abschlagen von Händen und Steinigungen nicht zum juristischen Alltag zählen.

In Bezug auf die Kurden und ihre Gebiete der Autonomen Administration Nord- und Ostsyrien (AANES) kommt zur Verharmlosung des sie bedrohenden Islamismus die Verbreitung von Falschinformationen dazu. Charles Lister etwa, Leiter der Syria-Initiative des einflussreichen Middle East Institute (MEI), behauptete, dass der Attentäter der Mar-Elias-Kirche ein ehemals in der AANES Inhaftierter sei. Außerdem teilte der MEI-Senior-Fellow, der auf X mehr als 200.000 Follower zählt, gefälschte Unterlagen der US-Organisation Blumont, wonach der Attentäter dort humanitäre Hilfe erhalten haben soll. Das dementierte die Organisation entschieden. Lister löschte seinen Tweet, die Hetze jedoch bleibt. Es gehört grundsätzlich zum arabischen Populismus, der ideologisch alle reaktionären Camps vereint, dass die Schuld immer den

Juden zufällt oder, wie in diesem Fall, den Kurden.

Allerlei syrisch-nationalistische Blogger, Policy-Analysten und Journalisten verbreiten seit der Machtübernahme verschwörungsideologische Inhalte über die Kurden, denn als einzige Minderheit des Landes haben sie tatsächlich ein Gebiet unter ihre Kontrolle gebracht und sind somit ein gefährlicher Präzedenzfall.

Die AANES versucht trotz alledem, Verhandlungen mit Damaskus zu führen, ist aber extrem limitiert. Dass der Westen sich, ganz dem vulgärpazifistischen Zeitgeist gemäß, aus Verhandlungen zunehmend raushält, verschärft die Situation. Ohne internationa-

AANES-Kontrolle gibt es keinen Plan. Scharaa's Regierung wird keinerlei Verantwortung übertragen, weil die USA wissen, dass sie nicht wirklich gegen den IS oder andere islamistische Terrorgruppen vorgeht. Es soll nur so aussehen. Selbst die nach dem Attentat in Mar Elias Verhafteten IS-Terroristen wurden mittlerweile freigelassen.

Die Uno forderte zwar ein internationales Tribunal gegen IS-Personen. Sie kann sich jedoch, was den Mittleren Osten angeht, offensichtlich für nichts so sehr ereifern wie für den palästinensischen Flüchtlingsstatus. Ergebnisse sind deshalb kaum zu erwarten.

Die Aussichten sind katastrophal in der Region; sie versinkt in einem islamistischen



»Ein Neuanfang in Syrien ist möglich«, sülzte auch die damalige Bundesministerin des Auswärtigen, Annalena Baerbock, auf Besuch bei Interimspräsident Ahmad Al Scharaa (rechts), Januar 2025

le Unterstützung oder diplomatische Vermittlung schwinden die Möglichkeiten der AANES, eigene Sicherheitsinteressen überhaupt anzumelden.

Auch die USA pochen blind auf die Integration der Minderheiten in die Regierung von Al Scharaa. Die offensichtlichen Verbindungen zwischen den Attentätern von Ansar al Sunna, HTS und auch IS werden in organisationale Unterschiede verkehrt, und der Umstand, dass Islamismus immer eine Doktrin und eine Praxis der Vernichtung ist, wird schlicht ignoriert.

Nicht einmal der Kampf gegen den IS wird ernst genommen. Das US-Mandat in Syrien ist eines der kleinsten in seiner Geschichte; für den Umgang mit IS-Jugendlichen in großen Camps wie al-Hol unter

Konsens, und der Westen klopft sich auf die Schulter, weil er keine Truppen mehr stationieren muss sowie die diplomatische Arbeit zurückfährt und so kostengünstiger erhält, was er will.

Der Gipfel des Zynismus ist, dass das Elend gerade für die parlamentarische Linke, die sich pausenlos über den Krieg in Gaza empört, nur ressentimentgeladenes Futter für Wahlkampagnen ist. Dass der Mittlere Osten sich in eine Zone verwandelt, in der religiöse oder sexuelle Minderheiten sowie ethnisch unliebsame Gruppen bald nicht mehr existieren können, ist ihr größtenteils egal.

Dastan Jasim schrieb in konkret 5/25 über die Proteste gegen Erdoğan in der Türkei

Nicht nur für den Dienstgebrauch

Wie die politische Führung der frühen BRD eine angemessene Beschäftigung mit dem Nationalsozialismus unterband und warum das für die Beurteilung der aktuellen deutschen Politik bedeutsam ist. Von Rolf Surmann

Von der »Stunde Null« spricht heute kaum noch jemand. Zu offensichtlich war die Gründung der Bundesrepublik nicht einfach ein Neuanfang.

Personelle, ideologische und politische Kontinuitäten ließen sich im Laufe der Jahre und Jahrzehnte immer weniger leugnen. Längst schon wird eine Debatte darüber geführt, welche politische Entwicklung die BRD tatsächlich durchlaufen hat, ob es Brüche gab und wo sie liegen könnten. Doch eine Grundaussage ist sakrosankt: In diesem Staat war von seiner Gründung bis zu den aktuellen Kriegsvorbereitungen politisch immer alles zum besten bestellt. Was dieser Aussage offensichtlich widersprach, erklärte man für »aufgearbeitet«. Fortschritt wurde zum Codewort für das geschichtspolitische Selbstverständnis.

Für die Erklärung des erfolgreichen Wegs der Nazismus-Aufarbeitung ist der Generationen-Begriff von zentraler Bedeutung. Die »68er« gelten ihm zufolge als die Generation, die begonnen hat, die allzu offensichtlich reaktionären, wenn nicht gar nazistischen Tradierungen in Frage zu stellen, wobei eine Gruppe von Zeithistorikern die vorhergehende »Flakhelfergeneration« ebenfalls in diesen Prozess der Umorientierung integrieren will. Aktuell gibt es allerdings auch Ansätze, den zeitgeschichtlichen Bruch, den die Nazi-Diktatur darstellt, zu relativieren (siehe konkret 6/25), so dass dieser Prozess auch ohne die »linkslastigen 68er« als Erfolgsgeschichte interpretiert werden kann.

Auf diesen Diskussionskontext mag man sich einlassen, vielleicht das Scheitern der »68er« beklagen und dennoch auf weitere Fortschritte nach der aktuellen Faschismusrenaissance und der scheinbar unvermeidlichen Kriegspolitik hoffen. Aber die Fort-

schrittzählung ist von Voraussetzungen geprägt, die gerade angesichts der aktuellen Krise des gesellschaftlichen Selbstverständnisses ihre Reflexion notwendig machen.

Dreierlei ist dabei von besonderer Bedeutung: Erstens erfolgt die Behandlung der »Erfolgsgeschichte Bundesrepublik« seit der Gründung dieses Teilstaats 1949 grundsätzlich extrem schmalspurig und oberflächlich. Ignoriert werden sowohl die zeitweise durchaus einflussreichen Überlegungen eines Henry Morgenthau, Deutschland für alle Zeiten strukturell kriegsunfähig zu machen, als etwa auch die Pläne der damaligen britischen Labour-Regierung, durch Maßnahmen zur Sozialisierung einen Umbau des kapitalistischen Wirtschaftssystems einzuleiten. Wie verbreitet solche Vorstellungen waren, zeigt zum Beispiel das »Ahlenener Programm« der CDU aus dem Jahr 1947, in dem als Antwort auf die Nazi-Herrschaft, ausgehend von dem Leitsatz »Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden«, ein grundsätzlicher Neuanfang im Sinne eines »Sozialismus aus christlicher Verantwortung« gefordert wurde. Ein solcher Neuanfang schrumpfte mit der Gründung der Bundesrepublik auf die Aspekte Demokratie – was man auch immer unter diesem Begriff konkret verstand – und Integration in die westliche wirtschaftliche wie militärische Gemeinschaft unter den Vorzeichen des »American Century« zusammen.

Eine solche Perspektivenverengung hat, zweitens, Konsequenzen für die Strukturierung der Geschichts- und Erinnerungspolitik. Ausschlaggebend ist in dieser Hinsicht die Konzentration auf den Opferbegriff als entscheidende erinnerungspolitische Kategorie. Damit wird nicht nur die Bedeutung der Täteranalyse für die Aufarbeitung der

Nazi-Verbrechen relativiert, sondern auch ein entscheidendes Bindeglied für das Begreifen ihrer gesellschaftlichen Ursachen in den Hintergrund gerückt. Das unter jeweils aktuellen Gesichtspunkten vorgenommene politische »Framing« einer opferzentrierten Erinnerungspolitik fällt damit umso leichter.

Hieraus ergeben sich, drittens, auch Konsequenzen für die Analyse und Wertung der Erinnerungspolitik selbst. Grundsätzlich verlieren die Verbrechen und ihre Ursachen ihre Bedeutung als wesentliches Kriterium zur Beurteilung der Angemessenheit erinnerungspolitischer Aktivitäten. Trotz Aufgabe der zentralen Gründungslegende von der »Stunde Null« ergeben sich so Möglichkeiten neuer Legendenbildung. Teilweise haben sie sich mittlerweile erledigt, teilweise bestimmen sie noch heute das Verständnis der BRD-Geschichte. Hierunter ist auch die in der gerade erschienenen Monografie *Das Kanzleramt* aufgestellte Behauptung zu rechnen, das bewusste Zurückgreifen auf konservatives und sogar nazistisch geprägtes Personal sei weder Ausdruck einer spezifischen politischen Intention gewesen, noch habe diese Personalpolitik Konsequenzen für die ideologische und politische Prägung dieser Gesellschaft gehabt. In dieser Untersuchung werden unterschiedliche Beispiele für die Auswirkungen dieser Personalpolitik beschrieben – seien es die Versuche, dem Aufstieg der 1949 gegründeten und 1952 verbotenen nazistischen Sozialistischen Reichspartei (SRP) zunächst mit der Finanzierung von untauglichen Konkurrenzprojekten zu begegnen, seien es die Debatten über allgemeine Formen der Informationssteuerung bzw. über die Nützlichkeit des nazistischen Vorbilds oder die »NS-Verstrickung« des Nachkriegsjournalismus. Ange-

sichts ihrer Relevanz für die Gegenwart sei auf Adenauers Erinnerungspolitik näher eingegangen.

**»Die ›Bewältigung der Vergangenheit‹ ist für die informationspolitische Planung nur insofern interessant, als es den Schaden zu mindern gilt, den ihre Erwähnung hervorruft.«
(Notiz aus den Akten des Bundespresseamts (BPA), Bonn, 9.2.1966)**

Ein berühmtes Beispiel für die westdeutsche Haltung gegenüber der jüngsten Geschichte zählt die vom Bundesinnenministerium 1956 initiierte Intervention der deutschen Botschaft in Paris gegen das Vorhaben, Alain Resnais' Film »Nacht und Nebel« über die Konzentrationslager, insbesondere über Auschwitz und den Holocaust, bei den Filmfestspielen in Cannes zu zeigen. Der Film war auf Initiative des »Réseau du Souvenir«, einer Vereinigung ehemaliger französischer Deportierter, gedreht worden. Den Bildern waren Gedichte des deportierten Widerstandskämpfers Jean Cayrol unterlegt. Paul Celan hatte die deutsche Fassung bearbeitet, die Musik stammte von Hanns Eisler.

Die deutsche Botschaft hatte in einer Privatvorführung von dem Film Kenntnis genommen. Nachdem er als französischer Beitrag für die Filmfestspiele in Cannes nominiert worden war, verlangte der Botschafter die Rücknahme dieser Entscheidung mit der Begründung, seinen Bestimmungen zufolge solle das Festival zur Freundschaft zwischen den Völkern beitragen und nicht das Nationalgefühl eines Landes verletzen. Der gewöhnliche Zuschauer sei nicht in der Lage, zwischen dem verbrecherischen NS-Regime und dem heutigen Deutschland zu unterscheiden. Deshalb werde der Film die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen vergiften und dem deutschen Ansehen schaden.

Der Film wurde daraufhin – gemäß einer Entscheidung des französischen Staatssekretärs für Industrie – von der Aufführungsliste gestrichen. Die deutsche Intervention wie auch die französische Reaktion lösten starke Proteste in beiden Ländern aus. Schließlich zeigte man den Film in Cannes außerhalb des offiziellen Programms – am Vorabend des Nationalen Gedenktages für die Deportierten. Auch in der Bundesrepublik wurde er an verschiedenen Orten ins Programm genommen. Der SPD-Vorschlag, ihn an den Schulen zu zeigen, blieb umstritten. Dort, wo dies geschah, wurde er oft durch eine Dokumentation über Hiroshima und Nagasaki ergänzt – ein frühes Beispiel dafür, dass es nicht allein um die Frage Erinnern oder Nichterinnern geht, sondern dass es auch auf das Wie der Erinnerung ankommt.

Der Vorfall von Cannes war spektakulär, aber keineswegs einzigartig. Gerade wegen der zunehmenden Bedeutung des Fernsehens

intensivierte man die Programmkontrolle. So berichteten Anfang der sechziger Jahre die deutschen Botschaften in Nord-, Süd- und Mittelamerika über die Zunahme »antideutscher Filme« im dortigen Fernsehen. In ihren oft direkt an die Sender gerichteten Beschwerden kritisierten sie den »unfairen, uns verletzenden Inhalt« wie gegebenenfalls auch das Timing, »d. h. die zeitliche Konzentrierung dieser Sendungen auf die Woche der Nato-Ratstagung«. Allgemein beklagte man, die Figur des plündernden und mordenden deutschen Soldaten habe sich den »klassischen amerikanischen ›bad guys‹, dem Indianer und dem Gangster«, als Dritter im »Killer-Trio« hinzugesellt. Auch über die Gründe hierfür wusste man Bescheid. »Die Ursachen für dieses Phänomen werden von uns ungern deutlich angesprochen, liegen jedoch auf der Hand: der Typ des jüdischen Liberalen, der in der modernen Kommunikationsindustrie großen Einfluss hat, sieht im Nazismus deutscher Prägung

Sender NBC in ganzseitigen Zeitungsanzeigen für die Fernsehauflührung von Peter Weiss' Auschwitz-Drama *Die Ermittlung* werbe, und fügte besorgt hinzu: »Die Sendung wird zu den besten Empfangszeiten (...) übertragen. Für jede Sendung ist mit 15-20 Millionen Zuschauern zu rechnen.« Umgekehrt ließ es sich der deutsche Botschafter in Washington, Karl Heinrich Knapstein, nicht nehmen, persönlich über die negative Besprechung eines Dokumentarfilms zur Vernichtung des Warschauer Ghettos zu berichten. Er schloss mit der Erwartung, diese Kritik berechtige zu der Hoffnung, »dass die Welle von Nazigreuefilmen dieser Art in absehbarer Zeit abklingen wird«.

Täuschen und Leugnen

Diese Grundhaltung wurde mit »Arbeitsmethoden« umgesetzt, die für eine demokratische Gesellschaft eher ungewöhnlich sind. Die eine, die man als Täuschung der Öffentlichkeit bezeichnen kann, hatte ihren Aus-



Der »gute Nazi«: Albert Speer, Chefarchitekt Hitlers und Reichsminister für Rüstungs- und Kriegsproduktion, besichtigt den Döhnen-, pardon: Atlantikwall, Mai 1943

nach wie vor die eigentliche globale Gefahr«, heißt es in einem »Nur für den Dienstgebrauch« firmierenden BPA-Papier aus dem Jahr 1965.

Die kritische Beobachtung beschränkte sich jedoch nicht auf die Unterhaltungssendungen in den Massenmedien. Auch kulturelle Ereignisse behielt man im Blick. So meldete die deutsche Botschaft in Washington im April 1967, also zur Zeit der ersten Großen Koalition, dass der US-amerikanische

gangspunkt in einem sogenannten Reptilienfonds. Der Begriff stammt aus der Kaiserzeit und leitet sich aus einer Rede Bismarcks ab, in der er forderte, die Feinde des Vaterlands möge man wie Reptilien bis in ihre Höhlen verfolgen. Der Finanzierung eines solchen Vorhabens diene eben dieser Fonds, der von Bismarck letztlich zur direkten Beeinflussung und Korruption der Presse genutzt wurde. Auch die Bundesregierung verfügte über einen Fonds zur »Verfügung



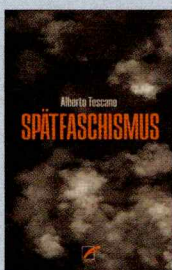
Die Diskriminierung autistischer Menschen beenden

Jodie Hare
Autismus ist keine Krankheit
Politik für eine neurodiverse Gesellschaft
160 Seiten | 16 €



Aktuelle kritische Analyse der zweitgrößten extrem rechten Bewegung in Deutschland

Ismail Küpeli
Graue Wölfe
Türkischer Rechtsextremismus in Deutschland
136 Seiten | 14 €



Faschismus als ständiges Potenzial des Kapitalismus

Alberto Toscano
Spätfaschismus
Rassismus, Kapitalismus und autoritäre Krisenpolitik
212 Seiten | 19,80 €



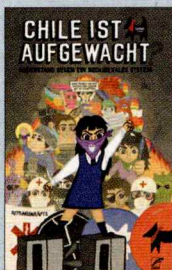
Streitschrift für einen Konföderalismus in Israel/Palästina

Shlomo Sand
Ein Staat für zwei Völker?
Die Idee des Binationalismus in der zionistischen Bewegung und die Zukunft Israels in Palästina
228 Seiten | 18 €



Den Mythos der Maschine KI aufbrechen

Matteo Pasquinelli
Das Auge des Meisters
Eine Sozialgeschichte Künstlicher Intelligenz
288 Seiten | 22 €



Unterhaltsamer Infocomic über den Aufstand in Chile – um 60 Seiten ergänzte 2. Auflage!

Su Rivas
Chile ist aufgewacht
Widerstand gegen ein neoliberales System
184 Seiten | 19,80 €

des Bundeskanzlers zur Förderung des Informationswesens«. Nur der Bundesrechnungshof hatte das Recht, Einsicht in diesbezügliche Ausgaben zu nehmen, eine öffentliche Kontrolle gab es nicht. Dies verschaffte der Regierung Handlungsspielraum für Aktivitäten, die nicht bekannt werden sollten.

Ein erstes großes Projekt entwickelte das BPA im Rahmen der Remilitarisierung. Anlass war der nach dem Buch des Berufssoldaten und ehemaligen nationalsozialistischen Führungsoffiziers Hans Hellmut Kirst gedrehte äußerst erfolgreiche Film »08/15«. Er stellte den einfachen »Landser« den Offizieren gegenüber und ergriff Partei für den »kleinen Mann« und seine Leiden. Sieht man davon ab, dass diese Darstellung den deutschen Soldaten von seiner Rolle im Vernichtungskrieg grundsätzlich entlastete, so trug eine solche Sichtweise natürlich wenig zur Entwicklung der angestrebten neuen Kriegstüchtigkeit bei. Um dem zu begegnen, setzte man jedoch nicht auf eine offene Diskussion, weil den verantwortlichen Stellen vermutlich klar war, dass es unmöglich gewesen wäre, auf der Grundlage der Aufarbeitung des gerade beendeten Krieges die neuen Kriegsvorbereitungen zu rechtfertigen. Statt dessen entwickelte das BPA eine Strategie der »Gegeninfiltration«. Ihre Grundidee war, kurz gesagt, die Belieferung der Medien mit scheinbar neutralem, aber tatsächlich von der Bundesregierung in Auftrag gegebenem Pressematerial.

So wurde eine Serie mit dem Titel »Wahre Geschichten aus der Soldatenzeit« konzipiert, die den Lesern den »anständigen Offizier« näherbringen sollte. An ihr technisches Interesse wollte man mit der Nachfolgereihe »Utopie der künftigen Armee« anknüpfen. Die Verbreitung dieser »wahren Geschichten« sollte vor allem über kleinere Zeitungen und die »Heimatpresse« erfolgen. Beilagen zu den Lesezirkeln, etwa für »Flugschriften«, wurden als weiterer Vertriebsweg erwogen.

Eine andere Idee zur »Förderung des Informationsbemühens der Bundesregierung« hatte ein Mitarbeiter, der für das Referat »Publikationen« zuständig war. Ihm waren Untersuchungen aufgefallen, die auf die starke Rezeption von Leserbriefen in den Zeitungen hinwiesen. Er schlug deshalb die Schaffung eines Kreises von vertrauenswürdigen Personen vor (und nannte ihn »Korrespondentennetz«), die den Tageszeitungen unter Nennung tatsächlicher Namen und Anschriften regelmäßig Leserkommentare zu senden sollten. Allerdings ging das Vertrauen nicht so weit, dass man sie einfach schreiben lassen wollte, sondern zu ihrer Steuerung hielt man die Schaffung eines Redaktions- bzw. Arbeitsstabs im Bundespresseamt für notwendig, der Vorlagen für diese Leserbriefe erstellen sollte.

Viele dieser Pläne blieben in der Vorbereitung stecken. Gebündelt wurden sie je-

doch noch einmal im Vorfeld der Bundestagswahl 1957. Aus diesem Anlass startete man die scheinbar neutrale Illustrierte »Bleibt im Bild« (»BiB«). Neben aktuellen regierungsgenehmen Themen spielte die Nazi-Vergangenheit eine besondere Rolle, konzentriert allerdings auf die Kriegsgeschichte. »Stalingrad« stand im Mittelpunkt. Dabei betrieb man in sogenannten »Generalsmemoiren« die Rechtfertigung des Vernichtungskriegs, ergänzend wurden Leidenbereitschaft, Kameradschaftlichkeit und Pflichtgefühl des einfachen Soldaten propagiert. Die Ansicht, die späte Aufdeckung des tatsächlichen Charakters des von Deutschland geführten Krieges durch die Ausstellung »Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht« Mitte der neunziger Jahre sei lediglich allgemeinen gesellschaftlichen Umständen geschuldet, ist vor diesem Hintergrund nicht zu halten. Seit Gründung der Bundesrepublik hat auch eine dezidiert militaristisch orientierte Politik der Bundesregierung zu diesen Verhältnissen geführt.

Wer dermaßen den tradierten Verhältnissen verbunden war, konnte sich mit ihnen auch dann nicht angemessen auseinandersetzen, wenn sie unerwartet offen zutage traten. Das war bei der sogenannten Hakenkreuz-Schmierwelle 1959/60 der Fall. Die westdeutsche Politik war unfähig, ihren Ursachen nachzugehen. Deshalb verharmloste sie entweder die Vorgänge und sprach wie das Innenministerium von »jugendlichem Rowdytum«, oder sie machte den politischen Feind verantwortlich. So erklärte das Verteidigungsministerium osteuropäische Geheimdienste zu den Urhebern, und das Bundespresseamt sprach von »kommunistischen Drahtziehern«. Hier zeigte sich ein Grundzug der bundesdeutschen Staatsideologie: Reaktionäre und nazistische Tradierungen werden mit Antikommunismus kompensiert.

Diese Kombination hat man sogar ideologisch auszuformulieren versucht. Beispielsweise steht hierfür die Publizistik des »FAZ«-Journalisten Joachim Fest. Speziell in seiner Albert-Speer-Biografie hat er das genannte Schema im Bild des »guten Nazis« zu fassen versucht. Seitdem hat es verschiedene ideologische Umbrüche gegeben. Doch in einer Zeit, in der die »Pax Americana« – konstitutiv für die Bundesrepublik – ins Wanken geraten ist und der dritte große Krieg gegen »Russland« erstaunlich einmütig vorbereitet wird, ist es erforderlich, das heutige ideologische und politische Leitbild Deutschlands vor dem Hintergrund seiner postnazistischen Entwicklung in den Blick zu nehmen. Denn auch der russische Angriff auf die Ukraine hat keine »Stunde Null« geschaffen. ●

Rolf Surmann schrieb in konkret 7/25 über die Rolle ehemaliger Nazis im Kanzleramt der frühen BRD

Lektüre fürs Klimacamp

Mit dem Buch *Ökologie der Freiheit* warnte Murray Bookchin in den achtziger Jahren vor dem ökologischen Kollaps und entwarf eine lesenswerte Zivilisationsgeschichte der gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Von Matthias Becker

In den späten siebziger Jahren, als das Wünschen noch geholfen hat und die DDR noch vorhanden war, kämpfte die Linke in Westdeutschland gegen die Atomkraft. Ein kleiner Teil der Bewegung wollte allerdings zwischen Kerntechnik in kapitalistischen Gesellschaften und Kerntechnik im Sozialismus unterscheiden. Ohne den Zwang zur Profitmaximierung könne sie sinnvoll sein und gefahrlos betrieben werden, glaubten die Genossen. Atomkraft: Es kommt darauf an, was man daraus macht!

Im Gegensatz dazu sah ein großer Teil der Bewegung in AKW nur das jüngste Symptom einer tiefgreifend gestörten Beziehung zur Natur. Damals erschien Murray Bookchins *Ökologie der Freiheit*. Der Öko-anarchist entwarf eine »radikale politische Ökologie«, die auf die »Reharmonisierung von Natur und Menschheit durch die Reharmonisierung von Mensch und Mensch« zielt. Und radikal ist dieses Buch wirklich, schon weil Bookchin zu den Wurzeln des Denkens und der Zivilisation zurückgeht, um den Zusammenhang von Gesellschaft und Natur zu erklären. Staat und Hierarchie müssten überwunden, neue Formen der Arbeit und Gesellschaftlichkeit gefunden werden, um »das Überleben der menschlichen Gattung« zu sichern.

Selbst Räteysteme verwirft Bookchin als zu hierarchisch und plädiert für Gemeindevollversammlungen von überschaubarer Größe: »Eine direkte Demokratie findet von Angesicht zu Angesicht statt.« Die Prinzipien direkte Aktion und direkte Demokratie sieht er in der Praxis der radikalen Umwelt-schutzbewegung schon ansatzweise verwirklicht, den Protest als Vorschein auf eine befreite Gesellschaft. Die Antwort auf die Frage nach der Stellung des Menschen in der

Natur hat politische Folgen. Zivilisationskritische Hippies wollen in der Landkommune ganz von vorne beginnen, sie verwerfen beispielsweise die erwähnte Kernspaltung samt der zugrunde liegenden Physik. Kommunisten hängen einem Dogma vom Fortschritt an und halten Atomtechnik und Naturwissenschaft für bloße Werkzeuge, mit denen sich alles mögliche anstellen ließe, wäre der Klassenfeind nicht im Weg.

Bookchins Position darf nicht mit einem romantischen Primitivismus verwechselt werden. Als er in den siebziger Jahren mit der Niederschrift begann, griffen esoterische, antirationale Strömungen unter den Umweltschützerinnen, Feministinnen und Autonomisten um sich. Von solchen Tendenzen grenzt er sich scharf ab. Er will Anthropozentrismus und Rationalität überwinden, aber ohne die Sonderstellung des Menschen zu bestreiten und Vernunft als solche abzulehnen.

In seiner *Ökologie der Freiheit* verhandelt er Religion, Anthropologie, Philosophie und vieles mehr vom Morgenrot der Zivilisation bis zu ihrem Untergang. Das Werk steht in der Tradition der kulturkritischen Literatur, die Wirtschaftliches, Wissenschaftliches und Ideologisches synthetisch darstellt. Bookchin kritisiert schonungslos ideologische Glaubenssätze: Die Natur ist nicht karg, Bedürfnisse sind nicht grenzenlos und die Sphären der Notwendigkeit und der Freiheit überlappen einander.

Sein eigentlicher Gegner ist der Marxismus, namentlich die Klassentheorie und das Basis-Überbau-Schema. Sie tauchen allerdings nur in geradezu karikaturhafter Form auf: sonst gegenüber sämtlichen Denkschulen konzilient, hat er keine Geduld mit Marx. Lag es an den bitteren Erfahrungen, die er

als junger Erwachsener in kommunistischen Organisationen machte? Oder an der politischen Konkurrenz in der Neuen Linken, wegen der er sein politisches Alleinstellungsmerkmal betonte?

2006 ist Bookchin gestorben. Seine politische Ökologie lebt fort in der Umweltschutzbewegung, den Klimacamps und Waldbesetzungen. Sie lautet kurz gefasst: Die ökologische und die soziale Frage lassen sich nur gleichzeitig lösen. Zu diesem Zweck müssen lokale Versammlungen die politische Macht zurückerobern und die industrielle und globale Produktion muss abgelöst werden durch eine handwerkliche und kleinräumige. Gewerkschaftliche Organisation und Arbeitskämpfe führen angeblich nirgendwo hin.

Wie lässt sich die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen der Gesellschaft aufhalten? Angesichts der Eskalation der Krise können nur sehr verstockte Kommunisten daran festhalten, dass die Entwicklung der Produktivkräfte »an sich« unproblematisch sei. Manche Aktivisten wollen dem Klassenkampf eine ökologische Richtung geben. Schon in der Anti-AKW-Bewegung der siebziger Jahre wollten einige gemeinsam mit den Beschäftigten Kämpfe für eine Umrüstung der Produktion erkämpfen. Ihr Vorhaben hatte noch weniger Erfolg als die heutigen Bemühungen, Gewerkschaften und Beschäftigte in der Metallindustrie für eine Konversion zu interessieren. Angesichts der Klimakatastrophe setzen viele auf Pragmatismus und Kompromiss, auf einen Marsch in die Institutionen hinein. Andere verwerfen alle Halbheiten und suchen nach Nischen, um eine neue Lebensweise zu entwickeln.

Umweltschützer und Kapitalismuskritiker haben dieses Stück immer wieder aufgeführt und die Rollenverteilung beibehalten. Auf die Tragödie folgte die Farce, dann die Tragikomödie, dann wieder Tragödie und diesen Sommer ein schlechter Witz. Im August werden sich Klimabewegte zu einem »Kollaps-camp« versammeln, um »solidarisch zu preppen«. Geboten wird »ein vielfältiges Programm mit zahlreichen praktischen Skillsharing-Workshops, Diskussionen, Vorträgen und Angeboten für kollektive emotionale Arbeit«. Die Vorbereitung auf den Zusammenbruch als Gruppentherapie, ohne Bezug auf die Arbeit und die Arbeiter, die diese Welt im Guten wie im Schlechten bauen und aufrechterhalten. Auch dazu passt die *Ökologie der Freiheit*. ●

Murray Bookchin: *Die Ökologie der Freiheit*. Aus dem Englischen von Karl-Ludwig Schibel und Dr. Maurice Schuhmann. Unrast-Verlag, Münster 2025, 544 Seiten, 29,80 Euro

Von Matthias Becker ist gerade das Buch *Bodenlos – Wer wird die Welt ernähren?* (Papyrossa) erschienen

Abgeklärte Aufklärung

In seinem neuen Sammelband *Schuldhafte Unwissenheit* unterzieht der österreichische Essayist Karl-Markus Gauß den linken Antisemitismus einer unerbittlichen Kritik. Von Richard Schuberth

In einem Interview meinte Karl-Markus Gauß einmal, ihm helfe »die Ironie viel mehr als der Knüppel der strafenden Kritik«. Warum die »strafende Kritik« immerfort mit einem steinzeitlichen Knüppel und nicht zumindest einem elegant zu führenden Degen assoziiert wird, hat systemische Gründe. Es gibt kritische Denker, die die Verhältnisse mit phantasievoller Verächtlichkeit strafen, und solche, die sich's in ihnen bloß durch kreislaufstimulierende Unbequemlichkeit bequem machen. Erstere gelten als Rowdys, letztere als Meisterdenker. Die ihre Strafe aber schon zu Lebzeiten erlitt: Talkshows mit Chefredakteuren über der Zeiten Lauf, zu denen die Rowdys zu ihrem Glück nicht einmal als Gäste geladen sind.

Karl-Markus Gauß haftet zu Unrecht das Image des maßvollen Mahners an. Das wurde ihm von Journalisten umgehängt, die gemessenen Stil mit maßvoller Kritik verwechseln. Denn Gauß hat ein weitaus größeres Rollenrepertoire, darunter auch Polemik, welche sich nie auf seinen 1998 geäußerten Verdacht beschränkte, als Mitarbeiter des österreichischen Pop-Senders Ö3 würden die jeweils »größten Deppen jedes Maturajahrgangs rekrutiert werden«, was im übrigen nicht stimmt, da die seit jeher, wie ich und jeder Ö3-Hörer wissen, beim Feuilleton der Qualitätspresse landen.

Diese konzedierte Gauß' jüngstem Buch »Schuldhafte Unwissenheit« zuweilen, er habe in Anbetracht der Massaker vom 7. Oktober 2023 seine vielbewunderte literarische Contenance verloren und würde nun härtere Bandagen anlegen. Das stimmt nur bedingt. Unmittelbar danach schon registrierte Gauß etwas, worüber, frei nach Johann Nestroy, nicht den Verstand zu verlieren vom Fehlen eines solchen zeuge: die Solidarität von weiten Teilen der Linken mit den Tätern!

Tippfinger brauchen ruhige Hände. Empörung taugt als Antrieb des Denkens, Denken aber muss die Empörung bändigen. »Beim Schreiben«, bekannte Gauß vor Jahren, »gelingt es mir, meine eigenen Ressentiments, meine Ängste oder meinen Kleinmut, sogar die Rachsucht am ehesten zu überwinden.« Seine Kritik mag in Anbetracht der Paradoxa des alten neuen Israelhasses an Schärfe gewonnen haben, doch be-



Charmante Koketterie: Karl-Markus Gauß in Salzburg, März 2024

hält sie ruhig Blut. Und setzt ihrer stetigen Gedankenprogression als Ausgangshypothese eine der gerne vergessenen und verdrängten Invarianten des Antisemitismus voran: »Zu Tätern wurden die Juden nicht erklärt, als sie massakriert, sondern weil sie massakriert wurden. Denn nichts stärkt den Hass auf Juden so sehr wie ihre Verfolgung.«

Der Sammelband ist ein Hybrid aus bereits veröffentlichten Texten, dessen ältester 1992 erschien, und neuen Arbeiten, darunter die im Mai 2023 gehaltene Ansprache zur

78. Befreiungsfeier des KZ Ebensee und seine Dankesrede zum Jean-Améry-Preis für internationale Essayistik. Im Kernteil wird der Autor seinem Ruf als Wiederentdecker und Würdiger mittel- und osteuropäischen Geisteslebens gerecht, doch die Stücke zu seinem Vorbild Améry, zu Boris Pahor, Theodor Herzl, Leopold Weiss und Eugen Hoeflich (alias Moshe Ya'akov Ben Gavriel) verliehen dem Buch bloß den Charakter geistesgeschichtlicher Judaica, wenn sie nicht inhaltlich mit der Klammer der beiden beherztesten Texte verschränkt wären, seinem Essay »Das umjubelte Massaker« von Jänner 2024 und dem abschließenden Journal der letzten zwei Jahre, in dem Gauß seinen geistigen Kampf mit dem Aberwitz eines »progressiven Antisemitismus« protokollierte. Denn die oben Genannten werden als Vertreter oder Kritiker eines höchst heterogenen Zionismus in den jeweiligen Zeitkontext gesetzt; eines Zionismus, den die aktuelle Façon linken Realitätsverlustes in ihre Schablonen von *White Supremacy* und *Siedlerkolonialismus* presst.

Gauß würdigt Améry als Kritiker einer Neuen Linken nach 1967, deren Antizionismus sich als Solidarität mit dem palästinensischen Befreiungsnationalismus legitimierte. Diesen als progressiv zu deuten, verstand Améry noch mit aller mahnenden Nachsicht als Verirrung aufklärerischer Vernunft. Nur deren völlige Aufgabe, kurzum: blanker Wahn vermag es indes, die Mordbrenner von Hamas und Hisbollah als Teile der »Internationalen Linken« (Judith Butler) aufzufassen. Gauß spürt der Genese dieser Antiaufklärung nach und wird bei Butlers Lehrmeister Michel Foucault fündig, der die Kombination von arabischem Antisemitismus und marxistischer Programmatik zwar verurteilte, aber dennoch der »politischen Spiritualität« der iranischen Revolution erlag.

Für den universitären Anti-Israel-Aktivismus macht Gauß die titelgebende »Schuldhafte Unwissenheit« verantwortlich: »Sie wissen von nichts, das macht sie so unbeirrbar. Sie haben keine Ahnung, daraus beziehen sie ihre Überzeugung. Ihre Unwissenheit darf man ihnen nicht nachsehen, denn sie ist selbstverschuldet. Das sind keine Kinder aus sozial benachteiligten Familien, sie haben keine abgebrochenen Schulkarrieren hinter sich, das sind Studierende, die es auf eine hochrenommierte Akademie geschafft haben, und diese Dummköpfe aus gutem Haus sind auf dem Wege, die deutsche Gesellschaft von morgen zu repräsentieren.«

Solche Wissenslücken sind aber nicht bloß Einfallsschnitten für einen unbewussten Antisemitismus, sondern dieser hat möglicherweise schon die Lücken vorgestanz. Dass weiß Gauß, wie es Améry wusste, der noch recht bescheidene Forderungen an die Linke stellte: »Niemand – und am allerwenigsten ich selbst, der ich mir immer einbil-

dete, ihr politisch nahe zu stehen – verlangt, sie solle im israelisch-arabischen Konflikt, einer historischen Tragödie ohne Beispiel, eine projüdische beziehungsweise proisraelische Position beziehen. ... Braucht es eines besonderen soziologisch-politologischen Genies, sich deutlich zu machen, daß man mit Antizionismus dem Antisemitismus jenen kleinen Finger reicht, dem unweigerlich die ganze Hand nachfolgen muß?»

Der Antisemitismus sei im Anti-Israellismus enthalten, so Améry, »wie das Gewitter in der Wolke«. Und wie Améry sieht sich Gauß als Teil der Linken und steht doch außerhalb von ihr. Das schützt ihn vor Parteiengeßänken und dogmatischer Betriebsblindheit. Und setzt ihn auch in heilsame Distanz zur hämischen Rechthaberei jener Antideutschen, die alles über den neuen Antisemitismus wissen wollen, außer wie die von ihm kontaminierten Seelen zurückzuerobieren seien. Améry und Gauß ähneln einander nicht nur im Stil und in der gemessenen Ruhe der Reflexion, sondern auch in einem grundlegenden Humanismus, der nicht denunzieren, sondern aufklären will.

»Das weiß ich doch alles«, mögen Fulltime-Israelophile bei der Lektüre von Gauß' kritischen Einsichten denken, und wieder mal nicht verstehen, dass sich der Sachwert nicht von der sprachlichen Form, in der sich Denken materialisiert, lösen lässt. Die allein reichte als Schule und kognitive Entkrampfung einer jeden Linken, ganz gleich, ob sie ihre Verbohrtheit auf der richtigen oder falschen Seite der Sache pflegt.

Vor allem in seinem »Journal« trumpft der Autor nicht mit Gewissheiten auf, sondern lässt sich dabei zusehen, wie sie zustande kommen. Recht spannend ist das, und dass in solcher mæutischen Bescheidenheit mitunter Koketterie aufblitzt, macht den Charme einer Literatur aus, die vom höchsten Stand deutscher Sprachkunst nie absinkt, weil sie sich knalligem Jargon ebenso verweigert wie gestelzter Antiquiertheit.

Ich muss abschließend gestehen, dass mir Gauß früher – bei allem Respekt vor Werk und Stil – bisweilen zu angepasst und verbindlich vorkam. Aber in Zeiten, in der die Radikalität des Denkens aus verschiedenen Gründen – Überladung, Überhitzung, Überspannung – Schiffbruch erleidet, lassen sich auf so einem stabilen Steamer linker bürgerlicher Vernunft die immer höher wogenden Irrationalismen doch ohne allzu schmerzhaftes Kompromisse durchkreuzen. ●

Karl-Markus Gauß: *Schuldhaftes Unwissenheit. Essays wider Zeitgeist und Judenhass*. Czernin-Verlag, Wien 2025, 128 Seiten, 22 Euro

Richard Schuberth schrieb in konkret 6/25 über Zionismus, Antizionismus und die Nationalisierung der Bewohner einer umstrittenen Region

konkret 8/25

Lesen, was andere nicht wissen wollen

Suchen Sie Lektüre,
die Ihre Vorurteile
stört und Sie zum
Denken neuer Gedanken
provoziert, machen wir
Ihnen ein Angebot, das
Sie nicht ablehnen können:
**Ein Schüler-/Schülerinnen-
bzw. Studierenden-Abo
für 47 Euro.**

konkret-magazin.de

Ein Rätsel



Antwort: In der Hose liegt ein Königreich, nur mit dem Allerwertesten zu betreten. Ein Land, in dem die Gesäße herumtollen und Purzelbäume schlagen. Boxende Gesäße kriegen hinterher ein Eis.

Waffenschwestern

Wenn hierzulande von Geschlechtergleichstellung die Rede ist, soll Ungleiches gleich behandelt werden. Im Zuge der aktuellen Debatte um die in Deutschland seit 2011 ausgesetzte Wehrpflicht denkt man laut darüber nach, auch Frauen einer Zwangsverpflichtung zum militärischen Grundwehrdienst zu unterwerfen. Die jüngste Forderung nach einer »geschlechtergerechten Wehrpflicht« kommt aus dem Staatsapparat: SPD-Verteidigungsminister Boris Pistorius plädiert für eine Wehrpflicht für alle. Die Parteivorsitzenden Lars Klingbeil (SPD) und Friedrich Merz (CDU) begründen dies mit der notwendigen Ausweitung der »sicherheitspolitischen Verantwortung« Deutschlands. Nur die FDP hält sich bislang zurück – staatliche Zwangsdienste passen nicht in ihr marktradikales Selbstbild.

Wer sich nicht an den Krieg gewöhnen will, soll wenigstens gleichberechtigt daran teilnehmen können. »Frauen an die Waffen« lautet der Titel eines »Spiegel«-Gastbeitrags vom 4. Juni 2025. »Missy Magazine«-Mitgründerin Stefanie Lohaus spricht darin von »Emanzipation durch Dienst an der Waffe«. Die künftige Kameradin könne während des Präsenzdienstes »körperliche Selbstwirksamkeit, Selbstverteidigung, strategisches Denken, Teamfähigkeit unter Extremsituationen« erlernen. Von verstärkter weiblicher Präsenz in deutschen Kasernen erhofft sich die Autorin nicht nur ein verbessertes soziales Klima. Sie behauptet auch, dass zum Beispiel norwegische Männer in gemischtgeschlechtlichen militärischen Unterkünften gelernt hätten, Frauen in Führungspositionen zu akzeptieren. Was im feministischen Grundstudium nicht gelang, erledigt nun der Exerzierplatz: Die inklusive Wehrpflicht würde exklusiv dazu beitragen, ein Geschlechterbild wie das vom weiblichen »Vergewaltigungsoffer« abzubauen – idealerweise durch Identifikation mit dem Aggressor.

Wer glaubt, Kasernen könnten patriarchale Gewaltverhältnisse kalmieren, verkennet, dass sie deren institutionalisierte Fortsetzung sind. Die Uniform neutralisiert nichts – nicht in einer Organisation, die infolge von hierarchisierten Machtgefällen, Befehlsketten und Kameradschaftskult für sexualisierte Übergriffe – auch gegenüber Nicht-Frauen – prädestiniert ist. Um empirische Realitäten wie diese geht es Lohaus aber nicht. Für sie besorgt der militärische Pflichtdienst für Frauen den notwendigen Ausgleich geschlechtermäßig ungleich verteilter Sorgearbeit. Statt aber für deren egalitäre Umverteilung, Entlohnung und Aufwertung zu kämpfen, weist die Autorin auf die bewaffnete »Alternative« hin – denn dadurch würden Frauen nicht länger »überproportional Aufgaben im sozialen Bereich übernehmen« müssen. Der von diesen laut Umfrage gegebenenfalls favorisierte Zivildienst würde als Wehersatzdienst wohl weiterhin gelten; gegenüber Pflegestation und Altenheim lässt Lohaus den Kasernenhof jedoch wie ein Empowerment-Camp der »inneren Erfahrung« wirken.

Unter dem Banner der Gleichstellung wird militärische Kujonierung zum Emanzipationsakt umgedeutet: Der Kampfschauplatz

erscheint als Ort der Transformation, der verpflichtende Präsenzdienst als Umverteilungsinstrument von Care-Arbeit. Auch für »Anschläge«-Redakteurin Brigitte Theissl ist der Griff zur Waffe neuerdings Teil einer feministischen Praxis – frei nach dem Motto: Wer den Frieden will, muss in den Krieg ziehen. Die Autorin beruft sich auf das im Sommer 2022 von ukrainischen Feministinnen veröffentlichte Manifest »The Right to Resist« und bringt den Widerstand von Partisaninneneinheiten in russisch besetzten Gebieten in Zusammenhang mit dem, was Staatsraison heißt. Frauen, die kämpfen, sind für Theissl keine Opfer – sie sind politische Subjekte. Richtig. Nur: Diese Frauen kämpfen nicht im Namen eines Staates. Wer diesen Unterschied verwischt, betreibt ideologische Mobilmachung – und stellt eine Kontinuität zwischen irregulärem Guerillakrieg, Volksbewaffnung und staatlichem Militarisierungskurs her. Die aktuellen »realpolitischen Verhältnisse« erzwingen die Revision: »Sich als Feminist:innen darauf zurückzuziehen, dass das Militär als patriarchale Institution abzulehnen sei, wird schlichtweg nicht reichen.«

Es gibt Formen des Selbstschutzes, die auch in Kriegszeiten gewaltlos bleiben – sie zielen nicht darauf ab, Blut und Boden mit Waffengewalt zu verteidigen, sondern kriegerische Handlungen durch Boykott, Streik, Sabotage und gewaltlose Aktionen ins Leere laufen zu lassen. Lohaus und Theissl hingegen benutzen feministische Rhetorik, um das neoliberale Staatssubjekt ideologisch anzurufen – angepasst, kriegstauglich, opferbereit. Es »übernimmt Verantwortung«, indem es für Deutschland in den Krieg zieht.

Die allgemeine Wehrpflicht ist aber keine Maßnahme zur Gleichberechtigung, sondern eine gegenderte Mobilmachung. Denn Geschlechtergleichheit ist im deutschen Heer längst erreicht: Seit 2001 dürfen Frauen in allen Bereichen der Bundes-

wehr dienen, selbst beim Töten herrscht Gleichheit. Der entscheidende Unterschied besteht darin, ob Frauen das *müssen*.

Wer dachte, Feminismus bedeute die Kritik an Machtverhältnissen, eindimensionalen Geschlechterbildern, patriarchaler Gewalt und dem staatlichem Zugriff auf (Frauen-)Körper, sieht sich eines Besseren belehrt. Was als Gleichberechtigung daherkommt, heißt Zurüstung – für mehr Militärausgaben, mehr Rekrutierung, mehr Kriegswirtschaft. Bis zum Jahr 2031 soll die Bundeswehr auf 203.000 aktive Soldaten wachsen, der tatsächliche Bedarf liegt laut Carsten Breuer, Generalinspekteur der Bundeswehr, bei 460.000 – inklusive Reservisten.

Woher nehmen? Verpflichten! Ein deutscher Alleingang wäre das nicht. Dänemark hat am 1. Juli die Wehrpflicht für Frauen eingeführt. Norwegen und Schweden kennen bereits die sogenannte »volle Gleichstellung im Militärdienst«. »Stell Dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin« – so lautet ein pazifistischer Leitspruch. »Frauen an die Waffen!« ist derzeit eine feministische Entgegnung darauf – als lauerte der Feind an der Grenze. Dass dieser Feind womöglich der Militarismus selbst sein könnte, kommt keiner mehr in den Sinn.



»Bücherlesen aber ist ein Genuss.«

Unzulässiges Pauschalurteil, »Taz«, 27. Juni

Puls

Junge Autorinnen schreiben ja neuerdings Dystopien, und statt die Künstlerinnen, wie zuletzt geschehen, vorzuführen, hätte ich's natürlich auch parodistisch versuchen können:

Ich bin im Wandel geboren. Es war eine große Umbruchszeit, in der sich die vielen Krisen zu einem Nadelöhr verdichteten.

Gut, nicht?

Zu jeder Zeit hat man das Gefühl, dass Krisen so schlimm waren wie noch nie. Ich finde den Blick zurück beinahe tröstlich. Der Finger lag schon häufig dicht am Auslöser, der die Gegenwart endgültig hätte auslöschen können. Unerklärlicherweise wurden Lösungen gefunden, selbst die schrecklichsten Katastrophen kriegen sich manchmal wieder ein.

Aber bevor ich altes Kamel hier weiter durchs Nadelöhr einer schrecklichen Katastrophe sehe, gebe ich lieber zu, einfach abgeschrieben zu haben, diesmal bei Helena Kühnemann und ihrem Debütroman *Endzeitgemäß*. Er ist, soweit die ersten Seiten für den ganzen Rest stehen, scheiße, das Nichts im Quadrat, und wo die KI ist, die derlei lektoriert, wäre eine Frage, wenn »ein Roman am Puls der jungen Generation« (Ullstein) nicht am Ende (sic!) genau so klingen muss.

Überhaupt gehört Literatur nicht an den Puls irgendwelcher Generationen, sondern an den der Welt, und wer ihn hören will, gebe sein Geld nicht für den dritten Platz im Aufsatzwettbewerb neunte Klasse aus, sondern für den bewährten Heinz Strunk, der im Erzählungsband *Kein Geld Kein Glück Kein Sprit* (Rowohlt) mal wieder weiß, dass die schrecklichste Katastrophe das Leben selbst ist; und wer es verlassen und etwa von der Köhlbrandbrücke springen will, nehme das letzte Geld und quartiere sich »im Hotel Günters in unmittelbarer Nähe der Reeperbahn ein. Das billige, schäbige, fertige, schmutzige, kaputte, graue, trostlose Günters, das eine Fünf-Sterne-plus-Einstufung für suizidale Ausstrahlung verdient hätte, ist die ideale Basisstation auf der Reise vom Le-

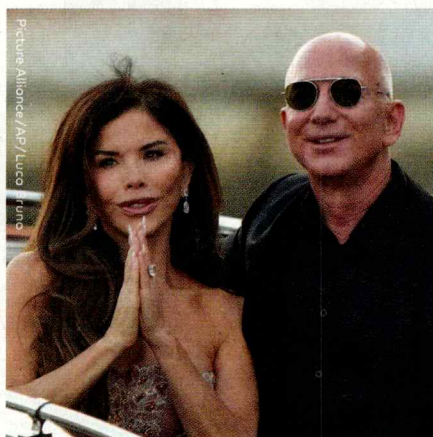
ben zum Tod. ... Das Günters macht (Sonja) fertig, das Günters macht jeden fertig. In drei, vielleicht vier, höchstens fünf Tagen hat sie die nötige Sprungschwere erreicht.«

Bis ich sie habe, wird hoffentlich noch Zeit vergehen; auch wenn unsere unerklärlichen Dystopistinnen sie im Zweifel verkürzen.

Reflex

Aber es ist, wie so vieles, natürlich unfair, wenn die weißen Herren, für die bekanntlich alles eingerichtet ist, sich auf die Kunst konzentrieren können, und das »Netzwerk feministischer Krimiautorinnen« muss

nicht nur gegen Unsichtbarkeit von Autorinnen kämpfen, sondern gegen den ganzen von patriarchalen Scheuklappen verengten Kanon-Blick auf Realität. Das Erzählen von echtem Unrecht und echter Gewalt mit feministischem Scharfblick und Anspruch erfordert Leidenschaft und schriftstellerisches Können, wenn es sich gut lesen soll – denn Spannung und Zugänglichkeit sind die subversiven Mittel des politischen Krimigenres. Es ist Arbeit, reale Herrschaft und Gewalt im Zeitgeschehen sichtbar, Verantwortung und



Jetzt muss ich aber doch einmal eine Lanze brechen für den frisch gebackenen Ehemann Jeff Bezos und seine Ange- traute Lauren (»Prinzessin«) Sánchez (27 Kleiderwechsel), die in Venedig unter enormem Aufwand inklusive Starauf- gebot geheiratet haben, zur Freude von Hotel- und Gastgewerbe, zum Ärger aller, die ihre Stadt von neuem als Vergnügungs- park und Freilufttheater missbraucht sahen. Mich hat's gefreut; denn was im- mer am eigenen Leben falsch, verlogen und korrupt ist: gegen diese zwei, »er- reichend den First des Leeren« (Lao-tse, auch Laozi), bin ich Jesus Christus, und welch ein großes, wirklich großes Glück, hier nicht eingeladen gewesen zu sein.

Widerstand denkbar, Wahrheit als Gemenge widersprüchlichen menschlichen Handelns erkennbar zu machen, kurz, feministische Literatur zu erschaffen. Von dieser Arbeit wollen wir reden, sie zeigen, sie fortführen – auch und gerade jetzt, wo autokratische Ultramännchen inhumane Kriege führen und den Backlash anheizen und sogar hier- zulande eben erst erkämpfte Ansätze, die Welt weniger kolonialistisch und patriar- chal zu lesen, total verleugnen und für obso- let erklären. Der Ton wird immer aggressi- ver, Hasspropaganda und Gewalt nehmen überall zu. Umso dringender braucht es gutes Erzählen.

Ganz schön viel Gepäck, und Fragen bleiben obendrein: Ist es ein Ausweis schrift- stellerischen Könnens, wenn »Ultramänn- chen« Kriege führen, die an Humanität viel zu wünschen übrig lassen, und es nur mehr darum geht, die Welt anticolonial zu lesen, statt sie unpatriarchal einzurichten? Ist es nicht ein bisschen übergeschnappt, Wahr- heit als Gemenge aus Widersprüchen allein in feministischer Literatur zu entdecken (statt auch bei, hm, mir), und noch überge- schnappter, »gutes Erzählen« allen Ernstes gegen J. D. Vance antreten zu lassen? Hat der feministische Scharfblick es nicht zuletzt eher verzeihlich gefunden, wenn patriarcha- le Kämpfer jüdische Frauen vergewaltigen, bevor sie ihnen das Geschlecht zerfetzen, und hat nicht der blutjunge Kriminalschrift- steller Jakob Arjouni vor genau vierzig Jah- ren in seinem Debüt *Happy birthday, Türke* auch ohne Theorie-Brimborium reale Herr- schaft und Gewalt im Zeitgeschehen sehr schön sichtbar gemacht?

Aber was frage ich mit meinem Scheu- klappen-Blick, der immer nur das sieht, was er sehen will. Auf dem Nachttisch wär's Pa- tricia Highsmith.

Schwindel

Die Wahrheit ist freilich, dass es ohne Ge- trommel nicht geht, und also hat, schreibt mir der Verlag Roughbooks, Daniel Bayer- storfers Gedichtband mit dem gar nicht mal so guten Titel *Neulich starb Antigone* seine

»Marmorhand am Puls der Zeit«. Ge- schult im Witz bayrischer Urviecher wie Jean Paul oder Herbert Achternbusch zelebrieren diese Gedichte mit kosmischem Überschuss ihr großes »Weltkompositum«. Prähistorie und Futur geraten untereinander und gene- rieren mitten in den »ältesten Stunden der Gegenwart« eine Art poetisches Wurmloch, in dem alles sagbar scheint,

wobei ja dafür nun ein Internet genügt. Aber Jean Paul ein »Urviech«? Und wie sieht das aus, wenn Prähistorie und Futur unter- einander geraten: Wird dann die Marmor- hand geschlichtet haben müssen?

»ich hat nichts zu sagen. ich will das nicht: sagen.«

Warum tut es die Roughbooks-Kollegin Theresa Luserke dann?

In Theresa Luserkes Lyrikdebüt geht es darum,

schon falsch; denn die Aufgabe von Lyrik ist eben nicht die Antwort auf die Frage, »wer mit welcher Legitimation spricht und welche neuen Wirklichkeiten sich aus dem poetischen Sprechen ergeben« (Verlag), denn wenn der Jargon klingelt, horchen allemal jene auf, die für Poesie gar kein Ohr haben. Lyrik ist dagegen, wenn mein alter Schwiegervater ohne kosmischen Überschuss am Kaffeetisch Celan-Verse aus dem Kopf holt. Denn, mit Urviech Jean Paul zu seufzen: Die vorgedichteten Schmerzen unterhalten lange.

Ohnmacht

»Der Steirische Herbst ist ein interdisziplinäres Festival für zeitgenössische Kunst« (Wikipedia), und in seinem 58. Jahr

ist der Satz »Nie wieder ist jetzt« zum Schlachtruf einer israelischen Regierung geworden, die die Bedrohung durch einen neuen Holocaust nutzt, um den Krieg gegen die Hamas auf unbestimmte Zeit fortzuführen – und vollständig auf die Zivilbevölkerung Gazas auszuweiten. Angesichts all des Blutvergießens seit 1945 klingt der Slogan »Nie wieder« zunehmend hohl.

Wie die Alliierten vor 1945 den alten Holocaust zum Anlass nahmen, den Krieg gegen Deutschland auf unbestimmte Zeit fortzuführen – und vollständig auf die Zivilbevölkerung von Köln oder Dresden auszuweiten. Das war nicht schön; aber Bedrohung ist Bedrohung, und bislang fanden nur Nazis, dass die Juden die Shoah »nutzen«. Aber Israelkritik ist seit dem 7. Oktober 2023 halt ein interdisziplinäres, zunehmend hohles Festival:

In einer Leuchtturmstadt wie New York wäre Zohran Mamdani eine Symbolfigur, der danach auch der Weg nach Washington offenstünde. Die Konservativen wissen das. Mit aller Macht haben sie gegen ihn intrigiert, ihn als Antisemiten verleumdet, weil er die Mörder von Gaza als Völkermord bezeichnet, ihn als potenziell staatsfeindlichen Aktivist skizziert. Selbst die mächtige »New York Times« machte mit. Aber – fast schon ein Wunder – es war vergebens.

Denn so weit reicht nicht einmal die Macht der New Yorker Zeitungsjuden, dass einer, der Völkermord nennt, was Andrian Kreye vom Feuilleton der mächtigen »Süddeutschen Zeitung« als Massaker bezeichnet, nicht der erste muslimische New Yorker Bürgermeister würde, mit einem zeitgenössisch linken Programm aus Mietendeckel plus Free Palestine.

Da bin ich froh, die Wahl erst gar nicht zu haben; mir reicht schon die Entscheidung, ob ich nicht endlich mal die Morgenzeitung wechseln muss.

Gottesbeweis

Zum Glauben nicht und nicht zur Religion
Zogs je mein Herz. Vom Kopfe wolln wir schweigen.
Der denkt im Traume nicht daran, obschon
Mein Stammbaum manchen Christen in den Zweigen
Beherbergt, der im Jenseits nun verschnauft.
Noch meine Eltern wurden einst getauft.

Im Fernsehn winkt ein neuer Papst den Leuten.
Ein Heini namens Kiese Wetter fordert,
Im dritten Anlauf Moskau zu erbeuten.
Ich fordere, dass man ihn wegbeordert.
Nun zeigt uns munter jede neue Wahl:
Dem Schwachsinn mangelt's nie an Personal.

Jetzt stopfen sie die Waffenarsenale
Zugleich mit den Kasernen wieder voll.
Die Blödheit ist nun eine epochale
Und wandert ungehindert durch den Zoll.
Ein höh'res Wesen also muss, ein Geist
Da sein, der ihnen in die Hirne scheißt.

Marco Tschirpke

Orgasmus

Wie lange es wohl her ist, dass die Meldung, das Schicksal der »Weißen Rose« werde, in Füßen und Münden, als Musical aufgeführt, als Satire auf die Neigung von Kulturindustrie gegolten hätte, alles mit Ähnlichkeit zu schlagen?

Das Musical ist eine Unterhaltungsform, die Kunst in ihrer allumfassenden Gesamtheit auf der Bühne miteinander vereint. Ob Schauspiel, Gesang, Tanz, Musik, Literatur, Bildende Kunst. Wie also könnte man das Leben dieser jungen Helden schöner zelebrieren, als auf diese Weise?

Das Komma am falschen Platz zelebriert gewissermaßen das Verkehrte in seiner allumfassenden Gesamtheit; denn häufig steht's ja unten, weil's oben fehlt. Wie geil ist das denn.

Krampf

Und schließlich ist es, glauben wir dem historischen Wanderinnenführer *Rebellinnen zu Fuß* von Anneke Lubkowitz (Kein und Aber),

kein Zufall, dass Caspar David Friedrichs berühmtes Bild »Der Wanderer über dem Nebelmeer« einen Mann zeigt: Der Naturraum wird hier als Männerdomäne markiert.

Falls nicht, der billigsten aller Deutungen zum Trotz, im romantischen Geist als undominierbar. Natur im Gegenteil als Frauendomäne zu markieren führt dann geradewegs in den Kitsch; weshalb das geschlechtsneutrale Schild »Naturschutzgebiet« für alle sicher das Beste ist.

Stefan Gärtner



HEC EST ILLA DEQVA SACRA CANVNT EVLOGIA
SOLE AMICTA LVNAM HABENS SVB PEDIBZ
STELIS MERVIT CORONART DVODENIS

»Is' noch nicht fertig!«

Zu den vielen Talenten Ernst Kahls gehörte auch die Vortragskunst. Wie er am 17. Juni 1999 im Hamburger Schauspielhaus das Publikum in Schnappatmung versetzte, daran erinnert Gerhard Henschel

In der Schauspielhauskantine veranstalteten Ernst Kahl, Fanny Müller, Kay Sokolowsky, Fritz Tietz, Rayk Wieland und ich nun zur Abwechslung mal eine Lesung, die unter dem Motto »Frieden, Frieden über alles!« stand. Dem Publikum berichtete Rayk eingangs von Frau Vahlefelds Protest dagegen, daß wir in diesem »mit 36 Millionen Mark hochsubventionierten Haus« im Mai Witze über den Krieg gerissen hätten, und er kündigte für diesen Abend hammerharte Friedenslyrik an.

Kay Sokolowsky machte den Anfang. Er hatte irgendwo ein sozialistisches Friedenslied von einem gewissen Jens Gerlach ausgegraben und schmetterte es in den Saal: »Ein Mann allein – was ist das für ein Mann? / Die Einsamkeit macht Männer taub und dumm, / und weil der Mann allein nicht leben kann, / bringt er im Koller und're Männer um ...«

Danach rezitierte Fanny Müller mit gestrenger Stimme das Gedicht »Frieden« aus der Feder der Schriftstellerin Eva Strittmatter: »Ich schlafe mit dir. / Du schläfst mit mir. / Wir schlafen mitnander. / Kindliches Wort. / Frieden: kein Wildern in fremdem Revier. / Ich nur mit dir. / Du nur mit mir. / Die Welt ist ein bewohnbarer Ort.« Darüber wurde weidlich gelacht, und Fanny sagte: »Ich finde, man muß aber dankbar sein, daß es doch recht kurz ist ...«

Ich sagte anschließend das vielstrophige Gedicht auf, in dem der evangelische Theologe Friedrich Schorlemmer uns Mitmenschen unter anderem zum Fahrradfahren ermutigt hatte (»Spiel das Spiel / Sieh das Ziel / Streu die Saat / Steig aufs Rad / Und sag es weiter«), bevor Fritz Tietz eine Schweigeminute einlegte, und zwar im Gedenken an eine Friedensgruppe, die sich in den frühen achtziger Jahren jeden Montag auf dem Bielefelder Jahnplatz versammelt hatte, um zwei, drei Stunden lang für den Frieden zu schweigen.

Ganz im Geiste des Friedens und der Verbrüderung stand auch eine Erzählung, die Ernst Kahl vortrug. Er schickte voraus, daß Erdferkel und Nasenbären einander gewöhnlich spinnefeind seien. In seiner Geschichte ließ sich nun allerdings das Erdferkelpärchen Ismael und Ines auf einen Partnertausch mit dem geilen Nasenbärenpärchen Jürgen und Berta ein. Dieser drollige Tierporno brachte auch Ernst selbst immer wieder zum Lachen, und dann rief er sich zur Ordnung: »So, weiter!« Auch Ismael war jetzt ohne Fell und



Ernst Kahl (1949–2025)

brummte Berta schweinische Sätze ins Ohr. Mit den Worten »Das ist aber ein strammer Sack, bring mich bloß nicht zum Überlaufen!« griff sie ihm geschmeichelt in die Eier, worauf er mit seiner langen Erdferkelzunge zwischen ihre schmachttenden Ficklippen fuhr und anerkennend ihre Puperze rieb. »Hinein, hinein, hinein mit der Stinkekralle!« kreischte sie, als der erste Orgasmus sie voll durcheinanderwirbelte. Auch Jürgen war nicht untätig geblieben: Mit seiner Pfote – hier hielt Ernst inne, weil er lachen mußte, und er rief: »Man muß sich das einfach mal vorstellen – die waren verfeindet! Die waren verfeindet! Verfeindete Geschlechter! Also, das muß man

einfach wissen! Erdferkel und Nasenbären – normalerweise geht da überhaupt nichts! Also, man tut sie in 'n Zoo, und schon – pffrt!«

Da krümmte sich das Publikum bereits vor Lachen.

»Also«, rief Ernst, »wir sind noch nicht zu Ende! ... kreischte sie, als der erste Orgasmus sie voll durcheinanderwirbelte. Auch Jürgen war nicht untätig geblieben: Mit seiner Pfote zwischen Ines' prallen Schenkeln massierte er ihren geschwellenen Lukenfiez, während sie ihm geil den buschigen Schwanz mit Potzensaft wichste. Alle schweinigelten rücksichtslos herum wie die Buschgänse. »Los, ihr geilen Möpse!« bellte Berta lüstern. »Alle Pipel aufs französische Stroh!« Völlig entblößt robbten die Leiber dicht aneinander zur Lodder-Ecke, wo sie gleich weitermachten mit hemmungsloser Schweinigelei. Es ging drunter, drüber und dazwischen, sprich, Berta schmiß Ismael auf den Rücken und Jürgen Ines auch, wo er dann verkehrtherum drauf lag, aber mit Bertas kreisendem Fickarsch über seinem Kopf, und hatte gleich günstig ihr heißes Sabberloch vor der Schnauze –«

Wegen eines neuen Lachanfalls mußte Ernst hier kurz pausieren, doch er nahm den Faden sogleich wieder auf: »Moment! Is' noch nicht fertig! ... vor der Schnauze und der Saft trieb seine Geilheit noch mehr auf die Spitze, während Ismael ihm die Eier lutschte und ...« Moment! Is' noch nicht fertig, ehrlich! ... lutschte und eine Krallen aufreizend hart in Ines' Arschloch steckte ...«

Wir bekamen inzwischen alle kaum noch Luft vor Lachen, aber Ernst machte weiter: »Ja, paß auf! Nee, ich bin nämlich echt noch nicht fertig! ... die seinen Fickkrüssel auf eine nie dagewesene Größe massierte, worauf unter geilem Stöhnen gewechselt wurde, sprich, Berta schluckte Ismaels Gewürzgurke jetzt voll und ganz, und Ines kniete und bewegte ihren schwitzenden Vollmond vor und zurück, so daß auch Jürgens steife Schlange voll und ganz Genuß hatte. Dann leckte er Ines' Auster, wobei sie Ismaels scharfen Fink in ihre dampfende Rosette führte ...«

Vor Lachen fielen manche Leute nun buchstäblich von den Stühlen. Zum Ausklang war auch noch die Rede von einem »Riesentrompetensolo« aus Bertas Arsch und einem gemeinsamen Bad in »Schokoladenpudding« aus den Hinterteilen im Elefantengehege, und Rayk Wieland sagte: »Es ist immer schön, was hier so möglich ist in einem mit 36 Millionen Mark hochsubventionierten Haus ...«

Nach der Halbzeitpause ging es zwar noch lustig weiter, aber an den Tierporno reichte nichts mehr heran.

Leicht gekürzter Vorabdruck, mit freundlicher Genehmigung des Verlags Hoffmann und Campe, aus Gerhard Henschels Großstadtroman, der im November erscheinen wird. Die Rechtschreibung folgt den Maßgaben des Autors

Prolog vor dem Film

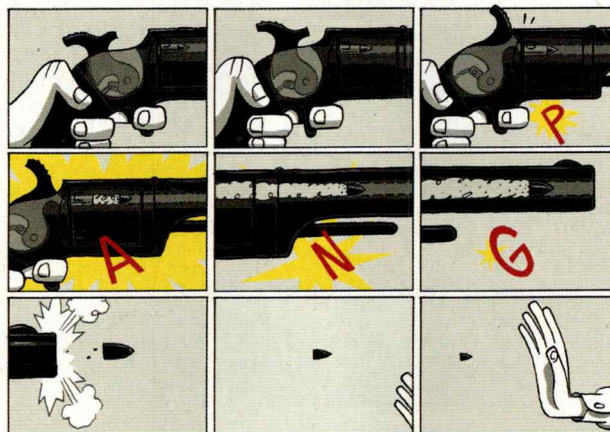
Der Brite Eadweard Muybridge revolutionierte die Fotografie in der Belle Époque und wurde zum Pionier des bewegten Bildes. Eine Comic-Biografie von Guy Delisle würdigt den genialen Kauz. Von Peter Kusenber

Im Herbst 1881, 14 Jahre bevor die Gebrüder Lumière ihren Kurzfilm »Der begossene Gärtner« in Paris öffentlich vorführten und die Skladanowskys das Berliner Publikum mit »Das boxende Känguruh« erstaunten, galoppierte ein Schattenriss-Pferd über eine Leinwand im Salon des französischen Malers Ernest Meissonier. 200 geladene Gäste, darunter namhafte Kollegen wie Auguste Rodin, wurden Zeugen dieses Spektakels. Drei Jahre zuvor war es Eadweard Muybridge (1830–1904) in San Francisco erstmals gelungen, eine Sequenz fotografischer Abbilder eines galoppierenden Pferdes zu erstellen.

Möglich war diese, wie Zeitgenossen es nannten, »Zauberei«, weil Muybridge zwei Dutzend Fotoapparate entlang einer Reitbahn arrangierte, die mit Kollodium-Nassplatten bestückt waren. Wegen der Empfindlichkeit der Platten war es nötig, sie sofort in Dunkelkammern zu verarbeiten, wofür Muybridge ebenso viele Assistenten beschäftigte. Das Pferd galoppierte an der Kamera-Kolonnade vorbei, elektrische Kontakte lösten die Aufnahmen aus, so dass ein wenige Sekunden dauernder »Film« entstand. Das technisch Revolutionäre war die Belichtungszeit von wenigen Millisekunden – Muybridges Kollegen lupften noch einige Sekunden lang den Hut von der Linse, um Licht auf die Platte zu bringen. Um sich Ausstattung und Personal leisten zu können, ließ der gelernte Buchhändler aus Südengland sich vom Eisenbahnmogul Leland Stanford finanzieren. Dieser besaß nicht nur Geld wie Heu, sondern zudem ein erfolgreiches Rennpferdestüt und wollte seinen Standesgenossen

beweisen, dass für kurze Zeit alle vier Hufe eines galoppierenden Pferdes keinen Bodenkontakt haben.

Die freundschaftliche Beziehung zu Stanford währte gut 13 Jahre, bis der Multimillionär die Forschungsarbeit des Fotografen zur Dienstleistung für seine Zwecke degradierte, was Muybridge extrem verärgerte. Seit einem schweren Postkutschen-Unfall im Jahr 1860 hatte sich sein Wesen verän-



Das bahnbrechende Muybridge-Verfahren, angewandt auf eine Sequenz in Guy Delisles Comic

dert, aus dem liebenswerten Buchhändler wurde ein besessener Fotograf und Tüftler. Vor seiner revolutionären Galopp-Inszenierung hatte er das amerikanische Hinterland bereist und dank unerschöpflicher Experimentierlust erstaunliche Fotos erstellt, die er vor Publikum präsentierte. Ab 1879 verwendete er für die Aufführungen das selbst erfundene Zoopraxiskop, einen Projektor, der eine Stroboskopscheibe mit darauf applizierten Fotografien enthält, die, auf eine Leinwand gestrahlt, den Eindruck einer fortlaufenden Bewegung erwecken.

Der kanadische Comic-Autor Guy Delisle ist seit seiner Adoleszenz ein Bewunderer Muybridges, sein neues Werk *Für den Bruchteil einer Sekunde* eine detaillierte und dezent komische Hommage an den unter Trickfilmern – Delisle arbeitete mehrere Jahre für ein Animationsstudio – berühmten Erfinder. Die Darstellung des Briten als genialen Kauz erlaubt es, die unschönen Seiten in Muybridges Charakter ohne Abscheu zu betrachten. 1874 erschoss der Fotograf kaltblütig den Liebhaber seiner Gemahlin, der vermutlich der Vater des einzigen Kindes war, um das sich Muybridge nach Prozess, Scheidung und Tod der Gattin kaum noch scherte. Nach seiner Verhaftung wurde der geständige Mörder von der Jury für »nicht schuldig« befunden: »wegen gerechtfertigten Totschlags«, der »dem Recht der menschlichen Natur« entspreche. In den folgenden Jahren verstörte er die Granden der Universität von Pennsylvania, für die er zeitweilig arbeitete, indem er seine Assistenten nötigte, sich für Fotoaufnahmen zu entkleiden, und bei deren Weigerung selbst nackt für die Aufnahmen posierte: Ein dünner, seit seinem Unfall weißhaariger Mann, den die elitären Akademiker für einen »alten, einem Landstreicher gleich gekleideten Exzentriker« hielten.

Delisle zeichnet Kulissen und Accessoires mit der von ihm gewohnten Akkuratess, während die Gesichter der Figuren schlicht skizziert bleiben. Muybridge etwa sieht aus wie eine Waldschrat-Version von Lucky Luke. Bei der Inszenierung seiner Muybridge-Biografie nutzte Delisle nicht allein historische Quellen, sondern erfand avantgardistisch anmutende Szenen, etwa die finalen Lebenssekunden des Fotografen als *Freeze Frame*-Sequenz.

Delisles rundum gelungene Biografie ähnelt in puncto Witz, Stil und Erfindungsreichtum dem Comicwerk *The Thrilling Adventures of Lovelace and Babbage* von Sydney Padua über Charles Babbage, einen Computerpionier des 19. Jahrhunderts. Kleine Patzer wie ahistorische Karten (mit der BRD in den Grenzen von 1990) und ein fehlgezeichnetes Versprechen Muybridges (an die Mutter, nicht wie von der Autorin Rebecca Solnit belegt, an die Großmutter) sind nicht weiter der Rede wert. Denn Inhalt und Form harmonisieren wunderbar miteinander und illustrieren auf unterhaltsame Weise die technisch anspruchsvolle Vorgeschichte des Mediums Film.

Guy Delisle: *Für den Bruchteil einer Sekunde: Das bewegte Leben von Eadweard Muybridge*. Aus dem Französischen von Ulrich Prüffrock. Reprodukt, Berlin 2025, 208 Seiten, 26 Euro

Peter Kusenber schrieb in konkret 7/25 über den Comic *Schweigen*

Im Säurebad



Picture Alliance/Reuters/Piroschka Van De Wouw

Ein Arsch saß neben einem Mann,
Der wollte in den Arsch und dann
Hinauf durch manche Röhre.
Wie aber kam der Mann da rein?
Er kroch dem Arsch ins Loch hinein,
Grazil, wie eine Möhre.

Des Arsches Rektum war nicht hohl,
So schwamm die Möhre pudelwohl
In Arsches Exkrementen.
Schon bald erreichte glückeswarm
Ein dünner Mark den dicken Darm
Des Welten-Topregenten.

Quietschmunter ging es froh bergauf:
Ein Meter lang in seinem Lauf
Der dicke Darm des Arsches!
Der Weg war kurz und freute sehr,
Denn auf sein Ende folgte der
Beginn des Langen Marsches:

Drei Meter lief der dünne Darm,
An engsten Kurven gar nicht arm,
Wild hin und her wie planlos!
Doch ist ein Kriechspurautomat,
Der weder Hirn noch Rückgrat hat,
Nicht automatisch zahnlos.

Behende fraß der Mann sich durch,
Sein Körper schleimig wie ein Lurch
Und zitternd vor Behagen.
Dann sah er ihn. Weit, hoch und groß
Im Glucksenschmatzergasausstoß:
Des großen Arsches Magen.

Mit einem heißen Stoßgebet
Sprang's Natogeneralsekret
Hinein und drehte Runden:
Ein Mann an seinem Lebensziel!
Die Säure tat ihr leichtes Spiel,
Dann war der Mann verschwunden

Thomas Gsella

KAIROS / Hauntological Variations« ist, wie die Kunstsammlung Nordrhein-Westfalen stolz verkündet, die »bislang größte Überblicksausstellung« der Arbeiten Julie Mehretus hierzulande. Sie versammelt etliche Arbeiten aus sämtlichen Werkphasen und kontextualisiert sie mit Musikeinspielungen und einem Dokumentarfilm. In dieser Ausstellung kommt viel von dem zusammen, was die globale Linke, zumindest ihr an Theorie interessierter Teil, in den letzten zwanzig Jahren diskutiert hat: Black Lives Matter und afroamerikanische Geschichte; Dekolonisierung und Postkolonialismus in Afrika; die Wiederentdeckung des Jazz; die Globalisierung mit ihren immer unübersichtlicheren Finanz- und Warenströmen – und die Migration mit ihren Strömen an (Wander-)Arbeitern; die Entwicklung der disruptiven Krisen – vom Sturz Saddam Husseins über den arabischen Frühling, den Sturm auf das Kapitol 2021 bis zum Überfall Russlands auf die Ukraine – zur Multikrise; und über allem schwebt das mal vage, mal überraschend schlüssige Konzept der Hauntologie. Viel Stoff.

Mehretu, 1970 in Äthiopien geboren, flüchtete im Alter von sieben Jahren mit ihrer Familie in die USA, lebt in New York und seit geraumer Zeit auch in Berlin. Sie malt

tekturpläne, durchsichtiges Polyester als Maluntergrund, so dass das Bild von beiden Seiten zu sehen ist. Im Kontrast zu den großformatigen Bildern stehen Druckgrafiken, die geradezu simple Motive variieren.

Konzeptionell ist die Ausstellung gelungen, klar und übersichtlich strukturiert, mit einigen raffinierten Ideen. Steigt man die tiefe Treppe im Düsseldorfer Ständehaus hinab, um zur Ausstellung zu gelangen, wird man von einer warmen Klangdusche empfangen. Es sind wabernde, sanft pulsierende, ungreifbare Ambientsounds, die der Jazzmusiker Jason Moran in Auseinandersetzung mit Mehretus Kunst komponiert hat.

Was an politischen und gesellschaftlichen Themen hier in gedrängter Form resümiert wird, ist in der Ausstellung selbst nur am Rande zu erfahren. Man wird nicht von Thesen bedrängt, die Ausstellung setzt ganz auf die Gewaltigkeit der Bilder. Man kann – und sollte vielleicht auch – das Experiment wagen, zuerst die Ausstellung zu erleben, ohne einen der begleitenden Texte zu lesen. Im zweiten Durchlauf, am besten mit etwas Abstand (nachdem man sich die exzellente ständige Sammlung des K21 angesehen hat), dann mit Text. Die Tafeln zu den Bildern und Bildgruppen sind, keine Selbstverständlichkeit im elitären Ausstellungsbetrieb, verständig geschrieben.

sind. Das wird besonders deutlich in den Arbeiten, denen Architekturpläne zugrunde liegen. »Invisible Line (collective)«, 2010/11 entstanden, besteht – im Hintergrund – aus feinen Linienzeichnungen für Bauten in Manhattan, die nie realisiert wurden. Diese Zeichnungen werden auf die Leinwand projiziert, wo sie Mehretu und eine Vielzahl von Assistenten superexakt abpausen, eine Arbeit, die sich über Monate hinziehen kann – und man weiß jetzt schon: das ist keine kostengünstige Kunst. Das Ergebnis sieht wie ausgedruckt aus – glatt und passgenau –, ist aber Handarbeit. Überhaupt zieht sich die Makellosigkeit der Bilder durch die ganze Ausstellung: keine Arbeitsspuren, keine auch nur leicht verrutschten Ansätze, aber auch keine haptische Anmutung.

Im nächsten Schritt übermalt Mehretu die Linienzeichnungen, vielmehr: Sie malt sich in sie hinein. Diese mehrfachen Schichtungen, die jeweils abstrakt-motivisch in sich geschlossen sind, entstehen im Dialog mit dem Ausgangsmaterial, nutzen es zudem als Sprungbrett für Assoziationen und Themen, die nichts mehr mit dem Material zu tun haben. »Invisible Line (collective)« ist dem arabischen, genauer: ägyptischen Frühling gewidmet; Mehretu beendete es während der euphorischen Wochen von Husni Mubaraks Sturz. Was impliziert, dass diese Assoziati-

Gespenster für Goldman Sachs

Eine große Retrospektive der Künstlerin Julie Mehretu in Düsseldorf hinterlässt Zweifel, doch keinen, der ein Nachfragen provoziert. Die Ausstellung zielt eher darauf ab, dass keine Fragen bleiben. Von Felix Klopotek

im Modus der Verdichtung und gleichzeitig der Vaporisierung von Details und abstrakten Motiven. Was sich widersprüchlich liest, bildet sich in der Praxis auf verschiedenen Schichten ab, aus denen sich ihre Werke ergeben. Was in der einen Schicht undurchdringlich ist, ist in der anderen weitflächig zerstäubt. Diese abstrakte Kunst gruppiert sich um konzeptionelle Kerne: bearbeitete und bis zur Unkenntlichkeit vergrößerte Fotografien gegenwärtiger Ereignisse, Archi-

Was macht das Bildgewaltige aus? Die Museumswärter lassen einen nah an die bisweilen übergroßen, raumfüllenden Leinwände heran. Beides muss man machen: ganz nah heranzoomen, aber auch aus der Distanz blicken. Erst in der Verschränkung beider Perspektiven erschließt sich das Bild. Die Komplexität erwächst aus den Details, die man aus der Fernsicht gar nicht wahrnehmen kann, umgekehrt wird klar, dass diese Details keine Gags und nichts Ornamentales

von nicht von Anfang an feststand, sondern sich im Laufe der Arbeit einstellte. Das theoretische Konzept, das dieser Assoziationsarbeit zugrunde liegt, ist die Hauntologie beziehungsweise Hauntology. Mittlerweile kursiert auch eine deutsche Übertragung: Heimsuchungslehre. Das klingt schon nicht mehr so hip, trifft's aber ganz gut.

Der Begriff geht auf eine scharfsinnige Beobachtung Jacques Derridas zurück und deren großzügige Anwendung durch den

marxistischen Kulturwissenschaftler Mark Fisher. 1993 veröffentlichte Derrida seinen Essay *Marx' Gespenster*, in dem der französische Philosoph sich daran abarbeitete, dass die vielleicht berühmteste Stelle, in der Karl Marx auf den Kommunismus zu sprechen kommt, diesen als Gespenst einführt: »Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus« (*Das kommunistische Manifest*, 1848).

Der Kommunismus ist etwas, was Europa – und schon längst die ganze Welt – heimsucht, ob wir es wollen oder nicht. In einer Welt, in der Reichtum Armut produziert und Fortschritt Zerstörung, ist dieses Gespenst das unheimliche Anwesende, Angstbild und Mahnung, verschwommene, fast gestaltlose Hoffnung und realer Schrecken (der Herrschenden). Der 2017 tragisch aus dem Leben geschiedene Mark Fisher ist sicherlich nicht der einzige Hauntologe, aber wohl der wichtigste. Seine Arbeitshypothese: Der sich als alternativlos ausgebende Kapitalismus bringt dennoch ständig kulturelle Artefakte hervor, in denen »das Andere« des Kapitalismus anwesend ist, das ihm widerspricht, untergründig destruktiv wirkt, über ihn hinausweist und auch tröstende, kraftspendende Momente entbirgt.

Der Kapitalismus wird seine Gespenster nicht los. Fisher entdeckte sie in den Filmen von David Lynch, in der Dub-Technik jamaikanisch-britischer Reggae-Produzenten, im Space-Jazz eines Sun Ra. Die Hauntologie löst den Begriff der Utopie ab, sie zeichnet keine Wunschbilder, sondern setzt sich mit der unheimlichen Anwesenheit verdrängter Wünsche, Sehnsüchte und Ängste auseinander. Sie ist offen in beide Richtungen: Sie beansprucht, die Alpträume des Kapitalismus zu dechiffrieren, und findet Spuren von Widerstand und Subversion in den Zonen ambiger kultureller Praktiken. Das ist natürlich Futter für Hipster, für die alles, was ihnen irgendwie unverständlich ist, »hauntologisch« sein kann. Man sollte daran erinnern, dass Mark Fisher in erster Linie Marxist war und dann erst Hauntologe.

Dass Mehretus Kunst hauntologisch ist, leuchtet sofort ein. Ausgangspunkt ist die gesellschaftliche Realität, entweder vermittelt in architektonischen Entwürfen oder in Gestalt bekannter Fotografien krisenhafter Ereignisse. Diese Realität ist aber als solche nicht mehr erkennbar. So sind die Fotogra-

fien nur noch als verschwommener Hintergrund, als Schattenspiel anwesend – und auch das erschließt sich unter den Schlieren, zerhackten geometrischen Formen, den Farbmischungen, die wie Details übergroßer Graffiti anmuten, nicht spontan. Gleichwohl ist dieses realistische Material der Stoff, der die weitere Arbeit an dem Bild bestimmt. Sicherlich nicht ausschließlich – Mehretu und ihre Assistenten arbeiten über einen so lan-

legt wurde, die ein Kran durch die Oberlichter hievte.

Solche Kunst setzt einiges an Vorfinanzierung voraus, die nur potente Geldgeber leisten können. In diesem Fall der Finanzdienstleister Goldman Sachs, dessen New Yorker Zentrale das Wandbild ausschmückt. Es versinnbildlicht die globalen Ströme des Kapitals; Mehretu hat dazu Grafiken über Kapital- und Warenexporte, wie man sie aus

Schulatlanten kennt, adaptiert und sie in abstrakte Symbole übersetzt. Im Dokumentarfilm schlüsselt sie diese Symbole auf, durchaus stolz darauf, dass es ihr gelungen ist, diese profanen Grafiken in raffinierte Kunst zu übersehen, als ob diese Ströme ein Wert an sich wären. Aber was hat das mit Kritik zu tun?

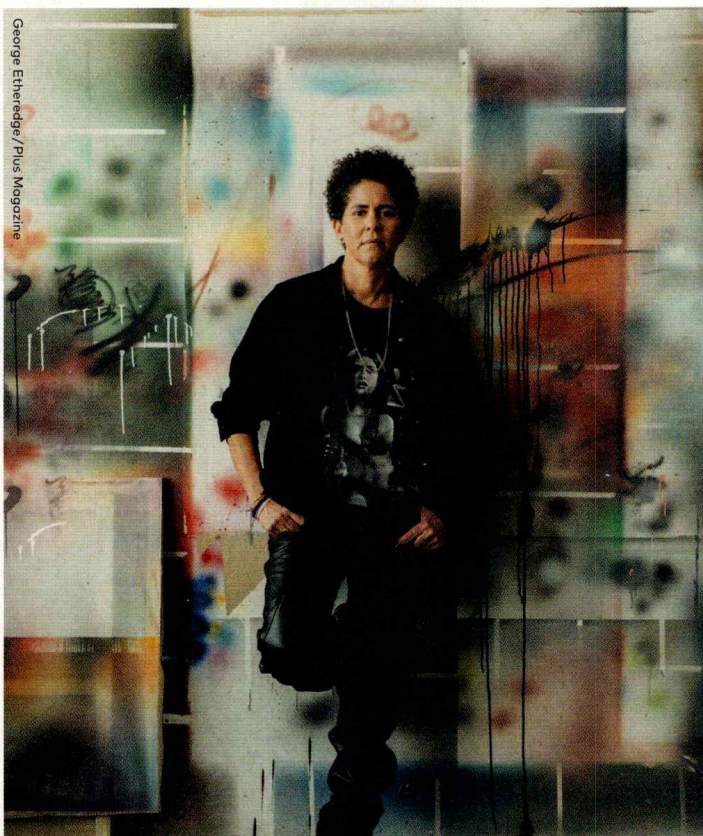
In der Ausstellung bleibt offen, wie Mehretu ihre Kunst politisch verortet, ob es, über die Anwesenheit hauntologischer Materials hinaus, überhaupt eine Verortung gibt. Die Frage nach dem sozialkritischen Gehalt ihrer Kunst drängt sich auf – und wird an keiner Stelle beantwortet. Es ist auch kein Katalog zur Ausstellung herausgegeben worden. Fast hat man den Eindruck, als ob es gälte, eine Kunst, die vor einigen Jahren mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit als »woke« rezipiert worden wäre, möglichst neutral und ohne jede eindeutige Wertung zu präsentieren.

Braucht es denn eindeutige Wertungen? Natürlich nicht. Man denkt ja schließlich selbst.

Skepsis kommt in dem Moment auf, wo wir von der Arbeit für Goldman Sachs erfahren. Die ist eindeutig konformistisch, und die Frage an Mehretu hätte sein müssen, wie sie den Zusammenhang zwischen der Tätigkeit von Unternehmen wie Goldman Sachs und den Krisen unserer Zeit, auf die sie so sensibel reagiert, eigentlich einschätzt? Das Unbehagen schleicht sich ein: Dass diese Kunst, die so präzise gearbeitet ist, auf unpräzisen und vagen Vorstellungen von Gesellschaftlichkeit beruht – mit denen die Besucher, die Mehretus Bilder als Verarbeitung der Krisen unserer Zeit verstehen, genauso gut leben können wie ihre Auftraggeber.

»KAÏROS / Hauntological Variations«. Ausstellung im K21 in Düsseldorf. Bis 12. Oktober täglich außer montags von 11 bis 18 Uhr geöffnet, mittwochs bis 22 Uhr

Felix Klopotek schrieb in konkret 6/25 über linke Affirmation und Kritik der Nation



Äußerst präzise gefertigte Werke mit einer wenig präzisen Vorstellung von Gesellschaftlichkeit: die Künstlerin Julie Mehretu vor einem ihrer raumgreifenden Bilder

gen Zeitraum an einem Bild, dass auch neue Ideen einfließen –, aber doch so grundsätzlich, dass sie ihre Bilder zu Werkgruppen ordnen kann, in denen es jeweils eine Ausgangsidee gibt. Die Realität ist in ihren Bildern also hauntologisch geworden – gespensterhaft in den Hintergrund gerückt, aber doch stets bemerkbar. Das fertige Bild verhält sich zu diesem Hintergrund, und hier erschließt sich der Ausstellungstitel vollständig, wie ein Kairos, also die Übertragung der Heimsuchungen in das »rechte Maß«, ihre gelungene künstlerische Sublimierung.

Wie ambivalent diese Methodik ist, verrät der Dokumentarfilm, der in der Ausstellung gezeigt wird und uns anschaulich Mehretus Arbeitsweise erklärt. Höhepunkt ist der Einblick in den Entstehungsprozess eines gigantischen Wandbildes, das sie und ihre Assistenten in einer ehemaligen Fabriketage erarbeiteten und das sich nur abtransportieren ließ, indem es in Einzelteile zer-

Der dickste Hund

Adam Kirsch demontiert die »Settler Colonial Studies« als unwissenschaftlich und tendenziell antisemitisch. Von Stefan Gärtner

Der Idealrezensent bin ich nicht, als Freund und Autor der Berliner Edition Tiamat sowie einer, den der Ekel ankommt vorm ewig linken Israelhass; dass es am Buch *Siedlerkolonialismus* des New Yorker Lyrikers, Kritikers und Essayisten Adam Kirsch wenig auszusetzen gibt, ist aber nicht meine Schuld.

»Siedlerkolonialismus« ist der letzte Schrei postkolonialer Forschung, die den Ansatz, Kolonialismus als Motor allen Welt Übels zu begreifen, noch einmal radikalisiert, indem ein Siedlerstaat wie die USA unrettbar schuldig bleibt, solange er nicht dekolonisiert, also der Ureinwohnerschaft zurückgegeben worden ist. Das initiale weiße Unrecht des Landraubs verjährt nämlich nicht und bleibt, als Erbsünde, den Nachfahren der Siedler und ihrem Gemeinwesen protestantisch eingeschrieben, und alle Versuche, Indigene und Siedlerstaat zu versöhnen – gleiches Recht für alle in einem modernen, pluralen, demokratischen Land –, sind Verrat an »irreduzibler Alterität«, wie es ein Vertreter der »Settler Colonial Studies« nennt. Blut und Scholle sind so untrennbar wie Blut und Schuld, und wonach das riecht, lässt sich noch mit Schnupfen leicht merken, sofern man nicht Progressistin und/oder Antisemit ist.

Denn während es auf der Hand liegt, dass sich die USA, Kanada und Australien nicht zurück ins Eigentum von Native Americans, First Nations und Aborigines überführen lassen werden – die sich, schreibt Kirsch, auch mehr für die Verbesserung ihres realen Status interessieren als für identitäre akademische Esoterik –, besteht bei Israel eine reale Chance, es von der Landkarte zu tilgen, damit die »indigenen« Palästinenser »ihr« Land zurück erhalten; als wären Juden in der Levante nicht ebenso seit je daheim. Aber die Siedlerkolonialstudien begreifen sich, wissenschaftsfern genug, als aktivistisches Unterfangen, und da darf es nichts verschlagen, dass es, wie Kirsch nachweist, unseriös und böse ist, Israel überhaupt als Kolonialstaat zu rubrizieren, schon weil israelische Juden kein anderes Mutterland haben als eben Israel: »Sie oder ihre Vorfahren verließen ihre einstigen Länder, in denen sie Verfolgung oder gar einen Völkermord erlitten hatten, und kehrten nie wieder zurück. Deshalb werden sie für ihr

Land kämpfen, aber nicht wie die Franzosen in Algerien oder Vietnam, sondern wie die Algerier und Vietnamesen.« Die frühen Zionisten, sozialistisch, wie sie waren, hätten sich sogar ausdrücklich geweigert, arabische Arbeiter heranzuziehen, und auszubeuten habe es in der lokalen Unwirtlichkeit sowie so nichts gegeben. »Heute leben zwischen Mittelmeer und Jordan jeweils etwa sieben Millionen jüdische und arabische Menschen. Diese Parität macht deutlich, dass das Siedlerkolonialmodell, dem zufolge ein Volk ein anderes auslöscht und ersetzt, der israelisch-palästinensischen Erfahrung nicht gerecht wird.«

Doch während China in Xinjiang exemplarisch siedlerkolonial vorgeht, konzentriert sich das, was Kirsch unumwunden als »Ideologie« bezeichnet, aufs »palästinensische Paradigma«, wonach das Ende des jüdisch-israelischen »Genozids« am palästi-

Indigenität als schönste Hauptsache der Welt

nensischen Urvolk mit dem Ende des Bösen in der Welt zusammenfällt: »In der Ideologie des Siedlerkolonialismus werden wirkliche politische Konflikte zu symbolischen Kämpfen zwischen Licht und Dunkelheit, und jeder, der auf der falschen Seite steht, ist ein legitimes Ziel; da dürfen dann auch Begriffe (wie eben Genozid) gedehnt werden, bis sie passen, und Indigenität wird zur schönsten Hauptsache der Welt. Kirsch: »So weit wir zurückblicken können, gibt es keine *terra nullius* (Niemandland, d. Red.) und keine echte Indigenität. Jedes Volk, das ein Gebiet in Besitz nimmt, hat es einem anderen Volk weggenommen, das es wiederum anderen weggenommen hat« – ein Gedanke, mit dem schon Jean Améry vor fünfzig Jahren Israel beigesprungen ist, das, anders als die Araber, den Teilungsplan der UN aber akzeptiert hatte. Dass die palästinensische »Nakba« schon auch Folge des arabischen Überfalls auf Israel war, geht bei Kirsch ein wenig unter, der sich keinesfalls dem Vorwurf der Parteilichkeit aussetzen will und

also Verständnis dafür hat, »dass die Palästinenser nicht anerkennen können, dass die Juden sich in der Situation eines einheimischen Volkes und nicht der eines Kolonisators befinden, denn im Verhältnis zu den Arabern Palästina ähnelt Israel tatsächlich einer Kolonialmacht«. Was leicht quer zur zuvor so vorzüglich geleisteten Dekonstruktion des Kolonialismusvorwurfs liegt, falls die Ähnlichkeit nicht schlicht darin besteht, dass es auf der Westbank Besatzer und Besetzte gibt; was aber, wie Kirsch doch weiß, seinen Grund darin hat, dass »die international anerkannte Grenze des Landes es wiederholten Angriffen aussetzte«.

Wenn die Menschheit sich von Afrika aus über die Erde verbreitet hat, ist die pauschale Verneinung einer »terra nullius« allerdings unplausibel (falls man nicht, noch einmal radikaler, Flora und Fauna mit einem Besitztitel ausstattet), und soweit Wikipedia sieht, waren die Aborigines wirklich die ersten Australier. Die eigentliche Frage ist, ob das eine Vertreibung aller, die später kamen, rechtfertigt, sich also ein Unrecht durch ein anderes wiedergutmachen lässt, falls es denn Zufall ist, dass sich die Frage konkret nur im Fall Israel/Palästina stellt: »Der palästinensische Sieg wird die Menschheit auf eine höhere Bewusstseinsstufe führen«, zitiert Tim Stosberg im Nachwort den puertoricanischen Soziologen Ramón Grosfoguel, der immerhin mal in Berkeley gelehrt hat. Das ist, zwischen Aftermythologie und rousseauistischem Kitsch, so das Niveau.

Die »Settler Colonial Studies« sind der bislang dickste Hund, auf den die progressistische Linke gekommen ist. Sie sind, analysiert Kirsch mit einem Blick auf Walter Benjamins tief pessimistischen »Begriff der Geschichte«, die jüngste Karikatur revolutionären Engagements: »Verzweiflung über die Zukunft zwingt uns dazu, unsere Hoffnung in die Umgestaltung der Vergangenheit zu setzen.« Viel anders hält es Höcke nicht. ●

Adam Kirsch: *Siedlerkolonialismus. Ideologie, Gewalt und Gerechtigkeit*. Aus dem Englischen von Christoph Hesse. Mit einem Nachwort von Tim Stosberg. Edition Tiamat, Berlin 2025, 200 Seiten, 24 Euro

Stefan Gärtner schrieb in konkret 7/25 über das Buch *Die Liebe zum Hass*

Joe Dunthorne

Kinder des Radiums

Auf den Spuren meiner jüdischen Familie

Aus dem Englischen von Hans-Christian Oeser.

Berlin-Verlag 2025, 256 Seiten, 24 Euro

»Meine Großmutter wuchs damit auf, dass sie sich ihre Zähne mit radioaktiver Zahnpasta putzte.« Der erste Satz von Joe Dunthornes Memoir *Auf den Spuren meiner jüdischen Familie* setzt den lakonischen Grundton des Buches und weckt neben Neugier vielfältige Assoziationen und Nachdenklichkeit – wie das ganze Buch.

»Doramad – erzeugt im Munde natürliche Frische!« So warb die Berliner Auergesellschaft AGH für eine Zahncreme, die Dunthornes Urgroßvater, der Chemiker Siegfried Merzbacher (1883–1971), entwickelt hatte. Seine Tochter Dorothea, Dunthornes Großmutter, starb 2017 mit 92 Jahren in Edinburgh. Zwei Jahre später fand der Schriftsteller im Familienarchiv Merzbachers Memoiren – Auslöser seiner Spurensuche.

Dunthorne kannte seine deutsch-jüdischen Vorfahren mütterlicherseits bis dahin nur aus heldenhaften Anekdoten – etwa über ihre Flucht in die Türkei 1935 oder einen Coup während der Olympischen Spiele 1936, als die Familie Briefe und Erinnerungsstücke aus dem eigenen Haus stahl. »So war es nicht«, sagte seine unsentimentale Großmutter. Doch wenn er nachfragte, verschloss sie sich. »Sie erkannte den Tonfall von jemandem, der nach Trauma trauert.« Er erinnert sich, »wie ihr Gähnen zunehmend aggressiver wurde, bis sie schließlich sagte: ›Sag mal, warum liest du nicht einfach ein Buch darüber?‹«

Dunthorne beschränkte sich nicht auf Aktenstudium. Nachdem er erfahren hatte, dass sein Urgroßvater an der Entwicklung immer effizienterer Giftgase (»Superlost«) beteiligt war, reiste er zu den Tatorten, traf Historiker, Archivar und Aktivisten. Das idealisierende Bild, an dem er festhalten wollte, zerbrach. Die Fakten sind schwer zu ertragen, das Thema ist durchzogen von Widersprüchen und Schuld. Dennoch erzählt Dunthorne spannungsreich, mit Wärme, mildem Sarkasmus und trockenem Witz.

Siegfried Merzbacher lebte bis 1935 mit seiner Familie in Oranienburg, nördlich von Berlin, und entwickelte ab 1928 für die Auer-Gesellschaft Chemiewaffen. Man wollte »gut vorbereitet sein, falls man sich später entschließen sollte«, diese »Stoffe serienmäßig herzustellen«, schrieb er beschwichtigend. Obwohl er Bedenken hatte, fand er Wege zur Selbsttäuschung.

Während Dunthorne sich in der radioaktivsten und »gefährlichsten Stadt Deutschlands« aufhielt, musste ein Ortsteil evakuiert werden, weil erneut ein Blindgänger der über 200.000 dort abgeworfenen alliierten Bomben gefunden worden war. Oranienburg war

wegen des KZ Sachsenhausen »SS-Stadt« und Zentrum der Giftgasforschung, beherbergte eine geheime Anlage für die Produktion von Uranoxid für das Nazi-Atombombenprojekt, und nur wenige Schritte von der Wohnung der Merzbachers entfernt war eine alte Brauerei bereits am 21. März 1933 in ein Konzentrationslager umfunktioniert worden. In der Fachzeitschrift »Die Gasmaske« fand Dunthorne einen Artikel über »Die Kohlenmonoxyd-gefahr in Garagen«, den sein Urgroßvater 1935 mitverfasst hatte. »Das Wissen um die kommenden Ereignisse außer Acht zu lassen, ist schwer«, schreibt Dunthorne mit Blick auf die Gaswagen der Nazis, die später in Sachsenhausen gebaut und erprobt wurden, »zumal Siegfrieds Mitautor NSDAP-Mitglied war.«

Die Spurensuche führt Dunthorne nach Halle-Ammendorf, Ankara, New York und München. Ammendorf war nach Oranienburg die führende Senfgasfabrik, Tausende Tonnen Kampfstoff lagerten dort. Er trifft den Aktivist Erich Gadde, der seit Jahrzehnten die gehäuft vorkommenden Krebserkrankungen im Ort durch die vorhandenen Altlasten nachzuweisen versucht. Als Dunthorne ihm eine Passage aus Siegfrieds Memoiren zeigt, in der dieser seine Arbeit be-reut, sagt der 82-jährige: »Im Namen aller Deutschen entschuldige ich mich.« Dunthorne ist es sehr peinlich, Gadde in diese Lage gebracht zu haben. Er versteht, dass es für sie keine gemeinsame Sprache über die verworrene Vergangenheit gibt: »Die eine Geschichte macht es unmöglich, die andere zu würdigen.«

Es wird noch schlimmer. Dunthorne entdeckt, dass Siegfrieds Gehalt nach der Emigration in die Türkei zur Hälfte von der Auer-gesellschaft weitergezahlt wurde. Seine Tätigkeit beim türkischen Roten Halbmond in Ankara war nicht so humanitär, wie er sich das gewünscht hatte. Dunthorne reist nach Dersim, wo das türkische Militär 1937 und 1938 chemische Waffen aus Deutschland in einer brutalen Mordkampagne gegen alevitische Kurden und Zaza einsetzte. Dunthorne notiert knapp: »Ich spürte Empfindungen, die meine Fähigkeit zu empfinden überstiegen.«

Vorab hatte er dafür gesorgt, dass seine Gesprächspartner über seine Familiengeschichte Bescheid wussten. Doch er erlebte »nichts als Liebenswürdigkeit und Gastfreundschaft«. Sein Gewährsmann in Dersim, der sein Leben der Dokumentation der Ereignisse gewidmet hat, sagte ihm: »Falls Ihr Urgroßvater an diesem Massaker beteiligt war, falls er bei diesem Völkermord eine Rolle gespielt hat – wir verzeihen ihm.«

Nach dem Krieg ging die Familie Merzbacher in die USA. Siegfried ließ sich 1957 wegen einer Depression in eine psychiatrische Klinik einweisen, wo er seine Memoiren schrieb. Erst am Ende des 1.858 Seiten langen Konvoluts gesteht er, »seine Prinzipien« verraten zu haben und fürchtet, seine Schuld »nie mehr loszuwerden«. Im gesamten Werk bleibt die Schuld jedoch unerwähnt.

Im gesamten Werk bleibt die Schuld jedoch unerwähnt.

Hat Dunthorne sich mit dem falschen Familienmitglied beschäftigt? Am Ende erzählt er die Geschichte von Siegfrieds Schwester Elisabeth. Sie kümmerte sich zeitlebens um jüdische Kinder, gründete Heime und floh im letzten Moment vor den Nazis aus München nach Tel Aviv. Am Ende ihres Lebens schrieb sie eine Würdigung ihrer nicht emigrierten Mitarbeiterinnen: Alice Bendix und Hedwig Jacobi blieben bis zuletzt bei den Kindern und wurden mit ihnen nach Auschwitz deportiert.

Das letzte Kapitel spielt 2023 in London, wo Dunthorne mit seiner Familie lebt. Auch dort finden sich radioaktive Überreste im Boden. Er beobachtet mit seinen Kindern ein Schwanenpaar, das »strahlend weiße Eier« ausbrütet. Am Ende des Sommers schlüpfen die Küken. »Wir mussten glauben, dass sie gesund waren. Wir gaben jedem von ihnen einen Namen.«

Sabine Lueken



Werbefoto der Auergesellschaft, für die Siegfried Merzbacher Giftgas entwickelte (um 1937)

Im Frühjahr 1986 wurde Elem Klimows Kriegsfilm »Komm und sieh« in Kinos der DDR gezeigt und im Jahr darauf auch in der Bundesrepublik. Aus der Perspektive des jungen Partisanen Fljora, höchst eindringlich von dem Laiendarsteller Alexei Krawtschenko gespielt, sah man da zum erstenmal in Deutschland, wie die nationalsozialistischen Truppen in Weißrussland gehaust und die gesamte Einwohnerschaft eines Dorfs, zusammengetrieben in einer Scheune, bei lebendigem Leibe verbrannt hatten.

Kriegsverbrechen hatten sie in mehr als 9.000 weißrussischen Ortschaften begangen und dabei von 1941 bis 1944 mehr als zwei Millionen Menschen massakriert. Ins öffentliche Bewusstsein drang davon jahrzehntelang so gut wie nichts; weder in der DDR noch

ging, hat die Zeugin Sinaida Putronak aus dem Dorf Borkawitschy erzählt: »Fein säuberlich stachen wir Grassoden aus. Du zeichnest so ein Quadrat. Wir legten die Soden beiseite, schaufelten den ganzen Sand weg, dass man sich hinsetzen konnte, hoben so eine Grube aus. In Körben trugen wir den Sand dann weit weg und verbargen ihn unter Moos. Die Deutschen wussten ja, dass es solche Verstecke gab, und als die Expedition kam, suchten sie danach. Wir hatten das alles sorgfältig getarnt: Sand, dann dicke Bohlen, die sich nicht durchbiegen, und dann Sode um Sode ordentlich wieder an ihren Platz. Alles so wie es war, wieder auf diese Bohlen. Und streuten dann Nadeln über diese Soden. Genau wie der Wald ringsum. Und wir bauten so, das man noch Luft bekam. Graben an einem großen Baum, bei einem

Frau hatte den deutschen Henkern zugerufen: »Ihr habt ja keine Sprache!«, da schnitten sie ihr die Zunge heraus, schnitten ihr die Brüste ab, einer Siebzugjährigen.«

Solche Erinnerungen haben sich den Überlebenden unweigerlich tief eingeprägt. Doch nicht alle Berichte sind so klar. Man muss berücksichtigen, dass die Zeugen nicht nur gealtert waren, sondern auch völlig ungeübt darin, Fremden Auskunft über traumatische Erlebnisse zu geben. Daher ist es bisweilen schwer, den Erzählungen zu folgen. Spürbar ist jedoch durchweg die Bereitschaft, sich das Grauen noch einmal zu vergegenwärtigen, so wie in der Aussage der Dorfbewohnerin Alena Ilnitschna Batura: »Die Mutter liegt tot da, das Blut sprudelt. Bruder und Schwester liegen tot im Bett, das Blut sprudelt. Was tun? Ich will doch noch leben. So will es

»Wenn sich doch die Erde auftäte!«

Der deutsche Vernichtungskrieg gegen die Sowjetunion forderte allein in Weißrussland mehr als zwei Millionen zivile Opfer. Das Buch *Feuerdörfer*, nach 50 Jahren endlich auch auf Deutsch erhältlich, lässt die Menschen sprechen, die die Wehrmachtsmassaker überlebten. Von Gerhard Henschel

in der Bundesrepublik und auch nicht in der Sowjetunion: Erwünscht waren dort Berichte über die Ruhmestaten der Roten Armee, aber keine Schilderungen des Leidens der Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg. Trotzdem bereisten die Schriftsteller Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladsimir Kalesnik ein Vierteljahrhundert nach Kriegsende 147 weißrussische Dörfer, nahmen die Aussagen der Überlebenden auf Tonband auf und collagierten daraus das Buch *Ich bin aus einem verbrannten Dorf*, das nun endlich auch in deutscher Übersetzung unter dem Titel *Feuerdörfer* erschienen ist.

Die Barbarei der Deutschen sprach sich nach Beginn der Invasion schon bald bis in die entlegensten Dörfer herum. Viele Familien legten unterirdische Verstecke im Wald an, um sich zu schützen. Wie das vor sich

großen Baum, mit einer Öffnung bei den Wurzeln, mehreren. Dass du Luft kriegst, wenn du da sitzt, atmen kannst. Lang sitzen konnte man da ja nicht, nur bis die Expedition durch war. Dann kriechst du aus deinem Versteck, bist ganz gelb im Gesicht und schwindlig ist dir. In der Erde, ganz in der Erde drin.«

Manche konnten sich auf diese Weise retten; viele nicht. Wenn die deutschen Besatzer eintrafen, geschah immer das gleiche: Sie plünderten die Häuser, stahlen das Vieh, trieben die Bewohner zusammen, verschleppten die Kräftigeren zur Zwangsarbeit nach Deutschland und verbrannten oder erschossen alle anderen. Mitunter spießten sie Kleinkinder mit Bajonetten auf und schracken auch sonst vor keiner Greuelthat zurück. In einer Zeugenaussage heißt es: »Eine alte

das Schicksal auf dieser Welt. Da öffnete ich den Keller, zwei Dielen, ich kroch in den Keller und sperrte mich selber ein. Wie ich rein-kroch, sah ich, dass ein Haus brennt ... Wahrscheinlich werden sie auch das hier abbrennen. Im Rauch zu ersticken ist schlimmer, sollen sie mich besser erschießen! Ich will rauskriechen. Aber wie ich in den Keller gekrochen bin, lag die Mutter tot auf dem Fußboden, und ich hatte eine weiße Bluse an, die nahm das ganze Blut auf. Am Rücken nahm sie das Blut auf. Ich merkte das nicht, erst hinterher hab ich es mitbekommen. Ich kroch wieder raus und weiter in den Garten. Da waren zwei Gemüsebeete, die Mutter hatte dort rote Rüben angebaut. Ich kroch in eine Furche, legte mich lang hin, auf den Bauch – sollten sie mich hier ... Da hör ich: Sie feuern drüben beim Nachbarn ... Wenn sich doch die



Picture Alliance/Everett Collection

»Die Menschen brennen in blauen Flammen«: Wehrmachtsmassaker in einem weißrussischen Dorf, nachgestellt in dem Spielfilm »Komm und sieh« von Elem Klimow

Erde aufatete, ganz tief. Dann hör ich: Sie kommen unser Haus anzünden.«

Man kann sich leicht vorstellen, wie diese Aussage vor Gericht von der Gegenpartei zerpfückt worden wäre: Wo hatte die tote Mutter gelegen? Im Erdgeschoss oder im Keller? Und wie konnte ihr Blut noch sprudeln, wenn sie tot war? Es gehört jedoch nur wenig Phantasie dazu, sich auszumalen, wie schwer es sein muss, derartige Höllenfahrten säuberlich und widerspruchsfrei zu rekonstruieren.

Weiter heißt es in diesem Bericht: »Da bin ich so, wie sagt man, weggerobbt, mit den Ellbogen, wie so eine Schlange, raus aus den Beeten, zum Kartoffelacker. Und lieg im Graben, wieder in der Furche. Schüsse. Die Kugeln: ziu-ziu-ziu! Das Dorf brennt, die Balken stürzen zusammen, Funken fliegen ... Oj, der Weltuntergang. Der Weltuntergang, und ich bin ganz allein – was soll ich tun so allein? Ich hab Angst, ganz allein leben zu müssen ... Ich denk mir, das ist in allen Dörfern so, das ist der Weltuntergang, es gibt keine Menschen mehr. Und auch keine Welt.«

Für die meisten weißrussischen Opfer der deutschen Kriegsmaschinerie hatte die Welt bis dahin nur im dörflichen Zusammenhang existiert, und für die Kleinkinder wird es nicht groß anders gewesen sein als für Grimmelshausens Romanhelden Simplicius Simplicissimus, der sich bis zu dem Angriff feindlicher Soldaten auf den Hof seines Vaters während des Dreißigjährigen Krieges eingebildet hatte, dass außerhalb davon keine anderen Menschen lebten. Und wo hätte es noch eine Welt geben sollen, wenn neben dem eigenen Dorf auch alle Nachbardörfer niedergebrannt worden waren?

Von einer besonders bestialischen Tat berichtet die Zeugin Alena Bulawa: »Und ein kleines Kind ... Von Kazja war das – sie waren hingegangen und hatten Kazja getötet, aber das Kind war noch am Leben. Es krabbelte, da sind sie hin und reißen ihm mit dem Seitengewehr das Bäuchlein auf. Und es krab-

belt, das arme Ding, zu seiner Mutter, lebt noch, und die Gedärme hingen raus.«

Wie hochnäsiger ist dennoch der kriminelle Generalfeldmarschall Wilhelm Keitel 1945 zur Unterzeichnung der Kapitulationsurkunde geschritten, in vollem Wicks und mit dem Marschallstab in der Hand: Auf YouTube kann man sich diese Szene ansehen. Sie steht in einem gespenstischen Kontrast zur Aussage der Zeugin Marya Skok: »Und noch vor der Hinrichtung hatten sie sich an den Leuten vergangen: sie mit der Forke malträtet, auf ihnen herumgetrampelt, sie geschlagen – oj! Da waren kleine Kinder, noch am Leben, auf die sind sie draufgetreten. Manche wussten, dass die Deutschen gern Eier mögen, da bringt so ein Kind ihm ein Ei und sagt, er soll es nicht töten. Und er gibt ihm einen Tritt, dass es gleich umgeworfen wird – und tritt auf es drauf. (...) Und ein Mädchen saß da – die Mutter hatten sie umgebracht, und da saß sie, vier Jahre alt, und bettelte: »Mama, nicht mehr schlafen, steh auf, wir wollen nach Hause.« – Sie haben sie auch erschossen.«

Kinder mussten auch als Druckmittel erhalten. Der Dorfbewohner Makar Sajaz, der die Besatzer zu einem Partisanenversteck führen sollte, berichtet: »Meine Familie war auch mit mir da. Sie greifen sich ein Kind und erschießen es. – »Bring uns hin, dann erschießen wir die anderen nicht!« – Aber ich weiß ja, wenn ich sie hinbring, hab ich mehr fremdes Blut getrunken, als sie von meinem vergießen würden. Ich brachte sie nicht hin.« Daraufhin wurden zwei weitere seiner Kinder erschossen.

Abertausende hatten den Tod ihrer Kinder mitansehen müssen, so wie der Kriegsinvalide Mikalaj Branawizki aus einem Dorf im Gebiet Minsk, der seine fünfjährige Tochter bei sich hatte: »Wie sie anfang zu weinen, haben sie ihr mit der Maschinenpistole eine Garbe verpasst, dass der kleine Schädel weggeflogen und das Gehirn an die Wand gespritzt ist, da war sie tot.« Er selbst

fand sich in einer brennenden Scheune wieder: »Dann rappel ich mich auf aus den Leichen. Oh! Die Decke stürzt schon ein, sie brennt! Die Menschen brennen in blauen Flammen. Hatten sie sie begossen, oder war das Feuer so in Gang gekommen? Sehen Sie, es ist ja Fett, der menschliche Körper. Ist eben so. Er brennt wie in blauen Flammen, wie Benzin!«

Wer bei den Massenerschießungen nicht tödlich verwundet worden war, tat gut daran, sich totzustellen. Die Autoren haben einige Aussagen von Überlebenden zusammengestellt, die unbemerkt in Leichenhaufen gelegen hatten: »Was man inmitten von Toten dachte, welche Ängste diejenigen hatten, die nicht getroffen worden waren: »Auf den Toten schmilzt der Schnee nicht, aber auf mir. Das merken sie!« Oder: »Ich fing vor Kälte an zu zittern, das sehen sie!«

In ihrem Nachwort geht die Slawistin Nina Weller auf die Widerstände ein, denen die Autoren sich in der Sowjetunion gegenüber sahen. Ihnen wurde Defätismus vorgeworfen, weil ihr Buch von Opfern handele und nicht von Heldentaten, und den kommunistischen Zensoren passte es auch nicht, dass Gewaltakte der Partisanen gegen das eigene Volk erwähnt wurden. Im Grunde ist es ein Wunder, dass das Buch – selbst in der zensierten Form – in der Sowjetunion überhaupt erscheinen konnte. Die Veröffentlichung der deutschen Übersetzung, für die Thomas Weiler mit dem Übersetzerpreis der Leipziger Buchmesse ausgezeichnet wurde, war seit Jahrzehnten überfällig. ●

Ales Adamowitsch, Janka Bryl und Uladsimir Kalesnik: *Feuerdörfer. Wehrmachtsverbrechen in Belarus – Zeitzeugen berichten.* Aus dem Belarusischen von Thomas Weiler. Mit einem Vorwort von Irina Scherbakowa und einem Nachwort von Nina Weller. Aufbau, Berlin 2024, 588 Seiten, 39 Euro

Gerhard Henschel schrieb in konkret 6/25 über die dubiose Vergangenheit des Münchner Instituts für Zeitgeschichte

konkret entsorgt den Sprachmüll der Medien

Dass dieses. Das

Der Kapitalismus ist ein Chamäleon, erklärte die österreichische Schriftstellerin Marlene Streeruwitz neulich in der 3Sat-Sendung »Kulturzeit«. Oder eine Chimäre? Ein Charmützel? Ein Chignon? Nein, ein Chamäleon, das sich immer so zeigt, wie der Ride am besten ist. Karl Marx, wäre ihm diese Einsicht beizeiten gekommen, hätte sich die drei Bände seines Hauptwerks wohl sparen können. Und heutzutage reitet der Kapitalismus so, dass er auf höhere Einsicht pfeifen kann: *Der braucht auch keine Literatur mehr.*

Trotzdem hat sie nun ihren neunzehnten Roman geschrieben. »Auflösungen« laute sein Titel, behaupteten alle Feuilletons. Das war falsch. Er heißt »Auflösungen.«. Was uns der Punkt im Titel bedeuten soll, verrät die Dichterin nicht. Er entsprang wohl ihrer Liebe zur trippelnden Interpunktion. »So leckt mich doch am ...!« fluchte Goethe vorgestern noch. »Kreuzweise?«, würde la Streeruwitz antworten. Denn »Sausages.«, rief der Beamte immer wieder. »Kalbasa.«, dachte sie. Aber sie sagte nichts.

Da der Rezensent zumal gegen das Monatsende kaum geneigt ist, für 28 Euro ein Kulturgut des S.-Fischer-Verlags zu erschwingen, das er und der Kapitalismus eigentlich gar nicht brauchen, las er nur die kostenlose Probe der ersten 43 Seiten.

Die Frau war sofort zu sehen. Die Frau lag ganz vorne auf dem Boden. Sie war vom Gate her den Gang heruntergekommen und hatte die Frau liegen gesehen. Die Einwanderungsbehörde für Personen mit E STA und Visa Waiver aus der europäischen Union die erste Abteilung. Es stand kaum jemand an, und die Frau war zu sehen. Die Frau lag knapp an der breiten, leuchtend gelben Linie, über die eine in die USA eintrat. Diese leuchtend gelbe Linie, die so sorgsam bewacht wurde. Über die gelbe Linie tritt eine andere in die USA ein? Nein, »eine« ist das feminine »man«.

Wäre der Roman, der so anhebt, ein »Jerry Cotton«, geriete »Sie«, die sich dem Tatort auffällig harmlos nähert, beim Leser unter Mordverdacht. Die Frau aber ist lebendig und bleibt ohne Zuwendung, weil alle anwesenden Beamten und alle Reisenden ihr boshaft unterstellen, sie habe irgendwelche Mittel geschluckt, um medizinische Betreuung zu erheischen und ihre Abschiebung aus den USA zu vereiteln. Die Personen mussten an der Frau vorbei. Auf beiden Seiten wurde an der Frau vorbeigegangen. Alle. Jede Person. Es wurde kurz vor dieser Frau am Boden verharret. Dann gingen alle sehr schnell an der Frau vorbei.

Denn so geht es zu im Trumpland des Jahres 2024! Eine Wiener Lyrikerin ist persönlichen und beruflichen Problemen in die USA entwichen: *Warum konnte die Franzi nicht verstehen, dass diese eine Handlung vom Georg. Dass dieses Verlassen. Dass das bis zum heutigen Tag ihr Leben bestimmte. Weiterhin. Und deshalb nie selbstbestimmt. Alles auf diesen einen Augenblick zurückging. Unveränderbar zwingend sich alles darauf zurückführte und von ihm bestimmt war.*

Endlich angekommen, schließt sie die Tür: *Sie schloss die Tür hinter Dr. Hilling. Ging ans Fenster zurück. Die Aussicht. Dr. Hilling hatte gemeint, die Aussicht auf Südmanhattan sei etwas ganz Besonderes. Sie. Sie wohne in einem kleinen Haus hier in der Gegend ganz ohne jede Aussicht. Und dann war sie gleich gegangen.*

Sie besucht den historischen Vortrag einer jüngeren Frau, die keine Ahnung hat und deswegen die Gedanken alter Männer annahm wie Pflanzenarten, die gefährdet waren. Sie nahm die Gedanken dieser Männer und legte sie zwischen Löschblätter zum Pressen in Lexika. Sie presste die Gedanken. Gepresste Gedanken. Sollte sie etwas sagen? Sollte sie nach dem Kontext fragen? Sollte sie fragen, wie der Kampf dieser Männer gegen ihre eigene subalterne Position die Subalternität der Frauen selbstverständlich einschloss. Verstärkte.

Am Rande der Veranstaltung wird ein junger Mann von einem Polizisten elektrisch misshandelt, bloß weil er ein Palästinasertuch trägt: *Wenn einer ein schwaches Herz hatte. Und wer konnte ein star-*



Nicht nur Gedanken lassen sich zwischen Buchdeckeln pressen, sondern auch Stilblüten

kes Herz voraussetzen und einfach tasern. Dieser security man. Wie selbstverständlich der gleich. Aber protestiert hatte auch niemand. Obwohl. Das wusste sie nicht. So am Ärmel festgehalten von diesem Germanisten.

Auch der Hadschi Halef Omar darf nicht fehlen, jenes besonders in Schülerzeitungsredaktionen der Mittelstufe beliebte rhetorische Kunststück, eine Person oder eine Sache ans Ende eines Satzes zu stellen, um gleich nach dem Punkt erneut mit ihrer ganzen Namenspracht anzuheben: *Sie trat wieder zurück. Hielt Ausschau nach der Hausnummer. Der Platz für die Hausnummer heller als die Fassade rundherum. Aber keine Hausnummer. Sie suchte wieder auf google maps. Google maps befahl ihr, ihren Standort preiszugeben.*

In der Presse waren nicht wenige Besprecher der »Auflösungen.« angetan vom Sog, den diese Sprache auf den Leser übe. Man könnte ihn auch einen Tritt vors Schienbein der Kalligrafie nennen. Die Sprache, die hier geschrieben wird, ist nicht die der literarischen Moderne, sondern deren später Zerfall. Streeruwitz verwechselt die Destruktion der Form mit der Kritik an der Gesellschaft. Das ist keine Literatur, sondern Sprachmüll mit Moralbriefchen.

Joachim Rohloff

Eat the Frog Kollektiv

Uncivilisation

The Dark Mountain Manifesto
JazzHausMusik

Man kann gar nicht anders, als dieser Aufnahme zuzuhören. Die Alternative wäre ausschalten, nebenbeihören geht nicht. Nicht weil die Stücke besonders *catchy* wären oder schrill. Es liegt zunächst an einem geradezu technischen, hörpsychologischen Effekt. Denn in diesen Stücken wird zur Musik gesprochen, es ist Spoken-Word-Jazz, nein, extremer: Spoken-Word-Free-Jazz. Da sich die Vortragsstimme und die Instrumentalstimmen die Waage halten, kann man weder das eine noch das andere ausblenden. Sobald die Stücke zur Nebensache werden, weil man am Mobilfon daddelt oder die Spülmaschine ausräumt, fangen sie an zu nerven. Ein beiläufiger Zugang zur Musik ist nicht möglich, keine Melodie, keine Textzeile, kein treibender Rhythmus ziehen einen hinein. Um diese Musik zu erfassen, muss man sich ihr ganz und gar stellen – das gilt vielleicht für jede gelungene Musik, aber hier fällt es besonders ins Gewicht.

Das Eat the Frog Kollektiv (EtF) ist ein junges Jazz- und Improvisationstrio aus Essen: Tobias Link spielt Posaune, Tobias Brügge Tenorsaxofon, Stefan Vidal Schneider Schlagzeug. 2022 haben die drei für das Tanztheaterstück »Niemandland« Musik beige-steuert, wichtigste Inspirationsquelle für das Stück war »Uncivilisation. The Dark Mountain Manifesto«. Sie fanden den Text so stark, dass sie ihn vertonen wollten, und haben sich für die direkte Umsetzung entschieden: Der Text wird vorgelesen, sie spielen dazu. Als Sprecher haben sie nicht irgendjemanden gefunden, sondern ... Aber dazu gleich.

»Uncivilisation«, 2009 erschienen, stammt von Paul Kingsnorth und Dougald Hine, die damals Aktivisten der radikalen britischen Umweltbewegung waren. Trotzdem ist ihr Manifest nicht politisch, stellt keinen Forderungskatalog auf und schlägt keine Strategie vor. Es ist ein interessanter Text, durchaus eskapistisch, sich von allen Formen politischen Aushandelns distanzierend. Wie der Titel es schon ausdrückt, versteht sich »Uncivilisation« fundamental zivilisationskritisch. Dabei ist es nicht rückwärtsgewandt, beschwört nicht die Wiederauferstehung ursprünglicher Gemeinschaften. Umgekehrt predigt es auch nicht die Überwindung des Menschseins in einen digital-kybernetischen Transhumanismus. Sondern: Damit wir Menschen unsere Menschlichkeit bewahren, müssen wir aufhören im Menschen, also in uns, das Maß aller Dinge zu sehen. »Uncivilisation« meint, dass sich das menschliche Gemeinwesen als ein Teil der Natur – und zwar ein durchaus untergeordneter – begreift. Die Idee des »Verlernens« von Zivilisation und der Anerkennung der Grenzen, die die Umwelt zieht, ist nicht neu, sondern geht auf den einst gefeierten, dann regelrecht verdrängten amerikanischen Dichter Robinson Jeffers (1887–1962) zurück. Er wird mittlerweile auch in Deutschland neu entdeckt (oder ist das schon vorbei?), doch »Uncivilisation« ist hierzulande unbekannt geblieben. Das liegt daran, dass 2009/10 »Der kommende Aufstand« vom Unsichtbaren Komitee, auch dies ein Manifest, alle Aufmerksamkeit auf sich zog und als Leitfaden für die sozialen Kämpfe im Ausgang der Finanzkrise und im Anbruch des arabischen Frühlings gelesen wurde. Dagegen sind die Erwägungen von Kingsnorth und Hine milde, intellektuell ta-

stend und freundlich im Ton, darauf bedacht, die Fußstapfen Jeffers' nicht zu verlassen.

Der Gestus der Musik – warm, fließend, nicht aus konventionellen (»zivilisierten«) Formen sich entwickelnd – passt zum Text. Die Improvisationen, die sich EtF haben einfallen lassen, sind zwingend. Man würde sie gerne auch ohne den Text hören, aber vermutlich täuscht der Eindruck, denn dann wären sie wohl zu nackt, zu linear. Die Musiker setzen auf Verschmelzung, sie arbeiten keine Kontraste heraus. In der Interaktion mit dem Text aber knistern die Improvisationen, drängen, drängeln, schrauben sich zu einer Klimax, die aber nie zum ekstatischen Ausbruch führt; eine ungeheure Spannung durchzieht die Stücke. Diese Spannung wird vor allem im Kontrast zum Sprecher evoked. Das ist Hayden Chisholm – und ja, ihn in dieser Rolle zu hören, ist etwas besonderes.

Chisholm ist Saxofonist und vor allem eine legendäre Gestalt, über die in der sonst so beschaulichen Jazz-Szene skurrile Gerüchte kursieren. Mal soll er in Belgrad ein Ensemble für mittelalterliche Kirchenmusik geleitet haben, dann wieder wurde er als Gärtner im Bergischen Land gesichtet. Definitiv ist der gebürtige Neuseeländer einer der talentiertesten Saxofonisten seiner Generation, auf seinem Instrument spielt er die Skalen in Vierteltonschritten. Am besten steigt man in sein Universum mit Aufnahmen der Gruppe Root 70 ein. Dass er ein hervorragender Sprecher ist, der mit satter Tenor-



Zwingende Improvisationen von ungeheurer Spannung:
Das Jazz-Trio Eat the Frog Kollektiv

stimme den Text, der doch wohl eher lautes Pathos forderte, fein moduliert, ist eine Überraschung – und auch wieder nicht.

»Uncivilisation«, der Text, setzt nicht auf Revolte, sondern auf Resignation, auf die Überwindung von Todesangst, die von den Autoren als Bruch mit dem Fortschrittsversprechen eines ökonomischen Systems, das auf Ausbeutung beruht, verstanden wird. An sich wäre der Text unserer Zeit nicht mehr angemessen, erst recht nicht nach dem Scheitern solcher Umweltbewegungen wie Letzte Generation und Extinction Rebellion, die er mutmaßlich inspiriert hat. Genau das, was der Text nobel ausspart – soziale Aktion, Strategie und Taktik –, müsste diskutiert werden. Aber noch mal: Dies ist ein Musikalbum, kein Pamphlet. Die improvisatorischen Aktionen von EtF sind keine Untermauerung, sie spielen sich im Laufe der Stücke mehr und mehr in den Vordergrund. Auch Chisholm, den Sprecher, nimmt man nach einiger Zeit als Teil der Musik wahr – und nicht umgekehrt. Die Aussteigerpose des Textes überwinden die Musiker in hitziger, aber nie in schiere Dissonanz mündender Improvisation: ein Fest des Hier und Jetzt. So gelingt es dem Eat the Frog Kollektiv, dem Eskapismus des Ausgangsmaterials zu entkommen. Man hört ihre Musik nicht aus Sehnsucht, sondern zur Stärkung.

Felix Klopotek

Eines der prägenden Ereignisse der deutschen Architektur und Stadtplanung am Ende einer fast 30jährigen Boomperiode war das Europäische Denkmalschutzjahr 1975. Unter dem Motto »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« unternahmen die Mitgliedsstaaten des Europarats eine großangelegte Kampagne zum Erhalt historischer Bauten. Im Mittelpunkt stand das Konzept des integrierten Denkmalschutzes: Nicht nur einzelne Gebäude mit großer stilgeschichtlicher Bedeutung oder besonderer Strahlkraft, sondern auch historische Stadträume, städtebauliche Ensembles und Kulturlandschaften sollten künftig unter konservatorischen Schutz gestellt werden können. Für die zuständigen Denkmalschutzämter war ein Mitspracherecht bei relevanten politischen Entscheidungen vorgesehen.

In Westdeutschland dienten Berlin, Xanten, Trier, Alsfeld und Rothenburg ob der Tauber als Modellstädte mit jeweils sehr unterschiedlichen strukturellen und historischen Voraussetzungen. Dazu war eine vom Landesdenkmalamt Bayern konzipierte Wanderausstellung an verschiedenen Stationen in der Bundesrepublik zu sehen. Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 gilt rückblickend nicht nur als überwältigender Publikumerfolg, es markiert auch den Anfang der bundesdeutschen Denkmalpflege in ih-

und die anhaltende Bedeutung der Denkmalpflege. Zum 40jährigen Jubiläum beispielsweise unternahm 2015 eine von den Kunsthistorikern Michael Falser und Wilfried Lipp herausgegebene Publikation in der Schriftenreihe des Internationalen Rats für Denkmalpflege (ICOMOS) eine lesenswerte Bestandsaufnahme aus europäisch vergleichender Perspektive.

Ausgerechnet zum 50. Jahrestag ist es allerdings – zumindest in Deutschland – auffallend ruhig. Keine Frage, der Denkmalschutz hat einen Bedeutungsverlust erlebt. Bei der Forderung nach einem »Abrissmoratorium«, wie sie derzeit von verschiedenen Seiten laut wird, zeigt sich das besonders deutlich: Denkmalpflegerische Gesichtspunkte spielen dabei kaum eine Rolle. Argumentiert wird fast ausschließlich mit der Vermeidung von Ressourcenverschwendung. Dass bei unnötigen Abrissen nicht nur »graue Energie«, also die beim Bau aufgewendeten materiellen und immateriellen Ressourcen, sondern immer auch historisches Wissen verloren geht, wird kaum diskutiert. Dabei ist der Erhalt von Gebäuden aus ökologischen Gründen etwas entschieden anderes als ihre konservatorische Behandlung. Schließlich gehören zur Denkmalpflege nicht zuletzt wissenschaftliche Erfassung, Vermittlung und eine gewisse Mitsprache der Öffentlichkeit bei baulichen Eingriffen.

genössischen Kritik an technokratischer Planung und einseitigen Fortschrittsvorstellungen zu verdanken. Bestseller wie *Die gemordete Stadt* (1964) von Wolf Jobst Siedler, *Die Unwirtlichkeit unserer Städte* (1965) von Alexander Mitscherlich oder *Bauen als Umweltzerstörung* (1973) von Rolf Keller stellten aus unterschiedlicher Perspektive einen Zusammenhang zwischen der Stadtplanung des Wiederaufbaus und einem mangelnden historischen Bewusstsein der westdeutschen Gesellschaft her. Die Debatte, die sich in solchen Büchern niederschlug, hatte zum Teil deutlich revisionistische Züge: Während der marxistische Psychoanalytiker Mitscherlich den Städtebau der Nachkriegszeit als Ausdruck der ausgebliebenen Aufarbeitung des Nationalsozialismus kritisierte, beklagte beispielsweise der konservative Publizist und Albert-Speer-Verehrer Siedler das Abschneiden »unschuldiger« bürgerlicher Traditionslinien durch die Zerstörungen des Krieges.

Auch in den Veröffentlichungen zum Europäischen Denkmalschutzjahr ist eine Spannung zwischen wissenschaftlich fundierter Denkmalpflege und identitärem Projekt unverkennbar. So hält der 1975 erschienene Katalog zur Wanderausstellung »Eine Zukunft für unsere Vergangenheit« einerseits das Prinzip historischer Authentizität hoch: Der Erhalt von Bausubstanz mitsamt

Kann das weg?

Das Europäische Denkmalschutzjahr 1975 stieß viele positive Entwicklungen in Architektur und Stadtplanung an. Doch davon ist 50 Jahre später nicht viel übrig. Schuld daran sind nicht allein Sparzwänge. Dem Denkmalschutz wird auch seine identitäre Schlagseite zum Verhängnis.
Von Leo Herrmann

rer heutigen Form: Die dreigliedrige, föderale Struktur der Denkmalschutzbehörden und die Gründung des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz gehen auf diese Zeit zurück. Mit der Novellierung des Bundesbaugesetzes fand der Schutz historischer Bausubstanz ab 1980 schließlich auch im Baurecht Berücksichtigung.

Seither feiern zu runden Jubiläen des Aktionsjahrs allerlei Veranstaltungen und Veröffentlichungen die Errungenschaften

Denkmalpflegerische Belange scheinen derzeit als schwaches Argument zu gelten oder weitgehend aus dem Bewusstsein verschwunden zu sein. Das war um 1975 anders: Als die Veranstalter des Europäischen Denkmalschutzjahres eine »fortschreitende Umweltzerstörung« beklagten, war das weniger auf die Ökologie als auf den Verlust historischer Bauten, Räume und Landschaften gemünzt. Seinen Erfolg hatte das Europäische Denkmalschutzjahr nicht zuletzt der zeit-

historischen Brüchen und Überformungen soll an die Stelle idealisierender Überformungen und Rekonstruktionen rücken. Andererseits hantieren die Beiträge im Band wie selbstverständlich mit Begriffen wie »Heimat«, »Identität« und »Lebensraum«. Das Bildprogramm besteht hauptsächlich aus Gegenüberstellungen »gesunder«, historisch gewachsener, oft mittelalterlicher Stadträume mit den Bürohochhäusern, Wohnbauten und Großsiedlungen der Nachkriegsmoder-

ne. Mit ähnlich demagogischen Bildpaaren hatte der nachmalige NS-Kunsttheoretiker Paul Schultze-Naumburg seine berüchtigten *Kulturarbeiten* (1901–1917) illustriert. »Rekonstruktionen von Monumenten, ja ganzen Stadtbildern«, heißt es an einer Stelle im Ausstellungskatalog, seien »in Sonderfällen aus Gründen der »nationalen Identität« eines Volkes oder auch des »Heimatgefühls« einer Bürgerschaft« durchaus zu rechtfertigen. Denkmalpflege geht hier nahtlos in Heimatschutz über.

Umso erschreckender ist, dass sich solche Sätze aus heutiger Sicht wie eine Programmschrift für den bundesdeutschen Städtebau lesen: Spätestens mit der Wiedervereinigung wurden idealisierende Rekonstruktionen geradezu Standard. In den Stadtzentren mussten Bauten der Nachkriegsmoderne weichen, die unangenehm an die durch den Nationalsozialismus heraufbeschworene Zerstörung erinnerten. Sie wurden vielfach durch investorenfreundliche, dafür aber simsgeschmückte Architekturen auf einem willkürlich festgelegten »historischen« Stadtgrundriss ersetzt.

Die damalige Abrisswut traf insbesondere die sogenannte »Ostmoderne« heftig: Der Palast der Republik, die Großkantine »Ahornblatt« – eine baugeschichtlich äußerst bedeutende filigrane Schalenkonstruktion von Ulrich Müther – oder die 2018 abgeräumte Fachhochschule Potsdam sind nur einige Beispiele. Dass der Denkmalschutz in solchen Fällen nicht lauter protestierte, dürfte für seinen Bedeutungsverlust mitverantwortlich sein. Auch gegen die bereinigten Geschichtssimulakra, die am Dresdner Neumarkt, in der Frankfurter Altstadt oder am Berliner Lustgarten entstanden sind, hätte man mehr Widerspruch erwartet – oder eben nicht. Schließlich ist die Geschichte der Denkmalpflege von Beginn an Teil des deutschen Nationalismus, etwa bei der Burgenromantik und der von Sulpiz Boisserée und Georg Moller angestoßenen Vollendung des Kölner Doms im 19. Jahrhundert.

Zu deutschen Großmachtphantasien gehört immer auch der Versuch, eine entsprechend großartige Vergangenheit zusammenzulügen. Gerade deshalb wäre eine Denkmalpflege, die »Verstrickungen« und identitäre Verirrungen ihrer Disziplin reflektiert, dringend nötig. Viele geschützte Bauten sind schließlich selbst in vielerlei Hinsicht gebauter Nationalismus. Zugleich sind die historischen Brüche und Zerstörungen des 20. Jahrhunderts – noch – am Stadtbild praktisch jeder größeren deutschen Siedlung ablesbar. Eine kritische Denkmalpflege, die das Prinzip historischer Authentizität ernst nimmt, müsste sich dringend dafür einsetzen, dass bei künftigen Planungen genau solche Spuren nicht weiter verwischt werden.

Wenn es aber nach Interessenverbänden wie der gut vernetzten Stiftung Mitte Berlin



Auch historisch unbequeme Bauten können Denkmäler sein – schützen möchte sie aber niemand mehr: Die Villa Joseph Goebbels', später von der FDJ genutzt, am Bogensee in Wandlitz/Brandenburg

ginge, würde auch das Marx-Engels-Forum demnächst mit historisierenden Spekulationsobjekten bebaut. Wenn denkmalpflegerische Argumente dazu beitragen, derartiges zu verhindern, wäre das womöglich mehr wert als das erinnerungskulturelle Programm einer ganzen Bundesstiftung. Es steht aber eher zu befürchten, dass das Gegenteil eintreten könnte: Der deutsche Denkmalschutz – so beklagen selbst Funktionärinnen wie die Kunsthistorikerin Ulrike Wendland, seit 2020 Geschäftsführerin des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz – setzt zunehmend auf Leuchtturmprojekte mit »Stimmungs- und Erlebniswert«. Es würde kaum überraschen, wenn einem von Sparzwängen bedrohten Landesamt die Idee käme, eine rekonstruierte Altstadt als Errungenschaft der Denkmalpflege zu präsentieren.

In jedem Fall fehlen für sperrige Projekte – genau solche, die wichtig wären – regelmäßig der Mut und die nötigen Mittel. Das haarsträubendste Beispiel ist derzeit der Waldhof am Bogensee im brandenburgischen Wandlitz, einst das Privatanwesen Joseph Goebbels'. Der NS-Propagandaminister hatte dort nicht nur Ufa-Stars wie Zarah Leander, Heinz Rühmann und seine Geliebte Lída Baarová empfangen, sondern im Frühjahr 1943 auch die berüchtigte Sportpalastrede verfasst. Später wurde auf demselben Gelände nach Plänen von Hermann Henselmann, einem der prägenden Archi-

tekten Ost-Berlins, zusätzlich die FDJ-Hochschule »Wilhelm Pieck« errichtet. Nach Nutzungen als Hotel und als Forstbetrieb stehen die denkmalgeschützten Bauten seit 2005 leer. Das Land Berlin als Eigentümer und der Landkreis Barnim als zuständige Gebietskörperschaft schieben sich seitdem auf geradezu unwürdige Weise gegenseitig die Verantwortung zu.

Natürlich geht es um Geld: Immer wieder stand das Gelände zum Verkauf, als handele es sich um eine gewöhnliche Schrottimobilie. Zuletzt unternahm der Berliner Senat vergangenes Jahr einen entsprechenden Anlauf. Auch dieses Mal, so war inzwischen zu vernehmen, sind keine seriösen Angebote eingegangen. Ein Abriss steht im Raum. Am Ende wird wohl der Stadtsäckel in Person von Finanzsenator Stefan Evers (CDU) entscheiden. Die Denkmalpflege scheint derzeit jedenfalls nicht den Mut aufzubringen, diese wohlfeile Art, sich unbequemer historischer Bauten zu entledigen, ernsthaft zu kritisieren.

Die durchaus interessanten Fragen zur Zukunft des Denkmalschutzes, die schon das Motto von 1975 stellte (»Wessen Vergangenheit? Welche Zukunft? Und welches Wir?«), braucht sie sich bei solcher selbstverschuldeten Bedeutungslosigkeit dann auch gar nicht erst zu stellen. ●

Leo Herrmann schrieb in konkret 7/25 über revisionistische Studien zur NS-Architektur

Kritik der Politik – kurzer Lehrgang

Zum hundertsten Geburtstag von Johannes Agnoli ist ein Buch über seine politische Theorie erschienen. Von Axel Berger

Der Marxismus ist nicht die Lehre von den Revolutionen, sondern die Lehre von den Konterrevolutionen«, schrieb einst Amadeo Bordiga. Denn, so der von Stalin geschasste erste Vorsitzende der Kommunistischen Partei Italiens weiter, »alle wissen sich zu bewegen, wenn sich der Sieg abzeichnet, jedoch nur wenige wissen dies zu tun, wenn die Niederlage kommt, sich kompliziert und andauert«. Isolation und Verzweiflung, vor allem aber fehlende analytische Klarheit, und nicht etwa plumpe Vorteilsnahme, seien die Grundlagen des Opportunismus. In der Tat war und ist das Wühlen der wenigen Anhänger/innen einer klassenlosen Gesellschaft in nicht-revolutionären Zeiten meist weniger von historisch-materialistisch begründeter Strategie als von taktischen Winkelzügen geprägt: Wählen des kleinsten Übels, Märsche durch fremde Institutionen, fragile Bündnisse mit ihren eigentlichen Gegnern, isolierte Kampagnen gegen die größten Zumutungen, (sub-)kulturelle Selbstbehauptung.

Einer der wenigen marxistischen Intellektuellen, der sich substantiell mit diesem Dilemma und seiner Basis – der Analyse des bürgerlichen Staats – befasste, war Johannes Agnoli. Am Anfang stand für ihn die Illusion: »Es liegt eine Faszination in der Vorstellung, das Proletariat bemächte sich gerade der demokratischen Staatsorgane, die von der Bourgeoisie zwar in die Geschichte eingeführt, von ihr aber aufgegeben und verraten worden sind«, schrieb der 1925 in den italienischen Dolomiten geborene und jahrelang an der Berliner Freien Universität lehrende Politikwissenschaftler 1968; um anschließend zu verdeutlichen, dass er diese Faszination ganz und gar nicht teile.

Überraschend war das nicht. Im Jahr zuvor hatte der bis dahin weitgehend unbekannte Agnoli mit seiner Schrift *Die Transformation der Demokratie* einen der zentralen Orientierungspunkte für die im Entstehen begriffene Außerparlamentarische Opposition (Apo) vorgelegt. Darin hatte er die Tendenz des parlamentarischen Verfassungsstaates zur »Involution«, der Transforma-

tion demokratischer Rechte zur Nutzung als reine Herrschaftstechniken, aufgezeigt. Der Sinn bestehe letztlich darin, heißt es weiter, »einen Zustand des sozialen Friedens zu garantieren, in dem gesellschaftlicher Antagonismus und politische Opposition entkräftet« würden. Nicht im Parlamentarismus, sondern nur in den Kämpfen gegen ihn könnten die Besitzlosen also ihre Emanzipation erreichen.

Acht Jahre später legte Agnoli nach. Sein zweites Buch, *Der Staat des Kapitals* – das Gesamtwerk besteht neben diesen beiden Schriften lediglich aus kaum zwei Dutzend Aufsätzen sowie seiner von einem Studenten



Dietz

Theoretiker der Apo: Johannes Agnoli

mitgeschnittenen Abschiedsvorlesung –, stellt trotz des geringen Umfangs von kaum sieben Seiten die bis heute vielleicht konziseste marxistische Analyse des Wesens des »ideellen Gesamtkapitalisten« (Friedrich Engels) dar. Dieses Wesen bestand für ihn vor allem darin, dass die Handlungsfähigkeit des formal gegenüber einzelnen gesellschaftlichen Gruppen autonomen Staats völlig »vom Zwang zur Verwertung und Akkumulation« abhängig sei. Damit aber wäre die grundsätzliche Richtung staatlicher Politik, allen partikularen Aushandlungsprozessen zum Trotz, immer gesetzt: »Die Herren des Staates üben Macht über das Volk aus; und keine gesellschaftliche Herrschaft, die sich gegen die Herren der Ökonomie kehren könnte.« Nur der »auf der gesellschaftlichen Ebene und in

der unmittelbaren Produktion vorangetriebene Angriff gegen das Kapital und seinen Organisator« könne den »regenerativen Charakter« des Kapitalismus sprengen, so Agnolis Fazit.

Angesichts solcher Sätze verwundert es nicht, dass sich der 2003 Verstorbene in den Jahren der Krise und der Domestizierung der Linken zu den vielen Vergessenen gesellt hat. Umso bemerkenswerter ist es, dass der Politologe Michael Hewener zum hundertsten Geburtstag Agnolis nun eine kurze Sammlung von Texten samt biografischer Einleitung vorgelegt hat. Hewener, der auch für die neue fünfbändige Werkausgabe mitverantwortlich ist, beschreibt darin die Genese des jungen Faschisten und Wehrmacht-Freiwilligen zum Marxisten und dessen politisches Wirken in der Apo und an der Universität, gibt aber auch einen Einblick in die »Kritik der Politik«, als die Agnoli seine Analysen und Interventionen stets verstanden wissen wollte.

Wozu aber sollte man sich diese aneignen? Zum Beispiel, um sich der überall in den westlichen Demokratien stattfindenden autoritären Wende, im Agnolischen Jargon: der Involution, bewusst zu werden. Mit Sicherheit aber, um sich auch in der Niederlage zumindest im Denken weiterbewegen zu können: »In der dürrtigen Zeit finden wir (das Denken) nur in der Negation«, gab Agnoli 1990 den Leserinnen und Lesern von **konkret** mit auf den Weg. Denn: »Die Utopie, die aus der Destruktion aller Strukturen der Ungleichheit, der Unterdrückung, der Herrschaft entsteht, das ist heute der einzig mögliche Ausweg aus der sich anbahnenden Vernichtung.« (Beide Zitate stammen aus **konkret** 2/90.) Es sind Sätze wie diese, die man allzu lange nicht vernommen hat. ●

Michael Hewener (Hg.): *Johannes Agnoli oder: Subversion als Wissenschaft*. Dietz, Berlin 2025, 176 Seiten, 14 Euro

Axel Berger schrieb in konkret 5/25 über die Folgen des Klimawandels für den afrikanischen Kontinent

Soldaten des Lichts

Regie: Johannes Büttner und Julian Vogel. Deutschland 2025, 108 Minuten, ab 14. August im Kino

Immer wieder erlaubt das dokumentarische Kino dem staunenden Zuschauer einen Blick in fremde und seltsame Welten, die für den Außenstehenden wahnwitzig wirken. Und es ist gut und der Sache – der Schaffung von Wahrnehmungsmöglichkeiten – zuträglich, wenn Kamera und Montage den Wahn nicht formal zu reproduzieren versuchen, etwa durch schnelle Schnitte oder ornamentale Kreiselbewegungen. Die beiden Filmemacher Julian Vogel und Johannes Büttner bewahren in ihrem Film »Soldaten des Lichts« die Ruhe, während das, was seine Protagonisten für Gedanken halten, von jedem Zweifel unbeirrt durch einen kognitiven Hohlraum schießt.

»Soldaten des Lichts« begleitet den Influencer David, der in seinem Webshop Mr. Raw vegane Rohkost, Pülverchen und Salben verkauft und in Frankfurt das vegane Restaurant »Rohkosteteria« betreibt. »Mit seiner Gottkost vereint er altertümliches Wissen mit den neuesten ernährungswissenschaftlichen Erkenntnissen, um die Probleme der Menschheit an der Wurzel zu packen«, heißt es auf seiner Website.

Der Film baut das Objekt seiner Beobachtung langsam auf. Mit seiner Freundin bereitet David Rohkost zu, nach und nach lernen wir das Geschäftsmodell kennen. In Davids Start-up arbeiten verstört wirkende Menschen für Kost und Logis und ein Taschengeld. Und sie bekommen psychologische und Gesundheitsberatung. Wie die aussieht, führt David offenherzig vor, als einer seiner Kunden anruft: Die Mutter ist an Krebs erkrankt. Empfohlen wird Wärmetherapie und die Einnahme von Kräutertees. »Deine Mutter soll nicht vergessen: Der Krebs stirbt, wenn die Temperatur über 42 Grad ist«, erklärt David, und die Kamera hält in diesem Moment ein Gespräch fest, das kurz vor dem Straftatbestand der fahrlässigen Tötung angesiedelt sein dürfte. »Schön, dass du da bist, Bruder.«

Die Verbraucherzentrale ist schon vor Jahren gegen Mr. Raw vorgegangen, was David aber nicht weiter tangiert, da er sich nicht als Bürger des deutschen Staates, sondern als Angehöriger des im Mai dieses Jahres verbotenen Königreichs Deutschland (KRD) sieht. Die nicht nur schwachsinnige, sondern für Unbedarfte auch tödliche Mischung aus Fitnesswahn und sogenannter Alternativmedizin ist verbunden mit Reichsbürgerideologie. »Soldaten des Lichts« bringt das, wenn man so sagen will, Denken der Figuren aus Davids Umfeld zur

Anschauung: Pandemieleugner/innen, der KRD-Gründer Peter Fitzek, der sich als »Oberster Souverän« Deutschlands inszeniert, der Geistheiler Sananda sowie Timo, die zweite zentrale Figur des Films, der offensichtlich an einer schweren Depression erkrankt ist, unter Anleitung von David ausgehungert wird und am Ende stirbt.

Die Kamera bleibt ruhig, die Bilder sind statisch und setzen so einen Kontrapunkt zu dem in verschiedene Richtungen ausgreifenden Gedankenmüll, der fortwährend und unermüdlich von den Figuren vor der Kamera ventiliert wird. Die Montage entfaltet analytisches Potential, das zum Beispiel dem Dutzend »Spiegel TV«-Reportagen zum Thema komplett abgeht. Sie ist weder staatstragend noch exotistisch, sondern analytisch – ausgehend von der Frage, ob David und all die anderen das Zeug, das sie erzählen, wirklich selbst glauben. Einfach weil die Materie sich sträubt: Berichte von Wunderheilungen; die Erde sei flach; man könne kraft seiner Gedanken von Realität 1 in Realität 2 wechseln; Krypto-Investitionen für ALG-II-Empfänger; und den Holocaust habe es so nicht gegeben. Die Dichte, in der hier mit stoischer filmischer Ruhe das seit der Corona-Pandemie fest verankerte Bullshit-Bingo der Gegenauflklärung durchdekliniert wird, ist atemberaubend.

Menschen, die Denken mit Zweifel, Reflexion und Arbeit am Begriff verbinden, können da durchaus neidisch werden. Zumal da es prächtig funktioniert. David betreibt bei allen Problemen mit den deutschen Behörden ein florierendes Unternehmen und ist von Gedanken oder gar Skrupeln offensichtlich unbelastet. Eine schillernde Figur bleibt er trotzdem: Die Verbindung zur deutschen Rechten ist durchweg präsent, und zugleich beschreibt David seine Erfahrungen mit dem deutschen Rassismus als einen Grund für seine Erweckung zum Reichsbürger.

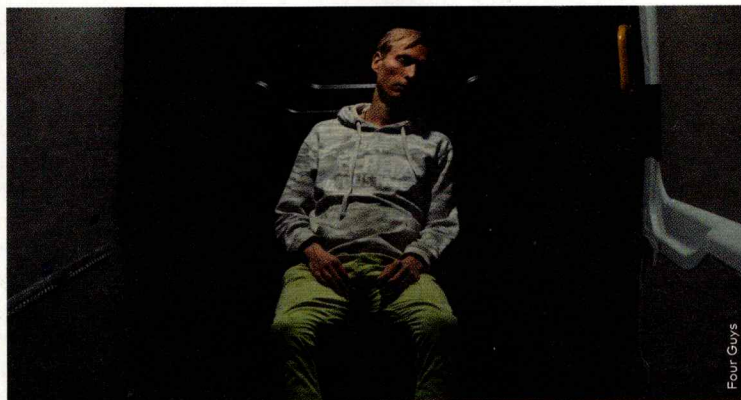
Das Gespräch ist eine der zwei Szenen, in denen die Filmemacher präsent werden. Sonst sprechen die Figuren und die Bilder für

sich, ohne erklärenden und beruhigenden Off-Kommentar, der einem das Denken abnehmen würde. Es entfaltet sich zum einen das Bild einer seit der Pandemieerfahrung zunehmend freidrehenden Patchwork-Ideologie, die sich vollkommen vorbehaltlos das an Versatzstücken aus dem Internet und aus Telegram-Chats herausgreift, was sie für sich nutzen kann. Und sie ist verbunden mit einem Geschäftsmodell, für das sie allerdings nicht instrumentalisiert wird – in dem Sinne, dass sie vorge-

schoben oder Fake wäre. Die Protagonisten, von denen man vermuten darf, dass sie eine mindestens schwere narzisstische Störung mitbringen, glauben den Scheiß, den sie ihren Hunderttausenden Abonnentinnen und Abonnenten erzählen, wirklich.

In diesem analytischen Blick ist »Soldaten des Lichts« das bislang beste Porträt der Reichsbürger-/Eso-Influencer-/Corona-Leugner-Blase. Er beschreibt das geistige und menschliche Elend als Extrem des kleinbürgerlichen Normalfalls, nicht als etwas genuin Anderes zum bürgerlichen Normalbetrieb: Eine kleine Firma haben, keine Steuern zahlen wollen, Wissenschaftsskepsis, Selbstoptimierung, Ausbeutung von Menschen, die noch zwei, drei Stufen fertiger sind als man selbst. Das alles gerahmt von einem Denken, das nicht mehr argumentieren oder begründen muss, sondern alles apodiktisch so setzt, wie es zum eigenen Partikularinteresse passt. Also eigentlich alles in dem Bereich, den man als Normalität wahrzunehmen gelernt hat – nur jetzt gepitcht ins routiniert Wahnhafte.

Benjamin Moldenhauer



Bedauernswerter Verlierer beim Bullshit-Bingo der Gegenauflklärung: der depressive Timo

Für immer seit je

China trumpft auf als universale Konstante der Geschichte, das Alpha und das Omega der Zivilisationen. Ein Mammutmärchen im Verkleinerungsspiegel, erzählt von Ulrich Holbein

Das ganze Weltall, vor 265 Quadrilliarden Jahren, bestand aus dem Reich der Mitte.

Kleinkrieg klebte sich an Feldzug. Streitende Reiche rangen mit kämpfenden Staaten. Siebzehn Teil-Chinas brachen, bevor sie gewaltsam zusammenflossen, öfters mal auseinander. Stadtstaaten mündeten in Königtümer, Lokalmatadore in Königsdynastien. Warlord-Territorien in Feudalfürstentümer. Serien-Könige wurden zu Kaiser-Serien auf dem Drachenthron. Euphorisches Wiedervereinen geteilter Staaten gehörte in China, seit Jahrtausenden, zur Jahrhundertordnung. Kaiser, vom Fließband, schlugen, in dreihundert-jährigen Kriegen, aufeinander ein, im Gänsemarsch, garniert mit Glasglöckchengebimmel und Höflichkeitsbezeugungen.

Außerhalb Chinas focht man bloß dreißigjährige Minikriege aus, in lächerlicher Kopfzahl – niedriglich.

Armeen aus Fleisch und Blut versteinerten zu Terrakotta-Armeen. Die marschierten preußisch in Gleichschritt und Stechschritt. Elitetruppen marschierten an Monumentalbauten vorbei – Gründerzeit! Germania! Pentagon! Geld floss ins Militär, genau wie vorher und später. Alles roch nach Produktionsstätte, von Legebatterie bis VW-Werk: Fließbandproduktion. Invasionen, Annexionen, Konföderationen, Beitrittsstaaten, überfreundliche Übernahmen, Megafusionen, Vasallenstaaten, Marionettenregierungen, neue Bundesländer, chinesische Nato-Bündnisse, chinesische EU-Erweiterungen, fähnchenschwenkende Massen, vorsintflutlich allerorten, voll präsent und intakt. Inspektionsreisen führten in alle Teile des immer riesigeren Riesenreichs.

Sedierte Gesetzgeber, Kulturbringer, Vor-denker, kaum vorherigem und weiterzap-pelndem Schamanismus und Geisterglauben entwachsen, stellten als knallharte Pragmatiker, Realpolitiker Gesetze auf à la: »Alle Chinesen sind gleich, vor dem Gesetz sowohl wie vor diesen und jenen Göttern!«

Adel, von straff organisiertem Verwaltungsapparat in großem Stil nachhaltig ent-eignet, verlor vorbildlich seine Privilegien, Jahrtausende vor Französischer Revolution, Sowjetblock, Mao, DDR. Lehmwälle, mit Wachtürmen aus Holz, stiegen auf zur Vorstufe der nachmals so berühmten chinesischen Mauer. Flunkernden Legenden zufolge sei sie vom Mond aus via Lupe sichtbar, ein *iron curtain*, architektonisch kaum überboten von Pyramiden oder Trumputinismus, die im Zeitalter der Lichtschranken – und Mauern in den Köpfen – handwerklich weiterklotzen.

Wer sich nicht grad mobbte, folterte und foppte, fütterte sich, pimperte sich an und heiterte sich auf. Überall, wo man sich traf – und wo traf man sich nicht? –, verbeugte sich alles familiär voreinander. Wimmelvolk näselte Wimmelmärchen hervor. China bezwitscherte sich, mit Bücklingen, bewedelte, stichelte verdreht mit Quasten, Zöpfen und Essstäbchen. China piff quittelgelb, im Pfeifkonzert, Getröt und Geflöt, um Familienmitglieder wiederzufinden. Selbst wer vor 7.777 Jahren von uns ging, feinziseliert bis ins millionste Glied, gedachte minütlich einander, kletterte huckepack übereinander weg, im Zwölferpack. China verachtete sich mit Abermillionen Pimmeln. China frönte dem Naturgesetz: »Verbiege Bonsaibäumlein, quetsche Frauenfüße, überdehne Felsnasen wie dich selbst!«

Egal, was westliche Hirne erfanden, Buchdruck, Porzellan, Schießpulver, in China zählte alles bereits zum alten Eisen, seit 4.500 Jahren. China erfand die Papierzeitung und schrieb auf, dass dem so sei. China nahm, per Fernrohr, Gongs unter die Lupe.

China jaulte safrangelbe Opern hervor. China aß Rehe, Pilze, Frühlingssollen unter Papierlaternen. China löffelte Affenhirne aus.

Chinesen reisten jahrelang – nie kamen Unchinesen in Sicht. Draußen mochten Völker randständig ihrer Unkultiviertheit sich freuen, Halbaffen mit Flitzebogen rumrennen, im unnötigen Ausland immer noch

Jagdgötter anbeten, Holzklötze, als China bereits Räderwerke und Maschinenparks konstruierte. Neandertaler hatten die Kröte zu schlucken, vom Pekingmenschen abzustammen. Zwergstaaten fächelten sich Eurozen-trismus zu. Apfelsinen stammten aus Sina. Falls Mesopotamien (zeitweise kurz »Irak« genannt) der Welt Rad, Schrift und Gitarre schenkte – China baute so praecox wie möglich vorchristliche Raketen.

Rätselhaft einzig, wieso Adam nicht als Chineser im Paradies wohnte; dann befände die Menschheit sich immer noch alldort; denn ein chinesischer Adam hätte, statt Obst, die Schlange verzehrt.

Bereits in Bronzezeit und Holozän ging's in Tschina überaus überkultiviert zu: Terrakottaarmeen unterster Oberbonzen zirpten Pinselverse hervor. Kein Mond hing unbesungen zwischen Kirschblüten. Novizen verfassten Frühlingspoesie – zentnerweise. Greise verfassten Herbstlyrik – tonnenweise. Dienstgrade im Heer verfassten Kriegshymnen. Exilanten verfassten lyrische Lamenti über Kriegsschäden. Keine Beamtenprüfung ohne das Pflichtfach Lyrik (abgeschafft erst 1905). Der Langzeit-Sprechdurchfall beziehungsweise Literaturkanon dieses Volks der Dichter, Denker und Bonzen schwoll auf, derart uferlos, dass die Literaturen aller Restvölker dagegen zu Ameisen schrumpften, neben dottergelben Elefanten.

Vierjährige Thronfolger, kaum dem Nachtpott entwachsen, bauten ihre Mausoleen aus, horizontverkleisternd. Staatenlenker entsandten Flotten ins Ostmeer, suchten an Staatsgrenzen und Weltende nach Unsterblichkeitskraut, im letzten Röcheln fortgefuttern von Ameisen und Amöben. Alchimisten hantierten mit Unsterblichkeitsbrühe – Hunde und Hühner nippten, bellten, gackerten aus himmlischen Höhen. Dorfschönheiten stiegen zu Fünftfrauen und Prinzessinnen auf. Kaiser lagen seitlich hingelagert, die Jadestengel, gestählt in Dao-Technik, tagelang eingepflockt in Lustkel-

che, erledigten nebenbei Papierkram, signierten Todesurteile: »Mögest du auf der Himmelsbahn der anderen Welt stets Vorfahrt haben!«

Andere Welt? Der goldene Mittelweg eines Scheunenaufsehers hing keinem je zu hoch. Kong Fūzi (alias: K'ung-fu-tzu) empfahl: »Halte Maß! Wende Erlerntes an! Schwimme in Harmonie! Halte dich an Regeln!«, unangekränkt von Mystik, Tiefenbohrung, Widerspruch und Charakterdeformation. Fehlende Untiefe solch uferloser Autobahn nannte sich ab irgendwann Kongjiao (Lateinisch: Confusianismus), kaum garniert von tiefsinnigen Schlängelwegen und Scheinbegriffen à la Dao, Yin, Yang. Zhuangzi jonglierte Termini, die keiner erklärte, wenn man'davon gehört hätte.

Maße, Gewichte, Wagenspurbreite – landesweit vereinheitlicht, als wenn's die EU schon 300 v. Chr. gegeben hätte. Rechtsschreibereformen hagelten, für legasthenische, quasi pisageschädigte Lesermassen. Frühe Buchverbrennung vernichtete, statt nur drei oder neun Prozent aller Bücher, tendenziell alle. Judensterne nähte keiner aufs Textil – Feuerstempel brannten Sträflingsnummern in jaulende Gesichter. Mao rühmte sich, nicht bloß wie Qin Shihuangdi 400 konfuzianische Gelehrte ermordet zu haben, sondern 400.000 Intellektuelle.

Immerhin: Ganz China las und schrieb Jahrhundertromane, kam drin vor, als 333 Handlungsträger, die kaum einer durcheinanderwarf – Gerichtsschreiber, Distriktvorsteher, Kultusminister, Unkrautjäger, Schutzgötter, Prüfungsbürokraten, Pechvögel, Käuze, Outsider, Fremdlinge, eingebettet in summende, wuselnde, zwitschernde Haus-, Hof- und Gartenlandschaft, in der begabte Scholaren, verarmt, lernwillig, immer wieder aus Schantung stammten und die xte Staatsprüfung nicht schafften. Harmlose Nebenfrauen, Blutsverwandte, Schwiegersöhne konnten jederzeit Fuchsdämonen sein.

Mediziner in China leiteten Krankheit vom Wettereinfluss ab, behandelten 888 Windkrankheiten. Neben Akupunktur formierte sich Scheinakupunktur, Akupressur und Moxibustion.

600 v. Chr. standen Berge, mangels Naturgefühl, als Verkehrshindernisse in der Gegend. Doch dann, in der Tang-Dynastie, empfand fast jede Dumpfbacke Wohlbehagen beim Blick in Landschaft. Maler tupften Einzelfigürchen in überformatige Fernen, tausend Jahre vor dem »Wanderer über dem Nebelmeer«. Wem Knallerbsen-Zirkus auf den Keks ging, der entfloh der kafkaesken Bürokratie in deformierte Gebirge und wurde Einsiedler. Wem die Eremitenschwemme zu lästig wurde, der stieg wieder zu Tal.

China träumte kaum vom Rand der Welt. Da gab's noch andere menschenähnliche Geschöpfe, zum Beispiel in Zipangu (später Japan genannt), viele recht blass, immerhin Tausende, Hut ab, Bleichlinge, mit Haut aus Seidenpapier, Langnasen, Hakennasen, Habichtsnasen, denen, statt Vollmonde, nur Sicheln schienen. Umwickelten Kopfes schwangen sie krumme Säbel, auch Kruzifixe.

Hinter dem Südgebirge, unübersteiglich, kamen Figuren hervor, die beteten Schlangenkönige an, verschonten Würmchen, fütterten Ratten mit heiliger Milch, heirateten Schmeißfliegen, zuckten in Pandemien, feixten kaum, foppten einander wenig, wateten in Meeren aus Tränen, ertranken in Ozeanen aus Blut, verbrannten Frauen, zogen sich an philosophischen Bärten aus der Existenz heraus, pumpten abstrakte Krankheiten ins Reich der Mitte. China sagte »Buddha«. Der hieß dann »Fo«. Er saß ab sofort, wenig wiedererkennbar, als grinsender Mi-lo-Fo herum, ein Dickbauch-Buddha, als Gigant-Maskottchen, eher Ganesha als Siddhartha.

Dann kamen Reitervölker – soweit Endlosmauern sie durchließen. Mongolen merkten gar nicht, dass sie nach und nach chinesische Sitten übernahmen und meuchlings, so, als wären sie viral infiziert, drauflosmu-tierten, erst zu Quasichinesen, dann voll und



»Alle Wesen hassen Waffen«, meinte Laozi (im Vordergrund) – aber er kannte ja noch nicht die chinesische Volksbefreiungsarmee (Bildkomposition: Ulkreich Heulpein)

ganz zu Fulltime-Chinesen, durch und durch. Russen, erst dezimiert und gefoltert von Mongolen, kopierten mongolische Brachialmethoden und konnten ihr dann bald heillos überdehntes Reich länger beisammenhalten als die Mongolei, erst finanziert durch Pelztierhandel, dann durch Öl- und Gasexport, zwecks Wachstum in Sachen Blechlawinenproduktion. Mongolisch tickende Russen, falls sie neulich weder Alaska noch Grönland einkassierten, haben also dringend was nachzuholen.

Falls in China nie ein Albino namens Marco Polo auftauchte, vermisste China nichts.

Märchenbuntes Kaisertum, genau wie nebenan Zarentum, entfärbte sich farbenblind in selbstverordneter Einheitskluft. Mao Zedong (Mao Tse-Tung) zeigte dem unmaßgeblichen Rest der Welt, wie man, ohne die Wimper des Zuckens, noch mehr Blut trinken kann als Dschingis Khan. In den rotgold-bunten Kollektivstrom aus Höflichkeitsfloskeln riss Mao barbarische Schneisen. Daoismus und Maoismus – Yin und Yang? Nein, Mini-Yin ward fortgepusht von Mega-Yang. Mao & Dalai Lama standen sich so inkompatibel gegenüber wie Pontius Pilatus & Jesus.

Mit seinen Exportartikeln Laozi & Zhuangzi, mit deren Artfremdheit China nicht viel anzufangen wusste, fühlten Amerika & Europa sich nur umso geistesverwandter. Esoterik stürzte sich so heißhungrig aufs DAO (Data Access Objekt – Datenzugriffsobjekt?!), wie China auf Highdelbörg.

Konfuzi passte besser zum pragmatischen China und lehrte, selbst beim Foltern und Massakrieren noch etwas Höflichkeit beizubehalten.

Dann aß Dr. Fu Manschu pausenlos Hunde. Schlafende Riesen rissen Oktilliar-den Sehschlitz auf. Für den Jahrtausendstaudamm am Jangtsekiang wurden 657 Fabrikstandorte und 139 Kraftwerke problemlos unter Wasser gesetzt, zuzüglich 108 historische und religiöse Stätten, viele davon elftausend Jahre alt.

Mit Tibetschlucker Tschina wagte Uncle Sam sich nicht anzulegen, bloß mit Zwergen à la Vietnam, Irak. Dalai Lama Nr. 14 warnte mit Fug davor, was gegen China zu haben, denn sonst würde man als Chineser wiedergeboren. Hundert kaiserliche Eunuchen im

Eine Mücke erkühnte sich, China mit Straßzöllen zu pieksen. Zur Strafe überholt China den Rest der Welt

alten China reinkarnierten in 40 Millionen Chinesen, die zwar zeugen könnten, aber keine Frau finden – monströs! Jeder ausgehungerte Mann –, zum Spermium gestempelt, das mit Millionen Mitbewerbern ergebnislos auf kein Ei zusteuert, aussichtslos. Zustände, als fände die komplette BRD lebenslang nie eine Frau!

Dass die Einkind-Ehe-Regelungen der Welt 70 Millionen Autokunden ersparten, fiel kaum auf. China produziert trotzdem pro Tag 26.000 neue Chinesen.

China braucht nach wie vor (also auch heute) alle 19 Minuten ein neues Kraftwerk.

China stellt pro Sekunde einen Traktor her, also pro Minute 60 et cetera.

China verspachtelte von 2013 bis 2015 mehr Beton als die USA in den letzten 100 Jahren.

Wer außerhalb Chinas x Jahrhundertfiguren hochhielt, betrieb altchinesischen Ahnenkult.

Zur Belohnung rettete China das untergehende Abendland. Mozart & Co. hatten im Westen ausgefiedelt. Figaro, Fidelio & Flohwalzer gingen von uns. Adagios weinten sich selber hinterher. Der Bau hochpreisiger Tasteninstrumente in Europa & USA konnte sich nicht halten. Da kam China just rechtzeitig. Asien hatte viel übrig für *classic music of Jurop*, gabelte was auf und hängte was dran. Abgabefristenverlängerung! China verehrte Gö Dö (Goethe) so abgöttisch wie nur noch Oberinspektor Derrick, den 700 Millionen Chinesen verehrten. China baute Baha-&-Maha-(Bach-&-Mahler)-Tempel. Autoindustrie im Westen würde ohne Asien jetzt schon implodieren, Mozartindustrie samt gleichnamiger Kugel dann auch recht bald. Lang Lang motivierte 40 Millionen Chinesen, Klavier zu klimpern, also den Klavierbau anzukurbeln. Yamaha baut 10.000 Pianos pro Jahr. In Shanghai tummeln sich Bäcker, Metzger und Brauer nur noch halb so häufig wie Instrumentenbauer. Alle sieben Sekunden entsteht in Shanghai eine Quasi-Stradivari für acht Euro, in Europa aufgemöbelt, für 2.000 Euro weiterverscherbelt. (Chinas Zahnersatz, berüchtigt kurzlebig: 70 Prozent billiger!)

Happy News: Amadeusu Mozaruta & Gö Dö können ihre Marktpräsenz für 150 Jahre sich sichern, vielleicht gar für Jahrzehntausende! Wir gratulieren! Weiter so!

Rekorde über Rekorde: In China beten und modulieren just mehr Katholiken als



in Germany, mehr Buddhisten als in Indien, plus 19 Millionen Pianisten – Jesus & Liszt werden Lang Lang zeitlebens dankbar sein!

Walt Disney machte endlich Beethoven, China endlich Germany weltberühmt. Wie aber wollte neben einem 365 Billionen Jahre alten Kulturvolk ein Kampfroboter sich aufrecht halten? Uncle Sam wuchs über den Piratenklappen-Cowboy nie hinaus, hatte kulturell nix zu bieten außer Coca-Cola, Little Nemo, Donald (Duck), Superman. Gospel, Jazz, Blues & Pop kamen eigentlich aus Afrika. Uncle Sam zeigte sich nicht mal fähig, der Welt James Bond, Dr. Fu Manschu oder The Beatles zu schenken. Der US-Laotse hieß eher Billy Graham.

China lächelt drüber hinweg, dass ein peripherer Lapsus sich mikroskopisch als Mauerbauer lächerlich macht, als Minichinese im Promille- und Mü-Bereich (außen weiß, innen gelb), genau umgekehrt wie chinastämmige Auslandschinesen, die man als Bananen verspottet (außen gelb, innen weiß). Eine Mücke erkühnte sich, China mit Straßzöllen zu pieksen. Zur Strafe überholt China den Rest der Welt nicht erst 2027 in allen Punkten, dies aber sowieso.

Nur sank China verdächtig oft auf US-Niveau zurück. Den Mittelalterkostümkarneval von Vatikan & Saudi-Arabien machte China nicht mit, band sich den Dresscode des Westens um – Schlips-Camouflage? Mikry? Wange an Wange versanken China, inklusive USA undsoweiter – genau wie Titanic & Venezia im H₂O – in Wachstumsdynamik & Konsumgesellschaft.

China tat gern so, als genüge es sich selber. Nichtchinesen, Unchinesen und Antipoden begannen trotzdem zu ahnen, was auf sie zukam. Die Hutu in Ruanda konnten 1994 eine Million Tutsi nur deshalb so schnell töten, in bloß 100 Tagen, weil China Billig-Macheten bereitstellte, 60 Cent pro Stück, hoch-effektiv für Kehlschnitte geeignet.

Und sonst so? 200 Millionen Jahre nach Konfuzi wird Australien mit Südostasien kollidieren, also sozusagen fusionieren, also ein Gebirgsmassiv aufwerfen, wogegen der Himalaja verzweigen wird.

In Bafaliya Zhou (zu deutsch: Bayern) leben zur Zeit 12.000 Chinesen, davon 7.000 allein in Munihei (zu deutsch: München)! Neulich gehörte halb Lundun (zu deutsch: London) bereits China; wenig später gehörte halb Afrika – China.

Dass der Kanzler eines minimalen, eingeklemmten Ländchens wie BRD, Kohl, neben Deng Xiaoping, dem Chef eines uferlosen Gigantlandes, so großgeraten aussah wie Goliath und den Zwerg noch weiter zu verzwingen zwang, ein Bild für ungeglaubte Götter – welch Slapstick, welch Treppenwitz des Weltgeists!

Chinatown heißt übrigens auf Chinesisch: Tangrenjie.

Dass China direkt neben den Potala-Palast in Lhasa ein Steakhouse setzte – welch Gipfelpunkt effektvoller Zynik. Neomao Xi Jinping lächelt fast so huldvoll wie der Dalai Lama.

Dass China sich so gern ein weiteres Tibet einverleiben würde, namens Taiwan, lenkt kaum ab davon, dass »China First!« sich auch in andere Richtungen ausdehnen wollen würde. China hat nicht vergessen, dass es zum Beispiel die wichtige, geradezu unverzichtbare Hafenstadt Haishenwai eigentlich ganz gern zurückhätte, die ihm in schwacher Stunde, 1860, abgeknöpft wurde und umgetauft in Wladiwostok. Jeden Moment wird, langfristig, die Stunde gekommen sein, wo China Mandschurei und halb Sibirien heim ins Reich holt, nämlich sobald Puyings schwächste Stunde kam. Was aber heißt Puying auf Russisch? Putin.

Der politische Denker Hanfeizi kommentierte solche Zukunftsmusik bereits 233 v. Chr.: »Wer ein Huhn klaut, ist ein Dieb. Wer ein Land klaut, ist ein Held.«

Unterdessen liefern sich China und Indien jederzeit niedliche Weltkriege als Randverzierung, genannt Grenzstreitigkeiten um *every inch* im Unwegsamen, eminente Scharmützel. Verboten sind Fern- und Feuerwaffen; also kämpfen die Nachfahren von Konfuzi und Ashoka mit Hieb- und Stichwaffen, auf mittelalterlich.

Immer öfter pustete China Viren in den Rest der Welt, als wäre ganz China ein einziger Moloch namens Dr. Fu Manschu, und legte die Hochkonjunktoren der Weltwirtschaft lahm, derart, dass kollabierende Staatssysteme ihre Konzerne für kleine symbolische Summen verhöckern mussten – an China.

Falls 340 Millionen Amis beziehungsweise eine Milliarde Muslime beziehungsweise 1,5 Milliarden Afrikaner beziehungsweise 1,4 Milliarden Inder 1,4 Milliarden Chinesen besiegen würden, würden sie nach kurzem als Chinesen herumfechten. Meide jeden WC-Spiegel – »Tat Tvam Asi«, mitten in Bollywood und Potemkinesien! Changiere zwischen »Wenn die Guten nicht kämpfen, siegen die Schlechten!« und: »Wer gegen Drachen kämpft, wird selber Drache!« und: »Beiß dem Busenfreund im Versöhnungskuss die Gurgel durch!« Lass dich von zerfallenden Möchtegern-Großmächten schlucken, weil du Peking-Oper, Tschaikowski und Dagobert Duck plus Hollywood liebst! Bereite dem Fressfeind und Vielfraß therapieresistente Darmbeschwerden!

Summa summarum: In 265 Quadrillionen Jahren wird das ganze Weltall nur noch aus dem Reich der Mitte bestehen. ●

Ulrich Holbein schrieb in konkret 7/25 über Hippies unter Kaiser Wilhelm

Mars macht mobil

Derzeit scheint es so, als müssten sich Trump, Musk, Thiel, Bezos und Konsorten vor nichts und niemandem fürchten – außer vor den Konsequenzen ihres eigenen Handelns. Was es mit »Longtermism«, mit der aufs Armageddon abzielenden Parareligiosität von Trumps »Vordenker« Steve Bannon, dem »Technofaschismus« et cetera auf sich hat, weiß man mittlerweile. So krankt denn auch das vieldiskutierte Buch des »Medientheoretikers« Douglas Rushkoff daran, dass es Dinge repetiert, die nicht nur bekannt, sondern in manchen Aspekten bereits überholt sind (etwa die volatile Position Musks im amerikanischen Machtapparat betreffend). Problematischer ist, dass Rushkoffs Analyse mitunter etwas oberflächlich ist und merkwürdig zu Naturüberhöhung und Aufklärungsfeindlichkeit neigt. Und es gehört fast schon zum unvermeidlichen Wesensmerkmal solcher Bücher, dass sie dünn werden, wenn es um Krisenauswege geht. Rushkoff jedenfalls folgt einer gegenwärtig offensichtlich beliebten These, derzufolge alternative Lebensformen in kleinen Einheiten wie etwa der Nachbarschaft den Königsweg darstellen.

Dass es sich dennoch lohnt, *Survival of the Richest* zu lesen, liegt daran, dass eine Schwäche gleichzeitig die Stärke des Buches ist: Es ist sehr unterhaltsam, in diesem typisch amerikanischen Sound gehalten, der flott daherkommt und den Eindruck vermittelt, der Autor habe wirklich Ahnung, nicht zuletzt, weil er immer dabei ist, wenn es spannend wird. Das gilt gleich für die erste Episode, in der Rushkoff irgendwo in der Wüste zu einem Vortrag vor ausgesuchten Milliardären eingeladen wird. Sie haben allerdings kein Interesse an seinen grundlegenden Erkenntnissen zu Digitalisierung und so weiter, sondern wollen aus Expertenhand erfahren, ob sie sich auf ihre Security verlassen können, wenn es zum Armageddon kommt, welche Bunkertypen zu empfehlen sind und dergleichen mehr. Insiderschnurren wie diese sind tatsächlich dazu geeignet, Probleme zu konkretisieren, und wenn sie dazu beitragen, dass Leute, die sich bislang nicht mit den »Richest« beschäftigt haben, mehr wissen als zuvor, ist das ja auch in Ordnung.

Thomas Schaefer

Douglas Rushkoff: *Survival of the Richest. Warum wir vor den Tech-Milliardären noch nicht einmal auf dem Mars sicher sind.* Aus dem Englischen von Stephan Gebauer. Suhrkamp, Berlin 2025, 282 Seiten, 22 Euro

DER LETZTE DRECK

Exkanzler Scholz' »Zeitenwende« ist ein Bombengeschäft. Aber nicht nur für Waffenkonzerne, sondern auch für die bücherschmierenden Agenten der ideologischen Aufrüstung. **konkret** stellt die größten Blindgänger des kommenden Verlagsquartals in ihren eigenen Worten vor – und erinnert an frühere Rohrkrepierer der Autoren. (Hervorhebungen in den zitierten Klappentexten durch die Redaktion.)

Jens Stoltenberg

Auf meinem Posten. In Kriegszeiten an der Spitze der Nato. Erinnerungen. Siedler, Oktober 2025

Aus dem Klappentext: Nach der Wiederwahl von Donald Trump ist die Nato in ihrer Existenz bedroht. Dabei wird die Allianz, wie ihr ehemaliger Generalsekretär Jens Stoltenberg zeigt, in Zukunft eine entscheidende Rolle spielen, um unsere Sicherheit und Freiheit zu garantieren ...

Die russische Annexion der Krim, der Abzug der Truppen aus Afghanistan, der Nato-Beitritt Schwedens und Finnlands oder der brutale Angriff Russlands auf die Ukraine – bei all diesen großen Entwicklungen hat Stoltenberg die westliche Politik maßgeblich mitgeprägt ...

Packend erzählt der Autor von den dramatischen Hintergründen der Ereignisse seiner Amtszeit und von seinen Begegnungen mit den führenden Akteuren der Weltpolitik. Und er zeigt, was in Zukunft geschehen muss, um einen großen Krieg zu verhindern. Wer die gegenwärtige explosive Weltlage verstehen will, muss dieses Buch lesen.

Diese Aussage von Stoltenberg ist nicht im Buch enthalten: »Wir haben also eine klare Entscheidung getroffen, aber niemand hat mit einem so schnellen Zusammenbruch der politischen und militärischen Führung Afghanistans gerechnet.« (Oktober 2021)

Christoph Safferling

Ohnmacht des Völkerrechts. Die Rückkehr des Kriegs und der Menschheitsverbrechen. DTV, Oktober 2025

Aus dem Klappentext: Mit den Kriegsverbrecherprozessen in Nürnberg nach dem 2. Weltkrieg begann ein neues Kapitel in der Geschichte des Völkerrechts. Und nach dem Kalten Krieg schien die regelbasierte Weltordnung realistisch. Doch die Wirklichkeit

im frühen 21. Jahrhundert ist eine andere, nicht erst seit Russlands Einmarsch in die Ukraine. Auch Israels Reaktion auf das Massaker vom 7. Oktober wirft Fragen auf. Christoph Safferling, internationaler Experte für Völkerrecht, zeichnet den Weg von 1945 bis heute nach und benennt doppelte Standards und blinde Flecken gerade auch der deutschen Politik. Seine Bilanz ist ernüchternd, sein Appell scharf: Gerade Deutschland muss die völkerrechtlichen Standards einfordern. Das Recht verträgt keine Kompromisse.

Diese Aussage von Safferling ist nicht im Buch enthalten: »Und dazu kommt noch, dass 2010 niemand daran geglaubt hat, dass wir wieder einen konventionellen Krieg zwischen zwei Staaten erleben würden.« (Juli 2023)

Reinhard Bingener und Markus Wehner

Der stille Krieg. Wie Autokraten Deutschland angreifen. C. H. Beck, September 2025

Aus dem Klappentext: China und Russland, Iran oder auch die Türkei – Autokraten



Wird schnell mit deutschen Kriegsexperten verwechselt: Blindgänger

nutzen im Kampf der Systeme eine Vielzahl von Strategien, um westliche Demokratien systematisch auszuhöhlen. Ihre neue Form eines stillen und verdeckten, aber effektiven Hybridkriegs hat längst die Bundesrepublik erreicht ...

Politik, Behörden und die meisten Bürger waren hierzulande lange Zeit viel zu blauäugig. Die Autokraten hatten und haben deshalb weiter leichtes Spiel, uns zu schwächen. Sie setzen eine neue Art von Agenten auf unser Territorium ein, geben Morde in Auftrag und nutzen die Anfälligkeit kritischer Infrastruktur für Sabotageakte. Sie korrumpieren Entscheidungsträger, unterstützen extremistische Parteien oder Gruppen und

instrumentalisieren Flüchtlingsströme als Waffe. Sie streuen über Auslandsmedien, Einflussportale und Trolle fragwürdige Narrative und säen Zweifel an unserer Demokratie ... In der »Zeitenwende« wird der Westen durch einen verdeckten Krieg zunehmend bedroht, deshalb braucht es eine neue Robustheit und Aufklärung, um den Gefahren zu begegnen. Die Autoren zeigen, wie wir in Deutschland und Europa gegenzusteuern versuchen und welche Veränderungen nötig sind, um uns künftig effektiver zu schützen. Fest steht: Wir werden in dieser entscheidenden Auseinandersetzung einen langen Atem brauchen.

Diese Aussage von Wehner ist nicht im Buch enthalten: »Natürlich muss weiter mit Russland geredet werden. Trotz aller Differenzen muss der Westen den Dialog mit Moskau führen und nach Kompromissen suchen.« (Juli 2016)

Katja Gloger und Georg Mascolo

Das Versagen. Eine investigative Geschichte der deutschen Russlandpolitik. Ullstein, Oktober 2025

Aus dem Klappentext: Mit Putins allumfassendem Angriffskrieg gegen die Ukraine stehen drei Jahrzehnte deutscher Außenpolitik auf dem Prüfstand. Wie konnte es so weit kommen? In einer akribischen Recherche haben Katja Gloger und Georg Mascolo eine Fülle vertraulicher wie brisanter Regierungsdokumente eingesehen und mit zahlreichen Zeitzeugen gesprochen. Eine besondere Rolle spielten die Dossiers deutscher Geheimdienste, die früh vor Putins imperialen Gelüsten warnten. Spannend wie in einem Thriller rekonstruieren Gloger und Mascolo die Bruchpunkte einer Epoche: den Nato-Gipfel von Bukarest, die Abkommen von Minsk, den Fall Nawalny, den frühen hybriden Krieg Putins gegen Deutschland und den Bau von Nord Stream 2. Nicht einmal die alarmierendsten Erkenntnisse änderten den sehr pragmatischen Umgang der deutschen Politik mit Putin. Und zu oft versteckten sich hinter den propagierten politischen Zielen harte ökonomische Interessen. Das Buch trägt zu jener unverzichtbaren Aufklärung bei, die bis heute verweigert wird.

Diese Aussage von Mascolo ist nicht im Buch enthalten: »Mit Hochdruck laufen Ermittlungen, ob der Kreml hinter der Sabotage der Pipeline Nord Stream 1 und zweier Knotenpunkte des Bahnkommunikationssystems steckt. Noch liegen keine Ergebnisse vor. Klar ist aber: In diesem Bereich könnte Russland den Konflikt schnell in große Höhen schrauben.« (November 2022)

konkret erscheint das nächste Mal am Samstag, 30. August

Titanic

DAS ENDGÜLTIGE SATIREMAGAZIN

A 4352
August 2025
Nr. 8
D € 7,00
A € 7,70
Lux € 8,30
CHF 12,20

Er kann's noch!

**SPAHN BESTELLT
6 MILLIARDEN
VERFASSUNGS-
RICHTER**

Titanic Deutschlands bester Satire-Mix.



Afghanischer Frauenverein e.V.

AFGHANISTAN BRAUCHT KLUGE MÄDCHEN.

LASSEN SIE UNS GEMEINSAM ALLES DAFÜR TUN.

www.afghanischer-frauenverein.de | Spendenkonto: IBAN: DE28 5708 0070 0680 8505 00